

international



Partei der Europäischen Linken

Nach dem irischen Nein: Neustart in Europa notwendig

Erklärung des Vorstandes der Partei der Europäischen Linken, Paris, 20. Juni 2008; aus: http://www.european-left.org/english/news/paris_irish_no/

Der Sieg des Nein in Irland ist eine Chance für Europa. Sie muss genutzt werden.

Der Vertrag von Lissabon kann und wird nicht Realität werden. 27 EU-Mitgliedstaaten müssen ihn ratifizieren, und das irische Volk hat entschieden, dass sein Land dies nicht tut. Der von den führenden Vertretern der Europäischen Union auf der Ratstagung vom 19. Juni bekräftigte Wille, den Ratifizierungsprozess fortzusetzen und so lange Druck auf Irland auszuüben, bis es seine Meinung ändert, macht keinerlei Sinn. Dieser Vertrag hat keine Chance, weder rechtlich noch politisch.

Daher stellt sich jetzt die Alternative: Entweder ein Verharren in der Krise oder ein Neustart für Europa, ausgehend von der Meinung, die sein Volk zum Ausdruck gebracht hat.

Dabei müssen wir von folgender Tatsache ausgehen. Jedes Mal wenn die Menschen Europas in den letzten Jahren die Möglichkeit erhielten, sich zum Schicksal Europas zu äußern, haben sie es auf Grund ihrer Erfahrungen abgelehnt, die Politik und den Entwurf der Europäischen Union in der Form, wie sie ihnen gegenwärtig angeboten werden, zu ratifizieren.

Das irische Volk steht nicht allein. Im Gegenteil, es hat für die anderen europäischen Völker gesprochen, denen die Regierungen das Recht verweigert haben, in einem Referendum zu entscheiden. Ihr Votum hat das französische und niederländische Nein von 2005 bestätigt und weitergeführt. Die Politik der Prekarisierung, des Lohndrucks und des Sozialabbaus, der Angriffe gegen die öffentlichen Dienstleistungen und der Orientierung auf die NATO ist erneut abgelehnt worden. Dies ist der Ruf nach wirklichen Veränderungen in Europa im Sinne der Losung der Vertragsgegner: „Sagt nein zu diesem Vertrag, um einen besseren Vertrag zu erreichen“. Das ist die Frage, die jetzt steht.

Am 1. Juli wird Frankreich die EU-Präsidentschaft übernehmen. Die Partei der Europäischen Linken erklärt, dass dies für die EU die Gelegenheit ist, sich auf die Höhe der neu geschaffenen Tatsachen zu stellen, statt arrogant und blind

weiterzumachen, wie es ihre Führer gerade verkündet haben. Wir schlagen vor, den Ratifizierungsprozess eines null und nichtig gewordenen Vertrages zu stoppen und in breiter Front an die Ausarbeitung eines neuen Vertrages für die Europäische Union zu gehen. Wenn dieser den Wünschen und Bedürfnissen der Menschen endlich entsprechen soll, muss er auf eine andere als die neoliberale und militaristische Grundlage gestellt werden wie alle seine Vorgänger, die bisher abgelehnt wurden. Auch seine Ausarbeitung muss auf eine für die Europäische Union völlig neue Weise erfolgen – in einem demokratischen Prozess mit breiter Einbeziehung des Volkes und ratifiziert per Referendum in allen Mitgliedstaaten. Auch die kommenden Wahlen zum Europäischen Parlament müssen die verschiedenen Positionen zur Zukunft Europas deutlich machen. Wir schlagen vor, mit der Arbeit an diesem Vertrag unverzüglich zu beginnen. Diese sollte vom Europäischen Parlament und den nationalen Parlamenten gemeinsam geleistet werden. Am Anfang sollte eine Befragung der Bürger stehen, um deren Wünsche zu ermitteln.

Wesentlich sind sofortige tiefgreifende Veränderungen in der Sozial-, Wirtschafts-, Währungs-, Umwelt- und Verteidigungspolitik. Nicolas Sarkozy hat indessen seinen Willen bekräftigt, an den „vier Prioritäten“ festzuhalten, die er selbst setzte, als er noch glaubte, die Annahme „seines“ Vertrages von Lissabon sei reine Formsache. Dies sind der fortgesetzte Abbau der öffentlichen Energie- und Verkehrssysteme statt einer vernünftigen Energie- und Klimapolitik, die skandalöse Richtlinie anstelle einer Immigrationspolitik, das Festhalten an der NATO als Verteidigungspolitik und der WTO-kompatible Kurs als Landwirtschaftspolitik ... Alle diese Entscheidungen laufen dem zuwider, was für ein soziales, demokratisches, ökologisches und feministisches Europa notwendig ist, das ein Faktor von Frieden und Solidarität in der Welt sein kann. Ein Europa des Friedens und der Solidarität ist aber notwendiger denn je, wenn ein Ausweg aus der aktuellen Krise gefunden werden soll.

Lasst uns mit allen, die es wollen, für diesen Neustart Europas zusammenarbeiten.

In dieser Ausgabe

- 33. NELF-Treffen
- 14. Forum von Sao Paulo
- Wahlen in Italien, Spanien, Zypern, Russland, Pakistan und Paraguay
- China vor den Olympischen Spielen
- Programm des Linksbundes (Finnland)



Moldova ist in Europa! ParlaCon ist in Moldova!

Die dritte Konferenz der ParlaCon tagte vom 31. Mai bis 1. Juni 2008 in Chisinau

Von Christian Petermann, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE in der BVV Berlin-Lichtenberg

Moldova gehört nicht unbedingt zu den Reisezielen, die der durchschnittliche Mitteleuropäer in seinem Jahresurlaub aufsucht. Zu Unrecht, wie sich herausstellte. Insofern ging es für uns zunächst darum, diesen weißen Fleck auf unserer gedanklichen Landkarte mit Farbe aufzufüllen. Am Anfang standen zwei Erkenntnisse: Erstens, die Republik Moldova und der uns näher liegende Fluss Moldau sind säuberlich voneinander zu trennen. Die Kleinigkeit von gut 1000 km Entfernung macht den Unterschied. Zweitens, die satirische Verballhornung „Molwanien – im Land des schadhaften Lächelns“, erschienen in Buchform, ist weder geeignetes Material zur Reisevorbereitung, noch bildet sie die realen

Verhältnisse im Land ab. Die Farbe, die am ehesten zur Beschreibung des Landes taugt, ist grün. Eine sanft gewellte grüne Hügellandschaft gefiel bereits im Anflug dem Auge des Betrachters. Das Empfangskomitee, bestehend aus drei jungen Genossen, und der Transfer zum Hotel im offenkundig obligatorischen Dienstvolga der Partei gab uns das Gefühl, bei Freunden angekommen zu sein.

Wir, das ist die deutsche Delegation, bestehend aus Viktoria Kretschmer (Ratsmitglied Nienburg/Weser), Gernot Klemm (Koordinator der Fraktionen in den Landtagen), Frank Hammer (Mitglied des Landtages Brandenburg) und Thomas Feske (Mitarbeiter), Frank Thiel (Mitglied des Landtages Sachsen-Anhalt) und Janina Walter (Mitarbeiterin), Andreas Günther (Bereich Internationale Politik beim Parteivorstand der LINKEN), Walter Müller (Mitglied der Bremer Bürgerschaft), Christina Ellmerich (Mitarbeiterin der Landtagsfraktion Mecklenburg-Vorpommern) und Christian Petermann (Fraktionsvorsitzender Berlin-Lichtenberg). Des Weiteren waren Vertreter befreundeter Parteien – der KP Spaniens, der Koalition der Linken, der Bewegungen und der Ökologie (SYNASPISMOS – Griechenland), der Reformkommunisti-

Inhaltsverzeichnis

● Partei der Europäischen Linken

- EL-Vorstand: Nach dem irischen Nein 1
- 3. Konferenz von ParlaCon in Chisinau 2
- Matthias Gärtner: Balkankonferenz der EL 4
- Jahresversammlung von Transform! Europa 4

● 33. NELF-Treffen

- Gegen US-Raketenabwehrsysteme in Europa 5
- Für einen lebensfähigen Palästinenserstaat 5
- Resolution zur Zypernfrage 6

● Aus der internationalen Linken

- Sinn Féin: Das Volk hat gesprochen 7
- Paola Giaculli: Der Wahlausgang in Italien 7
- Helmut Scholz: 8
- Schwere Niederlage trifft auch uns 9
- Norbert Hagemann/Helmut Scholz: 11
- Rifondazione und die Wahlen 11
- Paola Giaculli: 17
- Die spanische Linke bei den Wahlen 17
- Julian Marioulas: Zypern hat gewählt 18
- Bruno Mahlow: Wahlen in Russland 19
- Dietmar Schulz: Wahlen in Paraguay 23
- Christine Buchholz: 24
- Bei der Rot-Grünen Einheitsliste (Dänemark) 24
- Halina Wawzyniak: 25
- Parteitag der Linkspartei (Schweden) 25
- Julian Marioulas: 27
- KP Griechenlands und neue Linke 27
- Belorussische Partei der Kommunisten: 29
- 160 Jahre Manifest 29
- Evo Morales an GUE/NGL 30
- Hans Modrow/Dietmar Schulz: 31
- 14. Forum von Sao Paulo 31

● Internationale Umschau

- Petra Pau: 60 Jahre Israel 32
- Gregor Gysi: Die deutsche Linke und Israel 33
- Wolfgang Gehrcke: 41
- Die deutsche Linke und der Nahostkonflikt 41
- Wolfgang Gehrcke: 46
- Rede im Bundestag zu Annapolis 46
- Peter Linke: Machtwechsel im Kreml 47
- Manfred Schünemann: 48
- Die Ukraine auf dem Weg in die NATO 48
- Holger Politt: 50
- Estlands „multikulturelle Demokratie“ 50
- Mark Solomon: 52
- Barack Obama und die Präsidentenwahl 2008 52

● China vor den Olympischen Spielen

- Rolf Geffken: Die Linke und China 54
- Rezension: China ist kein Reich des Bösen 57
- Georg Blume: Das wahre China 58
- Helmut Ettinger: 59
- Zu den Vorgängen in und um Tibet 59
- Die Lobby des Dalai Lama 62
- Liu Liqun: Tauwetter zwischen China und BRD 66

● Analyse

- Jiří Hudeček: Prager Frühling 1968 68
- Roger Martelli: Paris im Mai 1968 70
- Diethelm Weidemann/Michael Schied: 73
- Die Wahlen in Pakistan 73
- Südafrika nach dem Führungswechsel im ANC 79

● Dokumente

- Abschlusserklärung der EL-Balkan-Konferenz 83
- Abschlusserklärung der 1. Beratung von 84
- SYRIZA (Griechenland) 84
- Abschlusserklärung des 87
- 14. Forums von Sao Paulo 87
- Neues Programm des Linksbundes (Finnland) 90



schen und Ökologischen Linken (AKOA – Griechenland), des Linksblocks (Portugal), der Partei der kommunistischen Wiedergründung (PRC – Italien), der AKEL (Zypern) und der Sozialistischen Allianzpartei (Rumänien) – anwesend. Die Fraktion Vereinigte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke (GUE/NGL) im Europaparlament vertrat Gabi Zimmer. Die Gastgeber sicherten eine breite Beteiligung der Partei der Kommunisten der Republik Moldova (PCRM).

Zum dritten Mal tagte ParlaCon, das Netzwerk von Parlamentariern aller Ebenen der Europäischen Linken. Nach Potsdam und Rom ging es nunmehr nach Chisinau. Die Wahl des Tagungsortes stimmte hoffnungsfroh. Nach empfindlichen Niederlagen für die Linke in Spanien, Italien und Frankreich ging es in ein Land, welches seit 2001 mit absoluter Mehrheit von der PCRM, unserer Schwesterpartei, regiert wird. Eine Zahl, die auch für die durch ihre jüngsten Erfolge verwöhnte deutsche LINKE sensationell ist. 15 Prozent in einer Umfrage oder 50 Prozent im Parlament, das ist ein Unterschied. So war vielleicht der eine oder andere in der Hoffnung angereizt, dass etwas von diesem Erfolg abfärben möge. Doch nicht nur quantitativ, auch qualitativ beeindruckten die Moldawier. Die Schaffung von Arbeitsplätzen, die Verringerung der Auslandsschulden, Investitionen in Bildung und Forschung, Verdopplung des durchschnittlichen Monatseinkommens, (Wieder-)Aufbau des Gesundheitswesens – das sind einige der Punkte, die sich die PCRM mit Stolz und zu Recht an die Brust heften kann.

Nach dem großflächigen Zusammenbruch des Landes im Zuge der Auflösung der Sowjetunion erlangte Moldova traurige Berühmtheit als das ärmste Land Europas. Die Schockstrategie westlicher Ökonomen, korrupte Eliten, der Rückfall in Clanstrukturen als Regierungssystem und nicht zuletzt die militärische Auseinandersetzung mit der abtrünnigen Region Transnistrien hatten in diesem Landstrich Europas zu sozialer Verelendung und vorfeudalen Zuständen geführt. In dieser Situation wäre es verlockend gewesen, die Vergangenheit der Sowjetunion als Zukunft zu sehen. Dieser Fehler wurde nicht gemacht, war doch die katastrophale Lage Moldovas auch Ergebnis der Jahre vor 1991, der ökonomischen und demokratischen Fehlentwicklungen in der UdSSR. Man besann sich auf den Grundsatz, dass neue Umstände neue Antworten erfordern. Aus der These „Sowjetunion“ und der Antithese „unkontrollierter Kapitalismus“ wurde die Synthese „Markt-reformen zum Nutzen der Bevölkerung“ entwickelt – mit den dargestellten positiven Ergebnissen.

Nachdem die PCRM ihre ersten Ziele erreicht hatte, ging sie auf die Suche nach den nächsten Herausforderungen. In diesem Kontext ist auch die Konferenz ParlaCon zu sehen. Wie wichtig die europäische Integration tatsächlich ist, welche Erwartungen sie auslöst, wird erst deutlich, wenn man sich außerhalb der EU aufhält. In diesem Sinne äußerte sich auch der Staatspräsident und Vorsitzende der PCRM Wladimir Woronin bei Eröffnung der Tagung. Die Reintegration der Republik Moldova in das politische Europa nannte er eine vorrangige Aufgabe seines Landes. Wir alle befinden uns in einem politischen Kampf für mehr soziale Gerechtigkeit, ob in Moldova, Spanien oder Deutschland; erklärte er. Wir alle sind mit identischen Problemen konfrontiert, folgerichtig sind wir aufgefordert, zu gemeinsamen Lösungsvorschlägen zu kommen. Die zentrale zu erörternde Frage ist die nach dem Wie. Wie begegnen wir prekären Lebensverhältnissen? Inwieweit hilft der Öffentliche Beschäftigungssektor bei der

Verringerung der Arbeitslosigkeit? Wie erreichen wir die notwendigen parlamentarischen Mehrheiten, um eine sozial gerechte Agenda durchsetzen zu können?

Bei der Diskussion um diese Fragen wurde deutlich, dass es eine allgemeingültige Antwort nicht gibt. Man war sich einig in der Zielsetzung, über den Weg dahin bestanden verschiedene Ansätze. Die Vertreter Moldovas hoben ein schnelles Wirtschaftswachstum und die Verbesserung des Investitionsklimas als Voraussetzungen für soziale Handlungsmöglichkeiten hervor. Der Vertreter Portugals sah in der Stärkung der Gewerkschaften ein vorrangiges Mittel. Wir Deutschen betonten den Mindestlohn als Instrument zur Überwindung prekärer Beschäftigung. Gemeinsame Erkenntnis: Die konkrete Situation in den einzelnen Ländern muss sorgfältig bedacht werden. Jede Entwicklungsstufe und die jeweiligen Rahmenbedingungen erfordern maßgeschneiderte Lösungen.

Doch was ist das Verbindende zwischen den europäischen Linksparteien? Gabi Zimmer brachte es auf den Punkt. Sozialistische Parteien müssen eine soziale und ökologische Reformagenda aufweisen, sich für die Demokratisierung Europas einsetzen und in ihrer Ablehnung der Militarisierung der europäischen Außenpolitik einig sein. In diesem Sinne wurde von den Teilnehmern einstimmig eine Erklärung verabschiedet, die die Schaffung eines Netzwerkes von europäischen Parlamentariern gegen Militärblöcke vorsieht. Die Themen Frieden, Abrüstung und die Abschaffung militärischer Allianzen sollen in einem Seminar zum nächsten Europäischen Sozialforum in Malmö im September 2008 vertieft werden. Dort soll das neu zu gründende Netzwerk ELAMB (European Legislators against Military Blocks) der Öffentlichkeit vorgestellt werden.

Zweitens wurde die Schaffung einer Arbeitsgruppe vorgeschlagen, deren Aufgabe darin besteht, die Kooperation zwischen den Parlamentariern der Mitglieds- und Beobachterparteien der Europäischen Linken zu verstärken. Eine einheitliche Kommunikationsstrategie soll von dieser AG erarbeitet und ein Vorschlag über ein Netzwerk zum ständigen Informationsaustausch zwischen den EL-Parlamentariern vorgelegt werden.

Kann man mit dem Verlauf dieses Konferenzwochenendes zufrieden sein? Hier gilt es zu differenzieren. Einerseits wurden wir so herzlich aufgenommen, dass es wohl nicht mehr steigerungsfähig ist. Um alle organisatorischen Aspekte kümmerten sich die Gastgeber rührend. Das Rahmenprogramm bestand aus der richtigen Mischung von Herzlichkeit und Wissensvermittlung. Wer hätte gewusst, dass Moldova mit 150 km unterirdischen Gängen über die größte Weinkelerei der Welt verfügt? Dass Moldova Abbild von Jahrtausenden Menschheitsentwicklung ist? Besiedlung in der Steinzeit, römische Besatzung, muslimisches Herrschaftsgebiet, ungarische Expansion, Jahrhunderte währende Auseinandersetzungen um die Zugehörigkeit zum Osmanischen Reich, zu Russland, zu Rumänien und der Sowjetunion – all das fand in diesem kleinen Land statt.

Was die Ergebnisse der Konferenz angeht, bleiben Fragen offen. Der Auftrag der ParlaCon ist es, den Gedankenaustausch zwischen den Parlamentariern zu ermöglichen. Dieser fand statt, nur sprach man teilweise nicht über die gleichen Dinge. Es gab keine einheitliche Gesprächsgrundlage. Die Ursache sehe ich vor allem in der Unverbindlichkeit der inhaltlichen Vorbereitung. Es fehlten klare Vorgaben des Ur-



hebers, der Europäischen Linken, an die Konferenz. Für die Zukunft muss deswegen gelten, im Vorfeld eine klare, supranationale Verantwortlichkeit festzulegen, die eine Erwartungshaltung formuliert. Angereichert durch Ergänzungen aus den nationalen Perspektiven und der des Gastgeberlandes, kann so eine gemeinsame Zielstellung für eine Konferenz entstehen, der sich alle verpflichtet fühlen.

Linke Kooperation auf dem Balkan: Partei der Europäischen Linken will Lösungsvorschläge unterbreiten

Auf einer Balkankonferenz der Europäischen Linken (EL) im griechischen Thessaloniki diskutierten kürzlich gut 100 Teilnehmer aus acht Ländern Möglichkeiten der Zusammenarbeit in der Region. (Siehe dazu auch die Abschlusserklärung der Konferenz in diesem Heft, Seite 83)

*Von Matthias Gärtner;
aus: Neues Deutschland, 14./15. Juni 2008*

Die Balkanregion, in den letzten Jahren Schauplatz heftiger Konflikte, stellt ohne Zweifel eine Herausforderung für jegliche europäische Friedens- und Sicherheitspolitik dar. Welche Lösungsvorschläge können Europas Linke unterbreiten? Erste Antworten auf diese Frage sollte die Konferenz in Thessaloniki geben, die von Grazielle Mascia, EL-Vizevorsitzende und Führungsmitglied der Partei der kommunistischen Wiedergründung (PRC – Italien), eröffnet wurde.

Gastgeber des Treffens war die griechische SYNASPIS-MOS, deren Vorsitzender Alexis Tsipras für eine Politik der Demilitarisierung plädierte und die Existenz von NATO-Basen auf dem Balkan scharf kritisierte. Die einseitige Unabhängigkeitserklärung Kosovos stelle einen Bruch des Völkerrechts dar und dürfe so nicht akzeptiert werden, erklärte Tsipras. Der Problemfall Kosovo zog sich wie ein roter Faden durch die Konferenz. Einig war man sich in der Verurteilung der NATO-Politik; unterschiedliche Überlegungen gab es aber zum künftigen Umgang mit dem NATO-Protectorat Kosovo. So stellte Helmut Scholz, Mitglied des Parteivorstandes der EL und der LINKEN, die Frage in den Raum, was man denn tun wird, wenn im kommenden Jahr vielleicht mehr als 100 Staaten Kosovo als eigenständigen Staat anerkannt haben.

Zur Sprache kamen auch praktische Probleme der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. So verwies ein Vertreter der Sozialistischen Partei Mazedoniens auf die unzureichende Infrastruktur in der Region. Er brauche mit dem Auto von Skopje nach Thessaloniki knapp drei Stunden, für die nur wenige Kilometer längere Strecke von Skopje nach Sofia müsse er aufgrund schlechter Straßen dagegen fünf Stunden einplanen.

In einem Abschlusspapier der Konferenz wurden Ideen und Initiativen für kommende Aktionen festgehalten. In Aussicht genommen wurden länderübergreifende Aktionen für einen von Massenvernichtungswaffen freien Balkan. Beispiel dafür ist eine gemeinsame Kampagne von SYNASPIS-MOS und der Partei der Freiheit und Solidarität (ÖDP), die sich für

die Reduzierung der Armeen und der Militärhaushalte in der Türkei wie in Griechenland einsetzen.

Alexis Tsipras hatte den Vorschlag unterbreitet, eine Umwelt-Charta für den Balkan auszuarbeiten. Die Idee wurde von der Konferenz aufgegriffen. Bis zum Ende des Jahres 2009 soll dazu eine Vorlage erarbeitet werden. Neben Parteien aus Bulgarien, Griechenland und der Türkei ist auch die LINKE zur Mitwirkung eingeladen.

Im Gespräch mit ND wertete Helmut Scholz die Konferenz als einen ersten wichtigen Schritt zu engerer Kooperation. Die Tatsache, dass insgesamt drei zyprische Parteien teilnahmen, davon zwei aus dem türkischen Teil der Insel, verdeutlichte seiner Ansicht nach, dass die Linke die gesamte südosteuropäische Region im Blick hat. „Die Probleme des Balkans sind ein Brennspeigel für die Entwicklung Gesamteuropas“, sagte er. In dieser Region kreuzten sich die Interessen der EU, Russlands und der USA. Im Hinblick auf die EU-Wahlen 2009 müsse sich die Linksfraktion im Europäischen Parlament als Partner der Balkan-Völker präsentieren. Das setze voraus, dass sich die linken Parteien Westeuropas mehr als bisher für deren Probleme interessieren. Ein erster Schritt soll eine Analyse der sozialen Akteure in der Region sein, die von „Transform“, der Stiftung der Europäischen Linken, vorgenommen wird.

Jahresversammlung von Transform! Europa

*Stockholm, 15. Juni 2008;
Kontakt: www.transform-network.org; baier@transform.or.at*

Das Netzwerk Transform! Europa ist am 15. Juni 2008 in Stockholm zu seiner Jahresversammlung zusammengetreten. Sie fand nach einem zweitägigen Seminar unter dem Titel „Der Sozial- und Wohlfahrtsstaat – Aussichten und Perspektiven“ statt. Das Seminar war Teil eines Projekts des Netzwerkes zum Thema „Das europäische Sozialmodell und linke Akteure“, das von der Europäischen Kommission kofinanziert wurde. Es bot Raum für inhaltsreiche Debatten über die gegenwärtige Lage der Sozialmodelle in verschiedenen Teilen Europas, über deren Abbau, über die sozialen und politischen Folgen dieses neoliberalen Prozesses einschließlich Widerstand und mögliche Alternativen. Die Vollversammlung von Transform! Europa schätzte das Seminar als einen produktiven und fruchtbaren ersten Schritt zu längerfristiger Forschungsarbeit auf diesem Gebiet in ganz Europa ein.

Nachdem die Partei der Europäischen Linken Transform! Europa im Jahre 2007 als Partner anerkannt hatte, beschloss das Netzwerk, Forschungsarbeit zu Themen des europäischen Sozialmodells sowie der Perspektiven der politischen und sozialen Linken in Europa aufzunehmen. Die Bindung des Netzwerkes an die EL steht nicht im Widerspruch dazu, dass es seit seiner Gründung als selbstständiger Akteur der Linken in Europa handelt, was künftig unter anderem durch seine Erweiterung verstärkt werden soll.

Auf der Stockholmer Versammlung hat Transform! Europa beschlossen, seinen organisatorischen Aufbau so anzupassen, dass in der Zeit seiner Erweiterung die Beteiligung aller Mitglieder gewährleistet ist. Aus diesem Grunde hat es einen



geschäftsführenden Vorstand gewählt, dem Ruurik Holm (Left Forum, Finnland), zugleich gewählt als neuer Rechtsvertreter des Netzwerks, Elisabeth Gauthier (Espaces Marx, Frankreich) und Haris Golemis (Nikos Poulantzas-Institut, Griechenland) angehören. Gemeinsam mit dem Koordinator Walter Baier haben sie den Auftrag, die Tagesgeschäfte des Netzwerks zu leiten. Die Versammlung dankte Michael Brie für seine Tätigkeit als erster Rechtsvertreter von Transform! Europa.

Für das Jahr 2009 hat Transform! Europa einige Bereiche abgesteckt, wo es aktiv werden und Forschungstätigkeit betreiben will. Dies sind die Weiterführung des Projekts über das europäische Sozialmodell und die neuen sozialen Realitäten in Europa, einschließlich der feministischen Perspektive; Forschungen zu Wirtschafts- und Finanzkrisen in der Phase des finanzierten Kapitalismus, partizipative Demokratie, technisch-politische Kommunikationswerkzeuge und deren Einfluss auf die gegenwärtige Politik, Wirtschaftsdemokratie und schließlich die Aufnahme eines Forschungsprojekts zu den strategischen Herausforderungen, vor denen die linken Parteien Europas heute stehen. Transform! Europa wird weiter seine Zeitschrift Transform! In verschiedenen Sprachen herausgeben. Ebenso wird das Netzwerk gemeinsam mit der Partei der Europäischen Linken die Sommeruniversität in Paris im Juli 2008 organisieren, sich an dem Internationalen Marx-Kongress in Portugal im November 2008 beteiligen sowie beim Europäischen Sozialforum in Malmö im September 2008 und beim Weltsozialforum in Belem, Brasilien, im Januar 2009 Seminare veranstalten.

Dem Netzwerk gehören gegenwärtig 16 Mitglieds- und Beobachterorganisationen aus 13 Ländern Europas an.

● **Mitglieder:** Rosa-Luxemburg-Stiftung (Deutschland), Espaces Marx (Frankreich), transform.italia, Centre for Marxist Social Studies (Schweden), Nikos Poulantzas Institute (Griechenland), Zeitschrift Sozialismus (Deutschland), Foundation of Marxist Research – FIM (Spanien), transform! Österreich, CUL:TRA (Portugal), Left Forum (Finnland).

● **Beobachter:** Fondation Copernic (Frankreich), Manifesto Group (Norwegen), Fondation Gabriel Péri (Frankreich).

Auf der Stockholmer Versammlung wurden SPED (Tschechische Republik), transform! Luxemburg und die Association Culturelle Joseph Jacquemotte (Belgien) auf Antrag als Beobachter aufgenommen.

Forum der Neuen Europäischen Linken (NELF)

33. Treffen, Larnaka, Zypern, 13. – 14. Juni 2008

Gegen US-Raketenabwehrsysteme in Europa

Erklärung des 33. NELF-Treffens

Die Teilnehmer des 33. NELF-Treffens, das am 13. und 14. Juni 2008 in Larnaka auf Zypern stattfand, rufen zu Aktionen gegen die geplanten US-Raketenabwehrsysteme in Europa auf. Es ist sehr wichtig, dass wir eine Verschmelzung der regionalen Raketenabwehr der NATO mit dem globalen Raketenabwehrsystem der USA verhindern. Dieses Ziel ist erreichbar und wird substantielle Bedeutung für die Militärausgaben in der Welt und die Zukunft der nuklearen Abrüstung haben.

Auf dem nächsten NATO-Gipfel 2009 könnten die Mitgliedstaaten beschließen, die NATO-Abwehr von Kurz- und Mittelstreckenraketen mit dem Raketenabwehrschild der USA zu verknüpfen. Das würde die strategische Kontrolle der USA über Europa weiter erhöhen und die Tür dafür öffnen, dass sich NATO-Staaten am weltweiten US-Raketenabwehrsystem finanziell beteiligen müssen.

Der Raketenabwehrschild der USA ist keine Lösung für die Konflikte mit Staaten wie Iran und Nordkorea. Solche Raketenabwehrsysteme werden die Kluft zwischen dem Westen und dem Nahen Osten nur weiter vertiefen. Statt eines Raketenabwehrschildes braucht die Welt Dialog, Zusammenarbeit, atomare und konventionelle Abrüstung.

Wir mobilisieren auch gegen den US-Raketenabwehrschild in Solidarität mit dem wachsenden Volkswiderstand dagegen in Polen und der Tschechischen Republik. Die Stationierung von Abfangraketen in Polen und von Radaranlagen in der Tschechischen Republik ist eine Provokation für Russland, bringt uns allen mehr Unsicherheit durch ein neues, noch intensiveres globales Wettrüsten.

Die europäischen Völker werden die Rückkehr zur Logik des Kalten Krieges nicht hinnehmen!

Ein US-Raketenabwehrschild in Europa bringt nicht mehr Sicherheit. Im Gegenteil, es destabilisiert die Beziehungen zwischen den NATO-Staaten einerseits sowie Russland und China andererseits. Da Russland fürchtet, dass die in Osteuropa stationierten Raketen gegen sein Territorium gerichtet werden könnten, wird die Raketenabwehr alle Bemühungen um die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen und atomarer Abrüstung zurückwerfen und damit auch die globale Sicherheit schwächen.

Der Raketenabwehrschild ist das größte und teuerste Forschungs- und Entwicklungsprojekt des Pentagon. Es hat bisher über 120 Milliarden US-Dollar verschlungen. Diese Summen sind eine sinnlose Verschwendung von Ressourcen, die hätten benutzt werden können, um Konflikte zu verhüten und Streitfragen mit friedlichen Mitteln zu regeln.



Aus all diesen Gründen rufen wir die Mitgliedsparteien des NELF auf, gemeinsam mit den Zivilgesellschaften im Vorfeld des 60. NATO-Gipfels im Jahre 2009 Aktionen gegen die US-Raketenabwehranlagen in Europa durchzuführen.

Ein lebensfähiger, souveräner palästinensischer Staat – die Voraussetzung für eine gerechte und umfassende Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts

Erklärung des 33. NELF-Treffens, Larnaka 14. Juni 2008

Die Teilnehmer des 33. NELF-Treffens in Larnaka sind tief beunruhigt über die fortgesetzte Aggression Israels und die Verletzung von Menschenrechten und Völkerrecht in den besetzten Gebieten. Diese aggressive Politik ist eine flagrante Verletzung der von der israelischen Regierung auf der Konferenz von Annapolis im November vergangenen Jahres gegebenen Zusagen, sich an die Road Map zu halten und den Bau von weiteren Siedlungen im Westjordanland einschließlich des Raumes von Jerusalem einzustellen. Durch die Fortsetzung des Baus der Trennungsmauer sowie der Siedlungen im Westjordanland und im Raum Jerusalem wird die israelische Besatzung gegenwärtig faktisch zu einer Kolonisierung dieses Gebietes gesteigert. Das zerstört die Aussichten, einen lebensfähigen palästinensischen Staat zu errichten, was das Ende des auf der Konferenz von Annapolis gestarteten Prozesses wäre. Ohne einen lebensfähigen, souveränen palästinensischen Staat kann es keine gerechte und endgültige Lösung des Konflikts geben.

Daher stellen wir mit großem Bedauern fest, dass die Reaktion der EU auf diese Situation darin besteht, eine Weiterentwicklung der Beziehungen zu Israel in Erwägung zu ziehen. Das würde jedoch von der israelischen Regierung unweigerlich als Belohnung für die gegenwärtige Expansionspolitik Israels im Westjordanland aufgefasst werden. Wir würden tief bedauern, wenn die EU nicht in der Lage wäre, eine von der Bush-Administration, die mit der israelischen Regierung offen gemeinsame Sache macht, unabhängiger Positionen einzunehmen.

Wir dagegen sind der Meinung, dass die EU dringend größeren Druck auf die israelische Regierung ausüben muss, damit der Friedensprozess vorankommt. Daher fordern wir die EU und die europäischen Regierungen auf, den Friedensprozess mit Mitteln der Handelspolitik gegenüber Israel voranzutreiben. Es ist notwendig, Produkte aus den Siedlungen zu boykottieren und das Handelsabkommen der EU mit Israel auszusetzen, solange dieses sich nicht an das Völkerrecht hält und die Menschenrechte achtet. Die EU sollte auch den Handel mit allen strategischen Gütern und Dienstleistungen aussetzen. Außerdem sind wir der Meinung, dass die EU ihre Politik der Sanktionen und der Abriegelung des Gaza-Streifens sofort einstellen muss, damit Leid, Armut und Elend der Palästinenser, die dort leben, ein Ende haben. Das 33.

NELF-Treffen appelliert an die internationale Gemeinschaft, auf die israelische Regierung Druck auszuüben, damit diese nicht in Gaza einmarschiert. Sollte es dazu kommen, wäre enormes menschliches Leid die unweigerliche Folge. Wir rufen die internationale Gemeinschaft ebenso auf, die Bemühungen des Palästinenserpräsidenten Mahmud Abbas und der ägyptischen Regierung um einen Waffenstillstand zwischen der Hamas und der israelischen Regierung zu unterstützen.

Mehr als 60 Jahre nach der Gründung des Staates Israel im Mai 1948 und der Katastrophe Al-Nakba, der Vertreibung der Palästinenser von ihren Heimstätten und aus ihrem Land Palästina, muss eine gerechte Lösung des Konflikts auf der Grundlage der UNO-Resolutionen 194, 242 und 338 gefunden werden. Wir halten es für notwendig, eine internationale Konferenz mit allen Vollmachten unter der Ägide der UNO einzuberufen, die das Ziel hat, die UNO-Resolutionen umzusetzen und damit eine endgültige, gerechte und umfassende Lösung des Konflikts zu erreichen.

Ein vollständiger Rückzug Israels aus den besetzten Gebieten in den Grenzen vom 4.6.1967 sollte so rasch wie möglich stattfinden, um den Weg zur Errichtung eines palästinensischen Staates mit Ostjerusalem als Hauptstadt frei zu machen. Das ist eine notwendige Voraussetzung für einen dauerhaften Frieden im Interesse der Palästinenser und der israelischen Bevölkerung sowie der Regelung weiterer Konflikte in der Region.

Die anhaltende Spaltung der Palästinenser hat deren Position auf internationaler Ebene eindeutig geschwächt. Daher beglückwünschen wir, die Vertreter der Mitgliedsparteien des NELF, die palästinensischen Linksparteien zu ihren Bemühungen, die palästinensische Linke zu einen, um dadurch zur Beförderung des nationalen Dialogs und zur Wiedervereinigung der palästinensischen Gesellschaft beizutragen, damit diese in die Lage versetzt wird, eine endgültige und umfassende Lösung des Konflikts zu erreichen.

Resolution zur Zypernfrage

Die Teilnehmer des 33. NELF-Treffens haben Informationen über neueste Entwicklungen in der Zypernfrage zur Kenntnis genommen. Dazu äußern sie folgenden Standpunkt:

Sie halten die andauernde Teilung der Insel für rechtswidrig, unakzeptabel und schädlich für das Volk von Zypern, ob griechischer oder türkischer Nationalität.

Sie verurteilen die Okkupation von Gebieten der Republik Zypern, den Zustrom der Siedler vom türkischen Festland, der die demografische Zusammensetzung der Bevölkerung verändern soll, die Zerstörung von Kulturgütern sowie die rechtswidrige Aneignung von Boden und Vermögen in den Gebieten, die seit 1974 nicht mehr der Kontrolle der Republik Zypern unterstehen.

Sie sind überzeugt, dass der geeignete Weg zu einer friedlichen, gerechten, gegenseitig annehmbaren und dauerhaften Lösung der Zypernfrage nur substantielle interkommunale Verhandlungen unter der Schirmherrschaft der UNO auf der Grundlage der Resolutionen des UN-Sicherheitsrates, der Vereinbarungen auf höchster Ebene zwischen den führenden Repräsentanten der beiden ethnischen Gemeinschaften, des Völkerrechts und des EU-Rechts sein können.



Sie begrüßen die Wiederbelebung des Friedensprozesses unter der Ägide der UNO und die Arbeit, die von den Arbeitsgruppen und technischen Ausschüssen im Rahmen dieses Prozesses geleistet wird.

Sie drängen die beiden Gemeinschaften, sich in den Arbeitsgruppen aufrichtig für substantielle Fortschritte einzusetzen, die die Aufnahme direkter Gespräche zwischen den führenden Vertretern der beiden Gemeinschaften zu einem von ihnen vereinbarten Zeitpunkt ermöglichen.

Sie betonen, dass die Lösung der Zypernfrage die Beendigung der Okkupation und Teilung der Insel, die Rückführung der Siedler in ihre Heimat sowie die Umwandlung der Republik Zypern in eine bizonale, bikommunale Föderation mit *einer* Souveränität und *einer* völkerrechtlichen Identität, mit *einer* Staatsbürgerschaft, mit gesicherter Unabhängigkeit und territorialer Integrität beinhalten muss. Es soll ein Staat entstehen, der, wie in den entsprechenden Resolutionen des UN-Sicherheitsrates festgelegt, zwei politisch gleichgestellte Gemeinschaften umfasst.

Eine Lösung der Zypernfrage muss entsprechend dem Völkerrecht die Menschenrechte und die Grundrechte aller Bürger gewährleisten, einschließlich des Rechts der Vertriebenen auf Rückkehr in ihre Wohnstätten und Rückgabe ihres Eigentums, das Recht der Familien der Vermissten in beiden Gemeinschaften auf Information über das Schicksal ihrer Angehörigen.

Sie bringen ihre Überzeugung zum Ausdruck, dass die beiden Gemeinschaften wie in der Vergangenheit zusammenleben und eine gemeinsame, friedliche Zukunft in einem einheitlichen, bizonalen und bikommunalen föderalen Staat aufbauen können, der Mitglied der Europäischen Union und der internationalen Gemeinschaft ist und als Brücke für Frieden und multikulturelles Zusammenleben im Raum des östlichen Mittelmeeres dient.

Aus der internationalen Linken

Das Volk hat gesprochen

Erklärung von Mary Lou McDonald, MEP von der Partei Sinn Féin, Dublin, 13. Juni 2008

Das Volk hat sein Wort gesprochen. Es teilt unsere Besorgnis über den Vertrag von Lissabon und glaubt daran, dass ein besserer Vertrag erreicht werden kann. Es teilt auch unsere Ansicht, dass Irlands Platz in Europa sicher ist. Jetzt hat die Regierung ein klares und starkes Mandat, diesen Vertrag neu zu verhandeln. Sie muss die Gelegenheit nutzen, sich mit den EU-Partnern erneut an den Tisch zu setzen und für einen besseren Vertrag zu sorgen.

In der Kampagne um das Referendum ging es immer wieder um drei Fragen: Irlands Verlust an Einfluss in Europa, die Neutralität und mangelnde Information. Außerdem bewegte die Menschen der Wettlauf um die niedrigsten Löhne und schlechtesten Arbeitsbedingungen sowie die Öffnung wichtiger öffentlicher Dienstleistungen für den Wettbewerb.

Jetzt liegt es an der Regierung und vor allem am Ministerpräsidenten, auf das Volk zu hören und sich der Aufgabe zu widmen, einen besseren Vertrag auszuhandeln. Es geht um sehr praktische und vernünftige Forderungen, die durchsetzbar sind.

Ein solcher Vertrag muss enthalten:

- weiterhin einen ständigen Kommissar für Irland
- die Beibehaltung von Irlands jetzigem Stimmgewicht im Rat
- die Beibehaltung und Stärkung wichtiger strategischer Vetorechte bei Steuern, öffentlichen Dienstleistungen und internationalem Handel
- weiterhin das absolute Recht der Bürger Irlands auf das letzte Wort bei allen wichtigen Veränderungen an EU-Verträgen
- einen besonderen Artikel zum Schutz unserer Neutralität
- ein Sonderprotokoll, das wichtige öffentliche Dienstleistungen vom Wettbewerb ausnimmt
- Nichtbeteiligungsklauseln bei Ausgaben für Atomenergie und Rüstung
- Aufnahme einer Klausel über sozialen Fortschritt und mehr Schutz für Arbeiterrechte
- aktive Förderung von fairem Handel gegenüber freiem Handel
- Stärkung der Rolle der Parlamente und Bürger der Mitgliedstaaten.

Brian Cowen wird am 20. Juni zum ersten Mal als Ministerpräsident Irlands am Europäischen Rat teilnehmen. Dort muss er sich für die Neuverhandlung des Vertrages von Lissabon stark machen.

Wir alle, die wir daran glauben, dass ein besserer Vertrag möglich ist, müssen die Regierung bei dieser Aufgabe unterstützen. Sinn Féin will eine konstruktive Kraft sein. Wir werden den Ministerpräsidenten in den nächsten Tagen aufsuchen und mit ihm über unsere Sicht auf den Inhalt eines neuen Vertrages sprechen.



Wir werden auch Gewerkschaften, Bauern, die Geschäftswelt und die Zivilgesellschaft auffordern, ihren Einfluss geltend zu machen, damit die Regierung den bestmöglichen Vertrag erreicht. Dies war ein Kampf zwischen David und Goliath. Die Aktivisten von Sinn Féin haben die Debatte überall im Lande bis in die Gemeinden getragen und eine Mehrheit der Wähler mit seriösen und begründeten Argumenten davon überzeugt, dass ein besserer Vertrag möglich ist. Ich möchte den Mitgliedern unserer Partei für ihre großen Anstrengungen in der Kampagne danken, ebenso all denen, die bei diesem Referendum ihre Stimme abgegeben haben.

Der Wahlausgang in Italien

Von Paola Giaculli, Referentin der Fraktion DIE LINKE im Bundestag

Das Parlament hat der Regierung Berlusconi grünes Licht gegeben, aber die Linke konnte nichts dagegen tun, denn mit einem Wahlergebnis von nur etwas mehr als 3 Prozent war sie erstmalig in der Nachkriegsgeschichte dort nicht mehr vertreten.

Eine Art Tsunami-Welle hat die Linke weggefegt und Italien nach rechts gerückt. Das linke Wahlbündnis Sinistra Arcobaleno, die Regenbogenlinke (PRC, PdCI, Grüne, SD-Demokratische Linke) hat 2 776 000 Stimmen verloren (2006 erhielten die Parteien zusammen 3 897 000 Stimmen, bzw. 10,2%) und damit ganz überraschend die Hürde von 4 Prozent in der Abgeordnetenversammlung und von 8 Prozent im Senat verfehlt. Ungefähr 50 Prozent ihrer Stimmen hat sie an die Demokratische Partei (PD) von Veltroni und dessen Verbündeten Di Pietro (IDV – Italien der Werte) abgegeben, bis zu 25 Prozent an die Nichtwähler, 6 Prozent an die Rechte (PDL – Volk der Freiheit und Lega Nord) sowie ca. 14 Prozent an andere (*La Repubblica*, 17. April 2008).

So stark war die Rechte in Italien noch nie. Berlusconi mit seiner PDL, zu der jetzt auch die Alleanza Nazionale des ehemaligen Faschisten Fini, des neugewählten Präsidenten der Abgeordnetenversammlung, gehört, konnte die Wahl mit 46,8 Prozent in der Abgeordnetenversammlung und 47,5 Prozent im Senat gewinnen. Veltronis Bündnis blieb mit 37,6 in der Kammer und 38,2 im Senat weit hinter der Koalition der Rechten zurück. Berlusconi hat seinen Sieg vor allem der Lega Nord zu verdanken: Diese rassistische und populistische Formation schnitt prozentual und in absoluten Stimmen doppelt so gut ab wie 2006. Sie gewann 1,5 Millionen Stimmen hinzu und steigerte damit ihren Anteil von 4,1 Prozent auf 8,2 Prozent. Berlusconi und Fini dagegen erzielten ein schlechteres Ergebnis (Rückgang von 38,4 auf 37,4). Sie verloren mehr als eine Million Stimmen.

Veltroni hat bis zum Letzten auf eine erfolgreiche Aufholjagd gehofft. Aber seine Fusionspartei aus den ehemaligen Linksdemokraten und den Christdemokraten der Margarita konnte nur 2 Prozent zulegen (von 31,2 auf 33,2) und ungefähr 100 000 Stimmen mehr gewinnen. In einem extrem polarisierten Wahlkampf setzte sich selbst die zentristische Partei des ehemaligen Kammerpräsidenten Casini (UDC-Zentrumsunion) immerhin noch mit 5,6 Prozent durch. Abspaltungen von Rifondazione comunista (PRC) wie die Sinistra Critica (Kritische Linke) oder die PCL (Kommunistische Par-

tei der Arbeiter) lagen jeweils bei 0,6 und 0,4 Prozent. Die rechtsextreme La Destra (die Rechte) musste außerhalb des Parlaments bleiben, legte aber alarmierend zu (von 0,6 auf 2,4% – ca. 650 000 Stimmen mehr).

Alle Parteien haben nach rechts verloren: Die Linke wurde von Veltroni PD ausgehöhlt. Der wollte die Moderaten anlocken, aber die gaben ihre Stimme der IDV seines Bündnispartners, des bekannten Anti-Mafia-Kämpfers Di Pietro, der zentristischen UDC oder Berlusconi. Die UDC verlor an die PDL Berlusconis und diese an die Lega Nord. Unter den Lega-Wählern finden sich jetzt 19 Prozent ehemalige Berlusconi-Anhänger, während 11 Prozent 2006 die ex-faschistische Alleanza nazionale gewählt hatten. Der Rechtsruck zeichnete sich bereits 2006 ab, als Prodis Mitte-Links-Koalition die Wahl nur mit 25 000 Stimmen gewann.

Zum jetzigen Wahlausgang haben unterschiedliche Elemente beigetragen:

Die Polarisierung hat in der Ausgangssituation eine bedeutende Rolle gespielt. Der Wahlkampf wurde von den Medien als eine Auseinandersetzung zwischen den beiden größten Parteien dargestellt, und auch deren Vertreter wiesen immer wieder darauf hin. Das sogenannte „voto utile“, das taktische Wählen, um einen Sieg von Berlusconi zu verhindern, ist ein Grund, warum die Hälfte der linken Wählerschaft zur PD oder zur IDV (Steigerung des Stimmenanteils 2,3 auf 4,4%) übergelaufen ist.

Die tiefe Enttäuschung über die Regierung Prodi veranlasste einen Teil der linken WählerInnen dazu, sich der Stimme zu enthalten oder die PD, bzw. die IDV des ehemaligen Staatsanwalts Di Pietro zu wählen. Im Wahlkampf distanzierte sich Veltroni von der Regierung Prodi, in der seine Partei immerhin 16 Minister gestellt hatte. Er sprach von einem „Neuanfang“ und konnte einen Teil der linken Wählerschaft davon überzeugen, dass er das Neue darstelle. Seine Partei ist übrigens erst letztes Jahr entstanden. Die Regierung Prodi war nicht in der Lage, eine Verbesserung der sozialen Verhältnisse zustande zu bringen, wie die linke Wählerschaft erwartete und wie es die Koalitionsvereinbarung versprach.

Die Linke wurde bestraft, weil sie nicht fähig war, den Widerstand der Regierung gegen die Forderungen der sozialen Bewegungen zu überwinden und diese durchzusetzen. Die Regierung vertrat getreulich die Interessen der Unternehmer und des Vatikans. Dabei waren das Weiterbestehen von prekären Jobs und die Anhebung des Rentenalters auch von den Gewerkschaften unterstützt worden. Andererseits stand die Linke vor dem Problem zu vermeiden, dass sie für den Sturz Prodis verantwortlich gemacht werden könnte. Viele Linke hätten ihr das vorgeworfen, denn ungeachtet der Verbitterung über die Politik des Kabinetts empfanden sie dieses als „ihre Regierung“.

Die Regenbogenlinke konnte kein klares inhaltliches Profil zeigen. Sie wurde als ein unter Zeitdruck zusammengezwimmertes Wahlbündnis und nicht als politisches Projekt gesehen. Damit hätte man viel früher anfangen müssen. Das Bündnis war ein Versuch, alle politischen Kräfte links von der PD zusammenzuschließen. Aber zu unterschiedlich waren die Auffassungen der Vertreter der einzelnen Parteien, um glaubwürdig zu wirken und ein überzeugendes Bild von Geschlossenheit zu vermitteln. Die einen sahen in dem Bündnis die Grundlage eines künftigen einheitlichen linken Subjektes, die anderen nur eine Koordinierung oder eine Föderation verschiedener, auch künftig weiterbestehender Parteien.



Hauptthemen im Wahlkampf waren die innere Sicherheit und die Migrationspolitik. Die verheerende soziale Lage, die immer prekäreren Jobs und Lebensverhältnisse, die die Krise der kapitalistischen Globalisierung verursacht hat, erzeugen Unsicherheit und Angst. Das ist das ideale Terrain für Hetze gegen die Fremden, die zum Sündenbock werden, wie es zur Tradition der politischen Rechten gehört. Sie haben einfache Antworten auf die Krise parat: die Abschottung ganz Italiens oder der „engeren Heimat“. Die Lega Nord war in diesem Sinne immer politisch konsequent und erzielte daher – wie bereits Mitte der 90er Jahre – in einer Zeit der besonders akuten Krise erneut riesige Zugewinne.

Leider ist auch das Mitte-Links-Lager gegen solche Ideen nicht immun. Im November letzten Jahres hatte die Regierung Prodi ein Dekret über die sofortige Abschiebung aller Migranten verabschiedet, die „eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit darstellen können“. Das Dekret wurde von Veltroni, damals Bürgermeister von Rom, durchgepeitscht, nachdem ein Rumäne eine Frau brutal ermordet hatte. Auch der Minister für soziale Solidarität, Paolo Ferrero, von Rifondazione comunista gab dem Dekret seine Zustimmung. PD-Bürgermeister laufen mit ihren Maßnahmen (Gründung von Bürgerwehren, Abbau von Roma-Siedlungen) der Lega Nord hinterher. Seit einigen Jahren herrscht eine kulturelle Hegemonie der Rechten. Ihr Sieg widerspiegelt diese Situation.

Walter Veltroni mit seinem zentristischen Projekt der PD ist für Vieles verantwortlich: eine Amerikanisierung der politischen Landschaft und die konsequente Auslöschung der Linken durch Überwindung der Aufteilung der politischen Landschaft in ein linkes und ein rechtes Lager, die Bereitschaft zum Dialog mit den Rechten, was Verfassungs- und Wahlrechtsreformen – inklusive das Europa-Wahlrecht – anbelangt, wie er schon im Wahlkampf angekündigt hatte. In diesem Sinne ist auch Berlusconi Dialogangebot im Parlament und sein Dank an Veltroni zu verstehen. Auf Berlusconi Rede erwiderte Veltroni: „Wir werden gegen Ihre Regierung stimmen, aber wir werden uns im Interesse des Landes beteiligen. Aus diesem Grunde werden wir Maßnahmen zustimmen, die richtig und gut für Italien sind. Wir werden nicht mit den Muskeln spielen, sondern die Intelligenz und den Verantwortungssinn einer alternativen offenen Kraft haben.“ Schon vor der geplanten Verschärfung der „Sicherheitspolitik“, d. h., der Migrationspolitik durch den Lega-Innenminister Maroni haben angesehene PD-Vertreter bereits ihre Unterstützung erklärt. Von diesem Vorhaben des Innenministers wären besonders die rumänischen Bürger betroffen: Er möchte illegale Einwanderung bestrafen, das Aufenthaltsrecht nur Menschen mit einem Mindesteinkommen zugestehen, die Grenzen für Rumänen schließen und das Schengen-Abkommen aussetzen, wenn Gefahr für „die nationale Sicherheit“ besteht. Die Migrantfrage ist eine Priorität für die Regierungspolitik und laut einer Umfrage auch für 70 Prozent der Italiener. Für 68 Prozent sind Roma unerwünscht. In der Tat stellen Migranten nur 5 Prozent der Bevölkerung dar, aber werden als „Notstand“, als Bedrohung insbesondere für Ältere und für Frauen empfunden. Dabei werden in Italien die meisten Frauen von Familienangehörigen missbraucht und die meisten Verbrechen von der Mafia begangen. Leider sind weite Teile der traditionell linken Bevölkerung inzwischen mehr oder weniger bewusst auch fremdenfeindlich geworden. In Neapel wurden Roma-Siedlungen letzte Woche von der lokalen Bevölkerung niederge-

brannt, nachdem ein Roma-Mädchen vermutlich ein Kind entführt hatte. Die Camorra, die neapolitanische Mafia, machte beim Aufstand mit, um zu „zeigen, dass sie dort präsent ist, wo der Staat seine Bürger im Stich lässt – bei der Bewältigung des Einwanderungsproblems“ (*Stern*, 15. Mai 2008).

Die Polizei organisierte im Laufe der letzten 10 Tage an mehreren Nomadenlagern in ganz Italien Razzien gegen „Straßenkriminalität“, und mehr als hundert ausländische Bürger wurden abgeschoben. Verteidigungsminister La Russa will sogar die Armee einsetzen.

Neben Mailand hat nun auch Rom einen Sonderbeauftragten für den „Notstand“ gefordert. Hier hat ebenfalls ein rechter Bürgermeister die Wahl gewonnen: Es ist Gianni Alemanno, der aus der faschistischen Bewegung der 70er Jahre kommt.

Rechte Positionen machen sich nach und nach auch in den Gewerkschaften breit. Die linke FIOM (die italienische IG-Metall) wird mehr und mehr ausgegrenzt. Flächendeckende Tarifverträge werden in Frage gestellt zugunsten von lokalen Vereinbarungen mit den Unternehmen und differenzierten Lohnniveaus im Norden und Süden Italiens, was zu einem Bruch der Solidarität zwischen den ArbeitnehmerInnen führt. Das Konzept des Steuerföderalismus der Lega Nord geht in die gleiche Richtung.

Es sind schwere Zeiten für die Linke. Sie muss aus dem eigenen Scheitern lernen, wieder in Kontakt mit der Gesellschaft zu kommen, die entstandene Entfremdung von der Bevölkerung abzubauen. Die Linke hat die gewaltigen Veränderungen in der sozialen Kultur nicht wahrgenommen. Nach verbreiteter Meinung besteht die Lösung der Globalisierungskrise nicht in dem Motto „Eine andere Welt ist möglich“, sondern im Rückzug auf das Heimatdorf. Die Linke muss politische Glaubwürdigkeit zurückgewinnen und sich zugleich auch um den Wiederaufbau der politischen und sozialen Kultur kümmern, was eine gigantische Aufgabe ist. Damit kann sie auf lokaler Ebene beginnen, denn sie hat in mehreren Fällen bei den am selben Tag stattfindenden Kommunalwahlen besser abgeschnitten als bei den Parlamentswahlen.

Schwere Niederlage trifft auch uns

Interview von „Disput“ mit Helmut Scholz, Mitglied des Parteivorstandes der LINKEN und Mitglied des Vorstandes der Partei der Europäischen Linken; Interview: Alrun Nüsslein

Wie weiter in Italien?

Bei den Parlamentswahlen am 13. und 14. April in Italien ging Silvio Berlusconi rechtes Wahlbündnis klar als Sieger hervor. Die Regenbogen-Linke aus Rifondazione Comunista, der Partei der Italienischen Kommunisten (PdCI), den Grünen und der Demokratischen Linken erzielte nur knapp über drei Prozent.

Wie bewertet die LINKE das italienische Wahlergebnis?

Die schwere Niederlage der italienischen Linken hat uns natürlich tief getroffen. Wir wussten, dass angesichts der



komplizierten politischen und gesellschaftlichen Umbruchsprozesse und der enttäuschenden Erfahrungen mit der Prodi-Regierung besondere Anforderungen an die Mobilisierungsfähigkeit unserer italienischen Genossen gestellt waren. Es war aber nicht vorhersehbar, dass die Linke erstmalig in der Nachkriegszeit nicht mehr im Parlament vertreten sein wird. Wenn die Linke in einem europäischen Land Rückschläge erleidet, betrifft das uns alle. Denn auch in Italien sind wir mit den uns bekannten Entwicklungen konfrontiert: dem Bestreben, neoliberale Politikansätze in allen Bereichen zu verstetigen und zu deren Absicherung alternatives Denken und politische Kräfte auszugrenzen, zu diffamieren und damit aus dem Bewusstsein der Bevölkerung zu verdrängen.

In Italien wurde hierfür massiv auf die Karte der sogenannten „nützlichen“ Stimme gesetzt. Wir lernen daraus, dass wir zwingend die Frage nach den politischen Mehrheiten für von uns angestrebte Veränderungsprozesse beantworten müssen, in Italien zum Beispiel das Verhältnis zur neuen Partito Democratico von Veltroni. Trotz gravierender Unterschiede in den gesellschaftlichen Entwürfen und offen erklärter Gegnerschaften kommen wir an dieser ganz offensichtlich nicht vorbei.

Hat die Regierungsbeteiligung der italienischen Linken geschadet?

Viele Menschen hatten mit der Wahl der Mitte-Links-Regierung auf eine schnelle Überwindung des Systems Berlusconi gehofft, eine Aufgabe, welcher die Regierung Prodi trotz klarer Regierungsprogrammatik wegen ihrer politischen Heterogenität und der damit in ihr widerstrebenden Interessenslagen einfach nicht gewachsen war. Unsere italienischen Genossen standen immer vor der schwierigen Aufgabe, diese Regierung an die eigene Programmatik zu binden und zugleich voranzutreiben. Von Anbeginn wurde die Umsetzung des Regierungsprogramms aus dem Prodi-Lager selbst konkariert und zunehmend den Interessen von Unternehmerverbänden und Vatikan untergeordnet. Das ernüchternde Fazit: Das von Berlusconi eingeführte Wahlsystem wurde nicht abgeschafft, weitere prekäre Arbeitsverhältnisse und die Anhebung des Rentenalters, die Missachtung von Frauen- und Bürgerrechten wurden nicht verhindert, die militärischen Auslandseinsätze trotz Irak-Abzug nicht umfassend beendet. Insgesamt jedoch, glaube ich, hat in diesen knapp zwei Jahren die Linke viel gelernt. Und zugleich gilt: Wenn man das Wahlergebnis als Ausdruck einer tiefen Enttäuschung verstehen will, dann steht das gemeinsame Lernen der Linken und ihrer Wähler ganz offensichtlich noch aus.

In Italien, vor allem in Norditalien, soll ein Großteil der Arbeiter für die rechtsextreme Lega Nord gestimmt haben. Welche Gründe sehen Sie?

Sicherlich gilt es zu fragen, wer eigentlich der Arbeiter im Norden sein soll. Fakt ist: die sehr einfachen Antworten einer Lega Nord haben Unterstützung in sehr breiten Schichten der Bevölkerung in Norditalien gefunden. Diese Art von einfachen Antworten auf falsche Fragen kennen wir übrigens auch aus Deutschland. Im Kern folgen sie immer demselben Muster: Auf Unsicherheiten und Ängste in der Bevölkerung wird geantwortet, indem man schnell einen noch Schwächeren sucht, *divide et impera* halt. Das gilt offensichtlich auch für das Menetekel von Rom: ein Neofaschist im Schafspelz erobert das Rathaus. Für uns Linke kann die Reaktion nur

sein, die richtigen Fragen in die Diskussion zu bringen und Antworten zu geben, die an Erlebnisse und Erfahrungen der Angesprochenen anknüpfen, sie betreffen und sie selbst zu Akteuren machen. Letztlich wollen wir nicht Politik für sie, sondern mit ihnen machen.

Was sollte die italienische Linke jetzt tun?

Wir sind weit davon entfernt, hier leichtfertig Ratschläge zu erteilen. Die LINKE in Deutschland konnte sich der Solidarität der italienischen Freunde immer sicher sein, dies gilt jetzt auch umgekehrt. Nach meiner Einschätzung ist für die alternative Linke jetzt eine zentrale Aufgabe, die außerparlamentarischen Kräfte zu bündeln und durch Neuausrichtung und Stärkung einer geeinten, gesellschaftsalternativen italienischen Linken den energischen Widerstand gegen Demokratie- und Sozialabbau zu formieren. Auch wenn sie nicht im Parlament ist, die Linke wird in der Gesellschaft den politischen Druck verstärken und klar die sozialökonomischen Wahlversprechen von Berlusconi einfordern.

Voraussetzung dafür ist eine unaufgeregte, nüchterne Ursachenanalyse der Wahlniederlage, die auch für die Europäische Linke insgesamt wichtig ist. Ich bin überzeugt, unsere italienischen Freunde werden hierbei die richtigen Fragen stellen und die entsprechenden Antworten finden.

Welche Schlussfolgerungen zieht die Europäische Linkspartei?

Wir versuchen seit der Gründung der EL, gemeinsame Probleme auch gemeinsam zu lösen. Soziale Verunsicherung erleben wir nicht nur in Italien. Wachsende Umverteilung von unten nach oben oder die Gefahr einer autoritären Wende verbunden mit einer zunehmenden Einschränkung der Bürgerrechte unter dem Deckmantel der Terrorbekämpfung sind in allen europäischen Ländern präsent. Deshalb stehen wir gemeinsam für eine andere Politik in Europa und in der EU, bei der sich Menschen selbstbewusst in die gesellschaftliche Gestaltung einbringen können, auf nationaler Ebene als auch auf der Ebene der Europäischen Union.

Mit einer gemeinsamen Wahlplattform zu den Wahlen für das Europäische Parlament werden wir weiterhin für eine soziale, friedliche, umweltgerechte und solidarische, weltoffene EU kämpfen und auf nationaler Ebene an dieser Aufgabe weiter wachsen. Eins ist aber auch klar: National nicht gestellte Fragen können auch europäisch nicht beantwortet werden.



Zu den Vorgängen bei Rifondazione comunista (PRC) im Ergebnis der Niederlage bei den Parlamentswahlen in Italien¹

Von Norbert Hagemann, BAG Friedens- und Internationale Politik, und Helmut Scholz, Mitglied des Parteivorstandes der LINKEN

Mit dem Rücktritt der gesamten Führung der Partei der kommunistischen Wiedegründung (PRC) auf der jüngsten Tagung ihrer Leitungsgremien sind neue Mehrheiten entstanden, die vor dem Hintergrund der Niederlage bei den jüngsten Parlamentswahlen den auf dem 6. Parteitag von Venedig (2005) mehrheitlich beschlossenen Kurs grundsätzlich in Frage stellen. Dieser Kurs war nie unumstritten und seine Umsetzung von teilweise heftigen personifizierten Auseinandersetzungen begleitet, verfügte jedoch durchgängig über eine stabile Mehrheit innerhalb der Partei und deren Gremien. Die bisherigen Minderheiten konnten in der jüngsten Vergangenheit keine politikfähigen und -relevanten Alternativen zum Kurs des Parteitages aufzeigen. Sie selbst stellen zurzeit eher ein heterogenes Konglomerat von Strömungen dar, welche die strategische Weichenstellung des 6. Parteitages aufgrund einer divergierenden Lageeinschätzung nicht mitgehen wollen („Essere Comunisti“ um den früheren internationalen Sekretär Grassi) oder unter dogmatischer Auslegung ihrer unterschiedlichen Traditionslinien (z. B. Trotzlisten, Leninisten) schlichtweg ablehnen.

Die grundsätzliche Klärung, welchen Kurs die Partei in Zukunft verfolgen wird und ob die bisher angeschobenen Projekte wie z. B. die organisatorische Zusammenführung der verschiedenen linken Parteien in der „Regenbogenlinken“ weiter verfolgt werden, wird frühestens auf dem für den 24. bis 28. Juli anberaumten Parteitag erfolgen. Bis dahin wird die Partei von einer provisorischen Leitung geführt, der alle Strömungen, einschließlich der bisherigen Mehrheit, angehören.

Für die künftige Orientierung wird entscheidend sein, inwieweit das komplexe Bündel aus offenen strategischen Fragen, gravierenden Fehlern in Regierungsbeteiligung und Wahlkampf sowie den Problemen im Verhältnis der Parteiführung zu den Mitgliedern und der Partei zu ihren Stammwählern aufgelöst werden kann.

Nicht minder wichtig wird sein, ob die Übergangsführung der PRC in der Lage sein wird, das Lernen aus der bisherigen Entwicklung als kollektiven Prozess der gesamten Partei² zu organisieren oder ob sich die „Abrechnung“ mit der bisherigen Führung, die Suche nach einem inneren Feind fortsetzt. Für Letzteres sprechen die anhaltenden personifizierten Angriffe auf bisher führende Politiker, denen pauschal liquidatorische Absichten unterstellt werden.

Die Analyseversuche zur Wahlniederlage der Regenbogenlinken, die zur Zeit innerhalb und außerhalb der italienischen Linken vorgenommen werden, konzentrieren sich auf die Frage, ob in Politik und Programmatik der PRC zu wenig „Antikapitalismus“ oder zu wenig „Kommunismus“ vorhanden war. Im Kern geht es aber um die wachsende Diskrepanz zwischen den realen Veränderungen in der Gesellschaft und der Weiterentwicklung des Politikangebotes der linken Kräf-

te, besonders der PRC. Deren Parteibasis fühlte sich ungenügend in die politischen Prozesse eingebunden und nahm sie in ihrer oft nicht nachvollziehbaren dramatischen Beschleunigung nur noch als Demokratiedefizit wahr, was letztlich zu einer Glaubwürdigkeitskrise führte.

Die Vorgänge in der PRC werden zweifellos auch Einfluss auf die weitere politische Entwicklung der Partei der Europäischen Linken, auf die Mitwirkung sowohl der Mitgliedspar- tei PRC als auch der beiden Beobachterparteien, der Partei der Italienischen Kommunisten (PdCI) und der Sammlungsbewegung Europäische Linke (Sinistra Europea), haben. Mit der undifferenzierten Kritik an der bisherigen Mehrheitslinie in der PRC werden indirekt auch bestimmte Linien des politischen Kurses der EL zur Disposition gestellt. Die nach den Wahlniederlagen der EL-Mitgliedsparteien in Frankreich und Spanien im letzten Jahr notwendig gewordene Neuorientierung (die Parteitage sind für November in Spanien und Dezember in Frankreich einberufen) könnte potentiell die Verunsicherung über mögliche Auswirkungen auf die EL verstärken, denn nicht wenige Mitgliedsparteien haben sich konzeptionell an den von Rifondazione maßgeblich mitgeprägten politischen Kurs der EL-Kongresse von Rom, Athen und Prag angelehnt.

Der 6. Parteitag von Venedig

Für das Verständnis möglicher Veränderungen in der strategischen Ausrichtung der PRC auf dem anstehenden Parteitag sollen die strategischen Linien des 6. Parteitages von Venedig noch einmal summarisch aufgezeigt werden.³ Unter der Federführung von Fausto Bertinotti hatte der 6. Parteitag in Venedig drei zentrale Achsen der weiteren Arbeit und Entwicklung der Rifondazione festgelegt:

- Das Konzipieren eines linken Auswegs aus der Krise des Landes: Dabei ging man davon aus, dass Italien vor der Entscheidung stehe, entweder die vorherrschende Entwicklungsrichtung der Gesellschaft durch soziale, wirtschaftliche und demokratische Reformen zu verändern oder der demokratischen und sozialen Errungenschaften der Nachkriegszeit für längere Zeit verlustig zu gehen. Für das Einleiten dieses mittelfristigen Veränderungsprozesses eröffne sich mit dem möglichen Sturz der damaligen Regierung Berlusconi und einer Regierungsbeteiligung der PRC eine Möglichkeit und zugleich ein Zeitfenster, welche aktiv zum Bruch der neoliberalen Entwicklungslogik zu nutzen seien.
- Den Aufbau einer alternativen Linken als mehrheitsfähiges politisches Subjekt der erforderlichen Veränderungen: Die angestrebte politische Reform von oben sollte durch eine breite Basisbewegung von unten zur Schaffung eines neuen politischen Subjekts abgesichert werden, das in der Lage wäre, als Protagonist der Veränderung auf die wirtschaftlichen, sozialen und staatlichen Verhältnisse entscheidenden Einfluss zu nehmen. Als einheitliche, plurale Bewegung sollte dieses Subjekt nicht nur die zersplitterte Arbeiterklasse wieder zusammenführen sondern über die traditionelle Linke hinausgehende Akteure der traditionell starken italienischen sozialen Linken wie die Antiglobalisierungsbewegung, die Umweltbewegung, die Friedensbewegung, die Gewerkschaften, die Frauenbewegung und die ARCI (Organisation von Kulturschaffenden) integrieren.



- Die Erneuerung der Kultur, der Theorie und Praxis der Partei, um sie aus der Position einer politisch-parlamentarischen Minderheit herauszuführen, sie zu einer tragenden Säule der alternativen Linken und der linken Alternative zu machen: Bei Wahrung der politischen und kulturellen Selbständigkeit der Partei sollte durch ein Öffnen zu neuen Themen, Erfahrungswelten und Akteuren der Gesellschaft sowie das Überwinden des eigenen Beharrens in der Reflektion zugleich eine Erneuerung der Partei eingeleitet und somit der Gefahr ihrer Isolierung entgegengewirkt werden

Diese Neuausrichtung der Partei war im Vorfeld des Parteitag Gegenstand einer breiten Diskussion, die zu den klaren Kräftekonstellationen und einer breiten Unterstützung an der Basis führte. Grundsätzliche Weichenstellungen zur Umsetzung dieser Beschlüsse wurden von der Parteiführung jedoch häufig forciert vorgenommen. So blieb der begonnene Vereinigungsprozess zur Regenbogenlinken der Parteibasis gerade wegen der Beschleunigung durch die Parteiführung unverständlich und war somit zwar formal, aber – da nur unzureichend akzeptiert – nicht wirklich legitimiert.

Strategische Neuausrichtung

Die strategische Neuausrichtung der Rifondazione vollzieht sich vor dem Hintergrund deutlich veränderter Rahmenbedingungen, aus denen sich strategischen Anforderungen ableiten, auf die es bis dato keine praktischen Antworten gibt:

1. Nach der schweren Wahlniederlage der Regenbogenlinken ist offen, wie die zersplitterten Parteien der radikalen Linken auf den Umbruch in der italienischen Parteienlandschaft reagieren.

Vor dem Hintergrund von Korruptionsskandalen und den tiefen Umbrüchen in den osteuropäischen Ländern beginnt Anfang der 90er Jahre ein tiefgreifender Wandlungsprozess in der parteipolitischen Nachkriegsordnung. Die klassischen Parteien zerfallen, mit einer hohen Dynamik entstehen immer wieder neue, kleine Parteien in allen Bereichen des parteipolitischen Spektrums. Der hohe Grad der Zersplitterung der Parteienlandschaft korrespondiert mit komplexen politischen Entscheidungsprozessen und instabilen Bündnisstellungen sowohl auf Seiten der Mitte-Rechts- als auch der Mitte-Links-Bündnisse.⁴ Dieser Zyklus findet offensichtlich mit dem vor den Parlamentswahlen stark beschleunigten Konsolidierungsprozess der Parteien des Berlusconi-Blocks⁵ sowie links davon mit der Partito Democratico⁶ (PD) von Veltroni einen weitgehenden Abschluss. Bisher noch nicht erfasst von diesem Prozess sind einige kleine Parteien christdemokratischer Herkunft.

Offen ist nach der Wahlniederlage der Regenbogenlinken die Frage, ob eine analoge Konsolidierung im Bereich der zersplitterten Parteien links von der PD zustande kommt.⁷ In Umsetzung der strategischen Leitlinien von Venedig hatte die PRC im Frühjahr 2006 einen längerfristigen Prozess der Annäherung der politischen und sozialen linken Kräfte in Italien eingeleitet.⁸ Dabei ging es im Kern um die Überlegung, nach der bereits erfolgten programmatischen Hinwendung zu dem breiten Spektrum linker alternativer Bewegungen diese auch organisatorisch zu bündeln und einzubinden.⁹ Zugleich sollten in einem transparenten Annäherungsprozess Möglichkeiten eines organisatorischen Zusammengehens der PRC mit den bis dahin getrennt organisierten (überwie-

gend aus der IKP hervorgegangenen) Alternativkräften wie z. B. „Uniti a Sinistra“ von Folena, der PdCI von Diliberto, der linken DS-Abspaltung um das ehemalige IKP-Führungsmitglied Mussi sowie den italienischen Grünen entwickelt werden. Der Prozess der Bildung der neuen linken Partei wurde durch solche Faktoren wie die im Herbst 2007 beschleunigt vollzogene Gründung der PD, das seit dieser Zeit immer deutlichere Ausscheren der PD aus der vereinbarten Regierungspolitik des Mitte-Links-Bündnisses und die sich dadurch verstärkende Krise der Regierung Prodi deutlich beschleunigt. Angesichts der anstehenden Neuwahlen mündete er schließlich in der noch einmal forcierten Gründung der Regenbogenlinken. Nach deren Niederlage bei den Wahlen wird das Projekt nun nicht nur von der PRC komplett zur Disposition gestellt. Die von Anbeginn skeptischen Diliberto-Kommunisten haben sich de facto davon verabschiedet. Und mit dem vollzogenen bzw. angekündigten Rücktritt der Führung der Grünen sowie von Mussi ist auch in diesen Parteien unklar, welche Schlussfolgerungen sie aus der Wahlniederlage ziehen.

Nach diesen Wahlergebnissen hat allerdings keine der genannten Parteien die Chance, die 4-Prozent-Sperrklausel allein auf sich gestellt zu überwinden und künftig außerparlamentarische Kämpfe mit innerparlamentarischen verknüpfen zu können.

2. Die Führung der PD unter Veltroni hat die Partei außerhalb des linken Parteienspektrums positioniert. Damit stellt sich die Frage nach den möglichen Partnern der radikalen Linken für die angestrebten gesellschaftlichen Veränderungen. Dass trotz gravierender Unterschiede hinsichtlich der gesellschaftlichen Entwürfe und der offen erklärten Gegnerschaft allerdings ein Weg an der PD vorbeiführt, ist schwer vorstellbar.

Der Verlauf der Konsolidierung des parteipolitischen Spektrums hat dazu geführt, dass keine der traditionellen linken Strömungen Italiens, weder die sozialistische noch die kommunistische, mehr im italienischen Parlament vertreten ist. Da sich die PD unter Führung von Veltroni im Wahlkampf als klassenübergreifende Kraft definiert¹⁰ und zugleich einer Linksorientierung eine eindeutige Absage erteilt hat¹¹, gibt es in der nächsten Legislaturperiode im Parlament keinerlei linke parlamentarische Interessenvertretung mehr. In weitgehender konzeptioneller Harmonie mit der Berlusconi-Partei besteht das strategische Ziel der PD gegenwärtig darin, die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen durch Etablieren eines Zwei-Parteien-Systems, in dem die Berlusconi Partei eher für die Interessen des Finanzkapitals eintritt, während die PD sich als politischer Vertreter der Interessen des Produktivkapitals versteht, stark zu vereinfachen. In ihren gesellschaftspolitischen Vorstellungen soll sich die zukünftige gesellschaftliche Entwicklung über einen „Pakt der Produzenten“ vollziehen, d.h. über Vereinbarungen zwischen sogenannten fortschrittlichen Teilen der Arbeiterklasse und der Bourgeoisie¹², was (linke) soziale Interessenartikulation, nicht aber linke politische Präsenz in den Volksvertretungen erfordere. Letztere wird als parteipolitischer Ausdruck gesellschaftlicher Partikularinteressen und damit als Teil und Ursprung des Problems der politischen „Unregierbarkeit“ des Landes dargestellt.

Diese Positionierung der PD ist bisher innerparteilich noch nicht durch Parteitagbeschlüsse legitimiert. Der erste Parteitag der PD soll nicht vor den Wahlen zum Europaparla-



ment 2009 stattfinden. Damit umgeht die Parteiführung zumindest gegenwärtig die innerparteiliche Diskussion um die eigene Niederlage und setzt auf die Karte, die bisher erreichten Ziele hinsichtlich der Marginalisierung des linken Wettbewerbs z.B. durch ein deutliches Anheben der Sperrklausel zu den Europawahlen von heute 1 Prozent auf möglichst 4 Prozent zu verstetigen. Demgegenüber stehen jüngst publik gemachte Überlegungen aus dem Umfeld von D'Alema, ob anstelle des Festhaltens an dem Ziel des Zweiparteiensystems nicht vielmehr auf ein „ausbalanciertes System der Beziehungen“ zu allen Oppositionskräften gesetzt werden sollte, welches explizit auch die Parteien links von der PD umfassen soll.¹³ Die bisherige Antwort der PRC lautete schlicht, nein danke, „steht nicht auf der Tagesordnung“. Der Schwerpunkt der Überwindung der eigenen Krise wird heute darin gesehen, an einem „politischen Vorschlag zu arbeiten, welcher die Linke in der Gesellschaft legitimiert“.¹⁴ Die Frage nach den politischen Mehrheiten zur Umsetzung eines solchen Vorschlags, d.h. nach politischen Bündnissen und gemeinsamen Projekten oder einer indirekten Einwirkung auf die PD, wird vorerst nicht gestellt.

Nicht weniger problematisch ist gegenwärtig die Beziehung der Linkskräfte zu den Gewerkschaften, um deren Neugestaltung sich die PRC seit Jahren intensiv bemüht. Leichte Ansätze einer Öffnung der Gewerkschaften hin zu den Parteien der radikalen Linken zeichneten sich erst mit deren Eintreten in die Regierung Prodi ab. Im Rahmen des von der PRC angeschobenen Einheitsprozesses spielte die in der Traditionslinie des ehemals kommunistischen CGIL stehende Metallarbeitergewerkschaft FIOM eine wesentliche Rolle. Deren Führungsriege brachte sich nicht nur aktiv in diesen Prozess ein, sondern stellte bis dato ebenso eine wesentliche Brücke der PRC in die Realität der traditionellen Arbeitswelt und des gewerkschaftlichen Kampfes dar. Die CGIL als Ganzes folgt zurzeit mehrheitlich der parteipolitischen Ausrichtung der PD und schwenkt zunehmend (erstmalig in der Geschichte der italienischen Gewerkschaftsbewegung) auf sozialpartnerschaftliche Positionen ein, wogegen die FIOM mit dem Rückhalt ihrer Mitglieder offen opponiert.¹⁵ Auf die sich damit in der CGIL verschärfenden Auseinandersetzungen reagiert deren Führung mit verstärkten Bestrebungen, die linke Minderheit u.a. durch Absetzung des Führungspersonals ihres Einflusses zu berauben oder zumindest in ihrer Wirkung stark zu beschränken.

3. Die Veränderungen in den Verhaltensmustern der Wähler machen den Erfolg von Linkskräften zusehends davon abhängig, ob es ihnen gelingt, Projekte zu entwickeln und in die Entscheidungs- und Umsetzungsprozesse einzuführen, die den unmittelbaren Erwartungen ihrer Zielgruppen entsprechen. Diese müssen authentisch sein, aus den konkreten Erlebniswelten der Angesprochenen kommen, sie unmittelbar betreffen und sie selbst zu Akteuren von Veränderung machen.

Der hohen Dynamik in der Parteienlandschaft steht der ebenso langjährige Trend entgegen, dass die grundlegenden sozialen Blöcke der italienischen Gesellschaft in den zurückliegenden Jahren weitgehend stabil geblieben sind. Auch die Abwahl Berlusconi durch das Mitte-Links-Bündnis im Jahre 2006 war nicht Ausdruck einer grundlegenden Veränderung des Kräfteverhältnisses im Land.¹⁶ Weder den beiden Hauptparteien des Prodi-Bündnisses, DS und Magherita, noch den Parteien der radikalen Linken war es gelungen, in den indus-

triellen Ballungszentren, die zugleich auch die Hochburgen des Mittelstandes sind, substanziell an Einfluss zuzulegen oder in größerem Maße neue soziale Schichten anzusprechen. Die Zugewinne basierten ganz offensichtlich auf einer erhöhten Mobilisierung im Bereich der tradierten Wählerpotenziale. Der Mobilisierungshebel war die Abwahl Berlusconi. Daran hat sich auch bei den diesjährigen Parlamentswahlen nichts geändert. Die PD erhielt im Abgeordnetenhaus einschließlich der ihr zugewanderten Stimmen der Regenbogenlinken ca. 12,4 Mio Stimmen gegenüber 12,8 Mio vergleichbarer Stimmen im Jahre 2006.¹⁷ Trotz einer medial überhöhten Aufholjagd gegenüber dem Rechtsbündnis bestätigen die Wahlergebnisse der PD in der Summe nicht, dass ihre Wahlstrategie, die PD als das eigentlich Neue und zugleich als Garant einer Erneuerung des Landes zu verkaufen, in erweiterten gesellschaftlichen Kreisen angenommen wurde. Damit bleibt für die nächste Entwicklungsphase der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen in Italien entscheidend, wie die noch ausstehenden Klärungsprozesse zur strategischen Ausrichtung der PD innerparteilich verlaufen, ob der Veltroni-Kurs sich durchsetzt oder die vom D'Alema-Flügel signalisierte vorsichtige Öffnung zu den realen gesellschaftlichen Konflikten an Raum gewinnt.

Zugleich vollzieht sich gegenwärtig auch in Italien ein grundlegender Umbruch im Wählerverhalten, der zur Konsequenz hat, dass an die Stelle bisher eher langfristiger traditioneller Parteienbindungen vor allem direkte Antworten auf die unmittelbaren Lebenserfordernisse der Wähler treten und somit Fragen der konkreten Politik deutlich höhere Relevanz für das Abstimmungsverhalten bekommen. Nach Untersuchungen des Instituts für Sozialforschung Censis haben bei den letzten Parlamentswahlen nur 45 Prozent der Wähler auf der Basis langfristiger wertebasierter Bindungen für bestimmte Parteien gestimmt. Nur knapp 28 Prozent der Wähler des Berlusconi-Bündnisses verstehen sich auch klar als rechtsorientiert. Analog ist die Situation auf Seiten der PD, wo dieser Prozentsatz bei ca. 26 Prozent liegt. Bestätigt sich dieser Trend, dann wird es in Zukunft eine sehr viel unmittelbare Verbindung zwischen einem konkreten Politikangebot und dem Ansprechen einer dedizierten Wählerklientel geben. Hierauf hat sich die radikale Linke einzustellen. Es zählt gerade zu den Erfahrungen aus der Wahl Niederlage der PRC, dass die PD-Kampagne der „nützlichen Stimme“ in dem Maße Erfolg hatte, wie sie auf programmatische Allgemeinplätze und eine klare Oppositionsverortung seitens der Regenbogenlinken stieß, die hierüber ihren potenzielle Linkswählern signalisierte, man verstehe sich in Wirklichkeit nur als „Spielverderber“ im Spiel der anderen.¹⁸

Die Ursachen

Eine umfassende Analyse der Ursachen der Niederlage der Regenbogenlinken ist wegen der Komplexität und Verbundenheit der verschiedenen Problemlagen nicht möglich. Im Folgenden soll auf einige symptomatische Aspekte eingegangen werden.

1. Die Beteiligung an der Regierung Prodi, ein Fehler? Spätestens seit Mitte 2005 zeigte die abnehmende Akzeptanz der Regierung Berlusconi bei der Bevölkerung, dass es möglich war, diese bei den 2006 anstehenden Parlamentswahlen durch ein Bündnis alternativer Parteien zu Fall zu bringen und dass weite Teile der Gesellschaft dies erwarteten. Trotz anhaltender Unsicherheit, ob die Beteiligung an

einem Mitte-Links-Bündnis richtig und die Partei politisch-programmatisch darauf ausreichend vorbereitet sei, entschied sich die PRC-Führung frühzeitig dafür. Das Engagement in diesem Bündnis versuchte sie im Vorfeld der Wahlen durch das Festlegen der Bündnispartner auf ein möglichst klares und präzises Regierungsprogramm¹⁹ sowie durch demokratische Beteiligungsprozesse (die Durchführung sogenannter Vorwahlen) abzusichern. Auf den Tagungen der Nationalen Leitung der PRC im April und Mai 2006 wurden weiterführende Maßnahmen beschlossen, um die Partei angesichts der Entsendung vieler Führungspersonlichkeiten in die Volksvertretungen und die Regierung organisatorisch zu stabilisieren und zugleich ihren Politikstil bei der Umsetzung des Regierungsprogramms festzulegen. Zum einen sollte die Koalition auf die konsequente Umsetzung des Regierungsprogramms verpflichtet und zum anderen versucht werden, die politische Achse der Regierung über einen „positiven Dialog“ mit breiten demokratischen und sozialen Bewegungen und Organisationen weiter nach links zu verschieben.²⁰

Nach anfänglichen Erfolgen geriet die PRC jedoch ab Anfang 2007 bei der Umsetzung dieses Konzeptes zunehmend in die Defensive. Aus heutiger Sicht gab es dafür vor allem zwei mit dem konzeptionellen Anspruch der PRC verbundene Gründe:

Die Bindung der Regierung an das Regierungsprogramm. Die PRC konnte sich mit ihren Forderungen nach schneller Umsetzung solcher Maßnahmen nicht durchsetzen, die einen klaren Bruch mit der Politik der Vorgängerregierungen, vor allem in den massenwirksamen Bereichen der Umverteilung zugunsten der niedrigen Einkommensgruppen sowie der Änderung des sogenannten Berlusconi-Wahlrechts signalisiert hätten. In dogmatischer Treue zur Erfüllung der Maastricht-Kriterien bestand die bürgerliche Mehrheit in der Regierung auf ihrer Politik der „zwei Zeiten“, was im Klartext das finanzpolitische Fixieren auf eine Sparpolitik zum Zwecke der Haushaltssanierung bedeutete. Als die Regierung Prodi nach zwei Jahren an den Intrigen der PD sowie dem erpresserischen Austritt des korrupten Justizministers Mastella von der kleinen christdemokratischen EDEUR scheiterte, konnte die PRC ihren Anhängern keine „Beteiligungsrendite“ vorweisen. Die Erwartungen, die ihre Basis mit der Abwahl von Berlusconi verbunden hatten, waren nicht erfüllt.²¹ Heute setzt sich zunehmend die Erkenntnis durch, dass es eine vereinfachte Vorstellung war, es würde ausreichen, die Regierung auf die vereinbarte Programmatik festzulegen. Die Realität war genau umgekehrt: Letztlich hat das Programm der konkreten Regierungspraxis nicht Stand gehalten, manifestierte sich für die Wähler genau hier die wachsende Diskrepanz zwischen der erwarteten und der real erbrachten Leistung der Regierung Prodi.

Die Entwicklung weiterführender Politikansätze innerhalb der Regierung im Rahmen eines „dynamischen sozialen Kompromisses“. Anfang 2007 nutzte die DS um Außenminister D'Alema die anstehende Abstimmung zur Fortführung der von der Berlusconi Regierung beschlossenen Militäreinsätze in Afghanistan dazu, die PRC über eine künstlich inszenierte Regierungskrise zu disziplinieren. Dazu stellte sie die Vertrauensfrage und provozierte das offene Aufbrechen des schwelenden innerparteilichen Konfliktes mit denjenigen parlamentarischen Vertretern der PRC, die diesen Einsatz prinzipiell ablehnten und daher gegen den Antrag stimmten. In dieser strategischen Falle zwischen einer erneuten Ver-

antwortung für das Scheitern der Regierung und der Loyalität gegenüber der Regierung bei der Umsetzung des Regierungsprogramms²² entschied sich die Parteiführung für die schlechteste aller Lösungen. Sie griff zum Mittel der Maßregelung und schloss den Betroffenen kurzerhand aus der Partei aus – eine verheerende Botschaft an die eigene Basis. Seit diesem Zeitpunkt gehörte die beständige Erpressung der Regierungspartner mittels der Vertrauensabstimmung quasi zur täglichen Regierungsarbeit.²³

Dem strategischen Szenario der PRC, sich trotz vieler berechtigter Bedenken für eine Regierungsbeteiligung zu entscheiden, ist prinzipiell zuzustimmen. Im Weiteren erwies es sich jedoch als schwerwiegender Fehler, dass nicht einmal dann die Frage nach der Gesamtbilanz der Regierungsbeteiligung – einschließlich der Möglichkeit eines Austritts – gestellt wurde, als sich bereits abzeichnete, dass sich die Auflösung der sozialen Basis der Regierung dramatisch beschleunigte, dass im Falle von Neuwahlen Mitte-Links eine klare Niederlage erfahren würde, sich auch in der Wählerbasis der Linksparteien tiefe Enttäuschung über die Ergebnisse der Regierung Prodi breit machte und zugleich konkrete Erfahrungen vorlagen, dass eine Beeinflussung der Regierungspraxis nur in sehr geringem Maße möglich war. Die in der PRC Führung offensichtlich verbreitete Angst, in den Augen der Wähler als Königsmörder dazustehen,²⁴ wurde als Botschaft eines Mitregierens um jeden Preis verstanden. Als im Frühjahr dieses Jahres im Rahmen der Finanzplanung die Verlängerung des Afghanistaneinsatzes als eine der letzten Aktivitäten des Bündnisses wieder zur Abstimmung stand, stimmte die PRC ohne große Diskussion für eine „exit strategy“. Spätestens ab diesem Moment war aber auch dem letzten potentiellen Wähler klar, dass sich die PRC zwischen Wort und Tat, zwischen Theorie und Praxis verheddert hatte.

2. Der Wahlkampf der Widersprüche. In diese Phase des noch ausstehenden Lernens fielen nach dem Sturz der Prodi-Regierung die Neuwahlen. Eine der Lageeinschätzung gewidmete Tagung der Leitungsgremien der PRC Mitte Februar gab die Schuld für das Scheitern weitgehend den bürgerlichen „Wendehälsen“, vertagte die Diskussion um die Lehren aus der ersten direkten Regierungsbeteiligung der PRC auf einen späteren Parteitag und ging zur Tagesordnung über. Im Wahlkampf der Parteien der Regenbogenlinken spielten die Erfahrungen in der gescheiterten Regierung keinerlei Rolle, als hätte es diese nie gegeben.²⁵

Fausto Bertinotti erklärte für die PRC die Phase der Regierungsbeteiligung kurzerhand für beendet und stellte die Partei für den kommenden Wahlkampf neu, aber grundlegend defensiv auf. Erklärtes Ziel war von vornherein, den Erfolg der Rechten zu beschränken, die Regenbogenlinke, vor allem die organisatorisch und zahlenmäßig tragende Kraft PRC, als Alternative zur PD darzustellen und gesellschaftlich zu verankern.²⁶ Eines der zentralen Probleme des Wahlkampfes der Regenbogenlinken bestand aber darin, dass dieser Kurs nicht konsequent umgesetzt wurde. Mimmo Porcaro von der PRC brachte es so auf den Punkt: „Wenn ein politisches Subjekt aus gegensätzlichen Motiven in unterschiedlicher Richtung Wähler verliert, dann ist das Ausdruck einer schwachen Identität, einer mangelhaften Verankerung in der Gesellschaft.“²⁷ Das trifft zweifellos auf das sehr junge Konstrukt der Regenbogenlinken zu, aber offensichtlich auch auf die PRC, von den Diliberto-Kommunisten oder der linken DS-Abspaltung um Mussi ganz zu schweigen.



Die Wahlkampfstrategie: Das verkündete Ziel der Regenbogenlinken bestand darin, den sich abzeichnenden Erfolg des Rechtsbündnisses um Berlusconi möglichst zu begrenzen, d. h., die Option einer späteren erneuten Alternative offenzuhalten. Im konkreten Wahlkampf kam Berlusconi aber nicht wirklich vor. Die PRC führte die Auseinandersetzung fast ausschließlich mit der PD. Offenbar herrschte in der Parteiführung seit längerem die Meinung vor, die größte Gefahr für eine alternative Perspektive in Italien gehe von einem möglichen Zusammengehen des neoliberalen und des mehr reformistisch orientierten parteipolitischen Spektrums aus (These von der Gefahr einer „Großen Koalition“) – ein potentiell denkbares, real aber wegen der divergierenden Interessenlagen der beiden Lager eher unrealistisches Szenario. Unstrittig gab es während des Wahlkampfes seitens der PD unter Veltroni eine klare politische Annäherung an Grundforderungen der Unternehmerverbände. Aber die Fixierung auf diese These verhinderte aus heutiger Sicht das Entwickeln einer flexiblen, differenzierten eigenen Strategie gegenüber der PD. Als sich diese auf eine über den Klassen stehende Position begab, bedeutete die „Rückbesinnung“ der Regenbogenlinken auf die Arbeiterklasse und ein sogenanntes antikapitalistisches Vokabular eben nicht, dass sie ihre soziale Basis damit besser ansprechen konnte. Denn diese versteht sich nicht per se als links, und die viel umfangreicheren Schichten der formal selbständigen Lohnarbeiter waren über die gewählten konkreten Themen eines Nationalen Kollektivvertrages usw. nicht zu erreichen.²⁸ Rückwirkend betrachtet, kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, dass die Wahlkampfstrategie der Regenbogenlinken im Grunde von der PD bestimmt wurde. Das lässt sich auch an dem Mitte März vollzogenen Strategiewechsel im Wahlkampf der Linksparteien festmachen. Während sie Anfangs noch darauf aus waren, kurzfristig Klarheit über ein erneuertes Mitte-Links-Bündnis zu erhalten und diese perspektivische Option zumindest prinzipiell offen zu halten, schwenkten sie Mitte März mit zunehmender Klarheit über die wahren Intentionen der PD voll auf einen Konfrontationskurs um.²⁹ Der offensichtliche Irrtum (dem übrigens auch die PD in Richtung der Regenbogenlinken aufgesessen ist) war aber, dass die Delegitimierung des Anderen nicht an sich schon die Legitimierung seiner selbst bedeutet.³⁰

Die Wahlprogrammatische: Auf der Tagung der Nationalen Führungsgremien der PRC im Februar 2008, die im wesentlichen der Ausrichtung der Partei auf den bevorstehenden Wahlkampf diente, musste die Partei einen Rückstand bei der Erarbeitung einer alternativen Programmatik konstatieren. Man erklärte, dass man diese kurzfristig überwinden werde, indem man sich aus der programmatischen Bindung des Mitte-Links-Bündnisses löse. Mitte März, auf halbem Wege zu den Wahlen, legte die Regenbogenlinke dann ein sehr konkretes Wahlprogramm vor, das auf die Bereiche Arbeit, Bürgerrechte und Frieden konzentriert war und mitnichten als „inhaltlich seicht“, „programmatisch diffus“ oder „zu wenig antikapitalistisch“ charakterisiert werden kann. Wie die in der PRC jetzt laufenden Diskussionsprozesse zeigen, besteht das wahre Problem dieses Wahlprogramms darin, dass es in seiner Verdichtung und Konkretheit von den realen Verhältnissen der italienischen Gesellschaft zu weit entfernt ist, dass es an den realen Lebensverhältnissen und Interessenlagen der eigenen Anhänger vorbei geht. Bereits im Wahlkampf 2006 gab es in der Partei starke Kritik an den Wahl-

forderungen, sie seien nicht zielgruppengerecht, ja, zum Teil einfach unrealistisch. Diese Schwäche konnte offenbar auch in diesem Wahlkampf nicht abgebaut werden. Sie zeigt, dass die Suche der PRC nach der eigenen, erneuerten Identität noch nicht beendet ist.

So mussten die Forderungen der Linksparteien nach der flächendeckenden Einführung von unbefristeten Arbeitsverträgen und der Abschaffung des sogenannten Biagi-Gesetzes von den prekär Beschäftigten als Propaganda oder nicht ernsthafte Vertretung ihrer Interessen verstanden werden. Das erste Ziel ist höchstens langfristig umsetzbar. Bereits befristete Arbeitsverträge stellen für diese Klientel einen enormen Fortschritt dar. Auch das Biagi-Gesetz beinhaltet trotz extremer Schwächen einige minimale Schutzwirkungen für diese stark zunehmende soziale Schicht. Und wer in einer Situation der tiefen Enttäuschung seiner Wählerbasis erklärt, er stelle in den Mittelpunkt der Programmatik den Begriff der Freiheit, verstanden als Befreiung von Unterdrückung, Entfremdung, Lohnarbeit, Ausplünderung der Natur, Dominanz der Warenwelt und religiösem Fanatismus, der redet ganz einfach über die Köpfe der Menschen hinweg.

Das eigene Bündnis und seine Basis: Ähnlich widersprüchlich verliefen die im Kontext der Wahlen stark forcierten Einheits- und Parteibildungsprozesse um die Regenbogenlinke. Seitens der PRC wurde sehr viel ernste und aufrichtige Arbeit investiert, worin sich auch positive Erfahrungen aus den analogen Prozessen z. B. in Deutschland widerspiegeln. So wurde ein Besetzungsmodus der Kandidatenliste erarbeitet, welcher geeignet war, Zentrifugalkräfte innerhalb und zwischen den Linksparteien zu minimieren, frühzeitig wurden Verabredungen getroffen, wie man künftig gemeinsam in den Parlamentsgremien zu arbeiten beabsichtige und damit Signale gesetzt, dass man dieses Projekt ernsthaft wollte. Nicht synchron hiermit entwickelte sich hingegen die programmatische Arbeit im Bündnis³¹ und in der Folge auch das deutlich unterschiedliche Engagement der Parteien im Wahlkampf, der vor allem von der PRC geführt wurde, obwohl gerade sie wegen ihrer eigenen organisatorischen Stärke die meisten internen „Opfer“ zu bringen hatte.³²

Was man durch beschleunigte Einheitsprozesse auf der Ebene der linken politischen Parteien im Wahlkampf hinzugewinnen gedachte, verlor man in stärkerem Maße bei den sozialen Bewegungen, die schon während der Regierungszeit eine zunehmende Unzufriedenheit mit der PRC signalisierten und im Wahlkampf bei der Besetzung der Kandidatenlisten weitgehend unberücksichtigt blieben. Das Ergebnis: eine doppelte Glaubwürdigkeitskrise in einem einheitlichen Prozess. Die Regenbogenlinke als Parteienbündnis verfügte im linken Wählerpotenzial noch nicht über die erforderliche Glaubwürdigkeit, denn sie konnte inhaltlich und politisch noch nicht vermitteln, warum die in der Vergangenheit zum Teil gegeneinander Agierenden nun mit einem Mal Partner sein sollten. Der Verdacht, das Bündnis folge einem Selbstzweck, wurde einfach nicht widerlegt. Zugleich war nach zwei Jahren Regierungserfahrung und Wahlkampf die Glaubwürdigkeit der PRC gegenüber den sozialen Bewegungen erschüttert, da sie sich nicht unbegründet in der politischen Programmatik und Praxis der PRC als nicht ernst genommen sahen. Die Zufriedenheit mit symbolischer Politik³³ nimmt auch im linken Wählerspektrum in Italien stark ab.

Anmerkungen

- 1 Die Überlegungen zu den laufenden Prozessen in der Rifondazione beruhen auf Veröffentlichungen in der Parteipresse (u. a. „Liberazione“, „Ernesto“) und anderen Pressemedien (u. a. „Manifesto“, „Repubblica“). Was die Mitglieder und Wähler der Partei davon halten, darüber liegen bisher keine Analysen vor.
- 2 In einem provozierenden Beitrag vom 3. Mai 2008 hat der Leitartikler von „Liberazione“, Stefano Bocconetti die Frage aufgeworfen, ob die Entscheidung über das weitere Schicksal der PRC allein den 82 600 Parteimitgliedern zu überlassen sei oder – wenn man sich ernst nehme und glaubwürdig bleiben wolle – auch eine mit den Wählern zu diskutierende Angelegenheit sei.
- 3 Neben der Programmatik ist zugleich das Selbstverständnis der Rifondazione zu betrachten, will man die laufenden Prozesse verstehen. Im linken Spektrum außerhalb Italiens ist die Ansicht verbreitet, die Gründung der Rifondazione sei allein die organisatorische Antwort eines „sentimentalen“ Mitgliederteils der damaligen IKP gewesen, der sich der seit Anfang der 90 Jahre von der IKP-Führung um D'Alema, Fassino und Veltroni gezielt verfolgten Entwicklung der Partei in Richtung Sozialdemokratie widersetzen und das Fortbestehen einer Kommunistischen Partei sichern wollte. Für die Gründung und die folgende Entwicklung der PRC ist aber vielmehr der Name „Kommunistische Wiedegründung“ Programmatik, der von Anbeginn für die gewonnene Erkenntnis stand, dass die sich auch über den Zerfall der IKP manifestierende Krise der Linken in Italien auf theoretische und programmatische Defizite sowie fehlende Antworten auf die neuen Entwicklungen der italienischen Gesellschaft zurückzuführen ist (siehe: Pietro Ingrao/Rossana Rossanda: Verabredungen zum Jahrhundertende). In diesem Verständnis stand die Rifondazione vor allem für das kontinuierliche Suchen nach Erneuerung linker Politik und Praxis. Ein Ergebnis war die politisch-programmatische Hinwendung zu den sozialen Bewegungen, das Aufgreifen der Gewaltfreiheit als eine zentrale Politikachse sowie das Bestreben, auch die tradierte Organisationsform der Partei in Richtung einer „Netzwerk-Partei“ zu erneuern. Kulturell wurde die sich plural verstehende PRC aber zugleich auch die Heimat verschiedener kommunistischer Traditionslinien (u. a. Trotzisten, Leninisten), die diesen Veränderungen in der Regel dogmatisch ablehnend gegenüberstanden.
- 4 Das Regierungsbündnis der letzten Regierung Prodi bestand aus insgesamt 8 Parteien unterschiedlichster Herkunft sowie partei- und gesellschaftspolitischer Ziele.
- 5 Die früher getrennt agierenden Parteien des „Hauses der Freiheit“, die „Forza Italia“ von Silvio Berlusconi, die neofaschistische „Alleanza Nazionale“ von Gianfranco Fini sowie einige kleinere aus der Christdemokratischen, der Radikalen bzw. der Sozialistischen Partei hervorgegangene Parteien haben sich im Vorfeld der Parlamentswahlen zu einem Wahlkartell, dem „Volk der Freiheit“, zusammengefunden. Bis Sommer dieses Jahres soll der Parteibildungsprozess formal abgeschlossen sein. Offen ist zur Zeit noch die Integration der „Lega Nord“ von Umberto Bossi.
- 6 Zur „Partito Democratico“ fusionierten im Oktober 2007 die aus der IKP hervorgegangenen Linksdemokraten (DS), die christdemokratische Partei „Magherita“ und sieben weitere kleine Parteien.
- 7 Im Vorfeld der Parlamentswahlen spalteten sich von der PRC die beiden trotzkistischen Gruppierungen Kritische Linke und Kommunistische Partei der Werktätigen ab, die bei den Wahlen zur Abgeordnetenversammlung und zum Senat jeweils nur marginale Stimmenanteile auf sich vereinen konnten.
- 8 Es gehört zu den gegenwärtigen Zwecklegenden der neuen Mehrheit in der Parteiführung, dass dieser Prozess demokratisch nicht legitimiert und ausschließlich als letztlich nicht überzeugendes Wahlkartell angeordnet gewesen sei.
- 9 Mit mehr als 70 verschiedenen eingebundenen Bewegungen hatte der Prozess Ende 2007 bereits eine signifikante Breitenwirkung entfaltet.
- 10 Die PD präferiert das Modell der amerikanischen Demokratischen Partei. Viele Parallelen ließen sich auch zum gegenwärtigen Wahlkampf in den USA aufzeigen, so der Versuch, die Begriffe „Veränderung“, „Modernität“ usw. zu besetzen und die in Teilen der Wählerschaft verbreiteten amorphem Erwartungshaltungen anzusprechen. Wahlanalysen weisen auf den neapolitanischen Müllskandal, welcher der ganzen Welt vor Augen führte, dass die bestehenden „italienischen Verhältnisse“ nicht einmal Mindeststandards des gesellschaftlichen Zusammenlebens sichern können.
- 11 Die gegenwärtige Parteiführung geht damit weit über die bisherige Positionierung z. B. der DS im Bereich der sozialdemokratischen, reformistischen Parteien hinaus. Dem entspricht auch die jüngste Forderung nach einer grundlegenden Erneuerung von Programm und Werten der Sozialdemokratischen Partei Europas (PSE), die sich zu einem weltweiten „Bündnis mit den katholischen und liberalen Kulturen“ entwickeln sollte.
- 12 Diese Ausrichtung der PD fand ihre konkrete Entsprechung auch in den Kandidatenlisten, welche neben führenden Gewerkschaftern auch Vertreter des Unternehmerverbandes umfassten.
- 13 Siehe Interview M. D'Alema, „Corriere della Sera“, 14. Mai 2008
- 14 Siehe Interview G. Migliore, „Liberazione“, 7. Mai 2008
- 15 Diese Konflikte werden in der Gewerkschaftsbasis zur Zeit noch überwiegend als konzeptionelle Auseinandersetzungen gesehen, die ihr Protestpotenzial noch nicht entfaltet haben, da sie in ihrer konkreten Wirkung noch nicht direkt in die Lebensbereiche der Betroffenen eingreifen.
- 16 Das Mitte-Links-Bündnis selbst stellte vor allem eine Sammlung von Parteien dar, deren gemeinsamer Nenner die Abwahl von Berlusconi, nicht aber das Ziel war, eine andere Richtung der Politik zu organisieren. Die stark divergierenden politischen Interessenlagen der Parteien ließen die Regierungspolitik zusehends zu einer Austauschbörse für Partikularinteressen verkommen. Die Konsequenz war ein dramatischer Ansehensverlust in der Wählerschaft.
- 17 Ein analoges Bild bot die Berlusconi-Partei PDL deren soziale Basis seit Jahren tendenziell abnimmt (15,3 Mio. Stimmen 2001, 14,7 Mio. Stimmen 2006 und 13,9 Mio. Stimmen bei ihrem diesjährigen Sieg).
- 18 In zahlreichen Diskussionsbeiträgen und Leserbriefen wird immer wieder darauf verwiesen, dass die Enttäuschung der Linkswähler des Jahres 2006 gerade nicht darin bestand, dass man in die Regierung gegangen ist, um etwas Reales für sie zu erreichen, sondern dass man nach zwei Jahren (auch wegen zahlreicher eigener unrealistischer Vorschläge) so gut wie nichts geschafft hat. „Wir haben ihr nachgeweint ...“ (siehe: Interview C. Saraceno: „Die Regenbogenlinke, der große Spielverderber ... die Rechte gewinnt, weil der Rest Propaganda ist“, „Liberazione“, 3. Mai 2008).
- 19 Die PRC ging in ihrer Einschätzung des Regierungsprogramms davon aus, dass wesentliche (aber nicht alle) politische Forderungen der PRC in der Regierungsvereinbarung bereits als Basis der Zusammenarbeit des Mitte-Linksbündnisses in der Regierung verbindlich fixiert sind und deren Umsetzung zwar noch keine „Alternative“ doch aber eine klare Diskontinuität zur vorherrschenden Politik der Regierung Berlusconi darstellt. Das eröffnete in ihren Augen Chancen und Möglichkeiten, die im Rahmen eines „dynamischen sozialen Kompromisses“ durch weiterführende Politikansätze zu nutzen wären.
- 20 Siehe Kurzanalyse der Tagungen der Nationalen Leitungen der PRC nach den Parlamentswahlen (April 2006)
- 21 Mimmo Porcaro schreibt in seiner Wahlanalyse hierzu: „... Es war der Regenbogenlinken gelungen, die Voraussetzungen zu schaffen, um mit der Umverteilung zu beginnen. Vor allem die Konstituierung der PD sowie die folgende Regierungskrise haben die „Phase zwei“ verhindert. Aber alle diese Betrachtungen sind für die italienischen Werktätigen unverständlich, denn für sie ging es ums unmittelbare wirtschaftliche Überleben. Das Fehlen von Ergebnissen wurde direkt bestraft, und alle miteinander wurden dafür verantwortlich gemacht.“
- 22 Während der Rückzug der italienischen Truppen aus dem Irak im Regierungsprogramm verankert wurde, blieb die Forderung der Friedensbewegung nach einem analogen Vorgehen hinsichtlich Afghanistans unberücksichtigt.
- 23 Zur Absicherung ihrer Politik bediente sich die Regierung Prodi binnen 20 Monaten 32 Mal des Mittels Vertrauensfrage.
- 24 Diese „Angst“ stellt ganz offensichtlich ein traumatisches, nicht verarbeitetes Moment der Parteiseele der PRC dar. Mit ihr verbindet sich der erste Sturz einer Mitte-Links-Regierung unter D'Alema, welche von der PRC nur von außen gestützt wurde. Das Ausscheren der PRC aus dem damaligen Mitte-Links-Bündnis führte zum vorfristigen Rücktritt des Kabinetts, zur zweiten Machtübernahme durch Berlusconi sowie zu einer tiefen, auch organisatorischen Spaltung der PRC, aus der sich im unmittelbaren Gefolge die Diliberto-Kommunisten abspalteten. Reflexartig verhalten sich PdCI und PRC noch heute antithetisch zueinander, eine Konfliktlinie, die sich auch innerhalb der PRC in der Auseinandersetzung zwischen der bisherigen Bertinotti-Mehrheit und der Minderheit von „essere comunista“ um C. Grassi manifestiert. In diesem Sinne war der Regierungseintritt in die Regierung Prodi auch ein Ergebnis des Ausscheidens aus dem Mitte-Links-Bündnis um D'Alema. Dies um so mehr, als in den Jahren zwischen den beiden Mitte-Links-Regierungen nie ernsthaft der Versuch unternommen wurde, die Erfahrungen der neunziger Jahre sowohl aus Sicht der PRC als auch der PdCI zu analysieren und in den gesellschaftlichen Diskurs zu bringen.
- 25 So reagierten alle Parteien der gescheiterten Mitte-Links-Regierung im Wahlkampf. Auch die PD tat so, als hätte sie nicht 19 Minister gestellt und den Kurs maßgeblich mitbestimmt.
- 26 Dieser Ansatz ist vor dem Hintergrund des italienischen Mehrheitswahlrechts mit seinen Sperrklauseln und den spezifischen Mechanismen der Umwandlung von Stimmen in Sitze über sogenannte Quoten prinzipiell nachvollziehbar. Nur in den ersten Tagen des Wahlkampfes waren einige



führende Politiker der Regenbogenlinken der Meinung, man könne bis zu 15 Prozent der Stimmen auf sich vereinen. Bald zeigten jedoch die ersten ernsthaften Befragungen, dass das Gesamtkonstrukt der Regenbogenlinken deutlich hinter der Summe von ca. 12 Prozent seiner Stimmen im Jahre 2006 lag. Über die Wochen bestätigte sich, dass ihre Mobilisierungsfähigkeit bei 7 Prozent ausgeschöpft war. Zwar sagten Analysen aus, dass 25 bis 30 Prozent der Wähler bis zum Schluss unentschiedenen waren, aber innerhalb des Wählerpotenzials der Regenbogenlinken machten sie kaum 10 Prozent aus.

- 27 Siehe Mimmo Porcaro: "Note sulla sconfitta elettorale della Sinistra Arcobaleno".
- 28 Siehe Mimmo Porcaro, ebenda.
- 29 Fausto Bertinotti fasste die Situation wie folgt zusammen: „... es ist eine Vernichtungskampagne im Gange, da zahlen sich keine höflichen Töne aus ...“
- 30 Siehe C. Saraceno, „Liberazione“, 3. Mai 2008.
- 31 Das zeigte sich bei der Abstimmung zur Finanzierung des weiteren Afghanistan-Einsatzes italienischer Truppen, als PRC und PdCI dagegen stimmten, die Grünen und die Mussi-Partei an der Abstimmung nicht teilnahmen, um zu verhindern dass die zukünftige Regenbogenlinke sowohl ja als auch nein stimmt.
- 32 Bei einem unterstellten positiven Wahlausgang für die Regenbogenlinke in Höhe der summarischen Stimmenanzahl aus dem Jahre 2006 hätte die PRC insgesamt 50 Prozent ihrer Abgeordneten zugunsten der anderen Linksparteien abgegeben. In der PRC führte dies nicht nur zu heftigen Auseinandersetzungen sondern zugleich zu einem abnehmenden Engagement von aktiven Mitgliedern im Wahlkampf.
- 33 Heftigste Diskussionen löste in diesem Kontext die „Geste“ des Vorsitzenden der PdCI Diliberto aus, der von seinem Listenplatz zur Abgeordnetenversammlung zugunsten eines politisch unerfahrenen Fließbandarbeiters zurücktrat (ganz dem propagandistischen Ritual „die Köchin regiert den Staat“ folgend) und damit den Wählern kommunizierte, Eure Interessen kann jeder vertreten oder Alternativen in diesem System sind so einfach.

Parlamentswahl in Spanien

Von Paola Giaculli, Referentin der Fraktion DIE LINKE im Bundestag

Die Ergebnisse

Die politische Landschaft Spaniens ist seit Jahren von einer starken Polarisierung geprägt. Den Sozialisten von Zapatero (PSOE) steht die konservative, erzkatholische Volkspartei (PP) von Rajoy gegenüber. Diese Lage widerspiegelte das Ergebnis der Wahl vom 9. März 2008: Wahlsieger sind die Sozialisten. Sie erhielten 43,8 Prozent der Stimmen (plus 1,2% gegenüber 2004) und 169 Sitze (plus 5), verfehlten aber erneut die absolute Mehrheit und müssen sich auch in dieser Legislaturperiode von anderen Parteien tolerieren lassen. Es folgt die PP mit 39,9 Prozent, bzw. 154 Sitzen. Sie gewann gegenüber 2004 2,2 Prozent und 6 Sitze hinzu, konnte jedoch ihr Ziel, stärkste Kraft zu werden, nicht erreichen.

Die rechtsnationalistische katalanische CiU hat mit 10 Sitzen wie 2004 abgeschnitten. Die nationalistische baskische Partei PNV verlor einen Sitz (von 7 auf 6), während eine neue Partei (UPD, Einheit, Fortschritt und Demokratie) erstmals mit einem Sitz ins Parlament einzog. Die Wahlbeteiligung lag mit über 75 Prozent ebenso hoch wie 2004.

Die kleineren linken Parteien haben – wie bereits 2004 – weitere Verluste hinnehmen müssen. Sicherlich spielte dabei die starke Polarisierung des Wahlkampfes zwischen den beiden großen Parteien eine nicht unbedeutende Rolle. Das Ergebnis der Vereinigten Linken (Izquierda Unida – IU) ist für die Linke umso dramatischer, als die errungenen 3,9 Prozent und 2 Sitze (2004 waren es 4,9% und 5 Sitze) nicht für eine

Fraktionsbildung ausreichen. Auch die linksnationalistische katalanische ERC verlor 5 Sitze (von 8 auf 3).

Die Ausgangslage

2004 führten die Terroranschläge von Madrid drei Tage vor der Wahl und der Versuch der konservativen Regierung Aznar, die Schuld an den Attentaten der baskischen ETA in die Schuhe zu schieben, zum unerwarteten Sieg der Sozialisten. In der dann betriebenen Sozial- und Wirtschaftspolitik unterschied sich Zapatero aber nicht wirklich von der PP, denn er „setzte die neoliberale Politik seines PP-Vorgängers Aznar fort“ (Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 3/2008) und ging mit harter Hand gegen Migranten vor. Das ist auch die Meinung der IU, die die Kompromisse bedauert, welche die PSOE mit der PP oder mit der CiU, z. B. in der Steuerpolitik, eingegangen ist. Trotzdem konnte die IU mit ihren fünf Abgeordneten die Sozialisten (164 Mandate) im Parlament teilweise beeinflussen und „sie zu mehr als fünfzig fortschrittlichen Gesetzen in der Sozial-, Umwelt und Friedenspolitik“ bewegen, die „das Leben unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger verbessert haben“ (IU-Wahlprogramm). Auch das „Gesetz über das historische Gedenken“ hält die IU für „eine (ihrer) größten Errungenschaften“. Zwar geht es ihr und den Opfergruppen des Franquismus nicht weit genug, aber „mehr als drei Jahrzehnte nach dem Ende der Franco-Diktatur (ist es ...) eine Zäsur in der Geschichte des demokratischen Spaniens“ (Blätter, ebenda) dank der Rehabilitierung der Opfer des Franquismus, der Beseitigung der franquistischen Symbole aus dem öffentlichen Leben und staatlicher Unterstützung bei der Exhumierung der Toten.

Im Wahlkampf hat die PSOE wieder häufiger soziale Fragen aufgegriffen. Das hat u. a. mit der Immobilienkrise zu tun, die auch in Spanien viele Menschen schwer getroffen hat. Die PSOE profilierte sich außerdem immer mehr als fortschrittliche, laizistische Bürgerrechtspartei und wehrte sich gegen die aggressiven Attacken der spanischen Kirche, die im Januar mit einer „Note der Bischofskonferenz vor den Wahlen 2008“ die Katholiken mehr oder weniger direkt aufforderte, PP zu wählen. Die Katholiken sollten Parteien und Programme unterstützen, „die mit dem Glauben und den Forderungen des christlichen Lebens vereinbar sind“. Die Kirche wirft den Sozialisten vor allem die Einführung solcher Bürgerrechte vor wie der Homo-Ehe und der Möglichkeit auch für homosexuelle Paare, Kinder zu adoptieren, dazu die Bildungspolitik, die den früher obligatorischen Religionsunterricht zum Wahlfach machte. Außerdem geißelt die Kirche das Abtreibungsgesetz. Daraufhin streikten viele Ärzte im Januar mehrere Tage, weil sie nicht als „Mörder“ angesehen werden wollen. In der bischöflichen Note ist weiter zu lesen, dass „eine gerechte Gesellschaft keine Terrororganisation als politischen Gesprächspartner anerkennen darf“. Diese Anspielung auf die Gespräche von Abgesandten der Regierung mit der ETA löste eine heftige Reaktion der Sozialisten aus: Der Kampf gegen den Terror sei keine Sache der Kirche. Mehrere Sprecher der PSOE drohten mit der Aufkündigung der Vereinbarungen zwischen Staat und Kirche. Letztere wird aus dem Staatshaushalt finanziert und hat von Zapatero sogar erhöhte Zuwendungen erhalten.

Nachdem die IU gemeinsam mit der ERC die Regierung Zapatero in den letzten vier Jahren toleriert hat, wollte IU-Generalkoordinator Gaspar Llamazares sich jetzt an einer Regierung mit den Sozialisten beteiligen. Für diese Koalition



schlug er 25 Punkte vor, um die Regierungspolitik deutlich sozialer und laizistischer zu profilieren sowie die Bürgerrechte weiterzuentwickeln: Dazu gehörten u.a. die Erhöhung des Mindestlohns auf 1100 Euro, der Kampf gegen die Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse, die 35-Stunden-Woche, die Erhöhung der Besteuerung der Banken auf 35 Prozent, die Einführung einer Mindestrente von 800 Euro, eine Fristenregelung im Abtreibungsrecht und eine Reform des Wahlsystems.

Besonders benachteiligt sieht sich die IU durch das gegenwärtige Wahlgesetz, vor allem das D'Hont-Prinzip, welches die großen Parteien durch ungleiche Sitzverteilung in den Regionen begünstigt. Nach dieser Regelung brauchte die IU, die bei der Wahl 2004 für 1 269 532 Stimmen ganze 5 Sitze erhielt, im Durchschnitt 253 906 Stimmen für ein Mandat, während die PSOE dafür nur 66 522 und die PP gar nur 65 068 Stimmen benötigte. Auch die katalanische CiU (10 Sitze) brauchte im Schnitt nur 82 904 und die ERC (8 Sitze) 81 249 Stimmen für ein Mandat. Bei einem Verhältniswahlrecht hätte die IU mit derselben Zahl von Stimmen 18 Sitze gewinnen können. Nach dem jetzt gültigen Wahlsystem aus dem Jahre 1977 kann eine Partei mit 35 Prozent die absolute Mehrheit erringen. Die bevölkerungsreichen Regionen, wo die Linke traditionell stärker ist, sind im Vergleich zu den weniger bevölkerten Regionen unterrepräsentiert. Zum Beispiel stehen Barcelona (5 052 666 Einwohner) und Madrid (5 718 942) 31, bzw. 35 Sitze zu, während Provinzstädte wie Soria mit 90 9954 oder Teruel mit 138 686 Einwohnern jeweils 3 Abgeordnete in den Congreso, das spanische Parlament, entsenden können.

Die IU kämpft seit langem gegen dieses undemokratische und unfaire Wahlsystem. Dabei warnte sie vor dem sogenannten voto util (nützliche Stimme) oder voto de miedo (Stimme der Angst), mit dem die Sozialisten ihr linke Wähler abspensig zu machen suchten, indem sie behaupteten, die PP werde wieder an die Macht kommen, wenn sie die IU oder andere (linke) Parteien wählten.

Im Wahlkampf hat sich die IU, deren größten Bestandteil die Kommunistische Partei Spaniens (PCE) darstellt, recht geschlossen gezeigt. Dazu mag die Gefahr der politischen Ausgrenzung beigetragen haben, wenn sie nicht wieder mindestens fünf Sitze gewinnt, die für die Bildung einer Fraktion erforderlich sind. Selbst in Valencia, wo sich die PCE in der Lokalorganisation mit ihren Kandidaten gegen IU-Chef Llamazares durchsetzen konnte, sind viele Menschen, darunter auch IU-kritische PCE-Anhänger, zu Llamazares' Kundgebungen gekommen und haben ihm zugejubelt. Dort hat sich die IU allerdings gespalten. Geschlossenheit ist in diesem Fall ein Muss. Der Vorwurf, mit der PSOE zu sanft umzugehen und die IU zu einer eher grünen als roten Formation machen zu wollen, musste jetzt ruhen. Aber die internen Auseinandersetzungen haben bestimmt nicht geholfen. Dabei hat Llamazares in diesem Wahlkampf gegenüber Zapatero recht harte Töne angeschlagen, vielleicht, um zu beweisen, dass er kein Moderater ist. In manchen Fällen wirkten sie ein wenig überzogen, wie z. B. in einem Animationsvideo gegen die königliche Familie, das nach Protesten wieder von der Website genommen wurde. Die politische Richtung stimmt, wenn auch die mediale Umsetzung nicht immer gelungen zu sein scheint.

Was nun?

Die Wahlergebnisse zeigen, mit welchen Schwierigkeiten eine kleine linke Partei zu kämpfen hat, die in den 90er Jahren um die 10 Prozent erhielt, heute aber unter dem Druck der Medien und der Benachteiligung durch das Wahlrecht, besonders des voto util, leidet – Faktoren die auch Mitte-Links-Parteien in anderen Ländern wie die französischen Sozialisten oder Veltronis Demokratische Partei in Italien taktisch für sich zu nutzen suchen.

Die IU und die ERC sind die Parteien, die bei dieser Wahl vom Wahlrecht und der Polarisierung am meisten betroffen waren. Nach dem spanischen Wahlrecht darf die ERC mit 1,16 Prozent (2004: 2,52%) sogar einen Sitz mehr beanspruchen als die IU mit 3,9 Prozent. Diese Ungerechtigkeit im spanischen Wahlrecht wurde von Llamazares in seiner Erklärung nach Bekanntgabe der Wahlergebnisse nochmals thematisiert. Die IU habe für 3,9 Prozent der Stimmen nur 0,58 Prozent der Parlamentssitze erhalten, betonte der IU-Chef, der die Verantwortung für das schlechte Ergebnis übernahm. Er erklärte, die Polarisierung der politischen Landschaft, die von zwei Parteien geprägt wird, sei ein Schlag gegen die politische Pluralität, die freie Meinungsbildung im Lande, ein Rückschlag für das gesamte demokratische System. Sie grenze alle anderen als die von PP und PSOE thematisierten Positionen und politischen Vorschläge, andere politische und soziale Kräfte aus. Die IU nehme die Wahlergebnisse zur Kenntnis, aber sie seien ungerecht, weil dieses System diskriminierend sei. Die Niederlage der IU sei ein politisches Fiasko für ihn als Generalkoordinator und für die Partei, die die Polarisierung verhindern und Veränderungen in linker Richtung erreichen wollte. Aber dieses Versagen bedeute kein Fiasko des IU-Projektes, das mit Unterstützung der Organisation und der Gesellschaft zu revitalisieren sei. Er werde vorerst noch IU-Koordinator bleiben, trete aber beim nächsten IU-Parteitag nicht wieder an, denn die IU brauche eine politische Erneuerung und neues Personal.

Das bittere Wahlergebnis hat die Konflikte in der IU weiter verschärft. Spätestens auf dem Parteitag im nächsten Oktober werden sie gelöst werden müssen. Die herbe Niederlage der spanischen Linken ist sicherlich auch darauf zurückzuführen, dass die IU und die anderen linken Parteien es nicht vermochten, die Pluralität und Breite des politischen Angebots und der konkreten Alternativen zu bündeln, ein einheitliches Profil zu entwickeln und geschlossen und einsatzstark im Wahlkampf dafür zu werben.

Zypern hat gewählt

Über die AKEL, den neuen Präsidenten und die Zypernfrage

Von Julian Marioulas

Die Wahl Dimitris Christofias' zum Präsidenten der Republik Zypern am 24. Februar 2008 stellt eine große Hoffnung für alle Menschen der geteilten Insel dar. Nach mehreren Jahren, die keinen Fortschritt in der Zypernfrage sahen, ist mit der Wahl des Kandidaten der AKEL (Fortschrittspartei des werktätigen Volkes) die Lösung des Konflikts wieder auf die Tagesordnung gerückt.



Seit ihrer Gründung spielt die AKEL eine wichtige Rolle in der Politik Zyperns. 1941 als Nachfolgerin der verbotenen kommunistischen Partei konstituiert, setzte sie von Anfang an auf Zusammenarbeit und Dialog mit anderen politischen Kräften. Sie war einer der Vorkämpfer gegen den britischen Kolonialismus und verzichtete dabei im Gegensatz zu anderen Gruppen auf Gewalt als Mittel ihrer Politik. Nach der Unabhängigkeit war sie ununterbrochen im Parlament vertreten und erreichte bei den Wahlen zur Volksvertretung als stärkste Partei bis zu 39,8 Prozent.

Als Dimitris Christofias 1988 die Führung der AKEL übernahm, war ihre Zukunft wie die anderer kommunistischer Parteien unsicher. Ein Teil der Partei spaltete sich ab, und es bedurfte vieler Anstrengungen des Vorsitzenden, um diesen Rückschlag zu überwinden. Entgegen dem Trend in anderen europäischen Ländern kam es zu keinem Einbruch der Wahlergebnisse. Selbst 1991 erreichte die AKEL über 30 Prozent. Neue Ansätze wurden geschaffen, um Politik in den veränderten Rahmenbedingungen zu gestalten, ohne die marxistischen Grundsätze zu verleugnen. Auf dem 18. Parteitag 1995 stimmten die Delegierten der AKEL erstmalig für den Prozess des EU-Eintritts, der dem Wunsch beider zyprischer Gemeinschaften entsprach. Seit der Gründung der Partei der Europäischen Linken hat die AKEL dort Beobachterstatus.

Trotz des großen Zuspruchs in der Bevölkerung fand die erste Regierungsbeteiligung ihrer Geschichte erst im Jahr 2004 statt. Vorgesehen war, dass der damals gewählte Präsident Tassos Papadopoulos nach vier Jahren aus dem Amt scheidet und die AKEL einen eigenen Kandidaten aufstellen würde. Mit der Regierungsbeteiligung begann eine innerparteiliche Krise, da sie in vielen Punkten der Politik des Präsidenten und seiner zentristischen DIKO (Demokratische Partei) Zugeständnisse machen musste. Und auch das Regierungsklima verschlechterte sich zunehmend, da nach dem Scheitern des Annan-Plans für eine Wiedervereinigung Zyperns, den die AKEL gemeinsam mit der Mehrheit der griechischen Zyprioten ablehnte, kein Ausweg aus dem Konflikt mit Nordzypern möglich schien. Als Papadopoulos schließlich 2007 ankündigte, erneut für die Wahl anzutreten, und damit die Vereinbarung mit der AKEL brach, tat Christofias es ihm gleich und wurde der erste Präsidentschaftskandidat seiner Partei.

Die erste Runde der Präsidentschaftswahlen am 17. Februar brachte ein unerwartetes und denkbar knappes Ergebnis. Auf Christofias entfielen 33,3 Prozent der Stimmen. Damit blieb er knapp hinter dem Kandidaten der liberal-konservativen DISY (Demokratische Versammlung), Ioannis Kasoulidis (33,5%). Präsident Tassos Papadopoulos dagegen schied überraschend mit 31,8 Prozent aus dem Rennen aus. Die ihn unterstützenden Parteien verkündeten nach Verhandlungen mit beiden Seiten ihre Unterstützung für Christofias. Offen für Kasoulidis trat dagegen Erzbischof Chrysostomos II. von Zypern auf.

Im zweiten Wahlgang setzte sich Christofias souverän durch. Seine programmatischen Ansätze vermochten neben der Linken einen großen Teil der politischen Mitte zu erreichen. Er vereinte 240 604 Stimmen (53,4 Prozent) auf sich, während auf Kasoulidis 210 195 Stimmen entfielen. Die Wahlbeteiligung lag bei 90,8 Prozent.

Wie in der zyprischen Regierungsgeschichte üblich und nötig, wird auch unter Christofias eine Koalition gebildet. Darin sind neben der AKEL die ihn in beiden Wahlgängen unter-

stützenden Parteien und unabhängige Experten vertreten. Innere Angelegenheiten, die neben der Zypernfrage Bedeutung haben, sind die Demokratisierung von Entscheidungsprozessen und Entbürokratisierung, während das Sozialsystem weitere Stärkung erfahren soll. Auch im Regierungsstil wird es Änderungen geben. Die gewählten Amtsträger der AKEL zahlen ihr Einkommen an die Partei und bekommen von der Rechnungsstelle dann ein wesentlich kleineres Gehalt zugeteilt. Christofias geht mit gutem Beispiel voran. Er wird weiterhin in der Familienwohnung leben und nicht, wie es ihm offensteht, in den Amtssitz des Präsidenten umziehen. Auf übermäßigen Einsatz der Präsidentengarde zu offiziellen Anlässen will er ebenfalls verzichten.

Obwohl die Wahlen vielfach als ein Entscheidungskampf zwischen Links und Rechts dargestellt wurden, ist das zentrale Anliegen des neugewählten Präsidenten und der Zyprienerinnen und Zypriener, die Teilung der Insel zu überwinden. Der Weg dahin wird weiterhin schwierig sein, aber mit der Wahl von Dimitris Christofias ist ein wichtiger Schritt getan.

Die AKEL und die im türkisch besetzten Norden regierende CTP (Republikanisch-Türkische Partei) waren seit den 1970er Jahren durch gute Beziehungen verbunden. Sie kamen 2004 zu einem Ende, als der CTP-Vorsitzende Mehmet Ali Talat zum Ministerpräsidenten Nordzyperns ernannt wurde und seine Partei wie die AKEL erstmalig in der Regierung saß. Dieser Schritt führte zu gegenseitigen Vorwürfen, nachdem in der Realpolitik die Trennlinien zwischen den beiden deutlich wurden. Das persönliche Verhältnis von Christofias und Talat ist seitdem von Schwierigkeiten geprägt. Trotzdem gehören sie zu den wenigen Politikern des Nordens und Südens, die über die Zypernfrage hinaus in Kontakt stehen. Am Wahlabend gehörte Talat zu den Ersten, die Christofias gratulierten, und auf der zentralen Veranstaltung im Freiheitsstadion in Nikosia feierten türkische Gewerkschafter Seite an Seite mit ihren griechischen Genossen.

Bereits in der ersten Woche seiner Präsidentschaft hat Christofias mit den versprochenen Verhandlungen in alle Richtungen begonnen. Nach Besuchen in Brüssel und Athen wurde in der zweiten Märzhälfte ein Treffen mit Talat abgehalten, wo die Grundlagen für weitere Gespräche gelegt wurden. Die inhaltlichen Gräben sind tief, aber dass beide Seiten den abgebrochenen Dialog endlich wieder aufnehmen, ist bereits ein großer Fortschritt.

Synthese mit russischen Eigenheiten

Von Bruno Mahlow, BAG Friedens- und Internationale Politik

Wenn die russischen Parlaments- und Präsidentschaftswahlen diesmal auch nicht die gleiche Aufmerksamkeit genossen wie in der Vergangenheit, so ist ihnen als Einschnitt in der bisherigen Entwicklung des russischen Parlamentarismus und damit des politischen Systems der Russischen Föderation dennoch besondere Bedeutung beizumessen. Die Parlamentswahlen fanden erstmals ausschließlich nach Parteilisten, d.h. ohne unabhängige Kandidaten und ohne die Möglichkeit von Wahlbündnissen statt. Die Hürde, die es für den Einzug in die Duma zu überwinden galt, wurde von 5 Prozent auf 7 Prozent heraufgesetzt.



Die Wahlbeteiligung lag mit 64 Prozent höher als 1999, aber dennoch unter den erwarteten 70 Prozent. 40 Millionen Bürger blieben den Urnen fern. Von den vier Parteien, die ins Parlament gelangten, sind drei – Einheitliches Russland (64,1%, d. h. 315 Sitze), Shirinowskis LDPR (8,2%, 38 Sitze) und Gerechtes Russland (7,8%, 37 Sitze) als kremltreu anzusehen. Die KPRF mit ihren 8 Millionen Wählern (11,6%, 57 Sitze) bleibt die einzige Oppositionspartei. Sie war einer massiven antikommunistischen Kampagne ausgesetzt und wurde vieler ihrer Positionen und Losungen beraubt. In dieser Hinsicht tat sich besonders „Gerechtes Russland“ hervor. Ihr Vorsitzender Sergej Mironow, zugleich bisheriger Präsident des Föderationsrates (Oberhaus), bezeichnete seine Partei als sozialdemokratisch und bezog sich in seiner Wahlpropaganda vordergründig auf Errungenschaften und Traditionen der Sowjetzeit.

Eine weitere schwere Niederlage mussten die übrigen sieben Parteien, insbesondere die in der Jelzin-Zeit starken Rechtsliberalen, hinnehmen. Erstmals dominiert im Parlament nun eine Partei mit Zwei-Drittel-Mehrheit. 101 gewählte Dumaabgeordnete – Gouverneure und andere Vertreter der Verwaltungsbürokratie – haben auf ihre Mandate verzichtet und somit die Manipulierung des Wählerwillens im Sinne des Regimes weiter verstärkt.

Die Wahlergebnisse wurden wesentlich von solchen Faktoren bestimmt wie einer relativen Stabilisierung der internationalen Stellung Russlands durch die Sicherung der Integrität des Landes, einem wachsenden Patriotismus, den hohen Zuwachsraten der Wirtschaft und den für Russland günstigen Rohstoffpreisen auf dem Weltmarkt. Auch die Stärkung und Förderung der Machtstrukturen (Armee, Innenministerium, Sicherheitsorgane), der Abbau sozialer Spannungen in der Gesellschaft, der Verzicht der alten und neuen Eliten auf den „Kampf aller gegen alle“ trugen zur Konsolidierung der Lage bei. Diese Parlaments- und Präsidentschaftswahlen, die als Referendum für Putin und dessen Kurs anzusehen sind, waren bereits entschieden, bevor sie begannen. Insgesamt scheint Russland damit formal einem parlamentarischen System ein Stück nähergerückt zu sein. Dieses Ziel, zu dem auch die Umwandlung der KPRF zu einer Partei westeuropäischen, d. h. sozialdemokratischen Typs gehört, hatte Putin in einem seiner ersten Interviews Anfang 2008 verkündet.

Das erwartete Ergebnis der Präsidentschaftswahl mit der Tandemvariante Medwedew/Putin hat einmal mehr das Festhalten am bisherigen Kurs und an Putin als derzeit optimaler Führungsfigur bestätigt. So taktisch geschickt diese Lösung auch erscheinen mag, könnte sie sich doch auf die Dauer als schwacher Kompromiss zwischen den Kremlleuten erweisen. In dem Bestreben, viele Fliegen mit einer Klappe zu schlagen – seine persönliche Stellung und seinen Kurs zu sichern, die Lage stabil zu halten, die Verfassung nicht zu verletzen, sowie genügend Spielraum für das Manövrieren zwischen den verschiedenen Interessengruppen zu behalten – könnte sich Putin selbst eine Zeitzünderbombe gelegt haben. Denn die sozialen Spannungen, die gesellschaftlichen Widersprüche, die persönlichen Ambitionen und Rivalitäten lassen sich nicht mit einer Rochade an der Spitze des Staates aus der Welt schaffen.

Es wäre jedoch verfrüht, den Prozess der Herausbildung einer neuen Wirtschaftsordnung und eines neuen politischen Systems bereits als abgeschlossen zu betrachten. Schneller ist etwas zerstört als etwas Neues aufgebaut. Wie immer gilt

es, nicht nur Erklärungen, Dokumente und einzelne Ergebnisse zu beurteilen, sondern die realen Prozesse, Probleme und Widersprüche in der russischen Innen- und Außenpolitik zu analysieren. Dazu gehört auch das Abwägen objektiv unvermeidlicher Veränderungen zur Abwendung eines Zusammenbruchs des Staates und langfristiger Lösungen zur Stabilisierung und Modernisierung der Gesellschaft. Für Russland geht es darum, nach den Wirren der Schocktherapie und dem Chaos der Jelzin-Zeit einen eigenen Entwicklungsweg zu finden.

Der Zerfall der UdSSR zerstörte auch die russische Staatlichkeit, zersetzte die Macht- und Eigentumsverhältnisse und funktionierte einen Großteil der Machtstrukturen um. Die private Aneignung des Staatseigentums erfolgte ohne jede gesetzliche Grundlage und brachte eine prowestlich orientierte Oligarchenschicht mit mafiosen Auswüchsen hervor. Die Existenz des russischen Staates stand auf dem Spiel. Ein Teil der eher patriotisch eingestellten Oligarchen und der politischen Elite erkannte diese Gefahr als Risiko für das eigene Überleben. Insofern sind die gegenwärtigen Machtverhältnisse in Russland Ergebnis einer Differenzierung in der politischen Elite, einer Umverteilung der Kommandohöhen in Politik und Wirtschaft. Sie wurden dadurch erreicht, dass man den Oligarchen eine größere Distanz von der Politik, von den Hebeln der Macht auferlegte und eine Konzentration der Medien in ihrer Hand verhinderte. Dafür ist nun eine enge Symbiose der staatlichen Beamtenschaft mit der Wirtschaft entstanden.

Wie lange wird diese Verbindung halten, ohne dass neue Rivalitäten und Machtkämpfe ausbrechen? Wie wird sich das Parteiensystem an die Vorstellungen in der Bevölkerung anpassen? Wird eine neue Staatspartei vom Typ KPdSU entstehen, die lediglich eine formale Opposition zulässt? Wie lange wird das angestrebte Einvernehmen zwischen Präsident und Regierungschef sowie deren Apparaten Bestand haben?

Dies sind jedoch nicht die einzigen Fragen, vor denen das Parlament, der neue Präsident und die Regierung stehen. Dazu gehören die noch unfertige soziale und ökonomische Struktur der russischen Gesellschaft; die nationalen Republiken als ausgesprochene Problemzonen, die produzierende Wirtschaft, die z. Zt. nur 20 Prozent des BIP hervorbringt, während dessen größter Teil aus dem Rohstoffsektor kommt, der angesichts zunehmenden Verschleißes und explodierenden Kosten nicht mehr im bisherigen Ausmaß wachsen kann, die schwache Verarbeitungsindustrie; der große Rückstand in Hochtechnologie und Infrastruktur; die arg geschrumpfte Landwirtschaft; die hohe Inflationsrate sowie die steigenden Mieten und Immobilienpreise, von denen die erreichten sozialen Zugeständnisse aufgebraucht werden.

Bei all dem sind soziale Spannungen geradezu programmiert. Dass sie bisher noch nicht zu landesweiten Eruptionen geführt haben und einigermaßen unter Kontrolle gehalten werden, ist neben der massiven Massenmanipulierung und sozialen Demagogie auf die Schwäche der Gewerkschaftsbewegung und die gespaltene Linke zurückzuführen. Zudem hat sich die Konsumgesellschaft als das gegenwärtige Optimum eindeutig im Bewusstsein großer Teile der Bevölkerung festgesetzt. Viele Bürger erkennen zwar, wie ungerecht das herrschende Gesellschaftssystem ist, sehen dazu jedoch keine Alternative und passen sich an. Dies trifft zum Teil auch auf die ältere Generation zu, die zwar die Oligarchen gern enteignet sähe, sich aber im Vergleich zum Trans-



formationsschock der Jelzin-Zeit heute sicherer fühlt. Und in der jüngeren Generation greift der Wunsch um sich, am neuen Reichtum teilzuhaben und sich die dafür notwendigen Spielregeln anzueignen.

In seiner Rede vor dem Staatsrat unter Teilnahme großer Teile der Administration und des Beamtenapparates, sowie auf seiner letzten Pressekonferenz als Präsident zeigte sich Putin zuversichtlich, Russland bis zum Jahr 2020, auf manchen Gebieten sogar schon früher, zu einer der fünf führenden Wirtschaftsmächte der Welt zu machen. Die schnelle Verdopplung des BIP steht für ihn ebenso außer Zweifel wie die Realisierung der nationalen Programme in Gesundheitswesen, Bildung, Agrarsektor und Wohnungsbau, bei der Entwicklung der Hochtechnologien, einer beschleunigten Innovation und Modernisierung auf allen Gebieten, dem Abbau der Bürokratie sowie der Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen. Auffallend war die wiederholte Betonung des menschlichen Faktors, der Qualität des Lebens und der wirtschaftlichen Entwicklung. Dies ist offenbar auf den Einfluss von Elementen des „Sowjetismus“ im Bewusstsein der russischen Gesellschaft, den Druck der linken Opposition, die sozialen Spannungen, aber auch Putins Vorstellungen von einer sozialen Marktwirtschaft zurückzuführen. Die Entwicklung von 60 bis 70 Prozent der russischen Gesellschaft zur Mittelklasse ist für ihn die Hauptaufgabe im sozialen Bereich. Die Anleihe bei Ludwig Erhards Zwei-Drittel-Gesellschaft ist unverkennbar, eine Vorstellung, die bereits in den 90er Jahren in Russland sehr verbreitet war.

Diese Zuversicht von Regierung und offizieller Propaganda stützt sich auf folgende Zahlen aus dem Jahr 2007: Die gesamte Wirtschaft wuchs um 8,1 Prozent; die Industrieproduktion 6,3 Prozent; die Investitionen um 21 Prozent. Die Kapitalzufuhr nach Russland betrug 82,3 Mrd. US-Dollar; die Goldreserven liegen bei 478,6 Mrd. US-Dollar, der Stabilitätsfond umfasst 3,84 Billionen Rubel. Die Realeinkommen wuchsen um 10,4 Prozent, die Löhne um 16,2 Prozent, die Renten inflationsbereinigt um 3,8 Prozent. Die Inflationsrate betrug statt der angenommenen 8,5 Prozent real 11,9 Prozent. Die Zahl der Arbeitslosen liegt bei 4,3 Millionen. Erstmals in den letzten 15 Jahren erhöhte sich die Geburtenzahl, der Anteil der Geburt eines 2. und 3. Kindes wuchs von 33 Prozent auf 42 Prozent. Während im Jahre 2000 30 Prozent der Bevölkerung unter der Armutsgrenze lebten, waren es 2007 knapp 14 Prozent. Soweit die Daten, die den Erfolg von Putins Präsidentschaft nachweisen sollen.

Das reale Bild ist sicherlich differenzierter. Schließlich gilt es alles vor dem Hintergrund der Zerstörung der UdSSR und ihrer Wirtschaft, der Folgen der Schocktherapie und des liberal-reformistischen Kurses zu bewerten. Zunächst sei auf den produzierenden Sektor der Wirtschaft verwiesen, der nur 20% Anteil am BIP hat. Alles andere ist Ergebnis von hohen Rohstoffpreisen und Finanzoperationen. Und selbst im Rohstoffsektor, in der Stahl- und Walzstahlproduktion ist bis 2006 das Niveau aus UdSSR-Zeiten noch nicht wieder erreicht worden. Dazu kommt der Niedergang des Maschinenbaus. So beträgt die Produktion von Zerspanungsmaschinen 1/15 des UdSSR-Niveaus, werden statt hunderttausender Traktoren und Landmaschinen nur 9 000 bis 11 000, statt hunderter Elektroloks nur Dutzende und auch nur einzelne Schiffe produziert. Die Fleisch- und Milchproduktion ist gegenüber der Sowjetzeit auf 50 Prozent zurückgegangen.

Zur sozialen Schichtung der Gesellschaft veröffentlichte

das staatliche Allrussische Informationszentrum zur Erkundung der öffentlichen Meinung folgende Umfrageergebnisse:

- Bettler, die hungern – 9 Prozent (vor 8 Jahren – 33%),
- Reiche, die sich alles leisten können – weniger als 1 Prozent,
- Angehörige der Mittelschicht, die auskömmlich lebt, aber weder PKW, noch Eigentumswohnung oder Datsche kaufen kann – 12 Prozent,
- Menschen, deren Einkommen für Essen und Kleidung, jedoch nicht für Haushaltstechnik und andere Güter ausreicht – 42 Prozent,
- Arme, die auch bei Essen und Kleidung sparen müssen – 32 Prozent,
- Ohne jede Antwort auf die Frage, wofür ihr Einkommen reicht – 4 Prozent.

Die gegenwärtige russische Elite spürt offenbar den Druck der sozialen Schieflage und erkennt die Gefahr für den Erhalt der neuen Machtverhältnisse. Daher ihre soziale Demagogie, die Maßnahmen zur sozialen Befriedung, die von Putin verkündeten ehrgeizigen Ziele der Wirtschaftsentwicklung, die die Einkommen bis zum Jahr 2020 wesentlich erhöhen sollen. Das mit neoliberalen Mitteln zu erreichen ist schwer vorstellbar; es stößt auf die Grenzen der heutigen Eigentumsverhältnisse. Und das trotz der Tatsache, dass Russland Naturreichtümer im Werte von 160 000 US-Dollar pro Einwohner besitzt (zum Vergleich: USA – 16 000 \$, Europa – 6 000 \$).

Bemerkenswert ist eine Reihe von Fragen, mit denen Wähler die neugewählten Dumaabgeordneten konfrontieren, z. B.:

- Warum wird die Korruption nicht zum Problem Nummer 1 erklärt?
- Warum wird russisches Eigentum von ausländischen Unternehmen aufgekauft, was der inneren Konkurrenz, den kleinen und mittleren Unternehmen schadet?
- Warum sind viele Wirtschaftssektoren und Märkte unter einigen Monopolen aufgeteilt? Warum können Präsident und Regierung das nicht regeln, und die Preise steigen weiter?
- Warum lässt die Inflationsrate nichts von den Gehalts- und Rentenerhöhungen übrig?
- Warum gibt es so große Freiräume für die Ausfuhr russischen Kapitals ins Ausland, sogar in NATO-Länder? Warum wird um ausländische Investoren geworben?
- Warum zahlen der Oligarch und der Arzt den gleichen Steuersatz von 13 Prozent, obwohl sich die Einkünfte millionenfach unterscheiden?
- Warum ist die an sich schon geringe Förderung für den Erwerb einer Wohnung auf 20 Prozent zusammengestrichen worden?
- Weshalb muss der Bürger bei Verkauf eines Gebrauchtwagens Steuern zahlen?

(Siehe *Argumenty i Fakty*, Nr. 50/ 2007)

Nicht weniger brisant sind die Probleme der Jugend. Ihr fehlt es an Zukunftsaussichten, an Zugang zu bezahlbarem Wohnraum und an Absicherung im Alter. Ein weiterer Schwerpunkt ist die katastrophale Situation auf dem Lande, die 40 Millionen Menschen betrifft.

All das läuft auf die Hauptfrage hinaus: Auf wen will und kann sich Putin bei seinen Plänen stützen? Reichen die akkumulierten Mittel und die anvisierten Methoden dafür aus? Wie sollen sie mit der gegenwärtigen staatlichen Verwaltung, dem Beamtenapparat, der äußerst kritisch gesehen wird,

realisiert werden? Welche Rolle soll die neue Machtpartei „Einheitliches Russland“ dabei spielen?.

Nicht zu unterschätzen sind die verschiedenen Kräfte und Tendenzen, die in der russischen Gesellschaft wirken. Zu erwarten ist eine Zuspitzung der Auseinandersetzungen zwischen den offen prowestlich orientierten Politikern und Oligarchen einerseits sowie den eher russische nationale Interessen verfolgenden Kreisen in Politik und Wirtschaft andererseits. Der Vergleich der beiden alternativen Gesellschaftssysteme fördert das Erkennen der unrühmlichen Seiten des Kapitalismus und der Leistungen des Sozialismus, stärkt den Glauben an den Kern der sozialistischen Idee. Dazu tragen auch tiefe kollektivistische Wurzeln des russischen Gemeinwesens bei. Im Russland des 21. Jahrhunderts lässt sich kein Kapitalismus des 19. Jahrhunderts errichten. Das haben die Folgen der Schocktherapie, die dem Land von Jelzin und dem Westen aufgezwungen wurde, mit ausreichender Deutlichkeit gezeigt. Bezeichnend sind in diesem Zusammenhang die Ergebnisse einer Umfrage, des bekannten Levada-Umfrageinstituts vom Oktober 2007. Auf die Frage, welches politische System das Bessere sei, sprachen sich

- 19 Prozent für die westliche Demokratie,
- 27 Prozent für das heutige System in Russland,
- 37 Prozent für das sowjetische System aus.

60 Prozent der Befragten waren gegen die Privatisierung von Unternehmen, 47 Prozent sind Anhänger gemischter Formen der Plan- und Marktwirtschaft, 24 Prozent wollten eine Rückkehr zur Planwirtschaft.

Obwohl die Restauration kapitalistischer Verhältnisse weit vorangeschritten ist, lässt sich gegenwärtig nicht eindeutig bestimmen, welche Art von Kapitalismus in Russland herrscht, wie und in welchen Zeiträumen sich bestimmte Übergangprozesse in Wirtschaft und Gesellschaft vollziehen werden. Bisher wurde mehr zerstört und das von der UdSSR übernommene große Potenzial verbraucht, als Neues geschaffen. Viele Schritte dienten dem nackten Überleben. Der russische Staat musste sich aus dem Würgegriff der Oligarchen befreien und zugleich diese in besonderer Weise „in sich aufnehmen“. Insofern kann man in Russland heute von einer Synthese, ja einer Symbiose oligarchischer Clans mit den Staatsbeamten, deren administrativen Strukturen sprechen. Staatlich dominierte Monopole wie Gazprom weisen Elemente eines staatskapitalistischen Wirtschaftsmodells auf, das Putin in einer kürzlichen Rede zumindest langfristig ausschließen wollte. Im Unterschied zur Wirtschaft sind die Veränderungen in den gesellschaftlichen Verhältnissen dem neuen System noch wenig angepasst. Vom sowjetischen System übernommene Strukturen wurden einfach mit neuen Vorzeichen versehen: Aus der Staatspartei wurde die Machtpartei, zentrale und lokale Verwaltungsstrukturen wurden übernommen und mit neuem Inhalt versehen, ein großer Teil der Kader hat sich angepasst. Die Klassenstruktur der Sowjetgesellschaft ist weitgehend zerstört, eine neue nach dem Kastensystem anvisierte befindet sich noch in einem widersprüchlichen Entstehungsprozess.

Die Konsolidierung der russischen Wirtschaft und Gesellschaft sind wichtige Voraussetzungen für das Agieren des Landes in der internationalen Arena. Dies umso mehr, als sich USA, NATO und EU nach Kräften bemühen, Russland nicht zu stark werden zu lassen. Das Land soll zu einem Rohstoffanhängsel des Westens gemacht und voll in dessen „Wertevorstellungen“ integriert werden. Mit der relativen

Stabilisierung der inneren Lage ist das Streben der derzeitigen Elite gewachsen, eigenständige Interessen stärker zu betonen. Sie versucht die größeren wirtschaftlichen Möglichkeiten aktiv für die Außenpolitik zu nutzen, was sich im Bereich der Energiepolitik deutlich gezeigt hat. Russlands Möglichkeiten, auf das internationale Geschehen Einfluss zu nehmen, bleiben jedoch weiterhin von seiner inneren Stärke abhängig. Insofern gilt es zwischen selbstbewussten Erklärungen und praktischen Schritten zu unterscheiden. Kritik an der Politik der USA bedeutet keinen Übergang auf anti-imperialistische Positionen. Angesichts der noch vorhandenen Schwächen, der Auseinandersetzung zwischen dem prowestlichen Flügel und den eher „patriotisch“ eingestellten Kräften der russischen Elite sieht sich Putin gezwungen zu manövrieren.

Der russischen Außenpolitik geht es vor allem darum, die USA und die NATO zur Einhaltung bestimmter Spielregeln zu zwingen, damit diese Russlands Eigenständigkeit und Gleichberechtigung respektieren. Diese Politik ist gekennzeichnet durch Pragmatismus, durch die aktive Vertretung nationaler Interessen im Rahmen einer Diversifizierung außenpolitischer Prioritäten in einer multipolaren Welt, in der die gegenseitige wirtschaftliche Abhängigkeit als Faktor internationaler Stabilität an Bedeutung gewinnt, während die Rolle des militärischen Faktors zurückgeht. Die russische Außenpolitik betont nachdrücklich ihren Verzicht auf Konfrontation, weist Aggressivitätsvorwürfe zurück und bevorzugt für die Lösung von Konflikten den Dialog. Die Suspendierung des KSE-Vertrages über die Reduzierung konventioneller Waffen, die gegensätzlichen Positionen zur Unabhängigkeit Kosovos, zur Raketenstationierung in Polen und Tschechien sowie in anderen Fragen lassen kaum eine ungetrübte und dauerhafte strategische Partnerschaft zwischen Russland und den USA erwarten. Sie sind neben anderen Faktoren eher eine Bestätigung dafür, dass Russlands Positionen zumindest gegenwärtig als eine Art Gegengewicht zum Kurs der USA und der NATO wirken. Unverständnis ruft in russischen politischen Kreisen hervor, dass die EU und insbesondere Deutschland der US-Außenpolitik Gefolgschaft leisten, bislang auf größere Eigenständigkeit und die Möglichkeit verzichten, ein internationales Beziehungssystem vom Pazifik bis zum Atlantik (Eurosibirien) zu schaffen. Nachdrücklich wird auch eine längst fällige Reform der OSZE gefordert. Die ersten internationalen Auftritte des neuen Präsidenten Dmitri Medwedew, so am 5. Juni 2008 in Berlin, haben gezeigt, dass auch er sich diesen außenpolitischen Prioritäten verpflichtet fühlt.



Zum Ausgang der Präsidentschafts- und Parlamentswahlen in Paraguay am 20. April 2008

Von Dietmar Schulz, Koordinator des AK Lateinamerika bei der BAG Friedens- und Internationale Politik

Zur Lage in Paraguay vor den Wahlen

Die politische Situation in Paraguay hatte sich seit dem Sturz von Alfredo Stroessner, der das Land von 1954 bis 1989 diktatorisch regierte, nur unwesentlich verändert. Zwar wurden inzwischen mehrfach Wahlen abgehalten und politische Parteien mit Ausnahme der KP zugelassen, aber das änderte nichts am Fortbestehen der nahezu uneingeschränkten politischen Herrschaft der Colorado-Partei.

Die Colorado-Partei ist eine überaus konservative, reaktionäre Partei, die bereits seit 1887 existiert und in dieser Zeit lediglich zwischen 1906 und 1946 nicht Regierungspartei war. Auch die Stroessner-Diktatur war eine Form der politischen Herrschaft der Colorado-Partei. Sie übte diese Herrschaft im Interesse eines Teil der paraguayischen Oberschicht aus, die ihrerseits auf das engste mit brasilianischen Kapitalgruppen verbunden ist bzw. von diesen beherrscht wird.

Die Colorado-Partei hat in ihrer langen Regierungszeit ein äußerst feinmaschiges und nahezu perfektes System politischer Herrschaftsstrukturen aufgebaut. Sie hat heute ca. 1,8 Mio. eingetragene Mitglieder bei einer Gesamtbevölkerung von 6. Mio. Paraguayern. Mit ihrer Allgegenwart und ihren lokalen Strukturen übernahm die Colorado-Partei sogar teilweise staatliche Funktionen.

Auf lokaler Ebene wurde und wird keine Entscheidung ohne vorherige Zustimmung des jeweiligen Vertreters der Colorado-Partei getroffen. Mehr noch, oft treten diese an die Stelle der örtlichen Verwaltung, z. B.

- bei der Vergabe von Arbeitsplätzen (Lehrer, Verwaltungsangestellte, Arbeitsplätze in öffentlichen Betrieben, wie z. B. der Müllabfuhr, aber auch in Privatunternehmen),
- bei der Verteilung von Sozialhilfe oder Unterstützung bei Naturkatastrophen, wie den jährlichen Überschwemmungen, Dürreperioden oder Buschfeuern,
- bei Zulassung für die Universität, Hochschulen oder sonstige weiterführende Schulen,
- bei der Kostenübernahme für ärztliche Behandlung oder Krankenhausaufenthalt von Menschen ohne Krankenversicherung,
- bei der Gewährung von Krediten oder sonstigen Hilfgeldern.

Nominell hatte sich seit dem Ende der Stroessner-Diktatur an der Situation hinsichtlich der Menschen- und Bürgerrechte einiges verbessert: Die Pressezensur wurde aufgehoben, politische Parteien und Gewerkschaften wurden legalisiert. Die Colorado-Partei versuchte jedoch alles, um jegliche politische Organisationen zu infiltrieren. Das ist ihr bei einigen Gewerkschaften, Studenten- und Bauernverbänden gelungen. Zugleich schreckte sie vor offener Unterdrückung nicht zurück. Besonders auf dem Land gab es in der Vergangenheit zahlreiche Fälle, da Aktivisten von Gewerkschaften, Bauernbewegungen oder Landarbeiterorganisationen überfallen und ermordet wurden oder einfach verschwanden.

Auch die weitgehende Isolierung des Landes nach außen kann als eine Form der Herrschaftsausübung gesehen werden.

Angesichts dieser Situation bildete sich vor allem in den letzten beiden Jahren eine breite demokratische Oppositionsbewegung, deren Hauptziele die Beendigung der politischen Herrschaft der Colorado-Partei und eine wirkliche Demokratisierung der paraguayischen Gesellschaft waren und sind. Diese Oppositionsfront wurde von einer Vielzahl sozialer Bewegungen, darunter zahlreiche Organisationen aus dem ländlichen bzw. kleinbäuerlichen Bereich, getragen. Daher standen Forderungen nach einer entscheidenden Verbesserung der sozialen Lage breiter Bevölkerungsschichten, einer umfassenden Bodenreform, besserer medizinischer Betreuung und Bildung für die breiten Volksmassen sowie weitere soziale Fragen auf dem Forderungskatalog der Oppositionsbewegung.

An die Spitze dieser Bewegung stellte sich Ex-Bischof Fernando Lugo, der als Präsidentschaftskandidat von zahlreichen politischen Parteien und sozialen Bewegungen getragen wurde. Zehn dieser politischen Parteien – darunter die p-mas (Bewegung für den Sozialismus), nicht jedoch die KP – und ein Dutzend sozialer Organisationen hatten sich zum Wahlbündnis „Patriotische Allianz für den Wandel“ (APC) zusammengeschlossen.

Die Unterstützung Lugos reichte jedoch bis weit ins bürgerliche Lager, ja selbst in die noch regierende Colorado-Partei hinein. Dies kann damit erklärt werden, dass die Colorado-Partei nur noch die Interessen eines schrumpfenden Teils der herrschenden Oberschicht vertrat und mit ihren Herrschaftsmethoden zum Hemmschuh für eine „Modernisierung“ der paraguayischen Gesellschaft geworden war. Gruppierungen innerhalb der Colorado-Partei, die an einer „modernerer“ Politik zur Festigung der eigenen Herrschaftsstrukturen interessiert waren, wurden durch Manipulation und Wahlbetrug bei Parteiwahlen ins Abseits gedrängt und wandten sich zumindest teilweise dem Lugo-Lager zu.

Die nahezu bedingungslose Unterordnung der Politik der Colorado-Partei unter die Interessen des Auslandskapitals, vor allem aus Brasilien und Argentinien, bewog weitere national denkende bürgerliche Kreise zur Unterstützung Lugos.

Zu den Wahlergebnissen

In Paraguay finden die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen zwar gleichzeitig statt, der Präsident wird aber in einem gesonderten Wahlgang direkt gewählt. Bei den Wahlen am 20. April 2008 erreichte Fernando Lugo ca. 40 Prozent der Stimmen und lag damit 10 Prozentpunkte vor der Kandidatin der Regierungspartei. Da das paraguayische Wahlgesetz keine Stichwahl vorsieht, war er der eindeutige Wahlsieger. Er wird das Präsidentenamt am 15. August 2008 antreten.

Bei den Parlamentswahlen konnte das Lugo-Lager dagegen keine Mehrheit gewinnen. Grob dargestellt sieht das Stimmenverhältnis im Parlament etwa so aus: Die bisher regierende Colorado-Partei und die APC (die Lugo-Koalition) verfügen jeweils über ein gutes Drittel der Stimmen. Das restliche Drittel verteilt sich auf zahlreiche kleinere Parteien, wobei die Gruppierung um Lino Oviedo (einen ehemaligen Putschisten und Ex-General, der die Colorado-Partei verlassen hat) die Stärkste ist. Lino Oviedo hat zwar erklärt, in allen Sachfragen „zum Wohle der Nation“ die Reformen Lugos



zu unterstützen, in der Realität bleibt jedoch abzuwarten, wie weit dies tatsächlich geschehen wird.

Das relativ schlechte Abschneiden der APC ist vor allem damit zu erklären, dass die Oppositionskräfte nicht in der Lage waren, ihre Meinungsunterschiede zu überwinden und bei den Wahlen zu den beiden Kammern des Parlaments mit einheitlichen Listen anzutreten. Durch die enorme Aufspaltung gingen sehr viele Lugo-Stimmen verloren. Nutznießer war die ebenfalls Lugo unterstützende Liberale Partei. Sie ist eine großbürgerliche Partei mit langer Tradition, der „ewige Rivale“ der Colorado-Partei. Sie verfügt jedoch über eine breite Basis im Kleinbürgertum und unter den Bauern, wo der Widerstandswillen gegen die Colorado-Partei stark ist. Diese Teile der Parteibasis haben die großbürgerliche Führung geradezu gezwungen, die Kandidatur Lugos zu unterstützen.

Für die linke p-mas war das Ergebnis der Parlamentswahlen eher eine Enttäuschung. Mit über 8 Prozent der Stimmen erreichte sie zwar das weitaus beste Ergebnis, das eine linke Partei in Paraguay je erzielen konnte, verfehlte jedoch um wenige Stimmen das Ziel, mit eigenen Abgeordneten ins Parlament einzuziehen. Immerhin gewann sie einen Sitz im Senat. Tragisch ist, dass die p-mas, eine nach Bestehen und Durchschnittsalter der Mitglieder sehr junge Partei, diese Entwicklung als einzige Kraft der Opposition klar vorausgesehen hat, sich aber nicht gegen die Partikularinteressen sowohl der Liberalen Partei als auch der Bewegung Tekojoja durchsetzen konnte, die eine Einheitsliste für die Parlamentswahlen verhinderten.

Zur künftigen Regierungspolitik

Hier können nur die geäußerten Absichten bewertet werden. Erst die Regierungspraxis wird zeigen, in welchem Maße sich die Reformprojekte verwirklichen lassen.

An Lugos aufrichtigem Engagement für die sozial benachteiligten Schichten kann nicht gezweifelt werden. Als Bischof in einer der ärmsten Regionen des Landes, wo sich ein Übermaß an sozialem Konfliktstoff anhäufte, setzte er sich konsequent für die Interessen der landlosen oder landarmen Bauern sowie aller Armen ein. Das brachte ihn wiederholt in Konflikt mit der Regierung, der eigenen Amtskirche und auch den diese Region beherrschenden (brasilianischen) Großgrundbesitzern. Oft wird er als Anhänger oder gar als wichtiger Vertreter der Befreiungstheologie bezeichnet, was genauer recherchiert werden müsste.

Als Hauptpunkte seines Reformprojekts gelten:

- die Armutsbekämpfung durch einen sozialen Notstandsplan wie in Uruguay oder Brasilien;
- eine Landreform, deren erste Phase darin bestehen soll, die Besitztitel der Ländereien zu prüfen, was dazu führen werde, dass die Großgrundbesitzer enorme Flächen an den Staat zurückgeben müssten, die sie sich illegal angeeignet haben. Diese Ländereien stünden dann zur Verteilung unter den landarmen oder landlosen Bauern zur Verfügung;
- eine Bildungsreform, die sowohl die Bildungsinhalte demokratisieren und modernisieren, als auch den effektiven Zugang aller zum Bildungssystem sichern soll;
- eine Gesundheits- und Sozialreform zur besseren gesundheitlichen Betreuung der Armen und sozial Schwachen, einschließlich Sozial- und Rentenversicherung;
- eine Verfassungsreform inklusive Einberufung (Wahl)

einer Verfassunggebenden Versammlung, mit dem Ziel der umfassenden und wirklichen Demokratisierung des Staates und seiner Institutionen.

All das wird nicht leicht umzusetzen sein, da das Lugo-Lager selbst sehr heterogen zusammengesetzt ist, wobei die bürgerlichen Kräfte (Liberale Partei) eindeutig dominieren. Sie stehen zwar für eine tatsächliche Stärkung der Demokratie und werden wohl auch für eine Verfassungsänderung zu gewinnen sein, um der Colorado-Partei eine Rückkehr an die Macht zu erschweren, streben aber danach, die politische Macht mittelfristig selbst zu übernehmen.

Angesichts der gegenwärtigen Stimmung zugunsten tief greifender Veränderungen in Paraguay könnte es gelingen, die wichtigsten Reformvorhaben mit massiver Unterstützung der Bevölkerung rasch voranzubringen. Ob der zu erwartende Widerstand der bisher herrschenden Kreise dabei überwunden werden kann, bleibt abzuwarten.

Als ehemaliger Kleriker hat Lugo offensichtlich eine Tendenz zum „Ausgleich“, zur „Versöhnung“, d. h. er scheint eher den Kompromiss als die Auseinandersetzung zu suchen. Mehrfach hat er betont, ihm gefalle das Regierungsmodell der Frente Amplio in Uruguay, wo praktisch alle Regierungsbeschlüsse in der Koalition vorbereitet und per Konsens angenommen werden. Andererseits hat er nach der Wahl mehrfach betont, dass er zu seinen Wahlversprechen stehe und seine Reformpolitik auch gegen Widerstand durchsetzen wolle.

Gegenwärtig scheint vom Militär nicht die Gefahr eines Putsches auszugehen. Das hat seine Ursachen in einer Diskreditierung der Militärs als Folge der langjährigen Stroessner-Diktatur und ihrer weitgehenden Entmachtung nach dem gescheiterten Putschversuch von Lino Oviedo. Außerdem genießt Fernando Lugo als Ex-Bischof sehr großes Vertrauen in der Bevölkerung. Sein Quasi-Priester-Status wird ihn in dem religiös geprägten Land für einige Zeit wenig angreifbar machen.

Jahreskonferenz der Rot-Grünen Einheitsliste (RGA – Dänemark)

Kopenhagen, 18. bis 20. April 2008

Von Christine Buchholz, Mitglied des Geschäftsführenden Parteivorstandes der LINKEN

Die RGA ging vor 19 Jahren aus einem Neuformierungsprozess unterschiedlicher linker Parteien und Organisationen hervor. Sie ist Beobachterpartei der Partei der Europäischen Linken (EL) und Unterstützerin der Europäischen Antikapitalistischen Linken. Die Partei hat 4 500 Mitglieder, was, bezogen auf die Bevölkerung Dänemarks von 5 Millionen etwa der Größe der LINKEN in Deutschland entspricht. Bei den Wahlen im Herbst 2007 erzielte die RGA 2,2 Prozent und stellt vier Abgeordnete im Parlament (in Dänemark gibt es nur eine 2-Prozent-Hürde). In der vorigen Legislatur erhielt sie 3,4 Prozent und hatte 6 Abgeordnete.

Bei den genannten Wahlen im letzten Jahr ist das Parteienbündnis des rechten Ministerpräsidenten Anders Fogh Rasmussen im Amt bestätigt worden. Dessen Politik ist gekennzeichnet von einer neoliberalen Aushöhlung des „Dänischen Modells“, einem scharfen Rassismus gegenüber Immigran-



ten, besonders Muslimen, und einer aggressiven Außenpolitik. Dänemark hat seine Truppen zwar aus dem Irak zurückgezogen, ist aber weiterhin in Afghanistan militärisch engagiert.

Zur Zeit der Jahreskonferenz spitzte sich die politische Situation durch einen Streik im öffentlichen Dienst zu. Daran beteiligten sich ca. 110 000 Beschäftigte des Gesundheitswesens. Bei diesem Streik, der im Rahmen der gesetzlichen Tarifaueinandersetzungen stattfand, ging es um Lohnerhöhungen, eine Angleichung an die Löhne im privaten Gesundheitsbereich, die um 25 Prozent höher liegen, und die Durchsetzung des Gleichstellungsgesetzes. Frauen erhalten in Dänemark immer noch um 18 Prozent niedrigere Löhne als Männer.

Wichtige Themen der Jahreskonferenz waren der EU-Reformvertrag, der wenige Tage später, am 24. April, im Dänischen Parlament zur Abstimmung stand und den nur die RGA konsequent ablehnte, sowie der Klimawandel. 2009 wird in Kopenhagen die Weltklimakonferenz stattfinden. Da alle laut RGA anderen linken Parteien in den zentralen Fragen Öffentlicher Dienst, EU-Reformvertrag, Klima und Kriegseinsätze dem Kurs der Regierung angenähert haben, sieht sie einen Raum, den sie für den Parteaufbau und die nächsten Wahlen nutzen will.

Die Diskussion über den Rechenschaftsbericht des Vorstandes an die Jahreskonferenz rankte sich primär um den Umgang mit einer muslimischen Kandidatin auf der Liste zu den Parlamentswahlen. Die junge Fernsehmoderatorin und Muslima Asmaa Abdol-Hamid, Mitglied im Parteivorstand und Stadträtin in Odense, war auf Platz sechs der RGA-Liste gewählt worden, um ein Zeichen gegen den wachsenden Rassismus in der dänischen Gesellschaft zu setzen. Die Medien stürzten sich sofort auf die Kandidatin, belagerten sie, versuchten kompromittierende Aussagen von ihr zu bekommen. Ob es an der Unverfrorenheit der Medien, der Unerfahrenheit der Kandidatin oder der nicht ausreichenden Betreuung durch die Partei lag, kann von außen nicht beurteilt werden. Die Versuche der Medien, Asmaa in die islamistische Ecke zu stellen, verunsicherten die Partei. Gegen den Widerstand einer Minderheit berief der Vorstand mitten im Wahlkampf einen Sonderparteitag ein, um zu diskutieren, wie man mit der Kandidatin und ihrer Darstellung in den Medien umgehen sollte.

Während einige die Einberufung des Sonderparteitages als ein Sich-Wegducken vor dem Druck der Medien, eine Demontage der Kandidatin und einen Angriff auf die innerparteiliche Demokratie werteten, verteidigte der Vorstand sein Vorgehen. Der Sonderparteitag fand dann nicht statt, weil die Wahlen vor dem angesetzten Parteitagstermin durchgeführt wurden. Nach einer leidenschaftlichen Debatte setzte sich die Sicht des Vorstandes durch, sein Rechenschaftsbericht wurde bestätigt. Darüber hinaus gab es keine ausführliche Aussprache zu den Ursachen der Wahlniederlage der RGA.

Der Streit um Asmaa führte zu einer grundsätzlichen Diskussion über den Umgang der RGA mit der Religion. Dazu brachte der Vorstand einen Antrag mit dem Titel ein „Die RGA ist eine nicht-religiöse Partei, heißt aber religiöse Menschen in ihren Reihen willkommen“. Kernpunkte des Antrages waren:

→ Keine Religion darf anderen ihre Glaubenssätze aufzwingen.

- Keine Religion darf als Begründung für Verletzungen von Menschenrechten herangezogen werden.
- Wir weisen Personen zurück, die intolerant gegenüber dem Lebensstil anderer sind.
- Wir verurteilen Länder, die die Religionsfreiheit unterdrücken.
- Wir verurteilen jegliche Diskriminierung von Menschen wegen ethnischer Herkunft, Geschlecht, Religion, sexueller Orientierung oder sozialem Status. Wir sind gegen den Zwang, religiöse Kopfbedeckungen zu tragen, wie den Zwang, sie nicht zu tragen.

In einem Gegenantrag wurde die RGA als „antireligiöse“ Partei definiert. Andere Anträge gingen noch weiter als der des Parteivorstandes. In der Debatte wurde wiederholt auf den politischen Kontext, den Krieg gegen den Terror, verwiesen, der ein Feindbild Islam geschaffen hat. Religion kann sowohl Instrument der Unterdrückung, als auch Ausdruck und Kraftquell des Kampfes gegen Unterdrückung sein. Schließlich wurde der Antrag des Vorstandes mit einigen Änderungen angenommen.

Der Vorstand legte einen umfassenden Antrag zum Selbstverständnis und zu den Arbeitsschwerpunkten der RGA vor. Einziger umstrittener Punkt war die Bedeutung der Arbeiterklasse für die RGA. Eine kleine Minderheit argumentierte dafür, den strategischen Fokus nicht vorrangig auf die Arbeiterklasse zu legen, sondern breitere Gesellschaftsschichten anzusprechen. Dieses Begehren wurde von einer großen Mehrheit zurückgewiesen. Die sich verändernde Arbeiterklasse steht im Zentrum der Arbeit der RGA.

Der Parteitag verständigte sich auf die Schwerpunktthemen Verteidigung des Öffentlichen Eigentums, Arbeitskämpfe und Klimawandel. Sie wurden in Arbeitsgruppen diskutiert und deren Ergebnisse vorgestellt. Die Arbeitsgruppen sollen als Netzwerke in der Partei weiterarbeiten, um die Umsetzung der Beschlüsse an der Basis zu gewährleisten.

Bei den Wahlen zu den Leitungsgremien wurde der bisherige Parteivorstand im wesentlichen bestätigt. Der linke Flügel erfuhr eine leichte personelle Stärkung.

Der Parteitag war geprägt von einer offenen und solidarisches Diskussion. Der Streik im öffentlichen Dienst war sehr präsent – optisch über Plakate, mit einem Grußwort der Streikenden, in den Redebeiträgen der Delegierten. Bereits im Vorfeld hatte die RGA Solidaritätsbuttons und –banner hergestellt, eigene Plakate und Aufkleber gedruckt. Die RGA nutzte den Parteitag, um die aktive Unterstützung des Streikes zu organisieren. Diese Mischung aus Debatte und Organisation wirkte sich positiv auf die Stimmung aus.

In Norrköping tagte der Parteitag der schwedischen Linkspartei

Von Halina Wawzyniak, stellvertretende Vorsitzende der LINKEN

Vom 6. bis 8. Juni 2008 traten 230 Delegierte zum 37. Parteitag der Linkspartei (LP – Schweden) zusammen. Parteitage finden hier alle zwei Jahre statt. Die Partei hat ca. 12 000 Mitglieder. Bei den letzten Parlamentswahlen am 17. September 2007 erhielt sie 5,8 Prozent der Wählerstimmen und



damit 22 der 349 Sitze. Ihre zwei Vertreter im Europäischen Parlament gehören der Fraktion GUE/NGL an.

Nach der Tradition der Partei wurden die aus dem Ausland eingeladenen 16 Parteien sorgfältig ausgewählt. Dies waren neben den skandinavischen Partnern Sozialistische Volkspartei (Dänemark), Sozialistische Linkspartei (Norwegen) und Linksbund (Finnland) vor allem Parteien und Organisationen, mit denen die LP Solidarität demonstrieren wollte, so die Belorussische Partei der Kommunisten, die Bewegung für den Sozialismus (MAS) aus Bolivien, die KP Kolumbiens, die Befreiungsfront Farabundo Marti (FMLN) aus El Salvador, Pampernas aus Indonesien, die KP Nepals, die Palästinensische Volkspartei, Laban ng Masa aus den Philippinen, die Südafrikanische KP, die kurdische DTP aus der Türkei und die Befreiungsfront der Westsahara (POLISARIO). Aus Europa waren nur die niederländische SP und die LINKE aus Deutschland geladen, was das besondere Verhältnis der LP zu ihnen unterstreicht. Die Fraktion GUE/NGL im Europäischen Parlament war durch ihren Vorsitzenden Francis Wurtz vertreten. Als einziger ausländischer Gast sprach auf dem Parteitag der stellvertretende Vorsitzende der norwegischen SLP, Audun Lysbakken, wodurch deren besondere Rolle als Regierungspartei unterstrichen wurde. Ein Rahmenprogramm machte die ausländischen Gäste mit der Kommunalpolitik der LP in Norrköping bekannt, wo sie zusammen mit Sozialdemokraten und Grünen regiert. Die Stadt hat 120.000 Einwohner und befindet sich im Wandel von einer traditionellen Industriestadt zu einer Stadt der Neuen Medien.

Die nächsten Parlamentswahlen in Schweden werden 2010 stattfinden. Derzeit regiert eine konservative Mehrheit, in der Opposition befinden sich Sozialdemokraten, Linkspartei und Grüne. Die Rechtsextreme Partei ist bei den letzten Parlamentswahlen knapp am Einzug ins nationale Parlament gescheitert, ist aber in diversen kommunalen Parlamenten vertreten. Diese politische Situation bestimmte die Auseinandersetzungen auf dem Parteitag.

Die schwedische Rechts-Regierung hat die Steuern gesenkt und die Bedingungen für die Arbeit verschlechtert. Die offizielle Arbeitslosenrate im Lande wird mit 5,5 Prozent angegeben, real dürfte sie bei 7 Prozent liegen. Als neu erweist sich die Situation, dass die Grünen und die Linkspartei die einzigen Parteien sind, die sich gegen die Verschärfung der Gesetze für Asylsuchende wenden. Darüber hinaus wird eine konservative Familienpolitik gemacht und die Sicherheitsgesetze werden permanent verschärft.

Angesichts der Tatsache, dass die große Konservative Partei in Schweden gegen die Sozialdemokraten, die Linkspartei und die Grünen regiert, befinden sich diese in einer Phase, da sie lediglich reagieren. Das Vorbild der norwegischen Linkspartei im Blick, wurde diskutiert, wie man in die nächsten Parlamentswahlen gehen, ob es eine gemeinsame Wahlplattform mit anderen Oppositionsparteien geben soll. Die endgültige Entscheidung wird auf einem weiteren Kongress gefällt werden.

Der Kongress stand unter dem Motto „Veränderung“. Gemeint ist die Veränderung der Gesellschaft. Auf dem Parteitag standen jedoch zunächst Veränderungen am eigenen Parteiprogramm zur Debatte. Die schwedische Linkspartei arbeitet permanent an ihrem Programm. Die Programmkommission wird zwar auf jedem Parteitag neu gewählt, tagt aber kontinuierlich. Auf diesem Parteitag wurde das Programm in den Punkten Ökologie und Demokratie präzisiert.

Rassismus wurde deutlicher als Unterdrückungsmechanismus definiert.

Breit debattiert wurde über die Frage, ob die von der Partei vertretene Forderung nach Einführung eines 6-Stundentages bei vollem Lohnausgleich in dieser Radikalität angegangen werden soll oder auch Schritte zu diesem Ziel hin definiert werden dürfen. Das alles verband sich mit der Frage, ob die Partei nicht zu sehr dem Parlamentarismus verhaftet sei. Am Ende blieb es bei der Formulierung des radikalen Zieles. Abgelehnt wurde eine völlige Abkehr von der Verwendung von Ethanol als Treibstoff. Es wurde diskutiert, ob für einen kostenlosen öffentlichen Nahverkehr Steuern erhoben werden dürfen und wie die Linkspartei zum File Sharing steht. Am Ende setzt sich die Position durch, dass dies erlaubt, aber zugleich begrenzt werden soll.

Erst auf Grund von Zeitungsberichten wurde auf Nachfrage mitgeteilt, dass es eine „Kuba-Debatte“ in der Partei gibt. Ein Mitglied des Parteivorstandes ist Vorsitzende der Schwedisch-Kubanischen Freundschaftsgesellschaft und hat mehrmals engere Beziehungen der LP zu Kuba gefordert. Dies wurde von den Medien als Glaubwürdigkeitsproblem der Partei dargestellt. In der Partei wird debattiert, ob Kuba als Diktatur bezeichnet werden kann.

Ein weiteres wichtiges Diskussionsthema war das Verhältnis zur EU. Einige Mitglieder der Partei wollten die Position der Partei verändern, dass Schweden die EU verlassen soll. Damit hatten sie keinen Erfolg. Im Gegenteil, die Linkspartei will Druck auf die Sozialdemokraten ausüben, den Lissabon-Vertrag nicht zu ratifizieren, solange es keine Garantien für den schwedischen Sozialstaat gibt.

Neben den schon benannten Aspekten ging der Parteivorsitzende, Lars Ohly, in seinem Eingangsstatement auf die geplanten Sicherheitsgesetze ein, die das Abhören von Telefonaten ermöglichen sollen, und auf die Auseinandersetzung um Privatisierungen. Diese werden als eine Einschränkung von Demokratie wahrgenommen, da die BürgerInnen in Eigentumsfragen immer weniger entscheiden können. Damit werde auch das Wahlrecht tendenziell entwertet. Die Schwierigkeit für 2010 bestehe darin, so Lars Ohly im Gespräch, das es derzeit nicht möglich sei, bereits privatisierte Unternehmen zurückzukaufen. Auf heftige Kritik stießen die kürzlich ergangenen Urteile des Europäischen Gerichtshofes, welche zur weiteren Schwächung des schwedischen Sozialstaates beigetragen haben. Die LP prangert die konservative Familienpolitik der Regierung an, die dadurch gekennzeichnet ist, dass der Mann als höherwertig gilt. Die Partei war sich einig, dass diese Regierung abgelöst werden muss, spätestens 2010.

Der Parteivorstand wurde wie vorgeschlagen gewählt. Der Vorsitzende Lars Ohly erhielt bei seiner Wiederwahl 203 der 230 Delegiertenstimmen.

Mit den internationalen Gästen wurde am Rande der Tagung des Parteitages ein Forum zum Thema Demokratie im 21. Jahrhundert durchgeführt. Dort informierten einzelne Parteien über die Lage in ihren Ländern auf diesem Gebiet: MAS (Bolivien) sprach über die Fortschritte und Probleme bei der Durchsetzung der Autonomie der Indigenas und die Notwendigkeit einer neuen Verfassung.

Die kurdische DTP aus der Türkei, die erst 2005 nach dem Verbot ihrer Vorgängerpartei DEP neu gegründet wurde, informierte über ihre Aktivitäten zur Durchsetzung der Rechte der Frauen.



Der Vertreter aus Norwegen sprach anhand der Regierungserfahrungen seiner Partei darüber, dass die Erweiterung der Demokratie einen wichtigen Arbeitsschwerpunkt darstellt. Ein Stück politischer Entscheidungsmacht von den Politikern an die Bevölkerung abzugeben sei ein Stück Demokratisierung der Demokratie, so beim Bürgerhaushalt. Es müsse mehr Referenden geben. Denkbar sei ein Gesetz, mit dem Voten zurückgeholt werden können. Privatisierungen schränken die Demokratie ein.

Der Genosse aus Belarus berichtete über die persönliche Diktatur Lukaschenkos, die als sozialistische Gesellschaft propagiert werde. Sozialismus ohne Demokratie aber sei undenkbar. Der Kampf um Demokratie in Belarusland sei heute in erster Linie ein Kampf um faire Wahlen. Dafür wirkten alle Parteien der Opposition von rechts bis links zusammen. Das sei zwar kompliziert, aber der einzige Weg. Der POLISARIO-Vertreter aus der Westsahara betonte, Demokratie sei eine gute Sache, ebenso Feminismus und Achtung der Menschenwürde. Aber manchmal gehe es nur ums nackte Überleben. Vor der Demokratie müsse das Recht auf Existenz erkämpft werden.

Zum Abschluss wurde übereinstimmend festgestellt, dass für Linke Demokratie mehr sein muss als nur die Möglichkeit, frei zu wählen. Armut ist immer eine Einschränkung von Demokratie.

Anachronismus, Revisionismus und Ratlosigkeit

Die KP Griechenlands (KPG) und ihr Umgang mit dem linken Spektrum des 21. Jahrhunderts

Von Julian Marioulas, Praktikant im Bereich Internationale Politik beim Parteivorstand der LINKEN (Siehe hierzu auch die Abschlusserklärung der Ersten Gesamtgriechischen Beratung des Bündnisses der Radikalen Linken SYRIZA vom 11. März 2008 in diesem Heft, Seite 84)

In Griechenland existiert eine Partei, die vollkommen unbeeindruckt von jeder Entwicklung seit dem Ende des Kalten Krieges eine Rhetorik benutzt, die Leonid Breshnew stolz gemacht hätte. Die Kommunistische Partei Griechenlands ist moskautreu, auch wenn die KPdSU, in deren Tradition sie steht, zusammen mit dem Staatssozialismus der Vergangenheit angehört. Während linke Bewegungen auf der ganzen Welt nach vielfältigen Wegen gegen den entfesselten Markt suchen, ob nun mit Hilfe von Marx oder ohne ihn, hält die KPG an ihrem Patentrezept fest. Und das nicht ohne Erfolg, wie die Parlamentswahlen 2007 gezeigt haben. Während das linkssozialistisch-grüne Wahlbündnis SYRIZA auf beachtliche 5 Prozent kam (ein Zugewinn von 1,8%), erreichten die Kommunisten 8,2 Prozent, womit sie 2,2 Prozent hinzugewannen. Wer die griechische Politik schon länger verfolgt, dem sind die konstanten Wahlergebnisse der KPG zwischen 5 und 10 Prozent nicht neu, ebensowenig ihre Ideologie. Im folgenden soll dargelegt werden, wie sich dieses Festhalten an orthodoxen Positionen im Rahmen neuer Entwicklungen und der Erinnerungskultur darstellt und ob es Änderungen im theoretischen Ansatz gibt. Dazu wird auf Veröffentlichungen der KPG und auf griechische Zeitungsartikel zurückgegriffen.¹

2002: Globalisierungskritik

Nikos Seretakis, Mitglied des Zentralkomitees, führte Ende 2002 auf dem Weltsozialforum die Position der KPG zu den erstarkenden Protestbewegungen gegen die Globalisierung aus. Sie werden nicht direkt abgelehnt, bereiten der Partei aber einige Probleme. Die Einordnung der Gruppen, die sich gegen die Globalisierung engagieren, erfolgt nach altbekannten Kategorien: Es seien Kämpfe der Arbeiterklasse und der Gewerkschaften, anti-imperialistische Bewegungen, solche der nationalen Befreiung und der Menschen, die direkt mit imperialistischer Intervention konfrontiert sind. Diese Feststellung ist wichtig, da die KPG mit einem Umstand sehr unzufrieden ist: „Es wird systematisch versucht, jeden Hinweis auf den Imperialismus und das imperialistische System durch Globalisierung und Neoliberalismus zu ersetzen. Das zeigt eine klassenlose Weltsicht, bezieht sich allein auf das Monopol und die Hegemonie der USA, ohne die Rolle und Verantwortung der anderen imperialistischen Mächte anzuerkennen.“

Hinter diesen Versuchen stehe die herrschende Klasse, insbesondere die Sozialdemokratie, die den weitverbreiteten Unmut und die sozialen Kämpfe in der Welt vereinnahmen möchte, um sie in einem Protest ohne Inhalt und Ziele verkommen zu lassen. In diese Umformung der Proteste gegen die Globalisierung werden dann auch die diversen Sozialforen und ATTAC-Organisationen eingeordnet. Für sie sei kennzeichnend, daß sie dem kapitalistischen Systems nur ein humaneres Gesicht verleihen wollten, statt Alternativen außerhalb desselbigen zu suchen.

Die Antwort der KPG auf dieses Problem ist, daß eine Integration der Bewegungen ins System nur verhindert werden könne, wenn sich dort die klassenkämpferischen Tendenzen durchsetzen, wenn deren Aktionen durch ideologische Schulung (im Sinne des Marxismus-Leninismus) wirksam gegen die kapitalistische Ordnung gelenkt werden und die kommunistischen Parteien genügend Einfluss darauf gewinnen.²

2004: Das Empire

Noch schärfer fällt die Kritik an der neomarxistischen Theorie des Empire aus, wie sie Hardt und Negri formuliert haben. Die Antwort der KPG ist einfach: Der Imperialismus ist und bleibt die höchste und letzte Form des Kapitalismus, und zwar in der leninistischen Definition. Der Hauptwiderspruch zwischen den beiden Positionen ist der Konflikt zwischen Materialismus und Postmaterialismus, eine grundsätzliche Trennlinie. Folgerichtig greift die KPG die im Empire schwierige Verortung der Macht an, da sie es als möglich ansieht, die sozialistische Gesellschaft in einem einzelnen Staat zu errichten. Im Unterschied dazu ist das Empire weltumspannend angelegt und dementsprechend auch nur internationaler Widerstand dagegen möglich. Transnationale Monopole, die nach Hardt/Negri essenziell für die neue Herrschaftsform sind, sieht die KPG als nicht gegeben an. Die Bedingungen für deren Handeln würden hauptsächlich in den Grenzen der Nationalstaaten durch entsprechende regulierende Maßnahmen gesetzt werden. Hauptträger der Unterdrückung bleibe die eigene Bourgeoisie, nicht internationale Strukturen. Das komplexe Gebilde des Empires sieht die KPG als eine objektiv falsche Verlagerung der Verantwortung auf eine andere Ebene.

Um die Position der Partei zu begründen, werden wichtige

theoretische Werke von Marx, Engels und Lenin so interpretiert, daß sie letztlich Stalins Doktrin vom ‚Sozialismus in einem einzelnen Land‘ unterstützen. Aus Marx' Kapital wird dazu der Satz zitiert: „Das Proletariat eines jeden Landes muß natürlich zuerst mit seiner eigenen Bourgeoisie fertig werden.“ Wichtigstes Element im revolutionären Kampf bleibt die KPG selbst, denn nur „eine Partei, ausgerüstet mit einer marxistisch-leninistischen Analyse der objektiven Realität, ist in der Lage, eine kohärente revolutionäre Strategie und Taktik zu entwickeln, die den Kapitalismus herausfordern kann.“³

2007: 90 Jahre Oktoberrevolution

Ein besonders markantes Beispiel für die von der Partei vertretene Erinnerungskultur bietet die von ihrer Jugendorganisation KNE betriebene Website www.1917.gr.⁴ Aus Anlass des 90. Jahrestages der Oktoberrevolution findet sich dort eine umfassende Darstellung der historischen Ereignisse in Russland. Dem Leser fällt auf, daß nach dem Menüpunkt ‚Werke W.I.Lenins‘ ein weiterer – ‚Werke J. W. Stalins‘ – zu finden ist. Es sind die beiden einzigen Bolschewiki, die auf der Seite mit ihren Texten vertreten sind. Biographien gibt es auch von Kalinin, Swerdlow und Kirow. Aus diesem erlesenen Kreis bleibt einer ausgeschlossen: Leo Trotzki. In guter stalinistischer Tradition ist sein Beitrag zur Revolution aus der Geschichte getilgt. Selbst in einem Artikel über die Entstehung der Roten Armee ist nichts über ihn zu lesen. Einzig in der Biografie Stalins wird er erwähnt: „Er [Stalin] verteidigte die leninistische Politik gegen die Politik von Trotzki.“ – Eine knappe Umschreibung der stalinistischen Säuberungen.

Das gestörte Verhältnis zur Geschichte der UdSSR wird in der Behandlung des Massakers von Katyn deutlich, das zu deren dunklen Kapiteln gehört. Darüber ist ein Artikel der Parteizeitung ‚Rizospastis‘ auf der Website zu finden, der von Juri Slopotkin, einem Mitglied der Russischen Kommunistischen Arbeiterpartei geschrieben wurde.⁵ Das Massaker wird in der sehr gewundenen Darstellung als ‚weltweite Lüge‘ abgetan. Letztlich wird Katyn als Folge antikommunistischer Propaganda dargestellt, die auf der Wiedergabe von Goebbels' Argumenten basiert. Derartige Darstellungen, die alles Negative in Bezug auch auf die Stalin-Zeit zu entkräften suchen, sind zu vielen Themen zu finden.⁶

Diese Ergebnislosigkeit gegenüber der Sowjetunion in all ihren Erscheinungsformen ist das bestimmende Element für das Selbstverständnis der KPG. In ihrem aktuellen Parteiprogramm, das 1996 verabschiedet wurde, heißt es dazu: „Die KPG lässt sich von der Ideologie des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus leiten. Sie ist inspiriert von der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution und der kämpferischen Tradition des griechischen Volkes. Sie benutzt die positiven und negativen Erfahrungen beim Aufbau des Sozialismus, wie wir ihn sahen.“ Problematisch ist hierbei, daß die negativen Erfahrungen nicht in den Fehlern der Herrschenden, sondern in der Opposition gegen sie gesehen werden.

2008: Aufstieg von SYNASPISMOS (SYN)

Lange Zeit wurde SYNASPISMOS von der KPG mehr oder weniger ignoriert oder nicht ernst genommen. Das funktionierte, solange es keine wirkliche Konkurrenz im linken Spektrum gab. Bei den Wahlen des Jahres 2000 erreichte SYN gerade die nötigen 3 Prozent, um ins Parlament einzu-

ziehen. Als Teil des Bündnisses SYRIZA war das Ergebnis 2004 ebenfalls knapp. Was die Wählerschaft der beiden Parteien betrifft, konnte vor der Wahl 2007 festgestellt werden, daß die KPG einen großen Vorsprung vor allem in den älteren Bevölkerungsgruppen und bei den Rentnern, auf dem Land und in der Arbeiterschaft hatte. SYRIZA dagegen führte bei den Wählern bis 26 Jahre und Menschen mit Hochschulbildung. Ihre Stammwählerschaft war kleiner als die der KPG.⁷ So brachten auch die Wahlen von 2007, wie eingangs erwähnt, der KPG einen komfortablen Vorsprung.

Inzwischen ist das Gleichgewicht aber aus der Balance geraten. Das Vertrauen in die Regierung sank auf einen Tiefpunkt. Ursache sind mehrere selbst für Griechenland ausufernde Skandale, vor allem aber Rentenkürzungen und weitere ‚Reformpakete‘, die mit enormen sozialen Einschnitten und dem Ausverkauf öffentlicher Güter einhergehen. Der aufgrund des Wahlgesetzes in Griechenland übliche Wechsel zwischen konservativer Nea Dimokratia (ND) und sozialdemokratischer PASOK wird von einem Großteil der Menschen abgelehnt. Inmitten dieser Systemkrise hat SYRIZA die gesellschaftliche Initiative übernommen. Wie kein anderer verkörpert der junge Alexis Tsipras die Notwendigkeit zum Wechsel. Im Februar wurde er zum Parteivorsitzenden von SYNASPISMOS gewählt, der wichtigsten Partei innerhalb von SYRIZA. In Umfragen des Instituts MRB im Auftrag der ND-freundlichen Zeitung Eleftheros Typos kam die KPG im Januar auf 8,2 Prozent und im März nur noch auf 7 Prozent, SYRIZA dagegen stieg von 8,1 Prozent auf 17,9 Prozent, ein Trend, den auch andere Umfragen bestätigten.⁸ Alexis Tsipras hat die höchsten Zustimmungsraten aller Parteiführer, KPG-Generalsekretärin Aleka Papatrifa die niedrigsten. Eine Auseinandersetzung mit der neuen Linken in Griechenland ist nun für die KPG unumgänglich geworden. Und sie erfolgt in der für ihren Politikstil typischen Art.

Den Parteitag von SYN ignorierte die KPG trotz Einladung, während die anderen im Parlament vertretenen Parteien, wie in Griechenland üblich, Vertreter entsandten. Die Wahl von Tsipras wurde von Aleka Papatrifa nicht wohlwollend aufgenommen. Sie bezeichnete ihn als „Kalifen anstelle des Kalifen“ und behielt der KPG das Recht vor, „alle gegenwärtigen Kalifen und ihre Anhängsel zu bekämpfen“. SYN bezeichnete sie als eine opportunistische, nicht vertrauenswürdige Kraft, die im Kern sozialdemokratisch sei. Sie bestritt, dass es in der Grundorientierung einen Unterschied zwischen SYN und PASOK gebe.⁹ Das kam in Aussagen zum Ausdruck wie „Das Kapital unterstützt das Szenario PASOK-SYN“ oder „Mit Happenings und Tricks kann keine Umwälzung der politischen Landschaft stattfinden.“ Der beobachtete Linksruck in der Bevölkerung würde unter einer solchen Regierung in einen Rechtsruck umgewandelt werden.¹⁰

Verschwörungstheorien sind bei der Führung der KPG beliebt. Auf einer Pressekonferenz, die für ihre lange Amtszeit ungewöhnlich nervös und aggressiv ausfiel, griff die Generalsekretärin Ende März darauf zurück. Sie warf den wirtschaftlichen Kräften nicht nur ihre unsoziale Politik vor, sondern auch den Versuch, eben diese durch neue politische Akteure, Parteien und Bündnisse dem Volk schmackhaft zu machen. Die Ergebnisse der KPG bei den letzten Wahlen hätten „sie“ verunsichert, weshalb jetzt das Feuer eröffnet werde. Dazu arbeiteten sie mit Geheimdiensten und Medien zusammen und streuten falsche Gerüchte aus. Neben den Regierungsparteien arbeite auch SYN/SYRIZA an diesem Plan mit.



Sie erhoffe sich dadurch eine größere Rolle innerhalb des Systems, um die herrschende Politik mit einem linkem Alibi zu stützen. Beweis dafür sei die offensichtliche und skandalöse Unterstützung der Medien.¹¹

Ob der Aufstieg von SYN anhält, ist natürlich offen. Die Rolle der Hauptkraft der Opposition, das haben die aktuellen Entwicklungen in Griechenland gezeigt, kann die KPG aber nicht mehr für sich allein beanspruchen. In dieser für sie schwierigen Situation führt sie den Kampf nicht mit politischen Inhalten, sondern dem verzweifelten Versuch, sich als die einzige fortschrittliche Kraft darzustellen – eine Strategie, die nicht neu ist, aber gegenüber SYN wesentlich weniger Wirkung zeigt als gegenüber PASOK, die lange Zeit das Hauptangriffsziel der KPG war.

Fazit

Auf die hier angesprochenen Fragen gibt es keine einfachen Antworten. Das gilt sowohl für die historischen wie die aktuellen Phänomene. Die KPG glaubt indes eben diese Antworten zu haben. Dazu greift sie ausschließlich auf die Vergangenheit zurück. Ihre Auslegung des Marxismus-Leninismus bedarf angeblich keiner Weiterentwicklung, sondern ist ein in sich geschlossenes System, in welchem alle neuen gesellschaftlichen Erscheinungen mit den Begriffen definiert werden, die Lenin benutzte. Für die KPG kommen starke stalinistische Einflüsse und eine absolute Verklärung der Sowjetunion hinzu. Die Partei hält an ihrem alten Weltbild fest. Änderungen wurden nicht vorgenommen und sind unter Aleka Papatrifa, die seit 1991 Generalsekretärin ist, nicht zu erwarten. Dazu gab es in den vergangenen siebzehn Jahren Gelegenheit genug.

Anmerkungen

- 1 Diese waren zum Zeitpunkt der Entstehung dieses Artikels sämtlich im Internet zu finden
- 2 Siehe Nikos Seretakis, *Notes on the «anti-globalization» movement*, in: *Communist Review*, 9/10/2002; im Internet unter: <http://inter.KPG.gr/TheSocial/2002-12-globaliz/>
- 3 „Empire“ or imperialism?, *Center for Marxist Research (KME)*, Vortrag auf dem Weltsozialforum in Mumbai, 18.1.2004; im Internet unter <http://inter.KPG.gr/TheSocial/2004-01-kme/>
- 4 KNE ist inhaltlich vollkommen mit der KPG konform, wie die aktuelle Satzung von 2002 zeigt: „Die KNE kämpft dafür, die Jugend der Heimat für die Politik der KPG zu gewinnen. Sie widmet ihre Kraft dem Erreichen der unmittelbaren politischen und programmatischen Ziele der Partei.“
- 5 Eine der vielen kleineren KP in Russland.
- 6 KATIN, *Rizospastis*, 29.5.2005
- 7 *Eleftherotypia*, 13.5.2007
- 8 *Eleftheros Typos tis Kyriakis*, 16.3.2008
- 9 *To Bima tis Kyriakis*, 10.2.2008
- 10 *Eleftherotypia*, 13.3.2008
- 11 *Eleftherotyia*, 30.3.2008

Konferenz zum Thema „160 Jahre Kommunistisches Manifest“

An der Konferenz der Belorussischen Partei der Kommunisten (BPK), die am 24. Mai 2008 in Minsk stattfand, nahm für die LINKE Harald Neubert, Mitglied des Ältestenrates, teil. Hier Auszüge aus seinem Bericht:

Auf der Konferenz waren etwa 40 Personen anwesend, darunter der Erste Sekretär des ZK der BPK, Sergej Kaljakin, die ZK-Sekretäre Iwan Akintschiz und Alexej Jelissejew, der Chefredakteur der von der Partei herausgegebenen linken Zeitung „Towarischtsch“, Sergej Wosnjak, der stellvertretende Vorsitzende der Belorussischen Sozialdemokratischen Partei (Gramada) Anatoli Sidorewitsch und der Vorsitzende des Orgkomitees zur Gründung der Belorussischen Partei der Werktätigen, Alexander Buchwostow.

Aus dem Ausland nahmen weiterhin Igor Gerassimow vom Institut für Globalisierung und soziale Bewegungen in Moskau sowie John Hörnquist vom Zentrum für Marxistische Soziale Studien der Linkspartei Schwedens teil.

Das Ziel der Konferenz bestand darin, zur Klärung theoretischer Grundfragen in der Partei beizutragen und hierzu die Erfahrungen anderer Parteien kennenzulernen sowie die Verständigung mit Bündnispartnern in Belarus zu vertiefen. Harald Neubert berichtete in seinem Beitrag und in der Diskussion über Erfahrungen bei der Formierung der LINKEN in Deutschland und der Partei der Europäischen Linken. Er verband dies mit einer kritischen Bilanz des gescheiterten Sozialismus und der internationalen kommunistischen Bewegung (bis zu ihrem faktischen Zerfall) sowie mit Überlegungen zu linker, sozialistischer Politik unter den heutigen Bedingungen. Seine Darlegungen wurden mit großem Interesse aufgenommen und fanden sich teilweise auch in der Abschlusserklärung der Konferenz wieder.

John Hörnquist erläuterte, wie es seiner Partei nach den Rückschlägen zu Beginn der 90er Jahre gelang, wieder größeren Einfluss in der schwedischen Gesellschaft zu erlangen, insbesondere in der Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften und den linken sozialen Bewegungen.

In den Diskussionsbeiträgen der belorussischen Teilnehmer zeichneten sich jene zwei Tendenzen ab, die auch in vielen anderen Parteien zu beobachten sind: Während die führenden Vertreter der Partei eine auf die Erneuerung der Partei ausgerichtete konstruktive Linie vertraten und sich mit überholten Auffassungen auseinandersetzten, meinten einige ältere Genossen, traditionelle Erfahrungen und Überzeugungen verteidigen zu müssen. Zwar kam es nicht zu einer direkten Polemik zwischen diesen beiden Tendenzen, doch widersprach Sergej Kaljakin ausdrücklich einigen orthodoxen Thesen. Dabei bekräftigte er die Orientierung auf die Erneuerung der Partei, auf die notwendige Korrektur vieler theoretischer Positionen – eine in linken Parteien des post-sowjetischen Raumes bislang selten anzutreffende Position. Man dürfe, so betonte er, die Ideen des Kommunistischen Manifests nicht einfach auf die Gegenwart übertragen, da sich zum einen die Verhältnisse wesentlich geändert hätten und manche Aussagen des Manifests zeitbezogenen propagandistischen Charakter besäßen. Heute müssten die marxistische Theorie weiterentwickelt und viele Kategorien neu definiert werden. So sei z. B. die Arbeiterklasse in den kapi-



talistischen Ländern von heute keineswegs mehr identisch mit dem Proletariat des 19. Jahrhunderts. In der früheren kommunistischen Bewegung sei man mit dem Marxismus wie mit einer Religion umgegangen. Auch die Frage nach den sozialen Triebkräften im gegenwärtigen Kampf für den Sozialismus müsse neu gestellt werden. Kaljakin griff Harald Neuberts Gedanken auf, dabei die Erkenntnisse der Theoretiker der Arbeiterbewegung neben und nach Lenin unbedingt zu berücksichtigen.

In mehreren Beiträgen wurde deutlich: Die Partei möchte sich besonders von den negativen Erfahrungen des sowjetischen Sozialismus- und Parteimodells lossagen und die Überzeugung vermitteln, dass eine Wiederbelebung des gescheiterten Sozialismus nicht möglich und nicht wünschenswert sei. Kritisiert wurde vor allem der Mangel an Demokratie im realen Sozialismus sowjetischer Prägung.

Alexander Sidorewitsch beschäftigte sich aus seiner sozialdemokratischen Sicht mit der nationalen Frage in der Gegenwart und bekannte sich zu den Auffassungen Lenins hierzu.

Die Belorussische Partei der Kommunisten hat gegenwärtig etwa 3 000 Mitglieder. Die von ihr herausgegebene Zeitung „Towarischtsch“ erscheint in 30 000 Exemplaren. Da es für sie im Lande keine Druckmöglichkeit gibt, wird sie in Russland gedruckt, legal eingeführt und vertrieben.

Im Parlament ist die Partei seit der staatsstreichähnlichen Auflösung des Parlaments durch Präsident Lukaschenko im Jahre 1996 nicht vertreten und wegen ihrer entschiedenen Opposition gegen das Regime und die Person des Präsidenten Verfolgungen und Diskriminierungen ausgesetzt. Sie schwebt in latenter Gefahr, verboten zu werden. Bis vor kurzem war ihr unter der fadenscheinigen Begründung, bei der Neuregistrierung einen Formfehler begangen zu haben, mehrere Monate lang jede politische Betätigung untersagt.

Obwohl man die ideologische Ausrichtung der Partei keineswegs als dogmatisch bezeichnen kann, wie auch die Konferenz deutlich machte, scheinen viele kommunistische Parteien Kontakte zu ihr zu meiden. Der Grund dürfte in der Haltung zu Lukaschenko zu suchen sein, dessen Politik andere kommunistische Parteien positiv einschätzen. Bei ihnen genießt die Lukaschenko-freundliche Kommunistische Partei von Belarus höheres Ansehen. Leider, so erläuterten BPK-Vertreter, ließen sich viele kommunistische Parteien davon täuschen, dass Lukaschenko einen antiamerikanischen Kurs betreibe. Inzwischen habe er jedoch auch gegenüber Russland viel Konfliktstoff angehäuft.

Die Belorussische Partei der Kommunisten wendet sich vor allem gegen die diktatorischen Tendenzen Lukaschenkos, dessen Kurs des Sozialabbaus, der Privatisierung der Staatsbetriebe und des Bodens viel größere Ausmaße angenommen habe, als im Ausland wahrgenommen werde. Die Opposition gegen Lukaschenko im Lande sei recht stark, obwohl sie Repressionen ausgesetzt ist. Zwischen den oppositionellen Organisationen, zu denen auch die Sozialdemokratische Partei Gramada gehöre, bestehen Bündnisbeziehungen. Sie seien zusammengenommen einflussreich genug, um nach der angestrebten Ablösung Lukaschenkos in Belarus eine Wende zum Neoliberalismus zu verhindern.

Auf Bitte der BPK wird Harald Neuberts Broschüre „Der Sozialismus als Zukunftsprojekt“ als Solidaritätsleistung übersetzt und zur Publikation in Belorussland übergeben werden.

Was erwartet der Süden von der europäischen Linken?

Botschaft des Präsidenten Boliviens, Evo Morales Ayma, an die Fraktion Vereinigte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke (GUE/NGL) des Europäischen Parlaments, verlesen von der Botschafterin Boliviens in Frankreich, Luzmila Carpio Sangueza, während der Konferenz der GUE/NGL in Cité de Sciences, Paris, am 18. Mai 2008

Einen brüderlichen und revolutionären Gruß an diese wichtige Tagung, die der Reflexion und Arbeit für die Zukunft der europäischen Linken gewidmet ist.

Auf Grund des enormen Gewichts der Europäischen Union ist es für uns besonders wichtig, dass die Linke in Europa durch die Orientierung ihrer Aktionen gestärkt wird. Ich habe beobachtet, dass linkes Gedankengut in Europa eine schwierige Zeit durchlebt, dass die Rechten wiederholt Siege errungen haben. Ihnen geht es wie stets darum, die Privilegien derer zu stärken, die schon alles haben, und das auf Kosten derer, die nicht viel haben. Möglicherweise zahlen die Kräfte der europäischen Linken heute den Preis für eine Toleranz und Komplizenschaft, mit der sie sich den Mechanismen des Marktes zu sehr angenähert haben, wenn sie in den letzten Jahren an der Macht waren. Das zeigt, wie wichtig es ist, weiter darum zu kämpfen, die öffentlichen Dienstleistungen zu bewahren, nicht zu akzeptieren, dass im Namen angeblicher wirtschaftlicher Effizienz Prinzipien der sozialen Gerechtigkeit abgeschafft werden, die in langen sozialen Kämpfen errungen wurden.

In der Welt von heute gibt es viele akute Probleme. Es ist so weit gekommen, dass in der Frage des Klimawandels der Punkt bereits überschritten ist, an dem ein Umsteuern noch möglich wäre. Die sozialen Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten sind niemals so groß und massenhaft verbreitet gewesen wie heute. Die Folgen der globalen Erwärmung werden auf allen fünf Kontinenten am schlimmsten für die Benachteiligten, die Armen sein, die ohnehin schon so viel leiden. Wir zahlen den Preis für eine Konsum- und Produktionsweise ohne Grenzen in einer begrenzten Welt. Europa ist das historische Herz des Kapitalismus. Seine Linke muss heute einen anderen Weg suchen. Sie muss das Reale verstehen, um das Ideale anzustreben.

Aus Ländern wie Bolivien wollen wir die Bande der Solidarität mit unseren Brüdern von der europäischen Linken festigen. Für uns bedeutet diese Solidarität nicht Entwicklungshilfe. Es geht vor allem um gemeinsame Aktionen der fortschrittlichen und demokratischen Kräfte hier und dort, damit wir an unserer eigenen Entwicklung arbeiten können. Wir wollen kein importiertes Entwicklungsmodell, das uns in eine weltweite Katastrophe führt. Wir wollen uns nicht in einen gefährvollen Wettbewerb stürzen, um besser zu leben. Wir wollen nur gut leben.

In Solidarität mit euch, Brüder der europäischen Linken, lasst uns von euren Obrigkeiten fordern, dass sie uns unsere Konflikte durch Politik und Dialog selbst regeln und lösen lassen, so wie wir es verstehen. Dass die europäischen Regierungen nicht so sehr den Vereinigten Staaten folgen, die Kriege von niedriger oder hoher Intensität führen, die unter dem Vorwand des Kampfes gegen Drogenhandel und Terrorismus präventive Kriege ohne Anfang und Ende vom Zaun



brechen. Der Kapitalismus trägt den Krieg in sich. Dieses zerstörerische System müssen wir überwinden.

Es ist auch Solidarität mit euch, Brüder der europäischen Linken, wenn wir darum kämpfen, dass eure Regierungen uns nicht mit Gewalt in eine Politik des Freihandels zum Nutzen ihrer transnationalen Gesellschaften und Investoren hineinziehen, sich unserer Naturressourcen bemächtigen, das Amazonasgebiet und die Schneegipfel der Anden zerstören, was katastrophale Folgen für den Klimawandel hätte. Zu glauben, dass die globale Liberalisierung Arbeitsplätze für eure Bürger schafft, ist kurzsichtig, ist ein offensichtlicher Mangel an Bewusstsein. Revolution aber gibt es nur, wo es auch Bewusstsein gibt.

Mit den Brüdern und Schwestern der europäischen Linken hoffen wir die Bande für den Schutz so grundlegender Naturressourcen wie Wasser, für die Verteidigung und Entwicklung der so wichtigen öffentlichen Dienstleistungen, für wirkliche Demokratie, für die Verteidigung unserer kulturellen Vielfalt noch enger zu knüpfen. Wir wollen zum Beispiel, dass unsere althergebrachten Sitten wie der legale, traditionelle und unschädliche Genuss von Kokablättern respektiert werden. Wir wollen, dass dieser Planet bewohnbar bleibt für alle seine Bürger und nicht nur für eine immer kleinere Zahl von ihnen.

Ich wünsche Eurer Konferenz viel Erfolg und hoffe, dass sich unsere Beziehungen weiter festigen.

*Evo Morales Ayma
Präsident der Republik Bolivien*

DIE LINKE als Gast beim 14. Treffen des Forums von Sao Paulo (FSP)

Montevideo, Uruguay, 21. – 25. Mai 2008

Von Hans Modrow und Dietmar Schulz, Koordinator des AK Lateinamerika bei der BAG Friedens- und Internationale Politik (Siehe dazu auch die Abschlusserklärung des FSP in diesem Heft, Seite 87)

Mit einer Delegation der beiden Autoren setzte die LINKE die Tradition ihrer Quellpartei PDS fort, die sich seit 1992 in ununterbrochener Folge an den Treffen des Forums von Sao Paulo, dem breitesten Diskussions- und Koordinationsnetzwerk linker Parteien Lateinamerikas, beteiligt. Das Motto des 14. Treffens lautete: „Reichtum in der Vielfalt. Einheit – Vielfalt – Integration“. Nach Angaben der Veranstalter waren diesmal über 60 Parteien in die Hauptstadt Uruguays gekommen. Aus Europa war die Partei der Europäischen Linken (EL), die seit zwei Jahren eine feste Zusammenarbeit mit dem FSP unterhält, mit Abgesandten der Vereinigten Linken (IU – Spanien), der Französischen KP, von Rifondazione comunista (PRC – Italien) und der LINKEN vertreten. Von der Fraktion Vereinigte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke (GUE/NGL) waren weiterhin die KP Griechenlands und die Portugiesische KP anwesend.

Der neu gewählte Präsident Paraguays, Fernando Lugo, und der Präsident Nikaraguas, Daniel Ortega, nahmen am

Forum teil und sprachen zu den Delegierten. Kuba war durch den Sekretär des ZK der KP, F. Ramirez, vertreten.

Angesichts der Tatsache, dass heute in 13 Staaten Lateinamerikas Linke an der Regierung beteiligt sind, wurde auf dem 14. Treffen vom Beginn einer neuen Phase in der Entwicklung des Forums von Sao Paulo gesprochen. Zahlreichen Delegierten war es wichtig, diese in die Geschichte des Forums einzuordnen.

Seine Gründung im Jahre 1990 im brasilianischen Sao Paulo war der Versuch, die schweren Belastungen zu bewältigen, die der Zerfall des Sozialismus in Europa für die linken Kräfte in Lateinamerika mit sich brachte. Zugleich standen sie vor der Herausforderung, eigene Antworten auf die Auswirkungen des in Lateinamerika um sich greifenden Neoliberalismus zu entwickeln.

Mitte der 1990er Jahre setzte eine zweite Phase des gemeinsamen Kampfes der Forumsparteien ein. Ihr Hauptinhalt war die Verhinderung der Bildung einer Freihandelszone in Lateinamerika unter der Herrschaft der USA.

Mit der Jahrhundertwende im Jahre 2000 begann eine dritte Phase der Entwicklung des Forums. In Lateinamerika gewann die Linke eine ganze Serie von Wahlen, die sie in zahlreichen Ländern des Subkontinents an die Regierung brachte. Die politischen Orientierungen und die Solidarität im Forum haben darauf nachhaltigen Einfluss ausgeübt.

Die neue Ära in der politischen und gesellschaftlichen Entwicklung Lateinamerikas hat nunmehr einen Neustart des FSP erforderlich gemacht. Das war in Montevideo unumstritten. Zugleich wurde unterstrichen, dass das 14. Treffen des FSP dafür nur ein Anfang sein kann.

Die Elemente und Probleme des Neustarts beginnen sich abzuzeichnen. Auch in der neuen Phase soll die Vielfalt bewahrt werden, die aber jetzt eine neue Qualität besitzt. Die 13 Staaten mit linker Regierungsbeteiligung sind sehr unterschiedlich. Strittig ist bereits, welche Länder zu dieser Kategorie zu rechnen sind. War die Vielfalt früher ein Thema des gemeinsamen Kampfes gegen den Neoliberalismus und den Einfluss der USA, so geht es nun darum, im Prozess einer Integration des Subkontinents bei Beachtung seiner Vielfalt gemeinsame Wege zu gehen.

Die Integration soll weiter politisch gestaltet werden. Zugleich werden vom Forum Impulse im Bereich von Wirtschaft und Währung, der gemeinsamen Werte und der Kultur erwartet. Für eine abgestimmte Linie im Hinblick auf eine lateinamerikanische Verteidigungspolitik ohne die USA sollen Ideen entwickelt und den Regierungen der Region nahegebracht werden.

Dieser Prozess erfordert neue Impulse aus den Parlamenten, in denen Parteien des FSP stark vertreten sind. Das Forum sollte nicht durch die Gipfeltreffen der Präsidenten und Regierungschefs an den Rand gedrängt werden.

Wiederholt wurde darauf verwiesen, dass die Linke regiert, aber damit noch nicht die Macht hat. Parlamentarische Mehrheiten heben nicht automatisch den Einfluss des Kapitals auf und schaffen neue gesellschaftliche Verhältnisse. Der Kampf um Wählerstimmen muss der Linken eine stabile Basis geben. Diese muss in der Regierung Veränderungen erreichen, die ihre Zustimmung an der Basis festigen und verbreitern. Die Aufgabe des FSP wird vor allem darin gesehen, die neuen Prozesse gemeinsam zu analysieren, politische Schlussfolgerungen zu erarbeiten und auf deren Beachtung zu dringen. Die Diskussionen zur lateinamerikanischen



Integration zeigen, dass es nicht mehr ausreicht, herkömmliche Bündnisse zu schließen. Es muss eine wirkliche Partnerschaft aufgebaut werden.

Die Linke Brasiliens steht vor dem Problem, dass Präsident Lula nach zwei Amtsperioden nicht mehr zur Wahl antreten kann, sie aber die Kraft entfalten muss, um auch mit einem neuen Kandidaten die Wahl zu gewinnen. Die Rolle der Persönlichkeit sei sehr bedeutsam, die Fortsetzung einer linken Regierungspolitik dürfe aber nicht allein davon abhängig gemacht werden.

Wie schwierig der Anspruch nach Einheit und Vielfalt zu realisieren ist, zeigt die unterschiedliche Situation in den einzelnen Ländern. Aus Chile waren z. B. vier Parteien auf dem Forum vertreten. Die Sozialisten stellen die Präsidentin Bachelet und sehen große Fortschritte. Die KP Chiles übt Kritik an einer Verstärkung des Neoliberalismus. Die MIR unterstützt diese Kritik, wirft aber ihrerseits der KP vor, sie suche zu wenig nach Gemeinsamkeiten im Land. Die Teilnahme am Forum hebt die Gegensätze zwischen den Parteien nicht auf. In der neuen Phase soll dieser Faktor noch mehr Beachtung finden.

Eine Debatte über den Sozialismus wurde nicht direkt geführt, aber immer wieder darauf verwiesen, dass die Entfaltung der Demokratie der Anfang eines Prozesses tiefgreifender Veränderungen mit sozialistischer Perspektive sein müsse. Darauf verwies besonders Daniel Ortega und wurde dabei von kubanischer Seite unterstützt. Zur theoretischen Seite des Problems hieß es, dass man sich den Weg einer sozialistischen Entwicklung früher nur als revolutionären Umbruch vorstellen konnte. Die Entwicklung in Lateinamerika zeige jedoch, dass es auch einen Weg über Wahlen gibt. Dafür reiche ein Wahlerfolg allerdings nicht aus. Die Linke habe nur dann eine Perspektive, wenn sie einen ständigen Prozess sozialer Veränderungen erreicht, die Demokratie breiter und tiefer entfaltet und die Mitbestimmung unablässig stärkt. So lassen sich Wahlerfolge wiederholen und können Schritte zum Sozialismus zur Entfaltung kommen.

Großen Raum nahm auf dem Forum die solidarische Unterstützung der demokratischen Kräfte in Kolumbien ein. Zahlreiche Teilnehmer – darunter auch der letztjährige Präsidentschaftskandidat des Polo Democrático – forderten eine Verhandlungslösung für die Konflikte Kolumbiens und betonten, dass jede militärische Lösung weitere Menschenleben kosten werde und bereits den Keim neuer Konflikte in sich trage.

Die Arbeitsgruppe des FSP traf sich zu Beratungen mit den Vertretern der Partei der Europäischen Linken, bzw. der GUE/NGL. FSP und EL kamen überein, ihre Zusammenarbeit zielstrebig fortzusetzen. Wichtige aktuelle Themen sind die Solidarität mit Bolivien, El Salvador und Kolumbien, wo gemeinsame Aktionen durchgeführt werden sollen. Zudem wollen sich beide Seiten verstärkt mit Problemen der Beziehungen zwischen der EU und Lateinamerika beschäftigen. Konkret wurden Arbeitsberatungen über die Lage auf beiden Kontinenten im Herbst des Jahres in Brüssel und Athen sowie über das Zusammenwirken auf dem Weltsozialforum im Jahre 2009 vereinbart.

Internationale Umschau

Shalom und Salam 60 Jahre Israel

Rede von Petra Pau, MdB und Vizepräsidentin vor dem Deutschen Bundestag, 29. Mai 2008

Wir reden über einen Jahrestag, der alles andere als alltäglich ist. 60 Jahre Israel sind etwas Besonderes, weil es eine einmalig schlimme Vorgeschichte gibt, den Holocaust. 60 Jahre Israel sind deshalb nicht alltäglich, weil nie absehbar war, ob Israel 60 Jahre alt wird. Und weil auch 60 Jahre Israel nicht die Frage beantworten, was künftig sein wird.

Vor reichlich einem Jahr sprach hier Imré Kertesz. Er las aus seinem Buch „Kaddisch für ein nichtgeborenes Kind.“ Er versuchte uns nahezubringen, dass der Holocaust nicht nur ein Völkermord an sechs Millionen Jüdinnen und Juden war. Nein, er hat auch tiefe Furchen in das Leben der Überlebenden und in das der jüdischen Nachfahren gebrannt.

In einem Interview hat Imré Kertesz das so formuliert: „Vor Auschwitz war Auschwitz unvorstellbar, heute ist es das nicht mehr. Da Auschwitz in Wirklichkeit passierte, ist es in unsere Fantasie eingedrungen und wurde so ein fester Bestandteil von uns. Was wir uns vorstellen können, weil es in Wirklichkeit passiert ist, das kann wieder passieren.“

Auschwitz ist „tief in unsere Fantasie eingedrungen“. Schon dieser Satz mag beschreiben, warum Israel für viele Jüdinnen und Juden in aller Welt heute nicht nur aus religiösen Gründen heilig ist. Der Staat Israel ist für sie eine Überlebens-Versicherung. Und so begründet allein schon das Menschenrecht auf Leben das Existenzrecht des Staates Israels.

Oder anders gesagt: Wer das Existenzrecht Israels in Frage stellt, rüttelt am Lebensrecht von Jüdinnen und Juden. Das ist letztlich die logische Konsequenz gerade aus der deutschen Geschichte. Deshalb sollte es im Deutschen Bundestag fraktionsübergreifend keinen Zweifel geben: 60 Jahre Israel ist auch für uns ein wichtiges Jubiläum. Shalom.

„Shalom“ bedeutet unter anderem Sicherheit und Frieden. Der Gruß „Shalom“ hat übrigens eine Entsprechung im arabischen „Salam“. Aber Shalom und Salam kommen nicht zusammen. Auch das gehört zur Geschichte von 60 Jahren Israel. Das Hochgefühl der Gründung Israels vor 60 Jahren barg von Anfang an einen Konflikt, der noch immer ungelöst ist.

Im Kalten Krieg wurde er zu einem Pro-Israel kontra Pro-Palästina versimpelt. Der Konflikt wurde – wie viele andere auch – zum Stellvertreterkrieg zwischen den Weltblöcken West und Ost. Heute ist klar: Das war keine Lösung. Es verschärfte letztlich nur die Spannungen, die im Nahen Osten ohnehin existierten.

Hinzu kommt: Es ist keine Lösung in Sicht. Deshalb sollte auch keine Fraktion beanspruchen, sie hätte eine. Das wäre vermessen und das wäre unangemessen – gegenüber Jüdinnen und Juden, aber auch gegenüber Palästinenserinnen und Palästinensern. Zumal: Die Gegenüberstellung – hie Juden, da Palästinenser – stimmt im wahren Leben so auch nicht.

Wer in Israel genau hinhört, wird kritische Debatten erle-



ben, die hierzulande fälschlich als unkorrekt gelten. Und wer nachdenklichen Palästinensern zuhört, wird Debatten erleben, die vom überfälligen Frieden zwischen Israel und Palästina beseelt sind. Beide beziehen sich aufeinander, weil sie miteinander nach einer Lösung suchen.

Und so wünsche ich mir zum Beispiel von den deutschen Medien, dass sie viel mehr die Initiativen unterstützen, die Shalom und Salam wirklich zusammenführen wollen. Auch das gehört für mich zur historischen Verantwortung Deutschlands. Und es gibt solche Initiativen: in Israel, in Palästina und auch hierzulande.

Gleichwohl: 60 Jahre Israel sind auch 60 Jahre Nahostkonflikt. Er harret einer Lösung. Für die unmittelbar Betroffenen in Israel und in Palästina, aber auch darüber hinaus, denn der Nahostkonflikt birgt Sprengstoff für die Welt insgesamt. Und da stellt sich natürlich grundsätzlich die Frage: Welche Position der Vernunft kommt dabei Deutschland zu?

Ich finde: Es darf keinerlei Zweifel am Existenzrecht Israels geben. Aber es darf auch keinen Zweifel am Recht der Palästinenser geben, in Würde zu leben. Wir sind in einer Doppelverantwortung. Wir sind Jüdinnen und Juden gegenüber in tiefer Schuld. Aber genau deshalb darf es auch nicht sein, dass Palästinenser unter der historischen Schuld Deutschlands leiden.

Wer 60 Jahre Israel begrüßt – und ich tue das ausdrücklich – muss zugleich das Schicksal der Palästinenser im Blick haben. Denn so unklar die Zukunft im Nahen Osten ist, so klar ist: Frieden wird es nur miteinander und nie gegeneinander geben. Und letztlich trägt eine Lösung für alle auch nur, wenn sie vor dem Völkerrecht Bestand hat.

Die tiefste Konsequenz aus der mörderischen Praxis des NS-Regimes wurde rechtlich in Artikel 1 Grundgesetz verankert: Die Würde des Menschen ist unantastbar – aller Menschen. Das heißt für mich aber auch: So genannte Nationale Befreiungs-Bewegungen, die mit Attentaten Unschuldige morden, sind für mich keine Menschenrechts-Bewegungen.

Aber es ist genauso unredlich, Millionen Palästinenser, Frauen, Männer, Kinder, Greise, dafür kollektiv zu bestrafen. Die Geburt Israels vor 60 Jahren war ein historisches Ereignis. Aber es war ein „Kaiserschnitt“, schreibt der israelische Journalist Igal Avidan. Ein Kaiserschnitt, der noch heute blutet. Und so mischt sich Jubiläums-Freude mit anhaltender Sorge.

Vor Wochen bin ich gebeten worden, ein Grußwort „60 Jahre Israel“ zu schreiben. Dazu war ich gerne bereit. Zumal ich erst kurz vorher in Israel war. Dort hatte ich in Jerusalem an einer internationalen Konferenz gegen Antisemitismus teilgenommen. Und natürlich kam ich mit Eindrücken zurück, die so vielfältig und widersprüchlich sind wie Israel selbst.

Umso länger dachte ich über mein Grußwort nach. Ich entschied mich schließlich für eine Anleihe beim „Friedenslied“ von Bertolt Brecht:

Friede in unserem Hause!
Friede im Hause nebenan!
Friede dem friedlichen Nachbarn,
Dass jedes gedeihen kann.

Einen Vers aus dem Friedenslied habe ich allerdings bewusst weggelassen:

Friede in unserem Lande!
Friede in unserer Stadt!
Dass sie den gut behause,
Der sie gebauet hat!

Ich habe ihn ausgelassen, weil ich mit dem, „der sie gebauet hat“, nicht die Siedlungspolitik in Israel und darüber hinaus gutheißen wollte. Denn gerade sie ist ein Grund dafür, dass der Kaiserschnitt noch immer blutet.

Nun spreche ich hier als Innenpolitikerin der Fraktion DIE LINKE. Meine Pro-Themen sind Bürgerrechte und Demokratie und meine Anti-Themen sind Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus. Und deshalb sage ich auch: Man kann nicht 60 Jahre Israel würdigen und zugleich den Antisemitismus hierzulande ausblenden.

Es ist richtig: Es gibt wieder jüdisches Leben. Das ist ein historisch unverdientes Geschenk der Jüdinnen und Juden an Deutschland. Das ist eine Bereicherung unserer Vielfalt und Kultur. Aber auch das jüdische Leben hier ist alles andere als normal. Noch immer müssen Synagogen, jüdische Schulen und Kindergärten besonders geschützt werden.

Im statistischen Schnitt wird in der Bundesrepublik Deutschland Woche für Woche ein jüdischer Friedhof geschändet. Und soziologische Untersuchungen belegen: Mehr als ein Drittel aller Deutschen sind latent antisemitisch eingestellt, im Westen der Republik übrigens mehr, als im Osten Deutschlands. Das ist der aktuelle Befund.

Antisemitismus aber ist keine politische Kritik. Antisemitismus ist eine menschenverachtende Ideologie. Und sie grassiert noch immer oder schon wieder inmitten der Gesellschaft: an Stammtischen, in Chefetagen, im Alltag. Selbst im Vatikan feiert er unselbige Urständ, denn ausgerechnet ein deutscher Papst hat ein jüdenfeindliches Ritual wiederbelebt.

Umso wichtiger finde ich es, dass sich nunmehr im Bundestag einige Kolleginnen und Kollegen aus allen Fraktionen zusammenfinden, um sich diesem gesellschaftlichen Problem – fern aller Parteirituale – ernsthafter zuzuwenden als bisher. Ich werde weiterhin meinen Beitrag dafür leisten – als Lehre aus der Geschichte und aus Sorge um die Zukunft.

Die Haltung der deutschen Linken zum Staat Israel

Vortrag von Gregor Gysi auf der Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung „60 Jahre Israel“ am 14. April 2008

Einleitung

Israel begeht in diesem Jahr den 60. Jahrestag seiner Existenz. Wenn in Deutschland auf diesen Jahrestag Bezug genommen wird, dann ist dieser Anlass nicht nur ein Grund für Feierlichkeiten, sondern auch für das Gedenken. Denn in dieses Jahr fällt auch der 75. Jahrestag der Machtübernahme der Nationalsozialisten und der Beginn der Verfolgung und Diskriminierung der Jüdinnen und Juden, angefangen mit den Nürnberger Rassegesetzen, die in Pogromen und schließlich in die systematische, fabrikmäßige Ermordung von 6 Millionen europäischer Jüdinnen und Juden mündeten.

Schon diese beiden Daten weisen auf die besonderen Be-

ziehungen Deutschlands und somit auch auf die besondere Haltung der deutschen Linken zum Staat Israel hin. Um Letztere geht es in meinem Beitrag, denn die Haltung der Linken zu Israel ist keineswegs so eindeutig, wie es auf den ersten Blick erscheint. Es besteht Bedarf nach Klärung in der Linken, auch in der Partei DIE LINKE, zu der ich an dieser Stelle beitragen möchte.

1. Was wir von Clausewitz über Krieg und Frieden lernen können

Ich darf mich hier zu einem Thema äußern, das wohl nicht nur mir am Herzen liegt. Dieses Thema „Die Linke und der Staat Israel“ ist mehr als nur facettenreich. Im Rahmen einer Rede – die natürlich keine Studie ist – kann diesbezüglich kaum etwas anderes geleistet werden, als Dinge zu untersuchen, die andere für absolut relevant halten, und wahrscheinlich tun sie das auch zu Recht.

Mich interessieren aber die politischen Diskussionen über Israel, weil ich meine, dort Verhärtungen sehen zu können, die erstens niemandem weiterhelfen und die zweitens von problemorientiertem Handeln ablenken. Insbesondere Letzteres ist für das Projekt DIE LINKE nicht produktiv.

Die folgende Überlegung ist dem Begriff des Krieges gewidmet. Denn immer, wenn Linke sich zum Staat Israel äußern, müssen sie auch Stellung nehmen zu den Kriegen, an denen Israel beteiligt ist. Die stetige Präsenz seiner Vorgeschichte und Geschichte ist eben auch eine Gewaltgeschichte, die nicht ausgeblendet werden darf.

Dazu möchte ich einige Anleihen bei Clausewitz machen, und zwar aus zwei Gründen:

1. Anstatt eine Konfliktpartei als einsamen Akteur mit eindeutig festgelegten Präferenzen aufzufassen, muss ein realistisches Bild des Krieges den hohen Grad an Komplexität eines gewaltsamen Konflikts erfassen. Alles andere wäre naiv.

2. Es erstaunt mich in diesem Kontext ein wenig, dass Clausewitz' Philosophie des Krieges, die ja durch Marx, Engels, später auch durch Luxemburg und Lenin rezipiert und in ihr jeweiliges Denken integriert worden ist, bei bestimmten Konfliktbeurteilungen für die Linke keine Rolle zu spielen scheint. So auch beim Nahostkonflikt. Gerade bei dem israelisch-arabischen Konflikt habe ich den Eindruck, dass unsere Konfliktbeurteilungen in einem Gut-Böse-Schema implodieren. Die Marxistinnen und Marxisten, auf die wir uns sonst immer noch gern beziehen, hätten dafür allenfalls ein – überhaupt nur wenig mildes – Lächeln übrig gehabt.

Für diese Tendenz zur einseitigen Parteinahme, bevor Konfliktbeschreibungen stattfinden, gibt es eine Reihe von Gründen. Antiimperialistische Theorien, die die Politik Israels als die eines aggressiven Imperialismus interpretieren und kritisieren. Dann ein eher freundliches Bild vom demokratischen Israel, das den Kontrast zu den wesentlich autoritär geprägten Nachbargesellschaften plastisch darstellt. Schließlich die Einfühlung in das Leiden insbesondere der palästinensischen Bevölkerung, und die Kritik an den Demokratie-defiziten Israels, die durch den Krieg gewiss nicht behoben werden, sich im Gegenteil durch ihn vertiefen. Dann muss leidenschaftlich Einspruch erhoben werden gegen die Tendenz, die Opfer des Terrors in der israelischen Gesellschaft aus dem Bewusstsein zu drängen; aber auch das ideologische Pendant zur antiimperialistischen Kritik, die so genannten „Antideutschen“, deren Hauptfeind ein sich unkenntlich

machender Antisemitismus ist. Dieses bunte Durcheinander an Motiven bildet dann schon so etwas wie den matten Abglanz der Kompliziertheit einer Konfliktbeschreibung.

Ich meine, gemessen an der marxistischen Tradition, die man sicher auch kritisch sehen muss, offenbart das Verhalten einiger Mitglieder der LINKEN zu Israel und seinen Konflikten eine theoretische Regression.

Der moderne Begriff des Krieges, der bei Clausewitz seine volle Ausformung erhielt, bestimmt den Krieg bekanntlich als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln. Der Krieg ist somit nicht der Gegenbegriff zur Politik. Das Politische am Krieg ist tatsächlich die Fortexistenz eines politischen Zwecks. Der Zweck des Krieges ist ein scheinbar doppelter: erstens, den Feind zu schwächen, um ihn so einem Friedensabschluss geneigter zu stimmen (deswegen ist jeder Krieg vermeintlich eine „Friedensmission“), zweitens die Bedingungen zu verbessern, unter denen die in den Krieg führenden Zwecke verwirklicht werden können.

Da an einem Krieg aber mindestens zwei Parteien beteiligt sind, ist diese doppelte Zwecksetzung jeder Partei in irgendeiner Weise zu unterstellen. Das trifft nicht nur auf den klassischen Krieg zu, wie er zwischen Staaten geführt wird, sondern auch auf den „asymmetrischen“ Krieg, wie er zwischen einem Staat und Formationen, die keiner Staatlichkeit zugerechnet werden können, geführt wird.

Nahezu alle, die über Israel und den Nahostkonflikt sprechen, bekennen sich zum eher utopischen Zustand des gerechten Friedens. Es ist aber nicht immer so klar, worin der bestehen soll, unklar ist häufig schon, was Frieden sein soll. Es ist vielleicht hilfreich, einige Anforderungen an einen Friedenszustand zu stellen.

1. Ein Friedenszustand muss sich dadurch auszeichnen, dass er kooperative Rationalität aufweist. Eine Kosten-Nutzen-Rechnung muss zeigen können, dass jeder andere Zustand für mindestens eine der Parteien zu einem schlechteren Ergebnis führt als der Friedenszustand. Es muss also ein kooperatives Optimum existieren.

2. Falls eine Kosten-Nutzen-Rechnung zeigen sollte, dass mindestens eine Konfliktpartei ein einseitiges Maximum erzielen könnte, das für diese Partei „besser“ wäre als das kooperative Optimum, letzteres also mit einem „Kooperationsopfer“ belastet wäre, entstünde kein stabiler Zustand.

Es gibt daher mindestens drei mögliche Zustände. Im ersten Fall gibt es kein Optimum. Im zweiten Fall gibt es zwar das Optimum, es ist aber nicht stabil, im dritten Fall gibt es das Optimum und es kann stabilisiert werden. Im Rahmen dieser Fallunterscheidung spricht manches dafür, dass der Konflikt im Nahen Osten unter den ersten, gelegentlich den zweiten Fall eingeordnet werden kann. Nur der letztere Zustand sollte aber als echter Friedenszustand angesehen werden.

Das Bild, das ich hier zeichnete, leidet unter, wenn ich mich so paradox äußern darf, einem exzessiven Rationalismus. Auch Clausewitz würde mich dessen belehren. Das instrumentalistische Bild des Krieges, seine Deutung als politisches Werkzeug ist bei ihm das eine.

Er fällt so, wie Clausewitz sagen würde, dem bloßen Verstand anheim. Der Krieg hat aber auch ein Moment, das befremdlich feingeistige Menschen bewogen hat, ihn zu den Künsten zu zählen – der Begriff der Kriegskunst ist aus der Antike bis in die Frühmoderne überliefert. Clausewitz geht hier auf das Spiel der Wahrscheinlichkeiten und des Zufalls

ein, das den Krieg einer freien Seelentätigkeit ähnlich macht. Aber dieses Moment ist deshalb von Bedeutung, weil aufgrund dieser Wahrscheinlichkeiten sich die rationalen Kriegsziele ändern können.

Schließlich ist da noch jenes Element, welches das eben skizzierte Bild so scheinbar weltfremd macht: Hass und Feindschaft, die Clausewitz als blinden Naturtrieb zu kennzeichnen versucht. Heute würden wir wohl von Ideologie sprechen. Um die Bevölkerung in einen Krieg zu führen, müssen die Kriegsziele als etwas darstellbar sein, was die ganze Bevölkerung angeht. Emotionen müssen mobilisiert, euphorische Zustimmung ermöglicht werden. Der Ausbruch aus dem zivilisierten Alltag in die praktisch nicht zu hemmende Brutalität des Kriegs ist zwar immer möglich, wenn es das von Freud so genannte Unbehagen an der Kultur geben sollte. Aber diese Hürden müssen auch erst einmal genommen werden.

Obwohl diese drei Momente – die Rationalität des politischen Zwecks, die Elastizität des Taktischen bei der Verfolgung der Militärstrategie und die Irrationalität der ideologischen Mobilisierung – ineinander greifen, haben sie auch die Tendenz zur Verselbständigung gegeneinander. Die Entfesselung eines Hurra-Patriotismus vermag auch einmal hinderlich dafür zu sein, rational gebotene Zurücknahme von Kriegszielen durchzusetzen. Und der „spielerische“ Eigensinn militärischer Strategieplanung und -umsetzung befindet sich auch im latenten Dauerkonflikt mit Stimmungslagen und politischen Zielsetzungen.

Das sind alles nur Andeutungen, die aber zeigen, wie kompliziert ein realistisches Bild vom Konflikt sein kann. Vereinfachungen sind da wirklich kein Beitrag.

Der größte Fehler wäre es wohl, hier allzu grob Schneisen schlagen zu wollen. Die meine Überlegungen leitende Frage dabei ist die Frage der politischen Handlungsfähigkeit der LINKEN. Hier wie sonst gilt wohl ein Primat des Praktischen vor der Theorie. Entscheidend ist: Wie lässt sich politische Konsistenz herstellen, ohne der Versuchung zu erliegen, wieder zum groben Keil der unzulässigen Vereinfachung zu greifen? Es ist daher sicher naheliegend, wenn ich schon vor Vereinfachungen warne, einige Orte der Vereinfachungen zu benennen.

2. Über die Tauglichkeit antiimperialistischer Theorien in Bezug auf Israel

Die Versuchung zur Vereinfachung ist immer da, und sie ist auch nicht unverständlich. Sobald wir politisch handeln, bedürfen wir eines Orientierungsrahmens, der natürlich an bestimmten Punkten immer vereinfacht, dessen begriffliche Artikulation dann aber auch mit einem Wissensanspruch auftritt. Wenn dieser Wissensanspruch in Konflikt gerät mit Normen wissenschaftlicher Rationalität, ist auch die Versuchung da, den Wissensanspruch durch Ideologisierung zu verteidigen.

Besonders hartnäckig sind Orientierungsrahmen, die durch eine lange Tradition fast schon geheiligt scheinen. Ich möchte das anhand der Tradition des Antiimperialismus verdeutlichen. Die Einsprüche liegen auf der Hand, nicht zuletzt der: Warum nicht noch eine andere Tradition, eine konträre etwa. Die Antwort darauf ist: Die Gegenkonzepte zum Antiimperialismus sind nicht ehrwürdig. Deswegen würdige ich sie nicht, erwähne sie höchstens im Vorbeigehen.

Der Begriff des Imperialismus ist vor allem in marxisti-

schen Diskussionszusammenhängen erörtert worden. Gegen Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts haben marxistische Theoretiker den Versuch unternommen, die sich verstärkenden Tendenzen einer aggressiven Außenpolitik der führenden kapitalistischen Nationen vor dem Hintergrund tief greifender ökonomischer Veränderungen innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise zu erklären.

Die ökonomische Basis des Imperialismus war aus Sicht des damaligen marxistischen Denkens in der Rolle der Kolonien als Absatzmarkt und Rohstoffquelle zu lokalisieren. Insbesondere die schon bei Marx selbst angelegte Deutung der Monopolisierungstendenz des Kapitals als „Reaktion“ auf den tendenziellen Fall der Profitrate sollte plausibel machen, dass der moderne bürgerliche Staat auf die Konzentration ökonomischer Macht in den Monopolen mit immer größerer „Empfänglichkeit“ für die politischen Interessen nach Sicherung der Absatzmärkte und Rohstoffquellen reagierte. Es lag daher durchaus in der Logik der marxistischen Revolutionstheorie, die ja zu einem guten Teil auf einer ökonomischen Krisentheorie basierte, die politische Form der Durchsetzung kapitalistischer Reproduktionsimperative, eben den Imperialismus, zu bekämpfen.

Der Antiimperialismus sollte die ökonomische Dauerkrise des Kapitalismus in eine politische Krise transformieren und den Sozialismus auf die Tagesordnung setzen. Insofern ist der Antiimperialismus die damals aktuelle Form des Kampfes um den Sozialismus gewesen.

Spätestens aber mit dem Eintritt der kapitalistischen Entwicklung in die „fordistische“ Phase hat die Bedeutung der Kolonie als Absatzmarkt nachgelassen, da gerade der Binnenmarkt in seiner Bedeutung für die kapitalistische Akkumulation zugenommen hatte. Das hat dann auch die Dekolonialisierung enorm beschleunigt.

Die ehemaligen Kolonien behielten freilich eine wichtige ökonomische Funktion bei: die des Lieferanten von Rohstoffen. Eine Zeit lang gab es im Marxismus dafür auch den nicht ganz unzutreffenden Terminus des „Neokolonialismus“. Die ehemaligen Kolonien wurden und werden – aufgrund ungleicher terms of trade – in einer ökonomischen Abhängigkeit von den entwickelten Nationen gehalten.

Der Unterschied zum Kolonialsystem ist allerdings der, dass die politischen und ökonomischen Eliten der ehemaligen Kolonien, obwohl als Staat konstituiert, häufig ein eigenes Interesse an dieser neokolonialen Situation haben. Rückblickend kann man sagen, dass die Hoffnungen auf soziale Emanzipation, die mit der Dekolonialisierung verbunden waren, sich wohl kaum erfüllt haben dürften.

Stellt man das in Rechnung, dann muss wohl eingeräumt werden, dass die antikapitalistischen Motive, die die linken Sympathien für die Nationalen Befreiungsbewegungen getragen haben, sich nicht selten als bloße Ideologie, als ein falsches Bewusstsein, entpuppt haben. Die praktische Wirklichkeit der erfolgreichen Nationalen Befreiungsbewegungen belehrt häufig recht eindringlich, dass durch die ökonomische Entwicklung des Kapitalismus die innige Verklammerung von Antiimperialismus und Sozialismus aufgelöst worden ist.

Die Veränderungen jetzt in Lateinamerika bestehen kaum im nationalen Befreiungskampf durch entsprechende Bewegungen. Das alles sagt übrigens nichts gegen nationale Befreiungsbewegungen, sondern nur etwas gegen die damit verbundenen Illusionen unserer Linken, die glaubten, dass

diese Bewegungen auch die soziale Frage lösten.

Nun würde ich aber eine zweite Komponente im Begriff des Antiimperialismus nicht unterschätzen wollen. Mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs und der Herausbildung des sowjetisch dominierten Staatssozialismus überformte der Ost-West-Konflikt das gesamte System internationaler Beziehungen. Dieser Konflikt erscheint zum einen als „Kalter Krieg“, also stets als ein an der Grenze zur kriegerischen Eskalation sich bewegender Nicht-Krieg, er erscheint aber auch als blutiger Konflikt in Gestalt zahlloser Stellvertreterkriege, „linker“ und „rechter“ Umstürze usw. Insbesondere junge Staaten, die gerade erst in den Genuss der politischen Unabhängigkeit kamen, wurden faktisch vor die Entscheidung gestellt, welcher Weltmacht sie ihre Zukunft anvertrauen sollten. Denn materielle Ressourcen zum Aufbau eigener staatlicher Institutionen gab es nicht umsonst. In dieser Konstellation zeigten sich interessante Modifikationen im Begriff der Nationalen Befreiungsbewegung und des Antiimperialismus:

Aus sowjetischer Sicht war „Nationale Befreiungsbewegung“ ein Gütesiegel. Nur diejenigen antikolonialen Bewegungen bekamen allerdings dieses Gütesiegel zugestanden, die ein Bündnis mit der Sowjetunion eingingen. Der Antiimperialismus (und „antiimperialistisch“ sollen die „Nationalen Befreiungsbewegungen“ ja auf jeden Fall sein) wird so des einstigen politökonomischen Kontextes enthoben und machtpolitisch auf die Ausrichtung innerhalb des Ost-West-Konflikts bezogen.

Gerade aufgrund des Zusammenspiels der Veränderungen in der ökonomischen Entwicklung des Kapitalismus einerseits und der Betonung der machtpolitischen Auseinandersetzung zwischen den Blöcken andererseits tritt im Begriff des Antiimperialismus die Komponente des Sozialismus allmählich hinter die machtpolitische Komponente – Kampf gegen die USA und ihre Verbündeten – zurück.

Heute, nach dem Zusammenbruch des Staatssozialismus, fehlt dem Begriff des Antiimperialismus die machtheoretische Komponente – nachdem der politökonomischen Ursprungskomponente vorher schon die sachliche Substanz entzogen wurde.

Zusammenfassend würde ich also behaupten wollen, dass der einstige Antiimperialismus in linken Diskursen, falls er es je konnte, nicht mehr sinnvoll platziert werden kann, obwohl die Kriege gegen Irak, Afghanistan und andere imperiale Ziele verfolgen. Vereinfachend kann man sie imperialistisch nennen, muss aber wissen, dass zwar Abhängigkeiten, aber keine neuen Kolonien angestrebt werden und auch nicht entstehen. Der Begriff des Imperialismus trifft aber auf Israel auf jeden Fall nicht zu.

3. Antiimperialismus und Antizionismus

Antiimperialismus und Antizionismus treten nun nicht zufällig in Mischverhältnisse. Als „Antiimperialismus“ noch den sozialistisch-revolutionär motivierten Kern aufwies, konnte da nicht viel vermischt werden. In dem Augenblick aber, in dem die machtpolitische Komponente des Antiimperialismusbegriffs in den Vordergrund trat und der Staat Israel sich im Rahmen der Ost-West-Konfrontation an der Seite der USA einfand, war scheinbar folgerichtig, dass auch Israel als imperialistischer Staat interpretiert wurde.

Da die Sowjetunion ihrerseits sich im Nahen Osten andere Verbündete suchte, kam es natürlich auch zum Ideologie-Ex-

port dorthin. Die sowjetische Parteinahme im Konflikt der palästinensisch-arabischen Bevölkerung und diverser arabischer Staaten mit Israel konnte so als Parteinahme im antiimperialistischen Kampf interpretiert werden. Dadurch wurde der Antizionismus, das heißt der Kampf gegen den jüdischen Staat, aus der Perspektive der Sowjetunion immer auch schon vom Verdacht des Antisemitismus befreit.

Das sagt aber nichts darüber aus, ob bzw. wie weit antisemitische Einstellungen den arabischen Antizionismus prägen. Wenn die Linke heute die einstige Apriori-Sympathieverteilung beibehalten wollte, etwa aus einer Idee des alle verbindenden antiimperialistischen Kampfes heraus, dann wäre einiges klärungsbedürftig:

1. Was heißt heute „Antiimperialismus“?
2. Wenn Bewegungen wie die Hisbollah oder die Hamas als „antiimperialistisch“ gelten sollen und die antiimperialistische Apriori-Sympathieverteilung als gültig unterstellt wird: Verfolgen die genannten Bewegungen irgendein Ziel, das wir aus unseren politischen Überzeugungen heraus nicht teilen können? Falls ja, sollte das nicht ein Grund sein, die Apriori-Sympathieverteilung aufzugeben und stattdessen eine konkrete Konfliktbeurteilung vorzunehmen?
3. Sind konkrete Konfliktbeurteilungen ohnehin nicht hilfreicher für politische Stellungnahmen zu Konflikten als abstrakte Vorentscheidungen?

Um es kurz zu machen: Ich sehe keine Möglichkeit, konkrete Konfliktbeurteilungen mit abstrakten Vorentscheidungen auf irgendeine rational akzeptable Weise verträglich zu gestalten.

Ich würde stattdessen ganz dezidiert darauf bestehen wollen, dass alte linke Vorlieben, immer schon im Voraus genau zu wissen, wer prinzipiell der Gute und wer ebenso prinzipiell der Böse ist, endlich hinter uns gelassen werden müssen. Vielmehr sollte uns ausschließlich interessieren, wie Konfliktsituationen so bearbeitet und in stabilere Zustände geführt werden können, dass der Weg der militärischen Auseinandersetzung nicht bzw. nicht wieder beschritten wird.

4. Über die deutsche Staatsräson

Die gesicherte Existenz Israels wurde von Bundeskanzlerin Angela Merkel in ihrer – recht einseitigen – Rede in der Knesset als „Staatsräson“ bezeichnet. Einige Jahre zuvor stellte der ehemalige deutsche Botschafter in Israel, Rudolph Dressler, klar – ich zitiere:

„Die gesicherte Existenz Israels liegt im nationalen Interesse Deutschlands, ist somit Teil unserer Staatsräson“¹.

Die Linke neigt zur Unterschätzung dessen, was man „Staatsräson“ nennt. Schon allein der Umstand, dass dieser Begriff von vielen dem Spektrum konservativen Staatsdenkens zugeordnet wird, deutet darauf hin, dass hier etwas unterschätzt wird, das eben nicht einfach eine konservative Marotte ist. Sicher wird bei der bloßen Nennung des Ausdrucks „Staatsräson“ sofort die zynische Sentenz assoziiert, die Friedrich dem Zweiten zugeschrieben wird: Rasonieren könnt ihr so viel ihr wollt, aber gehorchen müsst ihr.

Ich sollte hier explizit machen, wie ich den Ausdruck „Staatsräson“ verstehe. Danach möchte ich mich dazu äußern, inwiefern sich auch DIE LINKE darum kümmern muss, was in Deutschland Staatsräson ist und wie sie damit umgehen sollte. Darüber hinaus möchte ich mich der Frage widmen, ob es denn überhaupt der Fall ist, dass die Solidarität



mit Israel deutsche Staatsräson ist. Schließlich möchte ich dann etwas dazu sagen, was es denn aus meiner Sicht für die LINKE bedeutete, wenn die Solidarität mit Israel den Status einer Staatsräson inne hätte.

Ich halte den Gebrauch des Ausdrucks Staatsräson schon für statthaft – einfach als Anerkennung dessen, dass es Vorrangregelungen in der Abwägung von Rechtsgütern gibt, die beeindruckt sind von den tatsächlichen Macht- und Herrschaftsverhältnissen in einer Gesellschaft. Aber da es immer auch Macht- und Herrschaftsverhältnisse sind, die innerhalb von Rechts- und Staatsordnungen institutionell geronnen sind, ist ein kritischer Gebrauch des Begriffs der Staatsräson angebracht. An den Stellen, wo „Gemeinwohl“ nicht hinreichend überzeugen kann, müssen Moral oder andere praktische Einsichten die legitimierende Rolle spielen.

Um es an zwei instruktiven Beispielen zu verdeutlichen: Das Grundrecht auf Schutz des Eigentums kann eingeschränkt werden und wird auch eingeschränkt. Das fängt schon mit der Besteuerung von Einkommen an, reicht über die Möglichkeit der Enteignung (mit Entschädigungsleistung) und gipfelt in der möglichen Nationalisierung. Dagegen kann die grundgesetzliche Einschränkung des Demokratieprinzips nicht mehr so einfach durch materielle Reproduktionsinteressen des Gemeinwesens gerechtfertigt werden; vielmehr wählen die Verfassungsinterpretinnen und -interpreten hier gern den Weg der narratio: Die Lehren aus dem Untergang der Weimarer Republik hätten gezeigt, dass das Demokratieprinzip um der Erhaltung der Demokratie wegen eingeschränkt werden müsse. Ich will das jetzt nicht inhaltlich kommentieren. Es zeigt nur, dass die Begrenzung selbst fundamentaler Verfassungsprinzipien nicht unbedingt den Rekurs auf das „Gemeinwohl“ erforderlich macht, sondern sich anderer Ressourcen, wie etwa eines historischen Lernprozesses, bedienen kann.

Manchmal dienen auch stabile Rahmenbedingungen internationaler Beziehungen dazu, etwas in den Stand der Staatsräson zu erhöhen. Dazu hat einmal die vermeintliche Unverbrüchlichkeit der transatlantischen Beziehungen gehört. Das galt unter den Bedingungen von Kaltem Krieg und eingeschränkter außenpolitischer Souveränität der Bundesrepublik. Beide Bedingungen sind weggefallen. Seither wird die Unverbrüchlichkeit der transatlantischen Beziehungen zwar immer wieder aufs Neue beschworen, aber das skeptische Bewusstsein sickert ein, dass „unverbrüchlich“ ja doch eben kein exaktes Synonym für „unzerbrechlich“ ist.

Unter genau diesem Gesichtspunkt muss sich die LINKE damit befassen, was Staatsräson in unserer Demokratie im Einzelnen bedeutet. Wo sich die Staatsräson als vernünftig und akzeptabel darstellt, wo sie etwas verschieben oder aufgeben lässt, wo sie einfach hingenommen werden muss. Und all dies muss ernsthaft diskutiert werden, damit wirklich klar wird, was es für uns tatsächlich bedeutete, etwa in einer Bundesregierung mitzuwirken. Steht das, wo sich ein Akzent verschieben ließe, in einem akzeptablen Verhältnis zu dem, was wir nicht verändern können, was wir schlucken müssten? Hier ist der Grat zwischen politischem Realismus und prinzipienlosem Opportunismus ganz besonders schmal. Aber völlig falsch wäre es, diesem Problem einfach auszuweichen.

Was hat das alles nun mit dem Staat Israel zu tun? Ich gebe zu, Sie mit einer sogenannten „rhetorischen Frage“ zu überfallen wirkt gerade unter Gesichtspunkten des schönen

Stils eher hemdsärmelig. Ich muss weiterhin zugeben, mit dem Staat Israel selbst hat das bisher Gesagte offenbar auch nichts zu tun.

Aber das Verhältnis Deutschlands zum Staat Israel kann mit dem Stichwort „Solidarität mit Israel“ gekennzeichnet werden und hat auch den Status einer Staatsräson. In diesem Zusammenhang stellen sich sofort drei Fragen: Warum ist das so? Welche Legitimationsstrategie wird dabei verfolgt? Wie sollte sich die LINKE dazu verhalten?

Die Fragen nach dem Warum und nach der Legitimationsstrategie lassen sich an dieser Stelle natürlich nicht umfassend beantworten. Es müssen ein paar Stichworte genügen. Mit der Antwort auf das Warum möchte ich mich – wenn schon fragmentarisch, dann auch einseitig – auf die Machtinteressen in der internationalen Politik beschränken.

Der Staat Israel hätte den Akt seiner Ausrufung nicht lange überlebt, wenn er nicht durch die Supermächte USA und Sowjetunion umgehend anerkannt worden wäre und – anfangs insbesondere aufgrund der von vielen vergessenen sowjetischen und tschechoslowakischen Militärhilfe – sofortige militärische Unterstützung erfahren hätte. Schon weil sechs Staaten – Ägypten, Syrien, Irak, Libanon, Saudi-Arabien und Jordanien – Israel unmittelbar nach seiner Gründung angriffen, wurde dieser neue Staat für die USA und für die Sowjetunion interessant.

Gleichgültig, auf welche Seite man sich stellt, dabei sein ist alles. Das ist unter Machterweiterungsgesichtspunkten für eine Supermacht leider nun einmal sinnvoll. Das können Sie bei jedem großen Konflikt während der Ära der Blockkonfrontation sehen: Auf einer Seite war immer wenigstens eine der Supermächte mit von der Partie. Deswegen erscheint mir übrigens die heute auch in der LINKEN gelegentlich anklingende Nostalgie bezüglich der scheinbar so übersichtlichen Weltlage während der Blockkonfrontation auf deplatzierte Art romantisch. Das war auch die Zeit der Stellvertreterkriege, der unerklärten schmutzigen Kriege, des Wettrüstens, des irrsinnigen Taumelns am Rande einer atomaren Katastrophe.

Aber zurück zu Israel. Für Israel war es überlebenswichtig, dass es Unterstützung fand. Die Sowjetunion ging aber bald auf Distanz (anscheinend war Stalin die Sympathie für Israel seitens der sowjetischen Juden etwas unheimlich) und orientierte sich einige Jahre später insbesondere auf Ägypten. Das wiederum hat mit Sicherheit dazu beigetragen, das amerikanische Interesse an Israel zu stärken. Die sich verfestigende Orientierung der USA auf Israel als einen der wichtigsten Bündnispartner in der Region konnte natürlich an der Bundesrepublik Deutschland nicht spurlos vorüber gehen.

Wie stark auch die politischen Eliten der jungen Bundesrepublik noch durch die faschistische Vergangenheit Deutschlands geprägt gewesen sein mögen, das eine wird ihnen klar gewesen sein: dass die Bundesrepublik (wie ja auch die DDR) ein Staat mit höchst begrenzter außenpolitischer Souveränität war. Die politischen Eliten mussten die aus Amerika vorgegebene Linie akzeptieren. Hinzu kommt, dass eine ethisch-moralische Reputation Deutschlands eine glaubwürdige Abkehr von nationalsozialistischem Gedankengut erforderte, um wieder erfolgreich in die staatliche Weltgemeinschaft, die für die BRD damals in der Westintegration bestand, aufgenommen und akzeptiert zu werden. Es war Adenauer klar, dass „die Art, wie die Deutschen sich den



Juden gegenüber verhalten werden, die Feuerprobe der deutschen Demokratie sein wird“.

Aber bereits seine Begründung dieser „Feuerprobe“ war durchaus noch antisemitisch geprägt:

„Die Macht der Juden, auch heute noch, insbesondere in Amerika, soll man nicht unterschätzen. Und daher habe ich ... meine ganze Kraft drangesetzt, eine Versöhnung herbeizuführen zwischen dem jüdischen Volk und dem deutschen Volk“.²

Nach dem Wiedergutmachungsabkommen von 1953, dem so genannten Luxemburg-Vertrag, dem im Übrigen die SPD-Opposition im Bundestag geschlossen zustimmte, während nicht einmal die Hälfte der konservativ-liberalen Koalition für ihn votierte, dauerte es immerhin noch 12 weitere Jahre, bis die Bundesrepublik und Israel diplomatische Beziehungen zueinander aufnahmen – und das nicht aus innerer Einsicht und historischer Verantwortung heraus, sondern eher notgedrungen. Denn es galt die Hallstein-Doktrin und die Bundesregierung befürchtete, dass im Falle einer Anerkennung Israels die arabischen Staaten ihre diplomatischen Beziehungen zu Westdeutschland abbrechen und zur DDR aufnehmen würden. Erst nachdem heimliche Waffenlieferungen Westdeutschlands an Israel publik wurden, trat die damalige Erhard-Regierung die Flucht nach vorn an. Daraufhin brachen 10 der 13 Staaten der Arabischen Liga die diplomatischen Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland ab, um sie bis spätestens 1974 wieder aufzunehmen.

Damit dürfte deutlich geworden sein, dass die Staatsräson einer gesicherten Existenz Israels nicht zum Gründungskonsens der Bundesrepublik Deutschland zählte, sondern vom Kalten Krieg überlagert wurde.

Es wäre geboten gewesen, dass sich die Haltung der DDR zum Staat Israel durch eine besondere Sensibilität ausgezeichnet hätte. Denn viele Überlebende des Holocausts verbunden mit der DDR eine neue Hoffnung. Aber die DDR-Führung brachte nur ein mangelndes Verständnis für die Sicherheitsinteressen Israels auf und betrachtete ebenso mangelhaft die aus der ewigen Mahnung der Shoa erwachende spezifische deutsche Verantwortung gegenüber den Jüdinnen und Juden als singuläres Ereignis. Indem sich die DDR als genuin antifaschistisch und als Nicht-Nachfolgestaat des „Dritten Reiches“ definierte, leitete sie daraus in fatalem Automatismus für sich ab, weder Schuld, noch Verantwortung für die durch Deutschland begangenen Verbrechen der NS-Herrschaft gegenüber den Jüdinnen und Juden und dem Staat Israel übernehmen zu müssen. Wenngleich es anfänglich Annäherungen zwischen der jungen DDR und Israel gab, kam es zu keiner Aufnahme diplomatischer Beziehungen. Zudem war die DDR in die Außenpolitik der Sowjetunion eingebunden, die nach 1948, als sie noch wesentlich zur Existenz Israels beitrug, ihre Haltung zu Israel veränderte.

Außerdem waren arabische Staaten die Ersten, die nach den staatssozialistischen Ländern bereit waren, die für die DDR so wichtigen diplomatischen Beziehungen herzustellen. Erst unter der Regierung Hans Modrow begannen 1990 Verhandlungen über Wiedergutmachungsleistungen und die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der DDR und Israel, die infolge des raschen Beitrittsprozesses hinfällig wurden. Die PDS hat in selbstkritischer Reflexion das diesbezügliche Versagen der DDR-Politik anerkannt, der eine ausgewogenere Haltung zum Staat Israel und zur Komplexität des Nahost-Konflikts fehlte.

Zurück zur Bundesrepublik Deutschland. Hier kommt die nächste Frage: Wenn das alles auch nur halbwegs stimmte, warum bröckelt mit dem bröckelnden Konsens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den USA nicht auch die Haltung Deutschlands zur Doktrin der Solidarität mit dem Staat Israel? Meine Antwort ist: Weil die eben vorgetragene Sicht eben nur halbwegs stimmt, das heißt, weil es nur die halbe Wahrheit ist. Die andere Seite ist doch die, dass machtpolitische Begründungen nie in reiner Form wirken. Man hat früher doch nie gesagt: Weil die USA nun einmal etwas gegen die Sowjetunion haben und die Staatlichkeit der Bundesrepublik Deutschland durch die Westanbindung leichter zu stabilisieren war als ohne Westanbindung, muss die Bundesrepublik alles mitmachen oder wenigstens politisch bejubeln, was die USA tun.

Vielmehr ist die Verinnerlichung solcher politischen Grundsatzentscheidungen immer auf eine Dimension der Legitimation angewiesen, die sich eines Vokabulars bedient, das die Existenz der politischen Kräftekonstellation und der aus ihr resultierenden Handlungszwänge nicht mitreflektiert und daher den Schein erzeugen hilft, es hätten ausschließlich Entscheidungen aus Freiheit sein können, die eine bestimmte politische Entwicklung eingeleitet hätten. Dieser Schein ist insoweit objektiv, als er in der eben erläuterten Weise notwendig ist.

Ein normatives Vokabular, das sich auf Vernunft und Freiheit meint gründen zu können, wird üblicherweise als Moral bezeichnet. Der Antikommunismus etwa, immerhin eine Leitideologie in der Bundesrepublik, kann nicht erfolgreich wirksam sein, wenn er nur als machtpolitischer Wille auftritt. Er ist auf moralische Diskreditierung sozialistischer Politik angewiesen – und hatte es zugegebenermaßen damit auch nicht so schwer gehabt.

Die moralischen Legitimationsmuster können nun durchaus ein gewisses Eigenleben führen; das ist eine Folge ihrer semantischen Abschließung gegenüber Machtverhältnissen. Elemente der Staatsräson können daher unterschiedliche Grade an Unempfindlichkeit gegenüber politischen Entwicklungen aufweisen. Betrachtet man die drei zentralen Säulen deutscher Außenpolitik – die Orientierung am transatlantischen Bündnis, die Alternativlosigkeit zur Europäischen Integration und die Solidarität mit dem Staat Israel – so ist es absolut kein Zufall, dass die Solidarität mit Israel den stabilsten Eindruck macht. An die Wertegemeinschaft mit den USA glaubt keiner mehr so innig, die Europäische Integration erfolgt ohnehin nach einer Logik, die durch ein Primat nationalstaatlicher Interessenverfolgung charakterisierbar ist; aber wo es nichts zu rütteln geben soll, ist die Solidarität mit Israel.

Hier ist die moralische Komponente, die aus der deutschen Geschichte erwächst, so stark, dass sich absehbar nichts ändern wird. Hier lohnt, zur Illustration, ein vergleichender Blick nach Frankreich. Frankreich kann es sich eben leisten, bei Stellungnahmen zum Nahost-Konflikt etwas elastischer zu reagieren. Wenn in Frankreich eine Moral reklamiert wird, die mit der französischen Geschichte etwas zu tun hat, dann spielt die Kolonialgeschichte eine wesentlich größere Rolle als der Zweite Weltkrieg und erst Recht als die Nazidiktatur.

Die LINKE in Deutschland sieht sich natürlich hier einem sehr vielschichtigen Problem gegenüber, das wirklich nicht so einfach zu lösen ist:



1. Die ideologiekritische Rückbindung der Moral an Machtinteressen geht mit der Gefahr einher, das Kind mit dem Bade auszuschütten, d.h. die Gültigkeit moralischer Einsichten zu unterminieren. Als mögliche Erklärung, warum die zu aufrechten Demokraten gewandelten ehemals aufrechten Nazis, die nun einmal einen Großteil der politischen Eliten der jungen Bundesrepublik stellten, einer Idee der Solidarität mit Israel überhaupt zugänglich gewesen sind, bleiben ideologiekritische Aufklärungen hilfreich. Aber das hebt die moralische Tatsache einer Verantwortung, die aus historischen Erfahrungen gespeist ist, nicht aus. Die gilt auch für uns.

2. Damit entschärft sich das Problem Staatsräson in gewisser Hinsicht. Dass eine politische Position den Rang einer Staatsräson innehat, macht sie für linke Diskurse immer ein wenig verdächtig. Aber in dem Fall der Solidarität mit Israel dominiert eine moralische Rechtfertigung einer politischen Prämisse gegenüber einer rein machtpolitischen. Ich denke wirklich, dass Adornos kategorischer Imperativ, alles zu tun, damit Auschwitz sich nicht wiederhole, das politische Selbstbewusstsein der deutschen Demokratie nachhaltig geprägt hat. Gegen das linke Misstrauen gegenüber der Interessenbasis der Staatsräson sollte mit Nachdruck an den universellen Gehalt unserer Moralbegriffe erinnert werden.

3. Falls die LINKE diese Situation, dass die Solidarität mit Israel ein moralisch gut begründbares Element deutscher Staatsräson ist, anerkennen sollte, bleiben ihr für den Fall, dass sie ein Interesse an politischer Mitgestaltung hat, nur eine konsistente Option, die Anerkennung eines möglichen Vernunftgehalts moralischer Rechtfertigung politischer Prämissen, die dann mit der Entscheidung einhergehen müsste, diejenigen Wirklichkeitselemente, die sich tatsächlich auch vernünftig rechtfertigen lassen, nicht ändern zu wollen.

Die Solidarität mit Israel sollte zugleich immer auch eine kritische sein. Israel hat in seiner Geschichte des öfteren das Völkerrecht verletzt, am vielleicht Einschneidendsten im Sechs-Tage-Krieg mit der Annexion des Westjordanlands, der Golan-Höhen und durch die Siedlungspolitik. Es hat Unrecht begangen und begeht es noch heute. Darunter leiden besonders die Palästinenserinnen und Palästinenser, die glauben dürfen, einen Teil jener Schuld auszugleichen, die Deutsche ausgleichen müssten. Daran zu erinnern, dass das Völkerrecht auch von Israel respektiert werden sollte und muss, das sollte und muss die Linke schon leisten.

Wenn man wie Israel Jahrzehnte lang fremde Territorien besetzt, verwaltet, nicht nur militärisch kontrolliert, trägt man auch die Verantwortung dafür, wenn es dort keine ausreichende Anzahl von Bildungseinrichtungen, Krankenhäusern, Kultureinrichtungen und Arbeitsplätzen gibt. Auch das können und müssen wir sagen.

5. Zum Existenzrecht des Staates Israel

Neben der moralischen Rechtfertigung der Solidarität Deutschlands mit Israel als der stärksten Basis dieses Aspekts deutscher Staatsräson existiert noch eine weitere, ebenfalls vernünftige und weniger moralische, Begründung eines ausgesprochen aufgeschlossenen Verhältnisses zum Staat Israel. Sie scheint dort auf, wo der Versuch unternommen wird, das Existenzrecht Israels in verteidigender Perspektive zu thematisieren.

Hier schon, allein bei der Frage nach dem Existenzrecht Israels, scheiden sich häufig genug die Geister. Das ist aus-

gesprochen merkwürdig. Immerhin ist Israel ein von vielen anderen Staaten anerkannter Staat und Mitglied der Vereinten Nationen. Unter den Staaten, die als Erste Israel anerkannten, waren die USA und die Sowjetunion.

Was soll dann die Aufregung um das Existenzrecht Israels? Kein normaler Mensch diskutiert ernsthaft über das Existenzrecht der Schweiz. Das deutet darauf hin, dass es bei diesem Begriff „Existenzrecht“ überhaupt nicht um im engeren Sinne völkerrechtliche Aspekte geht, sondern um wesentlich unmittelbarere politische Fragen. Schließlich sitzen die arabischen Staaten mit Israel in den Vereinten Nationen, andererseits haben die meisten arabischen Staaten mit Ausnahme Ägyptens und Jordaniens Israel nicht anerkannt und pflegen keine diplomatischen Beziehungen.

Die Anerkennung des Existenzrechts Israels weist eine weitere Dimension auf, die mit der europäischen Nationalstaatsentwicklung zu tun hat.

Bis in das 19. Jahrhundert hinein dominierte ein Konflikt innerjüdische Debatten, der sich zwischen den polaren Momenten „Aufklärung“ und „Tradition“ aufspannte. Die Partei der Aufklärung sah im modernen bürgerlichen Nationalstaat die Möglichkeiten einer gesellschaftlichen Integration als Staatsbürger; die Partei der Tradition sah hierin auch die Gefahr einer säkularen Entwertung der jüdischen Religion und Traditionen.

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts mussten die Jüdinnen und Juden in Europa allerdings die Erfahrung der damals völlig neuen Ideologie des Antisemitismus machen, die ja mit dem christlichen Antijudaismus nicht gerade viel zu tun hat, sondern eher als Zurücknahme des Emanzipationsversprechens der bürgerlichen Rechtsstaatsidee interpretierbar ist. So jedenfalls wurde er von einigen jüdischen Intellektuellen wahrgenommen, die natürlich dem durch die Aufklärungsideologie vorgezeichneten Weg gern gefolgt wären, jedoch glaubten, diesen als Sackgasse ansehen zu müssen. Gleichzeitig waren sie immer noch Aufklärer genug, um ein Nationalstaatsprojekt zu entwerfen, also den Rückweg in die religiöse Orthodoxie nicht anzutreten. Genau das ist die geistige Situation, in der der Zionismus zwischen dem ausgehenden 19. und dem beginnenden 20. Jahrhundert sich herausbildete.

Daher hatte der Zionismus von Anfang an zwei innerjüdische Gegner: die aufklärerischen Integrationisten und die religiösen Traditionalisten. Letztere sahen die Jüdinnen und Juden – wenn schon als Volk – so doch nur im religiösen Sinn als das Volk Gottes, nicht jedoch als Nation in modernem Sinn, der nur eben gerade ein Staat fehlte. Die Aufklärungspartei sah im Zionismus eine Gefahr der staatsbürgerlichen Emanzipation der Jüdinnen und Juden, gewissermaßen als eine Art Einladung an die antisemitisch-reaktionären Kräfte, die staatsbürgerlichen Emanzipationsgewinne zurückzunehmen. Aus diesen beiden Quellen speist sich der jüdische Antizionismus.

Damals führte man also im Judentum eine Debatte über Sinn und Unsinn eines jüdischen Nationalstaatsprojekts. Es war die Zunahme des Antisemitismus, schließlich gipfelnd im Holocaust, die den aufklärerischen Hoffnungen jegliche Grundlage entzog.

Die gescheiterte politische Emanzipation der Jüdinnen und Juden in den europäischen Nationalstaaten und insbesondere der Holocaust haben das Projekt der Gründung eines jüdischen Nationalstaats zwingend erforderlich ge-

macht. Erforderlich, weil die bürgerlichen Nationalstaatsentwicklungen unter Beweis gestellt hatten, dass die Zionisten mit ihrer Skepsis Recht hatten. Nach tausenden Jahren Ausgrenzung, Pogromen und dann der nationalsozialistischen Barbarei, das heißt der Ermordung von Millionen Jüdinnen und Juden, den Überlebenden des Holocaust zu empfehlen, nun doch auf die Emanzipation in anderen Nationalstaaten zu setzen, wäre wohl deutlich zu viel verlangt gewesen. Und so stellte sich das jüdische Nationalstaatsprojekt als alternativlos dar.

Daraus resultiert auch die stabile Verantwortung für Israel. Alle modernen Nationen haben irgendwo einen antisemitischen Schandfleck in ihrer Geschichte. Aber der von den Deutschen durchgeführte Holocaust ist singulär. Die Grundannahme des Zionismus, wenn die Jüdinnen und Juden eine Staatsmacht haben wollen, die sie auch wirklich schützen soll, dann nur in ihrem eigenen Staat, ist nach dieser historischen Entwicklung kaum noch ernsthaft bestreitbar.

Freilich, als der Zionismus sich bildete, galt Kolonialisierung noch als akzeptabler Weg. Als sich innerhalb der zionistischen Bewegung die Orientierung auf Palästina verfestigte, begann man den Plan einer Kolonialisierung dieses Gebiets schrittweise zu verwirklichen. Die jüdischen Einwanderinnen und Einwanderer der ersten Generation in Palästina hatten damals noch überwiegend ein Interesse am Ausgleich mit der arabischen Bevölkerung. Wahrscheinlich haben die jüdischen Einwanderinnen und Einwanderer dabei so etwas wie antikoloniale Reflexe unterschätzt. Spätestens mit dem Ersten Massaker von Hebron (1929) wurde jedoch deutlich, dass die Realisierung eines jüdischen Staates nicht auf Gegenseitigkeit stoßen würde.

Nach dem Zweiten Weltkrieg gab es seitens der USA und Westeuropa – außer in Großbritannien, das Gewaltexzesse im Mandatsgebiet Palästina befürchtete – keinen allzu großen Widerstand mehr gegen die Gründung eines jüdischen Staates. Die arabischen Staaten hatten ein viel zu geringes Gewicht, um dagegen effektiv etwas unternehmen zu können, außer den Weg des Krieges zu beschreiten.

Zusammenfassend heißt das: Erforderlich war das jüdische Nationalstaatsprojekt aus amerikanischer und westeuropäischer Sicht, denn es konnte gerade angesichts des Scheiterns des bürgerlichen Emanzipationsversprechens im Antisemitismus und Nationalsozialismus nicht mehr ignoriert werden; belastet war es durch die Kolonialisierung Palästinas. Damit lassen sich unterschiedliche Bewertungen vornehmen. Diese haben die Frage nach dem Existenzrecht ausgelöst, und diese Frage, als Frage nach der Legitimität der Entstehung des Staates Israel, bestimmt den Konflikt um das Existenzrecht bis heute.

Gerade die demokratische Linke ist von dieser widersprüchlichen Lage betroffen. Ihr ist der Gedanke doch vertraut, dass die Zeit, in der das Bürgertum an seine Ideale noch euphorisch selber glaubte, längst einer vergangenen Ära angehört. Die zionistische Skepsis gegenüber dem Aufklärungsoptimismus sollte die Linke ergo nachvollziehen können.

Die Linke sieht natürlich auch, dass die Gründung von Nationalstaaten häufig mit Unterdrückung einher ging. Man muss sich aber deswegen nicht immer auf eine Seite schlagen. Wichtig ist vor allem, dass es zur Anerkennung der Legitimität des Staatswesens kommt, ebenso zur Anerkennung von Schuld an Opfern der Unterdrückung. Nur dann kann

überhaupt eine Verständigung über praktikable Problemlösungen stattfinden. Das Existenzrecht Israels, seine Anerkennung, gehört hier hin. Es ist in der Tat eine notwendige Bedingung für das Zustandekommen einer stabilen Friedenslösung. Aber auch das Flüchtlingsproblem, obwohl nicht von gleichem Rang, hat den Status einer notwendigen Bedingung für eine Friedenslösung.

Israel muss sich dazu durchringen, erst einmal anzuerkennen, dass es eine wesentliche Mitverantwortung am palästinensischen Flüchtlingsproblem trägt. Diese Anerkennung würde die Situation nur scheinbar komplizieren. Natürlich wäre ein klärungsbedürftiges Problem mehr auf dem Tisch, aber es wäre einer Klärung auch erst zugänglich, wenn es als Problem anerkannt wird. Und dieses Problem ist ja auch nicht dadurch vom Tisch, dass es von einer Seite nicht zur Kenntnis genommen wird.

Der Antizionismus kann, soviel folgt meiner Meinung nach aus dem bisher Gesagten schon, für die Linke insgesamt, für die Partei DIE LINKE im Besonderen, keine vertretbare Position sein, zumindest nicht mehr sein. Denn selbst wenn wir uns auf die Seite des aufklärerisch motivierten jüdischen Antizionismus schlugen, und Anderes bliebe uns dann gar nicht übrig, wären wir doch mit dem Problem konfrontiert, eine der schrecklichsten Erfahrungen des 20. Jahrhunderts, die den aufklärerischen jüdischen Antizionismus so gründlich als Illusion vorgeführt hat, ignorieren zu müssen.

Es gibt durchaus verständliche Gründe, den Zionismus nicht sympathisch zu finden. Er ist eine staatstragende Ideologie, und er ist auch nationalistisch. Er führt manchmal zu massiven Einschränkungen in der faktischen Gleichbehandlung jüdischer und arabischer Staatsbürgerinnen und Staatsbürger Israels. Schließlich bildete er gelegentlich Extreme aus, die terroristisch genannt werden müssen. Diese Entwicklungen werden ganz gewiss gefördert durch die permanente Bedrohungssituation, der die israelische Gesellschaft sich ausgesetzt sieht. Und damit hängt auch zusammen, dass das Militär und der Geheimdienst in Israel eine für moderne Demokratien außergewöhnlich dominante Rolle spielen. All dies muss gerade die Linke nicht sympathisch finden.

Ich möchte mir aber einen provokanten Vergleich gestatten, der zudem auch etwas kontrafaktisch ist. Deutschland ist einer allenfalls abstrakten terroristischen Gefahr ausgesetzt, die für Schäuble, Jung und andere Sicherheitsfanatiker schon Grund genug ist, beängstigende Angriffe auf liberale Bestände unserer Verfassung zu unternehmen. Wäre bei dieser Hysterie eine rechtsstaatliche Demokratie in Deutschland überhaupt noch denkbar, wenn Deutschland sich in einer mit der israelischen Gesellschaft vergleichbaren Bedrohungslage befände? Ich habe da große Zweifel. Daher anerkenne ich die Bewahrung demokratischer Verhältnisse – einschließlich einer demokratischen Öffentlichkeit – während der vergangenen 60 Jahre seit der Gründung Israels dort als eine wirklich große Leistung, die Bewunderung und Anerkennung verdient.

Freilich muss es Israel gelingen, aus der eskalierenden Gewaltspirale auszusteigen. Gerade weil Israel militärisch stärker ist, kann und muss es diesen Weg beschreiten. Aber vielleicht konfliktieren hier auch politisch mögliche Zielsetzungen mit militärisch-strategischen Interessen.



6. Die Linke, Israel und Palästina

Wenn auch nur die Hälfte dessen stimmen sollte, was ich bisher zu den Verpflichtungen, die aus der deutschen Geschichte resultieren, gesagt habe, dann ist der Handlungsspielraum der deutschen Linken äußerst begrenzt. Generell gilt, dass wir uns primär auf die Politik der Bundesregierung beziehen. Die können wir für richtig oder falsch, für ausreichend oder nicht ausreichend halten. Entsprechend müssen unsere Aktivitäten ausfallen.

Diese speisen sich natürlich nicht nur aus den „Vorgaben“ der Bundesregierung. Kenntnisse erwerben wir nicht nur aus Unterrichtungen durch die Bundesregierung. Wir haben Möglichkeiten, die sich aus einer Rezeption wissenschaftlicher Arbeiten und publizistischer Aufklärung ergeben, aber auch aus Informationsgesprächen mit verschiedenen politischen Repräsentanten. Das ist ein – wem sage ich das – wichtiges Arbeitsfeld für die Stiftung.

In parlamentarischen Aktivitäten sollten wir nur Forderungen formulieren, von denen wir überzeugt sind, dass wir sie, wenn wir in einer Bundesregierung wären, auch tatsächlich umsetzen. Da spielt eine zentrale Rolle, was ich zur Staatsräson sagte. Da gibt es Grenzen, die auch für uns gelten würden. Insbesondere trifft das auf die außenpolitische Handlungsfähigkeit einer jeden denkbaren Bundesregierung zu. Solange sie die deutsche Vergangenheit als verpflichtend ansieht, wird sie im Nahostkonflikt nicht als neutral wahrgenommen werden. Ich habe das schon einmal hervorgehoben, in meiner Bundestagsrede vom 19.9.2006 zur Entsendung deutscher Truppen für die UN-Mission UNIFIL. Ich verwies darauf, dass bei einem Konflikt zwischen Israel und einem anderen Staat deutsche Soldaten die Letzten seien, die dazwischenstehen sollten. Jede Seite wird bei jeder Schwierigkeit einen historischen Bezug herstellen. Wenn man Blauhelme im Auftrag der UNO stellt, muss man hinsichtlich des Konfliktes neutral sein. Man muss gegenüber beiden Seiten die gleiche Glaubwürdigkeit besitzen. Die Bundesregierung ist nicht neutral und will es auch nicht sein. Ich wies darauf hin, dass auch niemand im Saal neutral ist, ich selbst auch nicht.

Aber es geht ja nicht nur um Wahrnehmungen und persönliche Einstellungen, es geht um reale Politik. Wieder auf den UN-Einsatz im Libanon bezogen, erklärte ich, gegen die Neutralität spreche zweifellos, dass die deutschen Soldaten Waffenlieferungen an die Hisbollah verhindern sollen, die Bundesregierung ihre Waffenlieferungen an Israel aber fortsetzt – bis hin zu U-Booten, die sogar mit Atomwaffen bestückt werden können.

Bereits an einem so überschaubaren Ereignis wie dem Libanonkrieg kann gezeigt werden, dass Deutschland immer als Sympathisant Israels wahrgenommen wird. Politische Forderungen unsererseits, die das nicht berücksichtigen, bleiben abstrakt und scheitern von vornherein als Beitrag zu einer Problemlösung.

Wer nur einen Staat für Jüdinnen und Juden, Palästinenserinnen und Palästinenser mit demokratischer Struktur will, akzeptierte damit heute, dass die Palästinenserinnen und Palästinenser die Mehrheit stellten, alles besetzten und die Verfolgungen, Unterdrückungen und Pogrome gegen Jüdinnen und Juden wie seit Tausenden von Jahren wieder begännen, nicht zu verhindern wären.

Wer dagegen einen Staat für Jüdinnen und Juden, Palästi-

nenserinnen und Palästinensern ohne demokratische Strukturen unter bestehenden Herrschaftsverhältnissen will, akzeptierte damit, dass Palästinenserinnen und Palästinenser unterdrückt werden und ein Apartheidsregime entstünde. Beides ist inakzeptabel.

Frieden zwischen Israel und seinen Nachbarstaaten erfordert neben dem bisher Gesagten vor allem:

1. Es muss ein in jeder Hinsicht lebensfähiger Staat Palästina neben dem Staat Israel geschaffen werden. Beide Staaten müssen in sicheren und klar vereinbarten Grenzen existieren. Das geht nicht ohne die Auflösung der meisten Siedlungen von Israelis.

2. Das Problem der palästinensischen Flüchtlinge muss durch Israel anerkannt und mit Palästina gelöst werden.

3. Israel darf nicht weiter versuchen, kulturell Europa im Nahen Osten zu sein, sondern muss eine kulturelle Macht des Nahen Ostens werden.

4. Politische, wirtschaftliche, kulturelle, wissenschaftliche und damit vor allem zivilgesellschaftliche Beziehungen müssen zwischen Israel und Palästina sowie den anderen Ländern des Nahen Ostens schrittweise aufgebaut werden, damit die Akzeptanz für Israel im Nahen Osten wächst, das Existenzrecht Israels nicht länger politisch angezweifelt und in der Perspektive aus Feindschaft Freundschaft wird.

In diesem Sinne herzliche Glückwünsche an Israel zum 60. Jahrestag seiner Gründung.

Anmerkungen:

- 1 Dreßler, Rudolf, „Gesicherte Existenz Israels – Teil der deutschen Staatsräson“, Essay, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 15/2005.
- 2 Weingardt, Markus, „Deutsche Israelpolitik: Etappen und Kontinuitäten“, ebenda.

Eine Zukunft für Palästina – die Haltung der LINKEN zur Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts

Referat von Wolfgang Gehrcke, Mitglied des Parteivorstandes der LINKEN, MdB, auf der Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung am 26. April 2008

Auch Leid bindet aneinander

Es gibt Erlebnisse, die brennen sich in die Seele ein. Kurz nach dem Libanon-Krieg 2006 diskutierte ich mit israelischen Intellektuellen. Auf meine Kritik an dem israelischen Angriff konfrontierte mich ein Gesprächspartner mit einem Bild – dem Bild des kleinen jüdischen Jungen mit der großen Mütze im Warschauer Ghetto vor den Gewehrläufen der SS, die Hände hoch erhoben. Mein Gesprächspartner sagte: Weil das unsere Geschichte ist, werden die Kinder Israels nie wieder wehrlos sein.

Ich kenne das Bild. Die ganze Tragödie des Holocaust, der industriellen Vernichtung der Jüdinnen und Juden Europas bündelt sich für mich darin. Es ist ein Bild zutiefst verletzendes Ohnmachtserfahrung, einer Erfahrung, die das Alltagsbewusstsein der Jüdinnen und Juden prägt. Es ist ein Bild deutscher UND jüdischer Geschichte. Die Massenvernichtung



der Jüdinnen und Juden durch den deutschen Faschismus ist die Wurzel der deutschen Verantwortung gegenüber dem Staat Israel.

In der UNO-Debatte zur Gründung des Staates Israel hat das Andrej Gromyko, der damalige sowjetische Außenminister, in aller Klarheit zum Ausdruck gebracht:

„Sie wissen, dass es in Westeuropa kein einziges Land gab, dem es gelang, das jüdische Volk gegen die Willkürakte und Gewaltmaßnahmen der Nazis zu schützen. Die Lösung des Palästina-Problems, basierend auf einer Teilung Palästinas in zwei separate Staaten, wird von grundlegender historischer Bedeutung sein, weil eine solche Entscheidung die legitimen Rechte des jüdischen Volkes berücksichtigt.“

Man darf getrost unterstellen, dass die eigentlichen Beweggründe Stalins andere waren und die beschriebene Haltung der Sowjetunion nur eine vorübergehende war. Aber unabhängig davon nennt diese Rede doch alle wesentlichen Punkte: Die Massenvernichtung durch den deutschen Faschismus und die Unmöglichkeit, zum Teil auch Unwilligkeit europäischer Staaten, den bedrängten Jüdinnen und Juden zu Hilfe zu kommen, begründeten das Recht auf einen eigenen Staat Israel und damit auch die Notwendigkeit, in Palästina zwei Staaten zu schaffen.

Spätestens seit Auschwitz hätte die Linke verstehen müssen, dass der Zionismus mit seinem konkreten Ziel der territorialen Eigenständigkeit eine angemessene Antwort auf das fundamentale Bedürfnis des über Jahrhunderte verfolgten jüdischen Volkes nach Sicherheit war. Die Alternative, ein binationaler Staat des brüderlichen Zusammenlebens von Juden und Palästinensern, war demgegenüber eine schöne, realitätsferne Utopie.

Der Holocaust, antijüdische Kampagnen im sowjetischen Einflussbereich und ein latenter Antisemitismus in westlichen Staaten machten die Gründung des Staates Israel unverzichtbar, auch um den Jüdinnen und Juden in der Diaspora einen „sicheren Hafen“ zu garantieren.

Zugleich war die Gründung des Staates Israel problematisch, weil in dem Land, das die Wiege der jüdischen Nation war, inzwischen ein anderes Volk lebte, mit nicht weniger Rechten auf dieses Land. 1947 gab es in Palästina fast 600 000 Jüdinnen und Juden und annähernd 1,6 Millionen arabische Palästinenser. Der erste israelische Außenminister Sharett (Arbeitspartei) hat es auf den Begriff gebracht: „Die Gründung des Staates Israel löst zu Recht ein Problem des einen Volkes, zugleich aber richtet er das andere zugrunde.“

Was für Jüdinnen und Juden Befreiung und Sicherheit war, die Möglichkeit zu einem selbstbestimmten Leben und insofern auf Moral und Recht gebaut, war zugleich für die palästinensische Bevölkerung unmoralisch und Unrecht.

Als Folge der israelischen Staatsgründung und des Krieges von 1948 wurden 750 000 arabische Palästinenser zu Flüchtlingen und Vertriebenen. Eine Spirale von gegenseitiger Gewalt bis heute war die Folge. Das macht es unmöglich, die Komplexität des Konfliktes Israel – Palästina mit einem Gut-Böse-Schema zu erfassen. Auf beiden Seiten gibt es differenzierte Friedenslager, ausgleichsfähige Kräfte, aber auch Gruppierungen, die nur nach ihrem eigenen Vorteil streben und auf Gewalt setzen oder Gewalt nicht ausschließen.

Der Holocaust, die Verbrechen des deutschen Faschismus und seiner Helfer, der Mitläufer und Wegseher, begründet das besondere, nicht auflösbare Verhältnis Deutschlands zu Israel. Den Preis für diese Staatsgründung jedoch entrich-

tete das palästinensische Volk. Aus seiner Sicht war das, was ich als geschichtliche Notwendigkeit knapp beschrieben habe, Unrecht, Vertreibung, Demütigung und Fremdbestimmung. Dieser Widerspruch scheint unauflösbar, er ist organisch in den Entscheidungen selbst begründet. Israel und Palästina sind aneinander gekettet, kein Schritt des Einen ist möglich ohne Auswirkungen auf den Anderen.

Juden, Araber, Palästinenser und andere Völker lebten über Jahrhunderte in dieser Region. Einer Region, die in der Geschichte immer wieder Austragungsort von Konflikten zwischen den Großmächten war; die immer wieder von verschiedenen, auch europäischen Großmächten unterworfen wurde und Schauplatz von Aufständen war. Bis sie in der Neuzeit zum Spielball europäischer Kolonialpolitik und imperialistischer Interessenpolitik wurde. Doch die staatsbildende Realität des Zionismus ist vor allem aus der europäischen Katastrophe, aus dem Holocaust hervorgegangen. Das ist deutsche Verantwortung. Diese deutsche Verantwortung für das einmalige Menschheitsverbrechen Holocaust nimmt die Linke an und will ihr politisch und moralisch gerecht werden.

Die Nachkriegsentwicklungen, die Verhandlungen zwischen Adenauer und Ben Gurion standen von deutscher Seite aus nur zum Teil im Geiste dieser Konsequenz. In Deutschland West war die Erschütterung über die Verbrechen des Faschismus, die Schlussfolgerung „Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus!“ in der Öffentlichkeit ebenso vorhanden wie in Deutschland Ost. Gleichzeitig aber saßen schwer belastete Nazis oder Nazi-Mitläufer in hohen Staatsämtern, als Kanzleramtsminister zum Beispiel der Kommentator der Nazi-Rassengesetze Globke. Erinnert sei auch an den Ministerpräsidenten Filbinger, den späteren Bundespräsidenten Lübke, Bundeskanzler Kiesinger und so viele andere. Die Aufarbeitung der Verstrickungen und Mittäterschaften von Wehrmacht, Justiz, Medizin, Verwaltung, Außenpolitik im Nazi-Regime war tabu. Unter dem langen Schatten des Kalten und eines drohenden heißen Krieges, der Blockbildung nach 1945 wurde die Entscheidung der Teilung Deutschlands prinzipiell getroffen und durch die Einbindung von Ost- und Westdeutschland in die jeweiligen Paktsysteme manifestiert. Die Einbindung Westdeutschlands in das westliche System hatte Vereinbarungen zwischen der Bundesrepublik und Israel zur zwingenden Voraussetzung. Ich behaupte nicht, dass diese die alleinigen Gründe waren, aber ohne Benennung der Widersprüche und geostrategischen Absichten wird nicht deutlich, wie weit der Weg zu tatsächlicher Annahme von Schuld, Aufklärung über Ursachen und Verbrechen des Faschismus und dann auf dieser Grundlage zu Verantwortung und Aussöhnung war und ist.

Welche Verantwortung hat nun Deutschland, haben die Linken gegenüber den Palästinenserinnen und Palästinensern, die für das Holocaust-Verbrechen und für das europäische Versagen einen bitteren Preis zu zahlen gezwungen sind? Wenn Deutschland grundlegend, unauflöslich mit Israel verbunden ist, zwingt schon die Logik, anzuerkennen, dass Deutschland ebenfalls verbunden ist mit dem Schicksal der Palästinenserinnen und Palästinenser. Mit Israel durch das deutsche Menschheitsverbrechen – mit dem palästinensischen Volk durch die Folgen dieses Verbrechens. Diese Verbindung mag unterschiedlich von der Ausgangsbestimmung sein, in ihrer moralischen Dimension ist sie aber dennoch existent. Den Weg, der Verantwortung gerecht zu werden, hat die UNO-Entscheidung von 1947 gewiesen: Die „Teilung



Palästinas in zwei separate Staaten“ – Israel und Palästina. Ein Staat – Israel – wurde Realität. Der andere Staat – Palästina – steht noch aus. Und das seit 40 Jahren, wenn man den Krieg von 1967 als Einschnitt nimmt. Nur wenn in Umsetzung des UNO-Beschlusses zwei Völkerrechtssubjekte entstehen, wird der Weg zur Annäherung frei. Ohne Trennung mit allen Konsequenzen – Unabhängigkeit, staatliche Souveränität, wirtschaftliche Lebensfähigkeit usw. – wird eine Annäherung nicht möglich sein, so widersprüchlich sich diese These auch im ersten Moment anhören mag. Der Weg zur Annäherung führt über die Trennung.

Über Ratio und Irratio

Mein Kollege und Genosse Gregor Gysi hat in seinem Referat Clausewitz zum Ausgangspunkt seiner Rede gemacht. Eine überraschende, erkenntnisleitende Eröffnung mit zustimmenswerten Erkenntnisritten. Das ist durchaus nicht nur als intellektuelles Tableau von Beachtung, sondern auch geeignet, daraus praktische politische Schritte abzuleiten. Intellektuell reizvoll auch deshalb, weil ein überzeugter und entschlossener Antimilitarist wie Gregor Gysi auf einen preußischen Militärtheoretiker zurückgreift. Und er hat Recht – Marx, Engels, Lenin und auch Luxemburg haben Clausewitz rezipiert. Nur, Clausewitz' Zeit kannte die Dimension von Massenvernichtungswaffen nicht, seine Zeit war die vor der Atombombe, deren Drohung auch im Nahen Osten heute eine Rolle spielt, ob als Befürchtung mit Blick auf Iran oder als Realität mit Blick auf Israel. Die neue, schreckliche Dimension eines Krieges mit Atomwaffen muss durch neues Denken erfasst werden.

Clausewitz konnte den Krieg noch als Ratio, als Ultima Ratio, als die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln analysieren und auffassen. Mit dem Eintritt in das Jahrhundert des Atomkrieges ist der Krieg von der Ultima Ratio zur Ultima Irratio geworden. So hat es zum Beispiel Willy Brandt in seiner Nobelpreisrede formuliert. Das heißt nicht, dass Kriegen keine politischen und ökonomischen Ziele inne wohnen. Kriege fallen nicht vom Himmel, sie werden von Menschen gemacht und sie haben – nicht immer, jedoch zumeist im vergangenen Jahrhundert wie auch heute – Wurzeln in einer gesellschaftlichen Ordnung, dem Kapitalismus. Diese theoretische Grundlage will ich anmerken und hinzufügen: Die eigentlich interessante Frage des linken Diskurses wäre, ob und wenn ja, unter welchen Bedingungen, der Kapitalismus friedensfähig umgebaut werden könnte.

Bekannt war die Form von Kriegen Staaten gegen Staaten, Bündnisse gegen Bündnisse. Diese Art Krieg gibt es bis in die Neuzeit. Hinzugekommen sind Guerillakriege und Kriegführungen, in denen Menschen ihr Leben als Waffe gegen anderes Leben einsetzen. Mehr und mehr zielen Kriege gegen Zivilisten. Angst und Schrecken werden zur politischen Waffe. Hochrüstung bietet keinen Schutz gegen solche Kriegführung. Die Alternative, so zu werden wie der Gegner – Selbstmordanschläge oder gezielte Tötungen – und die Freiheit so zu schützen, dass sie verschwindet, ist abzulehnen. Erst wenn das Leben für alle Menschen lebenswert ist – wirtschaftlich und kulturell, erst wenn die Würde des Menschen wirklich unantastbar ist, wird niemand mehr sein Leben als Waffe einsetzen oder gar einsetzen müssen. Der sogenannte Krieg gegen den Terror jedoch führt den Terroristen Stunde um Stunde neue Menschen zu.

Wesentlich verändert seit Clausewitz' Zeiten hat sich –

abgesehen von der Möglichkeit, durch Massenvernichtungswaffen die gesamte Menschheit mehrfach auszulöschen – die Bedeutung der Medien für die Vorbereitung und öffentliche Rechtfertigung von Kriegen sowie die Verschleierung der wirklichen Kriegsgründe.

Welche Schlussfolgerungen für die Lösung des Nahostkonflikts, für das Verhältnis Israel – Deutschland ziehe ich daraus?

Zuallererst eine scheinbar einfache: Wer mehr hat, muss mehr geben. Das ist Israel im Verhältnis zu Palästina. Israel ist die stärkste Militärmacht der Region. Israel verfügt über eine entwickelte Infrastruktur, eine starke Ökonomie, über Wasserressourcen und Häfen. Israel hat entwickelte politische Strukturen und ein demokratisch gewähltes Parlament. Es hat mächtige Verbündete wie die USA, Frankreich, Großbritannien, Deutschland und vieles mehr. Weil Israel so stark ist, wäre es sinnvoll und erfolgversprechend, wenn es zum Motor eines Friedensprozesses geworden wäre. Das war höchst selten der Fall. Denn Israel hat alle wesentlichen Resolutionen der UN verletzt und wehrt sich, mit Vorschlägen mutig voranzugehen.

Auf der anderen Seite ist die Lage der Palästinenserinnen und Palästinenser heute verzweifelt denn je: sozial katastrophal, wirtschaftlich zerrüttet, militärisch besetzt, Westjordanland und Gaza getrennt, die Westbank durch israelische Siedlungen zerstückelt. Mehr als 600 israelische Kontrollposten machen eine freie Bewegung im Lande unmöglich. Die Abriegelung des Gazastreifens führt zu einer humanitären Katastrophe.

Die Palästinenserinnen und Palästinenser wussten immer, dass die Solidarität der arabischen Länder nie eine wirklich überzeugende war. Sie wussten, dass Machtinteressen eine erhebliche Rolle spielen, dass den palästinensischen Flüchtlingen auch in arabischen Ländern mit Vorbehalten begegnet wird. Die Tragik der innerpalästinensischen Kämpfe und Spaltungen bis an die Grenze des Bürgerkrieges hat die Situation weitgehend unbeherrschbar gemacht.

Alle Friedensverhandlungen haben bisher in die Sackgasse geführt. Das Gefühl der Demütigung und der Ohnmacht dominiert, Rechtlosigkeit, Gewalt und Radikalisierung nehmen zu. Kaum jemand glaubt mehr an einen eigenen Staat, geschweige denn an einen gerechten Frieden. Was bleibt, ist ein trotziger Selbstbehauptungswille. Mustafa Barghouti, einer der bekanntesten palästinensischen Aktivisten, hat das so ausgedrückt: „Wir lebten vor 3000 Jahren in diesem Land, was macht da eine Etappe von 100 Jahren, wo wir nicht über dieses Land verfügen?“ Eine Denkweise übrigens, die ich sinngemäß auch in Israel häufig angetroffen habe.

Israel muss sich bewegen, muss eine aktive Rolle spielen. Es muss den Frieden, muss einen lebensfähigen Staat der Palästinenser wollen und dieses Wollen ausstrahlen. Ohne Veränderungen läuft Israel Gefahr, sich selbst zu verlieren. Denn seine Stärke besteht jetzt, mittelfristig ist sie höchst gefährdet. Sieben Millionen Bürgerinnen und Bürgern Israels stehen 300 Millionen arabischen Bewohnerinnen und Bewohner der Region gegenüber. Die demographische Entwicklung läuft gegen Israel, erstmals hatte Israel im Jahre 2007 ein Bevölkerungsminus von 30 000 Bürgerinnen und Bürgern. Die Konflikte in Israel selbst, zwischen jüdischen Zuwanderern unterschiedlicher Herkunftsländer, zwischen jüdischer Bevölkerung (rund 6 Millionen) und arabischen Israelis (ca. 1 Million), verschärfen sich. Die hohen Militär-



ausgaben belasten die israelische Ökonomie erheblich und verringern die materiellen Voraussetzungen, um die sozialen Konflikte zu lösen.

Neue regionale Hegemonialmächte, vor allem der Iran in Folge des US-Krieges gegen den Irak, bilden sich heraus. Und: Israel verliert an Ansehen und Unterstützung. Die Besetzung der palästinensischen Gebiete hängt Israel wie der berühmte Mahlstein am Hals. Noch kann Israel aus einer starken Position heraus Frieden schließen. In einigen Jahren vielleicht schon nicht mehr. Bereits heute hat Israel weniger Sicherheit denn je. Ein palästinensischer Staat ist im Interesse der Palästinenserinnen und Palästinenser, aber ebenso im israelischen Interesse, im Interesse seiner Sicherheit, seiner wirtschaftlichen Entwicklung, seiner Demokratie und seiner moralischen Glaubwürdigkeit.

Palästina muss rasch die Chance zur Konstituierung als Nation bekommen. Das geht nur über einen eigenen Staat, der auch über alle Attribute eines Staates verfügt: ein zusammenhängendes Staatsgebiet, eine Staatsbürgerschaft, klar bestimmte Grenzen, ein Staatsvolk, gewählte und dadurch zur Handlung legitimierte Autoritäten. Erst mit einem eigenen Staat wird Palästina zu einem Völkerrechtssubjekt. Alle Verantwortung trägt heute die Besatzungsmacht. Die palästinensische Autonomiebehörde ist so etwas wie eine Verwaltung mit beschränkter Haftung. Heute besteht noch die Chance, einen Staat Palästina mit gewählten Organen, mit einem Parlament und politischen Parteien zu erreichen, wobei die Kräfteverhältnisse derzeit unklar sind. Hier gibt es seitenverkehrte Gemeinsamkeiten: Durch Vertreibung, Auswanderung und Not verfügen beide Völker über einen hohen Anteil an Weltbürgern. Das kann für die Gestaltung von Frieden große Bedeutung erlangen.

Die Chance zur Demokratie in einem palästinensischen Staat sollte Israel aktiv fördern, anstatt die konkurrierenden Gruppen in Palästina gegeneinander auszuspielen. Diese Taktik, mit der Israel seine vermeintlichen Gegner schwächt, ist kurzsichtig. Die Mehrheit der arabischen Staaten sind undemokratische Autokratien mit einem großen Mangel an Menschenrechten, insbesondere für die Frauen. Parlamente sind dort oftmals nur Scheineinrichtungen. Ein demokratisches Palästina könnte auch ein Impuls für eine Demokratisierung der ganzen Region sein. Auch deshalb war die Solidarität vieler arabischer Länder für Palästina oftmals sehr zögerlich. Heute wäre ein demokratisches Palästina vielleicht noch möglich. Was morgen ist, bleibt unbestimmt. Heute ist ein säkularer Staat Palästina möglich, ob morgen noch, ist ungewiss.

Wenn es zur Gründung eines eigenen Staates Palästina kommt, wird der zunächst erreichbare Zustand der einer „Abwesenheit von Krieg und Gewalt“ sein. Das ist weit weniger, als wir unter Frieden oder gar rechtem Frieden verstehen. Aber es ist auch weit mehr als das, was heute vorhanden ist. Nennen wir es friedliche Koexistenz. Ein solcher Zustand mit bewachten Grenzen, Grenzübergängen und Grenzkontrollen ist unbefriedigend, aber unverzichtbar, um Hass und Misstrauen abzubauen. Auf alten Hass auf beiden Seiten hat sich immer neuer Hass getürmt. Damit Vertrauen wachsen kann, braucht es Regeln, Zeit, Erfahrung und Mut; Mut auch zu einseitigen Schritten. Mut zu realistischen Schritten, die noch weit entfernt von dem erhofften strahlenden Ziel sind.

Vielleicht wäre es ein erster Schritt, einen Vertrag – inter-

national garantiert – über Gewaltverzicht zu schließen. Israel und Palästina müssen sich aus dem berechenbaren Automatismus von Aktion und Reaktion befreien. Auf jeden Schritt der Hoffnung folgte bislang ein Anschlag oder Angriff und eine Reaktion, darauf wieder eine Aktion ... und so weiter und so fort. Bei einer solchen Handlungsweise begibt man sich in die Hände von Extremisten. Einmal anders zu reagieren, Gewalt nicht mit Gewalt zu vergelten, ist kein Zeichen von Schwäche, sondern ein hoffnungsvolles Zeichen der Vernunft, sich aus der Steuerung durch Extremisten zu befreien.

Schon lange beschäftigt mich der Gedanke: Eine Analyse der Realitäten wird zu dem Urteil führen, dass Gewalt die Palästinenserinnen und Palästinenser ihrem Ziel, ein Ende der Besetzung zu erreichen, nicht näher gebracht hat, dass auch Israel der Einsatz von Gewalt nicht mehr, sondern weniger Sicherheit gewährt. Aus der offensiven Gewalt auszusteigen oder wenigstens ein Gewaltmoratorium zu verkünden – das kann Türen öffnen.

Auch könnten arabische Länder darüber nachdenken, ob nicht eine rasche diplomatische Anerkennung Israels ihre Verhandlungsposition jetzt eher verbessert, als wenn sie diesen überfälligen Schritt auf das Ende von Verhandlungen vertagen. Ein solcher überraschender Schritt entwapfnet. Er wäre keine Entsolidarisierung, sondern verbesserte die Ausgangslage für Verhandlungen.

Wenn Deutschland die Solidarität mit Israel wirklich ernst meint, dann dürfen wir Israel Wertvolles nicht verweigern – unsere Kritik und unsere Hilfe, sich aus dieser Situation zu lösen, die für seine Existenz zu einer wirklichen Bedrohung geworden ist. Das geht nur von der ruhigen, festen Position aus, dass Deutschland in diesem Sinne ein verlässlicher Partner Israels ist. Viele Fragen, die ich angesprochen habe, werden in der israelischen und in der palästinensischen Gesellschaft engagiert diskutiert, warum nicht auch zwischen Deutschland und Israel? Mit großer Bewegung habe ich solche Gedanken in dem Offenen Brief von Dr. Meir Margalit an die deutsche Bundeskanzlerin gelesen. Er kritisiert Angela Merkel ob ihrer Rede vor der Knesset, weil diese Rede Israel das Wichtigste verweigert hat, was Deutschland geben müsse: Hilfe, sich aus der heutigen Situation zu befreien.

„Ich würde Sie gerne darauf hinweisen, Frau Merkel, dass die Mehrheit der Israelis eingesteht, dass die Besetzung untragbar ist und uns nicht weniger Schaden zufügt als den Palästinensern. Jedoch fehlt der israelischen Regierung die Kraft, die einzige Operation durchzuführen, die unser Leben retten kann: die Entfernung des Tumors, der sich „(besetzte) Gebiete“ nennt. Durch diesen Tumor bluten wir ununterbrochen, und er macht uns von Tag zu Tag schwächer ... Jedoch mit Hilfe unserer europäischen Freunde gibt es eine Chance, Ruhe und Frieden für beide Völker zu erreichen.“

Oder was Dr. Reiner Bernstein, Dr. Micha Brumlik und Prof. Grell gemeinsam mit vielen anderen der deutschen Friedensbewegung empfehlen:

„Man kann Antisemitismus nicht mit Islamophobie heilen ... Das gilt auch für deutsche Friedensgruppen. Wenn es ihnen Ernst ist um den Frieden, dann sollten sie ihre Partner auf beiden Seiten des Konflikts zu Schritten des Ausgleichs ermutigen und sie politisch wie praktisch unterstützen. Diese Unterstützung wird nur wirksam sein, wenn sie dabei ihre moralisch-pädagogischen Impulse zügeln.“

Auch die Linke wird in einer Zeit tiefer Umbrüche zu einer realistischen Politik nur dann kommen, wenn sie mit tradier-



ten Auffassungen bricht. Für Linke kann nicht gelten, dass der Zweck die Mittel heiligt. Für uns gilt auch nicht, dass der Feind unseres Feindes unser „natürlicher“ Verbündeter sei. Ebenso denken wir, dass die Beseitigung kapitalistischer Ausbeutungsverhältnisse mit Waffengewalt keine Zukunft hat. Der Geschichte der antiimperialistischen Kämpfe können wir entnehmen, dass nationale Befreiungsbewegungen oftmals auf Gewalt bauten und nicht in Emanzipation sondern in Autokratien mündeten.

Linke müssen sich Kritikfähigkeit gegenüber Befreiungsbewegungen wie gegenüber der eigenen Bewegung bewahren. Das war in der Vergangenheit oftmals nicht der Fall. Gerade in Zeiten der Blockgespaltenheit fiel es Linken schwer auszusprechen, dass Befreiungskriege und -kämpfe häufig auch „Stellvertreter-Elemente“ der Großmächte beinhalten; dass Waffenhandel nicht nur „im Westen“ existent war und dass es oft auch um geostrategische Ansprüche ging – auf beiden Seiten.

Der Nahe und Mittlere Osten ist – auch wegen seines Öl- und Gasreichtums – der schwierigste Konfliktherd unserer Zeit. Verschiedene Konfliktpotenziale treffen hier aufeinander: Die US-Besatzung des Irak, die bereits hunderttausende Opfer gefordert hat und bisher zu vier Millionen Flüchtlingen führte. Die Gefahr, dass die Staatlichkeit des Irak auseinanderbricht und es infolgedessen zu einem selbstständigen kurdischen Gebiet bzw. Staat kommen kann, was die Türkei nicht akzeptieren wird. Bekannt sind die Auseinandersetzungen mit dem Iran und seinem Atomprogramm. Auch hier kann niemand ausschließen, dass aus Sanktionen militärische Operationen der USA und Israels gegen den Iran werden. Syrisches Territorium wie die Golan-Höhen ist noch immer von Israel besetzt. Der Libanon steht erneut, wie vielfach schon in seiner Geschichte, an der Schwelle eines Bürgerkrieges. Die innenpolitischen Verhältnisse in Saudi-Arabien, Kuwait, den Vereinigten Arabischen Emiraten, Ägypten und Jordanien lassen den Begriff Demokratie einfach nicht zu. Ein Blick auf die Landkarte genügt, um den Zusammenhang mit Zentralasien bis zu Afghanistan einerseits und zu Nordafrika bis hin zum Sudan zu erkennen. Ein Pulverfass, wo eine bedachte oder unbedachte Handlung ausreicht, um es zur Explosion zu bringen – mit weltweiten Folgen.

Nicht alle diese Konflikte wurzeln in dem Konflikt zwischen Israel und Palästina, aber sie entzündeten sich daran ständig neu. Ohne die Lösung dieses Konfliktes werden andere Krisenherde nicht zu löschen sein.

Notwendig ist eine Demilitarisierung des Nahen Ostens und notwendig sind internationale Garantien für die Sicherheit Israels, aber auch der anderen Staaten der Region, einschließlich des Iran. Erst dann wird der Iran bereit sein, sein Atomprogramm zu stoppen, und dann erst wird Israel bereit sein, seine Atomwaffen zur Disposition zu stellen. Alle Staaten und Kräftegruppen, einschließlich der Hamas und der Hisbollah, müssen in einen solchen Dialog einbezogen werden. Diese Auffassung beginnt, sich immer mehr durchzusetzen – international und auch im Deutschen Bundestag. Für die Linke sind weder Hamas noch Hisbollah politische Partner. Dialog aber heißt nicht Sympathie. Drohungen und Gewalthandlungen gegenüber Israel müssen zurückgewiesen werden. Zum Dialog gehört auch harte Auseinandersetzung. Nur die reale Stärke dieser Organisationen und die Erfahrung, dass Isolierung zu Radikalisierung führt, sprechen für den Weg des Dialogs. „Frieden schließt man mit seinen Fein-

den, nicht mit seinen Freunden“, haben uns Freunde aus der israelischen Friedensbewegung mit auf den Weg gegeben. Im langwierigen Prozess der Aussöhnung wird die Rolle der Fraueninitiativen in der Region von unschätzbarem Wert sein.

Die Fraktion DIE LINKE. hat eine ständige Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Nahen Osten vorgeschlagen. Sie soll unter dem Dach und Schirm der Vereinten Nationen arbeiten. Was wir für die staatliche Ebene vorschlagen, wollen wir auch durch die Zivilgesellschaften voranbringen – Dialogkonferenzen zwischen arabischen, palästinensischen, israelischen und europäischen Friedenskräften. Dies sollte der Kurs unseres Landes sein. Die Bundesregierung hat das Nahost-Quartett (EU, Russland, USA und UNO) wieder zusammengebracht, das war wichtig. Die Konferenz von Annapolis wird zu recht höchst skeptisch gesehen – und dennoch muss sie genutzt werden.

Die Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts muss auf zwei wesentlichen Säulen beruhen: Frieden und Sicherheit für Israel und Frieden und Gerechtigkeit für Palästina. Vorschläge zur Konfliktlösung liegen seit langer Zeit auf dem Tisch. Am meisten ausgearbeitet sind sie zum Beispiel in der „Genfer Initiative“:

- Auf der Grundlage der Beschlüsse der UNO, das heißt auf der Grundlage der Grenzziehung von 1967 werden zwei selbstständige lebensfähige Staaten entstehen. Diese erkennen einander völkerrechtlich an, verzichten auf Gewalt und unterbinden Gewalt gegeneinander. Die Grenzen und der Gewaltverzicht werden gegenseitig und international garantiert und durchgesetzt. Ein Gefangenenaustausch ist unverzichtbar.
- Die israelischen Siedlungen im Westjordanland werden geräumt, ein gegenseitiger Gebietsaustausch ist möglich. Die Grenzen werden geregelt für Menschen – immerhin arbeiten Tausende Palästinenserinnen und Palästinenser in Israel – und für Waren durchlässig gemacht.
- Ost-Jerusalem wird die Hauptstadt des palästinensischen Staates. Es wird eine Internationalisierung des Zugangs zu den Heiligtümern der Weltreligionen in Jerusalem vereinbart.
- Vereinbarungen sind ebenfalls über die Verteilung von Wasser, der wichtigsten Naturressource in der Region, zu treffen.

Schwierig zu regeln ist die Flüchtlingsfrage. Immerhin handelt es sich um rund 1,5 Millionen palästinensische Flüchtlinge. Ein Rückkehrrecht nach Israel, wie es viele Palästinenser fordern, würde die Bevölkerungszusammensetzung des israelischen Staates mit gegenwärtig rund 7 Millionen Bürgerinnen und Bürgern grundlegend verändern. Das aber wird von israelischer Seite nicht akzeptiert. Die Lösung, die plausibel erscheint, ist die Anerkennung, dass den Palästinenserinnen und Palästinensern Unrecht geschehen ist; Entschädigungszahlungen an die Flüchtlinge und Vertriebenen sowie die Gewährung von Niederlassungsfreiheit in arabischen Ländern und in Europa. Hier ist die EU zur Hilfe gefordert.

Liebe Freundinnen und Freunde, in diesem Konflikt wird immer wieder Zuordnung und Entscheidung gefordert. Ich spreche für Frieden in der Region, Gewaltlosigkeit und Vernunft und in diesem Sinne für Israel und für Palästina. Dafür werbe ich um Unterstützung – in Gesprächen, auf Veranstaltungen und Kundgebungen, ebenso im Bundestag. Es gibt



dafür Unterstützung und es gibt Kritik. Die Kritik allerdings meist nicht für das, was ich sage, sondern dafür, wo ich es sage. Ich werde es dennoch auch weiter so halten.

Den Prozess von Annapolis durch eigenständige Initiativen unterstützen

Rede von Wolfgang Gehrcke im Bundestag zur Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE am 19. Juni 2008

Wenn es um den Nahen Osten geht, ist eine skeptische Haltung aus vielen Erfahrungen heraus immer angemessen. Bei meinen Gesprächen in Israel und Palästina, in Syrien, im Libanon und in Jordanien bin ich einer großen Skepsis zu den Ergebnissen der Konferenz von Annapolis begegnet. Nur wenige hofften auf wirkliche Veränderungen.

Trotzdem habe ich den Eindruck, dass jetzt die Dinge in Bewegung kommen. Der Waffenstillstand zwischen Israel und der Hamas, vermittelt durch die ägyptische Regierung, ist ein wichtiger Schritt. Er lässt hoffen, dass der Beschluss israelischer Siedlungen aus dem Gazastreifen endgültig eingestellt und endlich freie Bewegung für die Bewohnerinnen und Bewohner des Gazastreifens möglich wird. Der Gaza-Streifen muss mit Energie beliefert werden können, Lebensmittel und medizinische Betreuung erhalten. Gaza ist heute eine humanitäre Katastrophe.

Die von der türkischen Regierung vermittelten Gespräche zwischen Israel und Syrien und das israelische Angebot, direkte Gespräche mit dem Libanon aufzunehmen, lassen auch hier die Chance für eine politische Lösung am Horizont erscheinen. All das gibt Hoffnung.

In dieser Situation findet die Internationale Sicherheitskonferenz für Palästina in Deutschland statt. Es war eine richtige Entscheidung der Bundesregierung, zu dieser Konferenz einzuladen. Aber die Bundesregierung übernimmt damit auch eine hohe Verantwortung. Von der Sicherheitskonferenz in Berlin muss ein kräftiges Signal für die Nahost-Verhandlungen ausgehen. Endlich Frieden und Sicherheit im Nahen Osten!

Der Deutsche Bundestag kann ein eigenes Signal zur Unterstützung dieses Prozesses setzen. Deshalb unser Antrag. Deutschland sollte alles tun, dass aus dem Waffenstillstand im Gaza-Streifen ein Gewaltverzicht zwischen Israel und Palästina wird.

Ziel muss es bleiben, die Gründung eines souveränen, unabhängigen, demokratischen, zusammenhängenden und lebensfähigen palästinensischen Staates, der Seite an Seite mit einem in Sicherheit und Wohlstand lebenden Israel besteht, durchzusetzen. So formuliert es der Rat der Europäischen Union. Die LINKE stimmt diesem Ziel zu. Selbstverständlich möchten wir auch, dass sich die soziale Lage der Palästinenserinnen und Palästinenser verbessert.

Um dieses Ziel zu erreichen, das sollten wir Israel deutlich sagen, muss der Siedlungsbau auch um Ost-Jerusalem herum sofort gestoppt werden. Israel muss die mehr als 600 Kontrollpunkte im Westjordanland aufheben. Verhandlungen über einen Gefangenenaustausch sind sofort aufzunehmen.

Ein eigenständiger palästinensischer Staat erfordert

ebenso wie die Staatlichkeit Israels eine Klärung der Grenzfragen. Völkerrechtlich und mit vielen UN-Beschlüssen untermauert geht es um die Grenzen von 1967. Die palästinensische Seite hat mehrfach ihre Bereitschaft zu einem Gebietsaustausch deutlich gemacht. Völkerrechtlich ist auch klar, dass Ostjerusalem die Hauptstadt eines palästinensischen Staates werden muss.

Viele Experten machen immer wieder darauf aufmerksam, dass die Räumung der Golan-Höhen und damit die Klärung des Hauptpunktes der Differenzen zwischen Israel und Syrien kein wesentliches Problem der Sicherheit Israels mehr darstellt. Es geht vielmehr um die israelische Siedlungspolitik in den besetzten syrischen Gebieten und die Verteilung von Wasser. Auch hier gibt es genügend kreative Vorschläge, das Problem zu lösen. Hilfreich wäre es auf alle Fälle, wenn Syrien den Libanon völkerrechtlich anerkennen würde und seine Bereitschaft, die Scheeba-Farmen auch völkerrechtlich an den Libanon zu übergeben, damit untermauert. Diese Probleme gehören in den Komplex notwendiger Nahostregelungen.

In diesen Regelungskomplex Nahost gehört auch, dass alle Anschläge und Angriffe auf Israel und israelische Staatsbürger beendet werden. Nicht die Gewalt der Waffen, sondern die Bereitschaft zum Frieden muss die Oberhand gewinnen. Auch die Bildung einer palästinensischen Einheitsregierung könnte ein wichtiger Schritt auf dem Wege zu einer Friedenslösung im Nahen Osten sein. Um das zu erreichen, sind Gespräche mit Hamas und Hisbollah notwendig. Beide Gruppierungen müssen in den Friedensprozess einbezogen werden. Das hat die LINKE auch gegen heftigen Widerspruch im Bundestag immer wieder vertreten. Wir haben offensichtlich Recht gehabt, das zeigt nicht nur die Vereinbarung über eine Waffenruhe in Gaza, sondern auch der Umstand, dass Frankreich und viele andere Staaten mittlerweile direkt mit Hamas und Hisbollah sprechen. Ich erwarte nicht, dass die mit uns konkurrierenden Parteien sich selbst zugestehen, dass die Vorschläge der LINKEN vernünftig und zielführend waren, sondern dass die Bundesregierung und die Europäische Union endlich den Realitäten Rechnung tragen.

Für den Friedensprozess im Nahen Osten müssen vor allen Dingen die Zivilgesellschaften in Israel und Palästina gewonnen werden. Sie treffen letztendlich die Entscheidungen. Das zu befördern, darauf zielen die Vorschläge der LINKEN für ein deutsch-israelisch-palästinensisches Jugendwerk und für die notwendige Überarbeitung der Schulbücher in Israel und Palästina. Begegnungen der Menschen aus Israel, Palästina, dem Libanon und Syrien müssen in vielfältiger Form gefördert werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich verstehe sehr gut die Sorgen in Israel zum Atomprogramm des Iran. Ich nehme diese Sorgen auch sehr ernst. Es bedarf Sicherheitsgarantien für Israel und den Iran. Die Bundesregierung sollte sich endlich entscheiden, keine Rüstungsgüter in den Nahen Osten zu exportieren. Wer Rüstungsgüter liefert, ist Teil des Konfliktes und verschärft ihn sogar noch. Im Gegenteil: Die deutsche Politik muss auf eine Demilitarisierung des Nahen Ostens zielen. Auch deswegen hat die LINKE eine ständige Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Nahen Osten vorgeschlagen. Israel gewinnt nicht mehr Sicherheit, wenn eine Politik der Drohungen und der Sanktionen gegen den Iran fortgesetzt wird. Die Kriegsdrohungen des US-Präsidenten Bush müssen vom Tisch. Bundeskanzlerin Merkel hat



dem US-Präsidenten nicht widersprochen, als er in Deutschland genau die gegenteilige Position bezogen hat. Aufgabe deutscher Politik wäre es, den USA klipp und klar zu sagen, dass Deutschland sich mit aller Kraft jeglicher militärischer Abenteuer gegen den Iran widersetzen wird. Der Irak-Krieg darf sich nicht wiederholen. Ein Krieg gegen den Iran wäre eine Katastrophe und das Ende aller Bemühungen um eine friedliche Lösung des Nahostkonflikts.

Machtwechsel im Kreml: Eine Wahnachlese

Von Peter Linke, Leiter des Büros
der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Moskau

Am 2. März 2008 wurde der 42-jährige Dmitri Medwedew zum jüngsten Staatsoberhaupt Russlands seit 1917 gewählt. Für ihn votierten 52,5 Millionen Russinnen und Russen oder 70,28 Prozent aller Wahlberechtigten.

In jedem westlichen Land wäre dieses Wahlergebnis eine Sensation gewesen. Allerdings kann angesichts der Tatsache, dass es lange vor dem Wahltermin feststand (wofür das weitgehende elektronische Medienmonopol des Kreml ebenso wie die politisch-psychologische Dominanz des so genannten Putin-Plans gesorgt hatten), davon nicht wirklich die Rede sein. Im allgemeinen Siegesrausch ging unter, dass für Medwedew (wie seinerzeit für Wladimir Putin) nur eine hauchdünne Mehrheit der Wählerinnen und Wähler gestimmt hatte. Auch war es ihm nicht gelungen, das Resultat seines Ziehvaters, des amtierenden Präsidenten, aus dem Jahre 2004 (71,3%), zu erreichen. Oder jene 75,3 Prozent der Stimmen auf sich zu vereinigen, über die jene vier Kreml-Parteien („Einiges Russland“, „Gerechtes Russland“, „Zivile Kraft“ und „Agrarpartei“) summarisch verfügen, die seine Kandidatur unterstützt hatten. Für Beobachter wie den Politologen Dmitri Orlow Grund genug, in Medwedew noch keinen „nationalen Führer“ zu sehen.

Nach Angaben der Zentralen Wahlkommission lag die Wahlbeteiligung bei 69,8 Prozent, mit anderen Worten: an der Wahl beteiligten sich 74 849 260 Stimmberechtigte. Dies entspricht ungefähr dem Niveau der Präsidentschaftswahlen von 1996 (69,8%) und 2000 (68,7%) und liegt leicht über dem Ergebnis der letzten Duma-Wahlen 2003 (knapp 64%) und Präsidentschaftswahlen 2004 (64,3%).

Im jüngsten Wahlkampf bestätigte sich eine grundlegende Tendenz russischer politischer Wirklichkeit: Alle Anstrengungen der „Machtpartei“ zielten auf eine möglichst hohe Wahlbeteiligung. Auf den Straßen gab es so gut wie keine Portraits und Wahlaussagen Medwedews, nur den Hinweis darauf, dass „am 2. März die entscheidenden Wahlen des Landes“ stattfänden.

Russische Experten begegnen den offiziellen Angaben zur Wahlbeteiligung mit Skepsis. „Die Obergrenze der Wahlbeteiligung war bereits bei den Duma-Wahlen vergangenen Dezember erreicht“, so der Politologe Dmitri Oreschkin. Eine noch höhere Wahlbeteiligung sei für ihn Ausdruck erheblicher Einflussnahme seitens der Exekutive. Laut Oreschkin habe die Staatsmacht im gesamt-nationalen Maßstab die Möglichkeit, ihr genehmen Kandidaten mit einem Stimmen-Extra von

8 bis 12 Prozent unter die Arme zu greifen (Internetportal NEWSRU.COM).

Journalisten und Aktivisten oppositioneller politischer Parteien und gesellschaftlicher Organisationen sowie Menschenrechtler begannen noch während der Stimmabgabe über diverse Verletzungen des Wahlgesetzes in verschiedenen Regionen des Landes zu berichten.

Die meisten Beobachter bezeichnen das Abschneiden Gennadi Sjuganows als gelungen. Für den KPRF-Vorsitzenden stimmten 17,7 Prozent (13,2 Millionen Wählerinnen und Wähler). Gleichwohl lohnt es, zu vergleichen: 1996 erhielt der kommunistische Kandidat 40,3 Prozent der Stimmen und im Jahre 2000 – 29,2 Prozent. Bei den Duma-Wahlen im vergangenen Dezember freilich erreichte die KPRF lediglich 11,6 Prozent.

Am Vorabend der Wahlen hatten viele Beobachter das weitere politische Schicksal Sjuganows davon abhängig gemacht, ob er persönlich ein besseres Ergebnis als die Partei insgesamt erzielen werde. Nunmehr sind alle der Meinung, die Wahlergebnisse hätten dem Vorsitzenden der KP noch einige ruhige Jahre beschert. Gleichzeitig festigten die Wahlen die Position seines eventuellen Nachfolgers Iwan Melnikow, der Sjuganows Wahlstab geleitet hatte.

Im Unterschied zur Gesamtpartei 2007 bekam Gennadi Sjuganow die meisten Stimmen in landwirtschaftlichen Gebieten sowie in Regionen, die in den 90er Jahren zum so genannten roten Industriegürtel gezählt wurden. Bei den letzten Duma-Wahlen hatte die KPRF in den großen Städten (und hier vor allem den regionalen Hauptstädten) ihre beste Ernte eingefahren. Nach Meinung des Wahlforschers Alexander Kynew sei dies der Tatsache geschuldet gewesen, dass die Parlamentskampagne der Partei auf das gebildete Elektorat abzielte, während Sjuganow persönlich am besten in den Randgebieten angekommen sei.

Der Kandidat der Liberaldemokratischen Partei Wladimir Shirinowski erhielt 9,3 Prozent oder knapp 7 Millionen Stimmen und damit mehr als seine Partei während der letzten Duma-Wahlen, wodurch er seine Stellung als Kreml-freundlicher Nationalist festigen konnte.

Andrej Bogdanow, Vorsitzender der so genannten Demokratischen Partei, wirkte unfreiwillig wie die Karikatur eines „Demokraten“. Mit seiner wenig realistischen Forderung nach einer russischen EU-Mitgliedschaft dürfte er Russlands Liberalen einen Bärendienst erwiesen haben. Bemerkenswert, dass Bogdanow mit 1,3 Prozent (oder rund 970 000 Stimmen) deutlich unter jenen 2 Millionen Unterschriften lag, die er für seine Kandidatur zusammen bekommen musste. Gleichwohl bedeutet dies keine weitere Niederlage der Liberalen, da Bogdanow eher als Gegenfigur zu den bekannten, von den Wahlen ausgeschlossenen Rechtsliberalen Michail Kassjanow und Garri Kasparow in den Ring gestiegen war.

Bereits heute lässt sich einschätzen, dass von Medwedew keine schnelle Liberalisierung des politischen und wirtschaftlichen Lebens des Landes, eine neue Tauwetter-Periode zu erwarten ist. Auch wenn sich die Gesellschaft damit abgefunden hatte, war ihr das Fehlen ernsthafter Wahlkonkurrenz in den elektronischen Massenmedien bitter aufgestoßen. Ebenfalls nicht sehr wahrscheinlich: eine grundsätzliche Verbesserung der Beziehungen mit dem Ausland. Mit seiner skeptischen Reaktion auf die Wahlergebnisse hat der Westen bereits deutlich gemacht, Medwedew nicht noch einmal den

selben Vertrauensvorschuss wie seinerzeit Putin gewähren zu wollen.

Russlands designierter Präsident ist ein typischer Vertreter der neuen russischen Bürokratie, die den Westen kennt, ohne dessen offizielles Wertesystem gleich verinnerlichen zu wollen. Als Nationalkonservative begegnen sie dem Westen mit Misstrauen, sehen in ihm eher einen Konkurrenten denn einen Verbündeten. Putin konnte es sich nicht verkneifen, dies Angela Merkel in aller Offenheit mitzuteilen, als sie als erste westliche Regierungschefin dem neuen russischen Führungsduo Medwedew-Putin ihre Aufwartung machte: „Medwedew wird es weniger nötig haben, seine liberalen Ansichten unter Beweis zu stellen. Er ist im positiven Sinne kein schlechterer russischer Nationalist als ich, und mir scheint, unsere Partner werden es mit ihm nicht leichter als mit mir haben.“

Einmal mehr hat Russland einen rechtgläubigen Präsidenten gewählt. Im Unterschied zu seinem Amtsvorgänger hat Medwedew nie einen Hehl daraus gemacht, im Alter von 23 Jahren in einer St.-Petersburger Kirche getauft worden zu sein. Sein großes religiöses Interesse ist offensichtlich: Zunächst leitete er den präsidentialen Rat für die Entwicklung der Beziehungen mit religiösen Organisationen, später das entsprechende Organ innerhalb der Regierung. In letzter Zeit wird sein Name im Zusammenhang mit Gesetzesentwürfen über die weitreichende Rückführung von einst verstaatlichtem kirchlichem Eigentum genannt, deren Realisierung die Russisch-orthodoxe Kirche über Nacht zu einem der größten Grundbesitzer Russlands machen würde. Ebenfalls sehr engagiert in religiösen Angelegenheiten: Medwedews Frau Swetlana, der seit vergangenem Jahr die Leitung des gemeinschaftlich von Kirche und Staat realisierten Programms „Die geistig-ethische Kultur der heranwachsenden Generation“ obliegt, wofür sie von Patriarch Alexij II bereits eine hohe kirchliche Auszeichnung erhalten hat.

Was also ist von Medwedew zu erwarten? Vor allem sollte er als realer Präsident wahrgenommen werden, der das Land tatsächlich regiert. Gleichzeitig kann davon ausgegangen werden, dass er das System, das unter seinem Vorgänger entstanden ist, nicht demontieren wird. Wahrscheinlich wird er das Putinsche Modell der Wechselbeziehungen von staatlicher Bürokratie und Wirtschaft weiter nutzen, auch wenn tiefgreifende personelle Veränderungen nicht ausgeschlossen werden können. Oder wie es der Politologe Wladimir Milow mit einem lachenden und einem weinenden Auge formulierte: „Veränderungen sind unausweichlich, Hoffnungen auf eine Wende zum Besseren jedoch verfrüht ...“

Die Ukraine auf dem Weg in die NATO

Von Manfred Schünemann, Vizepräsident des Verbandes für Internationale Politik und Völkerrecht;
aus: *Quo vadis, Ukraina?*, RLS Sachsen, Leipzig 2008

In den zurückliegenden Jahren hat sich in der ukrainischen Außenpolitik immer stärker die euroatlantische Orientierung als Hauptrichtung ausgeprägt. Da eine EU-Mitgliedschaft im überschaubaren Zeitraum kaum realistisch ist, konzentrieren sich die ukrainischen Bemühungen vorrangig auf eine NATO-Mitgliedschaft. Entgegen der Mehrheitsmeinung der Bevölkerung war dieser außenpolitische Kurswechsel noch von der Kutschma – Administration vollzogen worden. Im Mai 2002 fasste der Nationale Sicherheitsrat einen Beschluss über den „Beginn des Beitrittsprozesses zur NATO“ und Präsident Kutschma erklärte in seiner Jahresbotschaft an die Werchowna Rada die Politik der „Europäischen Wahl“ zur „strategischen“ Linie der Außenpolitik. Dieser Kurswechsel führte bis zu den Präsidentenwahlen 2004 zu scharfen Auseinandersetzungen zwischen den politischen Lagern. KPU, SPU und Teile der damaligen "Parteien der Macht" (Demokratische Volkspartei; Vereinigte Sozialdemokraten u. a.) lehnten in Übereinstimmung mit der breiten Masse der Bevölkerung den Kurswechsel ab und verwiesen auf die negativen Folgen für das Verhältnis zu Russland.

Mit dem politischen Machtwechsel Anfang des Jahres 2005 wurde die Politik der Westorientierung weiter forciert, führte aber auf Grund der Mehrheitsverhältnisse im Parlament bis zu den vorgezogenen Parlamentswahlen im September 2007 nicht zum gewünschten Ergebnis, eine neue Phase im Beitrittsprozess zur NATO einzuleiten. Erst das mühsam geschmiedete Regierungsbündnis zwischen dem Juschtschenko-Lager und dem Block Julia Timoschenko setzte sich Anfang 2008 über den Bevölkerungswillen hinweg und erklärte in einem Schreiben an NATO-Generalsekretär Jaap de Hoop Scheffer offiziell das Interesse, möglichst schon bei der NATO-Ratstagung im April 2008 die Ukraine in den Aktionsplan für die NATO-Mitgliedschaft (Membership Action Plan, MAP) einzubeziehen und damit den offiziellen Beitrittsprozess zu beginnen. So sollten rasch vollendete Tatsachen geschaffen werden, bevor die jetzige Koalition an inneren Widersprüchen wieder zerbrechen und das Vorhaben – wie schon im Frühsommer 2005 – erneut misslingen könnte. Bekanntlich hatte Präsident Juschtschenko den jetzigen Schritt bereits für den Frühsommer 2005 geplant. Das Vorhaben kam aber wegen der ablehnenden Haltung des damaligen Parlamentspräsidenten Olexandr Moros, dem Vorsitzenden der SPU, nicht zustande, der an dieser Frage die schon vereinbarte Koalition mit dem Block Julia Timoschenko (BJUT) und der Juschtschenko-Partei „Unsere Ukraine“ platzen ließ. Stattdessen ging er eine Koalitionsvereinbarung mit der Partei der Regionen (PdR) und den Kommunisten ein, und der damalige Ministerpräsident Viktor Janukowitsch stoppte dann im September 2005 bei seinem Besuch in Brüssel den schon vorbereiteten NATO-Ratsbeschluss.

Eine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine hätte weitreichende geopolitische Folgen. Es käme zu einer grundlegenden Änderung des militärischen und politischen Kräfteverhältnisses in der gesamten Region. Darauf hat das russische Außenministerium in einer Stellungnahme zu dem Brief der ukrai-



nischen Führung an den NATO-Generalsekretär nachdrücklich hingewiesen und zugleich betont, dass eine „mögliche Integration der Ukraine in die NATO die vielseitigen russisch-ukrainischen Beziehungen ernsthaft belasten würde“. Russland sähe sich gezwungen, „adäquate Maßnahmen“¹ zu treffen. Nun kann Russland selbstverständlich nicht die souveräne Entscheidung seines Nachbarlandes verhindern – auch über den Beitritt der Ukraine zur westlichen Militäralianz entscheiden ausschließlich das Beitrittsland und die Mitgliedsländer der NATO – jedoch ist es mehr als verständlich, dass Russland bei einer solchen Entwicklung seine sicherheitspolitischen Interessen berührt sieht. Moskau wird kaum bereit sein, Vorzugspreise und -bedingungen für russische Energieträgerlieferungen zu vereinbaren, wenn gleichzeitig die NATO bis an das russische Kerngebiet vorrückt. Aber nicht nur die Versorgung mit Erdgas und Erdöl würde sich weiter verteuern und die ukrainische Wirtschaft erheblich belasten. Auch Landwirtschaft und Maschinenbau, die traditionellen Exportbranchen im Handel mit Russland, müssten sich nach neuen Absatzmärkten umschauen. Völlig offen wäre zudem die Zukunft der ukrainischen Rüstungsindustrie, die weitgehend auf die Kooperation mit Russland angewiesen ist und bisher (neben lukrativen Exporten) die ukrainische Armee mit Waffen und Militärtechnik versorgt. Mit Beginn des Beitrittsprozesses soll nunmehr eine forcierte Umrüstung auf NATO-Standards erfolgen, was vor allem der US-amerikanischen Rüstungsindustrie einen zusätzlichen Absatzmarkt verschafft.

Die europäischen NATO-Staaten reagierten auf den von den USA inszenierten und protegierten offiziellen Beitrittswunsch der ukrainischen Führung differenziert, so dass auf der Bukarester NATO-Ratstagung (April 2008) kein formaler Beschluss über die Einbeziehung der Ukraine in das Aktionsprogramm für den NATO-Beitritt (MAP) gefasst werden konnte. Während die „neuen“ NATO-Länder Mittel/Osteuropas und Kanada die Position der USA unterstützten, lehnten acht westeuropäische Mitgliedsländer einen sofortigen Beitrittsstatus für die Ukraine und Georgien ab. Besonders Frankreich und Deutschland sprachen sich dafür aus, die Entscheidung auf einen späteren Zeitpunkt zu vertagen. Übereinstimmend bezeichneten sowohl Frankreichs Präsident Nicolas Sarkozy als auch Bundeskanzlerin Angela Merkel den Wunsch der Ukraine (und Georgiens), Mitglied der NATO zu werden, als „legitim“, aber zum gegenwärtigen Zeitpunkt für noch zu „früh“.²

Auf Drängen der USA wurde aber in der Bukarester Deklaration ausdrücklich die Übereinstimmung aller Mitgliedsländer verankert, dass „beide Länder NATO-Mitglieder werden“ und ihre Einbeziehung in den MAP „der nächste Schritt auf dem direkten Wege zur Mitgliedschaft“ sei. Die Entscheidung darüber wurde an die Außenminister delegiert, die bereits im Dezember 2008 einen ersten Zwischenbericht erörtern sollen.³ Mit diesen Entscheidungen ist für die Ukraine der Weg zur NATO-Mitgliedschaft geöffnet, lediglich der Zeitpunkt noch nicht definiert. Präsident Viktor Juschtschenko bezeichnete deshalb die Bukarester Beschlüsse auch als „historisch“ und die „Erwartungen übertreffend“. Der weitere Weg zur NATO-Mitgliedschaft sei „in gewisser Weise eine politische Formalität“.⁴

Trotzdem bleibt die weitere Entwicklung offen. Sie hängt wie bisher sowohl von der innenpolitischen Stabilität und dem politischen Kräfteverhältnis in der Ukraine ab, als auch

von den internationalen Rahmenbedingungen und insbesondere vom Verhältnis zwischen Russland und den USA. Der Vorschlag des russischen Präsidenten Dmitri Medwedew, ein zeitliches Moratorium für Entscheidungen zu den wichtigsten internationalen Streitpunkten (Kosovo; NATO-Erweiterung; Raketenabwehr) zu vereinbaren, dürfte zumindest bis zur Formierung der neuen US-Administration nach den Präsidentenwahlen realistisch sein.

In der Ukraine deutet sich inzwischen eine Fortsetzung der politischen Auseinandersetzungen an. Die bisherige Koalition zwischen Präsidentenlager und den Anhängern von Ministerpräsidentin Julia Timoschenko zerfällt immer mehr, so dass erneute Parlamentswahlen und vorgezogene Präsidentenwahlen nicht auszuschließen sind. Entscheidungen über eine NATO-Mitgliedschaft dürften in dieser Zeit verfassungsrechtlich kaum möglich sein, zumal sich an der ablehnenden Grundhaltung der Mehrheit der Bevölkerung nichts geändert hat.

Auch die Differenzen innerhalb NATO dürften auf Grund divergierender Interessen nicht geringer werden. Die meisten westeuropäischen Länder sind – nicht zuletzt zur Sicherung der Erdöl- und Erdgasimporte – an guten Beziehungen zu Russland interessiert. Die deutsche Position wird trotz gewisser Zugeständnisse an den Bündnispartner USA auch künftig davon getragen sein, keine zusätzlichen Belastungen im Verhältnis zu Russland entstehen zu lassen. Das betonte Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier, als er zur möglichen NATO-Mitgliedschaft der Ukraine erklärte: „Dieser Prozess darf unsere Bemühungen um eine gesamteuropäische Friedensordnung nicht konterkarieren ... Es geht darum, Bedingungen zu schaffen, die eine weitere Annäherung der Ukraine ermöglichen, ohne dadurch neue Konfliktlinien aufzureißen.“⁵

Die äußeren Bedingungen haben sich für die Ukraine seit Erlangung der Unabhängigkeit nicht grundsätzlich verändert, wenn auch durch die Ausdehnung von EU und NATO bis an die Grenzen der Ukraine auf der einen und die wiedergewonnene Stärke Russlands auf der anderen Seite eine Modifizierung der Rahmenbedingungen erfolgte. Die Ukraine bleibt für einen längeren Zeitraum wirtschaftlich und politisch in ihrer Zwischenlage zwischen Russland und dem Westen. Im überschaubaren Zeitraum gibt es für die Ukraine weder eine realistische Beitrittsperspektive zur EU, noch kann die bisherige Erweiterungspolitik der EU in Bezug auf die Ukraine einfach fortgeschrieben werden. Die EU und die Ukraine können deshalb die bevorstehende längere Zeitperiode einer Nachbarschaft zu nutzen, um nach neuen Integrationsmodellen zu suchen.

Erste Überlegungen gehen davon aus, für die Ukraine einen Weg zu konzipieren, der nicht Vollintegration in die EU und Abgrenzung von Integrationsstrukturen im postsowjetischen Raum zum Ziel hat, sondern eine bi-integrative Bindung ermöglicht. Einen gewissen Rahmen für solche Entwicklungen bietet das Partnerschaftskonzept der EU. Es ermöglicht auf wirtschaftlichem Gebiet die Schaffung einer Freihandelszone im erweiterten europäischen Raum und eröffnet auch Möglichkeiten für eine Teilnahme an Entscheidungen der Gemeinschaft zur Außen- und Sicherheitspolitik. Das Partnerschaftskonzept bietet darüber hinaus die Chance, das außerordentlich sensible Verhältnis Ukraine-Russland-EU auf eine neue Grundlage zu stellen. So könnte die Partnerschaftsgruppe Russland, Belarus, die Ukraine und

Moldova einen organisatorischen Rahmen für das Zusammenwirken mit der EU und für das gemeinsame Agieren innerhalb der EU-Gremien bilden. Zugleich stärkt das EU-Partnerschaftskonzept die Positionen der beteiligten Länder in ihrem Verhältnis zu Russland.

Für die Ukraine könnte eine solche Entwicklung zugleich die Auflösung des Grundwiderspruchs – Westorientierung oder Ostbindung – bedeuten. Denn objektiv kann es für die Ukraine nicht um eine Entscheidung entweder Integration in die westlichen/europäischen Bündnisstrukturen oder Bindung an Russland gehen, sondern stets nur um ein ausgewogenes Verhältnis zwischen beiden Richtungen. Jede einseitige Orientierung entspricht nicht den ökonomischen, sicherheitspolitischen und geistig-kulturellen Rahmenbedingungen und widerspricht sowohl den nationalen Interessen als auch der Stabilität und Sicherheit in der Region. Die Beachtung dieser Grundmaxime durch alle Machtgruppierungen im Innern und durch das Ausland würde viel zur inneren und äußeren Stabilität der ukrainischen Staatlichkeit beitragen und somit im ukrainischen und europäischen Interesse liegen.

Die Ukraine benötigt nach der Verwirklichung der Eigenstaatlichkeit und den Jahren eines grundlegenden Gesellschaftswandels noch einen längeren Zeitraum, um die komplizierten inneren Probleme zu lösen, dauerhafte Stabilität zu finden und ihren Platz in der europäischen Staatengemeinschaft zu definieren. Übereilte Entscheidungen im Inneren und einseitige Einflussnahmen von Außen sind in diesem Prozess nicht förderlich, sondern begünstigen Instabilität und innere Krisen bis hin zur Gefährdung der ukrainischen Staatlichkeit.

Anmerkungen

- 1 Vgl. Erklärung des Außenministeriums der Russischen Föderation v. 22.1.2008, www.mid.ru/brp_4.nsf.
- 2 Vgl. „Djen“ v. 4.4.2008, Internetausgabe (Russ.), www.day.kiev.ua.
- 3 Vgl. NATO Press Release (2008)049: Bucharest Summit Declaration – 3. April 2008, www.nato.int/doc/pr/2008/p08-049e.html.
- 4 Vgl. Presseerklärung von Präsident V. Juschtschenko in Bukarest, 4.4.2008 (Russ.), www.ictv.ua.
- 5 Rede von Bundesaußenminister Dr. Frank-Walter Steinmeier anlässlich einer Podiumsdiskussion bei der Willy-Brandt-Stiftung am 4.3.2008, www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Infoservice/Presse/Reden.

Verfangen in der „multikulturellen Demokratie“

Von Holger Politt, Leiter des Büros der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Warschau; aus: www.rosalux.de

Das Zusammenleben der verschiedenen ethnischen Bevölkerungsteile Estlands soll nach Maßgabe der Verantwortlichen in der Regierung Estlands nach dem Modell einer „multikulturellen Demokratie“ funktionieren.

Mittlerweile sind nach der Erklärung der Unabhängigkeit bereits etliche Jahre Demokratie am südlichen Ufer des Finnischen Meerbusens ins Buch der Zeitgeschichte gewandert, doch ein wirklicher Durchbruch auf dem Weg zu einem gleichberechtigten und achtungsvollen Miteinander der verschiedenen ethnischen Bevölkerungsgruppen ist wohl noch nicht in Sicht. Auch der Beitritt des Landes zur Europäischen Union vor vier Jahren hat in dieser Hinsicht nur mäßige Fortschritte

gebracht. Der hohe Standard, den die Europäische Union in Fragen der Gleichberechtigung ethnischer oder nationaler Minderheiten weithin an den Tag legt, ist in Estland längst noch nicht gelebte Wirklichkeit. Umso auffälliger ist also der Kontrast zwischen den beiden Ufern des Finnischen Meerbusens. Während Finnland in Hinsicht Schutz und Gleichberechtigung der nationalen Minderheiten als vorbildlich gilt, muss sich Estland noch immer sehr kritische Blicke gefallen lassen. In den Chor der Fragenden stimmten Anfang April 2008 auch die Mihkel-Martna-Stiftung und die Rosa Luxemburg Stiftung ein, die unter dem Titel „Multikulturelle Gesellschaften in der Europäischen Union“ zu einem Seminar mit internationaler Beteiligung nach Tallinn luden.

„Multikulturelle Demokratie“, so Raivo Vettik von der Tallinner Universität in seinen Ausführungen, betont auf ausdrückliche Weise Gruppenrechte, die im klassischen liberaldemokratischen Verständnis so nicht berücksichtigt seien. Auf den wichtigen Aspekt, wonach Demokratie im liberalen Verständnis immer zugleich Begrenzung der Mehrheitspositionen bedeute, ging er nicht ein. Vettik, der einer der Verfasser der Nationalitätenpolitik Estlands ist, verwies dann auf das besondere Gebot des Schutzes des Estentums, also der estnischen Kultur und Sprache. Dieser Schutz könne in ausreichendem Maße nur in Estland selbst erfolgen, weshalb das Land eine besondere Verantwortung wahrnehmen müsse. Aus diesem Gebot entspringe etwa der besondere Schutz der estnischen Sprache, wie er in Form eines Sprachengesetzes seinen Ausdruck finde. Da, wie es die Geschichte zeige, nur die Titulargruppe ausreichende Verantwortung für estnische Kultur wahrnehmen könne, sei ihre spezifische Rolle begründbar. Der Staat komme seiner Verpflichtung, über die Einhaltung des „kulturellen Pluralismus“ zu wachen, nach, indem er dafür Sorge, dass sich alle anderen ethnischen Gruppen gleichberechtigt beim Aufbau und der Gestaltung der allen gemeinsamen Aufgaben einbringen können. Diese Aufgaben beträfen wichtige demokratische und gesellschaftliche Institutionen, den Bildungsbereich, die Ausbildung der gegenseitigen Toleranz und Achtung.

Rafik Grigorjan, Vorsitzender der Kammer für die ethnischen Minderheiten in Estland und selbst Armenier, brachte aus Sicht der ethnischen Minderheiten eine kritische Bestandsaufnahme der Nationalitätenpolitik Estlands zur Sprache. In einer ersten Phase, die von 1991 bis 1995 dauerte, sei es um die Wiederherstellung der nationalen politischen und gesellschaftlichen Institutionen gegangen, ein Prozess folglich, der die Kontinuität zur unabhängigen Republik Estland in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen betonte. Die Hoffnung einiger einflussreicher Politiker Estlands, dass die nichtestnische Bevölkerung freiwillig ausreisen werde, sei nicht in Erfüllung gegangen, denn über 90 Prozent aller nichtestnischen Einwohner Estlands seien – gemessen am Stand vor der Unabhängigkeitserklärung von 1991 – geblieben. Die Versuche, diese Bevölkerungsteile im Zusammenhang mit dem als Okkupation gewerteten Zeitabschnitt von 1940 bis 1991 moralisch und rechtlich ins Abseits zu stellen, riefen die Kritik von UN-, EU- und KSZE-Einrichtungen hervor. In der zweiten Phase 1996 bis 1999 sei unter dem Druck der Europäischen Union mit der Übernahme allgemein anerkannter Standards begonnen worden, in deren Genuss allerdings nur die Bürger mit Staatsbürgerschaft gekommen seien. Entscheidende Kriterien, um in den Besitz der estnischen Staatsbürgerschaft zu gelangen, seien das richtige Geburts-



datum oder staatlich geprüfte Kenntnisse der estnischen Sprache gewesen. Zugleich habe in dieser Phase die verstärkte Vertreibung nichtestnischer Menschen aus dem Bereich des öffentlichen Dienstes eingesetzt. In der dritten Phase, die von 2000 bis zu den Ereignissen um das Tallinner Denkmal des Sowjetsoldaten im April/Mai 2007 reichte, sei verstärkt der Begriff der Integration gebraucht worden, was sich formal vor allem darauf bezog, gemeinsam und gleichberechtigt an der Gestaltung und Entwicklung der estnischen Gesellschaft mitzuarbeiten. Zu Beginn dieser Phase seien 80 Prozent der Nichtesten zur Integration bereit gewesen. Dennoch seien die Ergebnisse begrenzt und eher enttäuschend. Im öffentlichen Dienst habe es keine spürbare Umkehr der in den Vorjahren sich abzeichnenden Tendenz gegeben. Auch der Beitritt zur Europäischen Union habe keinen Durchbruch gebracht. Die Eskalationen im Zusammenhang mit der Abtragung des Soldatendenkmals vor Jahresfrist hätten das Scheitern des bisherigen Integrationsweges angezeigt, insbesondere weil die Enttäuschung vor allem bei den jüngeren Menschen manifest ist. Die Hilflosigkeit der staatlichen estnischen Behörden habe sich darin geäußert, dass in erster Linie Schuldige im Ausland gesucht wurden, was sehr an die in sowjetischen Zeiten verbreitete Logik erinnere. Vom Scheitern eines Konzepts sprach übrigens auch Raivo Vettik, der meinte, dass Estland einen hohen Preis für die Auseinandersetzungen um das Denkmal des Rotarmisten werde zahlen müssen.

Vor diesem Hintergrund waren die Ausführungen von Eva-Maria Asari aus dem Ministerium für Nationalitätenpolitik von besonderem Interesse, wagte sie doch einen Ausblick bis zum Jahr 2013. Langfristige Hauptziele der Nationalitätenpolitik der estnischen Regierung seien demzufolge die Verdichtung der Kontakte zwischen den Menschen unterschiedlicher Nationalität, die spürbare Erhöhung des Anteils russischsprachiger Menschen im öffentlichen Dienst, die Stärkung des Vertrauens zwischen den Bürgern unterschiedlicher Nationalität und der schrittweise Abbau sozialer Unterschiede, die sich bisher insbesondere auf dem Arbeitsmarkt bemerkbar machten. Ein wichtiges Mittel zum Erreichen dieses letzten Zieles seien die Fortschritte beim Erlernen und Beherrschen der estnischen Sprache, wofür in den kommenden Jahren vermehrt finanzielle und logistische Mittel eingesetzt werden sollen. Estland, so ihre Botschaft, sei ein Staat aller Bürger des Landes, die gemeinsam Sorge tragen müssten, dass es diesem Staat gut gehe. Alle Bürger Estlands hätten das Recht, ihre kulturelle und nationale Identität zu wahren.

Alina Petropawlowskaja aus Lettland und Tatjana Michnjo-wa aus Litauen spiegelten die Lage in Estland vor den Erfahrungen ihrer beiden Länder, die bei ähnlichen Ausgangsbedingungen zum Teil unterschiedliche Wege eingeschlagen haben. Im Bericht der Aktivistin der Jugendorganisation „Für die Menschenrechte im einheitlichen Lettland“ wurden Parallelen zur Situation in Estland deutlich. So sei die russische Sprache im öffentlichen Raum diskriminiert, was zur Folge habe, dass viele Menschen nicht die Möglichkeit besäßen, bei Rechtsgeschäften ihren Namen in der Muttersprache zu schreiben. Sie fasse die Vorschrift, den Namen in der lateinischen Schriftvariante schreiben zu müssen, als Diskriminierung auf. Seit der Schulreform von 2004 werde auch im Bildungswesen die russische Sprache eher zurückgedrängt als gefördert. Hoffnungsvolle Ansätze seien hingegen vor allem

dort zu bemerken, wo die öffentliche Hand weniger bedeutend ist.

Die Vorsitzende des litauischen „Koordinierungsrats russischer gesellschaftlicher Organisationen“ verwies indes auf andere Erfahrungen, denn in Litauen sei die Situation für die russischsprachigen Menschen wohl bereits deutlich besser als in Lettland oder Estland. Die Kenntnis der litauischen Sprache sei für das Wirken im öffentlichen Raum nicht ganz so ausschlaggebend wie die Sprachkenntnisse des Estnischen oder Lettischen in den beiden anderen Ostseerepubliken. Wichtiger seien Kenntnisse politischer Techniken, deren Anwendung durch die Menschen auch sehr gut innerhalb der Strukturen der nationalen Minderheiten gelernt werden könnte. Demzufolge sei die Präsenz russischsprachiger Menschen im öffentlichen Dienst gemessen am Anteil an der Gesamtbevölkerung auch sehr viel höher als in Lettland und Estland. Da es mit der polnischen Minderheit in Litauen eine dritte große Bevölkerungsgruppe gebe und Polen und Litauen gemeinsam EU-Mitglieder geworden seien, zugleich in Polen eine litauische Minderheit anerkannt sei, wäre die Situation für nationale und ethnische Minderheiten in Litauen von vornherein günstiger gewesen. Dies äußere sich auch im Staatsbürgerschaftsgesetz Litauens, welches auf einem sehr pragmatischen und praktikablen Ansatz beruhe.

Erfahrungen anderer EU-Länder stellten Martin Franc (Prag), Heiko Kosel (Bautzen) und Ivo Georgiev (Berlin) vor. Martin Franc, Vorstandsmitglied der tschechischen „Gesellschaft für den Europäischen Dialog“, skizzierte die Situation der nationalen und ethnischen Minderheiten in Tschechien und konzentrierte sich insbesondere auf die Lage der Roma. Heiko Kosel, Mitglied des Sächsischen Landtags für die Partei DIE LINKE, bekennender und engagierter Vertreter der sorbischen Minderheit in Deutschland, stellte anhand gut nachvollziehbarer Beispiele heraus, wie wichtig es sein könne, im Ringen um die Rechte von Minderheiten auf die Sympathien unter den Bürgern der Mehrheitsgesellschaft zu achten. Der Streik für den Erhalt sorbischer Schulen in Sachsen habe seinerzeit sehr viel Unterstützung und Sympathie bei den Deutschen gefunden. Ivo Georgiev, Rosa Luxemburg Stiftung Berlin, beschrieb die Lösung des lange Zeit schwellenden und teils handgreiflichen Konfliktes zwischen Bulgaren und türkischer Minderheit in Bulgarien als einen Erfolg durch Institutionalisierung. Bereits lange vor dem EU-Beitritt des Landes sei dieses Konfliktfeld, welches in den 1980er Jahren durch eine Bulgarisierungspolitik eskalierte, im Interesse des Landes in stabile und konstruktive Bahnen gelenkt worden. Alle drei stellten insbesondere den Wert friedlicher, einvernehmlicher Lösungswege heraus.

An der Veranstaltung in Tallinn nahmen überwiegend russischsprachige Menschen teil, was ein kleiner Hinweis darauf ist, dass die kritische Sicht auf die gegenwärtige Situation im Bereich der Nationalitätenpolitik Estlands zunächst von den unmittelbar Betroffenen artikuliert wird. Ausdruck dessen war auch die Tatsache, dass über die Tagung im öffentlich-rechtlichen Fernsehen Estlands informiert wurde, allerdings nur in der russischsprachigen Hauptnachrichtensendung. Auf Estnisch erfuhr das Fernsehpublikum darüber nichts.



Barack Obama und die US-Präsidentenwahl 2008

Von Mark Solomon, Kovorsitzender der Korrespondenzkomitees für Demokratie und Sozialismus (CCDS – USA)

„Es ist sehr schwer, gegen eine Bewegung anzugehen.“ Das erklärte Vernon Jordan, ein Freund und führender Unterstützer Hilary Clintons und meinte damit Barack Obamas Wahlkampf um die US-Präsidentschaft.

Dieser Satz kann wörtlich genommen werden. Das wichtigste Element des Aufstiegs von Barack Obama besteht darin, dass seine Kandidatur auf einer potenziell starken neuen Bewegung aufbaut, die landesweit eine progressive Mehrheit zusammenbringen kann.

Diese in der Entstehung begriffene Bewegung, die vor allem von jüngeren Wählern getragen wird, speist sich aus dem Ärger und der Empörung über George W. Bushs Amtszeit, deren Markenzeichen ein verlustreicher, völkerrechtswidriger Krieg, verbrecherische Ignoranz gegenüber dem Klimawandel, Angriffe auf die amerikanische Verfassung, eine Steuer- und Wirtschaftspolitik im Interesse der Superreichen auf Kosten des Mittelstandes und der Arbeiterklasse sowie eine Reihe von Skandalen waren, die allein ausgereicht hätten, um Bush aus dem Amt zu vertreiben. Gegenwärtig haben wir in den USA eine wachsende Wirtschaftskrise, die auf den Zusammenbruch des Immobilienmarktes und den unaufhaltsam steigenden Ölpreis zurückgeht. Alle diese Faktoren signalisieren eine grundsätzliche Verschiebung der amerikanischen Politik von Rechts nach Mitte-Links, die möglicherweise historische Ausmaße annimmt.

Barack Obama ist ein attraktiver, eloquenter und begabter Politiker. Der frühere Sozialarbeiter unter arbeitslosen Stahlarbeitern in Chicago, der Menschenrechtsaktivist und progressive Senator des Staates Illinois hat den starken Drang im Lande nach Veränderung erkannt. Er hat „change“ – Veränderung – zum Leitmotiv seines Wahlkampfes gemacht. Die Resonanz bei den Wählern ist so stark, dass die meisten anderen Kandidaten beider Parteien diese Losung inzwischen imitieren. Obama verbindet die Losung von der Veränderung mit dem Streben nach Aufbau einer Bewegung, wenn er erklärt: „Veränderung kommt nicht von oben. Sie muss von unten herbeigeführt werden.“

Obama selbst ist inzwischen die Verkörperung des „change“, sein Symbol geworden. Mit einem Kenianer als Vater und einer weißen Amerikanerin als Mutter sieht er sich selbst als Afroamerikaner in einem Land mit der allgegenwärtigen, wenn auch nicht immer fassbaren Tradition eines weißen Rassismus. Aber er achtet sorgfältig darauf, nicht als Kandidat der Schwarzen gesehen zu werden. Lieber stellt er sich als „Jedermann“ jenseits von Rasse, Klasse und Geschlecht dar, der in der Lage ist, die Gemeinsamkeiten von Demokraten, Republikanern und Unabhängigen in den Vordergrund zu stellen. Sein Thema ist die Wiederherstellung der „Einheit der Nation“. Er argumentiert, die Mehrheit im Lande habe den Hickhack zwischen den beiden großen Parteien, zwischen konservativen „roten“ und liberalen „blauen“ Staaten, zwischen Männern und Frauen, zwischen Schwarz und Weiß, zwischen Homos und Heteros, ja sogar zwischen Arm und Reich gründlich satt. Er vermeidet es, ideologisch zu argumentieren. Wenn er zum Beispiel das Recht auf medizinische Versorgung, auf Gewerkschaften oder auf Schutz

vor erpresserischen Hypothekenverleihern einfordert, dann spricht er über kollektiven Willen und über die Schaffung von Gemeinschaften über alle ideologischen Unterschiede hinweg. Die Losung von der „Einheit“ suggeriert, dass die Politik nur falsch gemacht wird, nicht dass sie den Großkonzernen und der Militärmacht USA dient.

Jedoch Obamas Streben nach Einheit findet Resonanz unter breiten Wählerschichten, die von der Lähmung der amerikanischen Politik frustriert sind, aber die Verantwortung dafür noch nicht klar bei der obstruktionistischen republikanischen Rechten und bei den vielen Demokraten sehen, die sich in der Vergangenheit mit der Blockierung jeglichen Fortschritts durch die Rechten arrangiert haben.

Erst in jüngster Zeit beginnt Obama über ideologische und politische Fronten hinweg einen Unterschied zu machen zwischen bewussten Gegnern wie der Unternehmerlobby und rechten Fanatikern einerseits sowie „gutwilligen“ Republikanern und Unabhängigen andererseits, mit denen Demokraten und Progressive zwar philosophische Differenzen haben können, deren Unterstützung ihm aber willkommen ist. Damit baut er Brücken für Konservative, die die Herrschaft der Ultrarechten unter Bush satt haben. Die könnten ihn unterstützen, ohne sich von ihren konservativen Werten lossagen zu müssen. Umfragen zeigen, dass nun bestimmte Gruppen von Republikanern und Unabhängigen sich wesentlich stärker auf Obama orientieren als auf seine demokratische Haupttrivale Hilary Clinton.

Die bleibt Obamas wichtigste Herausforderung auf der demokratischen Seite. Sie hält dessen Drang nach Veränderung ihre größeren Erfahrungen entgegen. Sie versucht beides miteinander zu verbinden, indem sie erklärt, ihre reicheren Erfahrungen seien wesentlich, um Veränderung herbeizuführen. Und als erste Frau in der Geschichte des Landes die mit realen Chancen zur Präsidentschaftswahl antritt, kann auch sie für sich in Anspruch nehmen, dass ihre Kandidatur einen historischen Wendepunkt in der US-Politik darstellt. Aber Hilary Clinton ist Vertreterin des unternehmerorientierten zentristischen Flügels der Demokratischen Partei. Unter dem Druck sexistischer männlicher Kritiker, zu beweisen, dass sie auch eine entschlossene Oberbefehlshaberin der Streitkräfte wäre, setzt sie sich für eine Erhöhung der Militärausgaben ein und demonstriert Feindseligkeit gegenüber Iran, Venezuela, Kuba und anderen Staaten, die von der US-Politik als Gegner angesehen werden. Hilary Clintons Zustimmung zum Irak-Krieg von Präsident Bush und zur Charakterisierung der republikanischen Garde des Iran als terroristisch zeigt ihre aggressive Einstellung, selbst wenn sie angesichts der starken Friedensstimmung im Lande verspricht, einen Zeitplan für den Rückzug der amerikanischen Truppen aus dem Irak aufzustellen.

Obama betont, dass er von Anfang an gegen den Irak-Krieg war. Damit widerspiegelt er die Meinung der überwiegenden Mehrheit, was ihm einen großen Vorteil gegenüber Hilary Clinton verschafft. Zwar gehen weder Clinton noch Obama so weit, den Imperialismus der USA in Frage zu stellen, aber Obama hat zumindest Bereitschaft signalisiert, sich mit so genannten US-Gegnern zu treffen und größere Schritte zur atomaren Abrüstung ins Auge zu fassen. Noch hat keiner der beiden Kandidaten sich in der Außenpolitik eindeutig festgelegt, aber es zeigt sich, dass in diesem Bereich die Unterschiede zwischen Clinton und Obama am größten sind. Letzterer fordert ein Ende der Skandale von Abu Ghraib und



Guantanamo sowie eine Stabilisierung der gefährlichen Lage in der Welt durch die Rückkehr zur multilateralen Kooperation der Staaten.

Die progressive Stimme des jungen Barack Obama schwächte sich in dem Maße ab, wie er auf der politischen Leiter nach oben stieg. Sein Programm der Wahl zum US-Senator lag in der Innenpolitik nur geringfügig links von dem Hilary Clintons. In der entscheidenden Umweltfrage vertreten beide ähnliche Programme zur Reduzierung des Verbrauchs fossiler Brennstoffe und zur Entwicklung alternativer Energien. Beide haben bisher kein umfassendes und effizientes wirtschaftspolitisches Programm vorgelegt, um mit der Kreditkrise und der Arbeitslosigkeit fertig zu werden. Was eine medizinische Versorgung für alle betrifft, so ist Obamas Vorschlag sogar etwas weniger progressiv als der Hilary Clintons.

Ein kritischer Vergleich der Wahlprogramme der beiden Kandidaten kann jedoch das sprunghafte Ansteigen von Obamas Zuspruch bei den Wählern nicht erklären. In der letzten Zeit hat er die Vorwahlen in einer Reihe von Staaten mit beträchtlichem Vorsprung gewonnen. Politische Beobachter räumen ein, dass es ihm vor allem gelungen ist, Jungwähler, Afroamerikaner sowie gebildete, wohlhabende weiße Wähler zu mobilisieren, während Hilary Clinton stärker von älteren Frauen, Latinos und weißen Arbeitern unterstützt wird. Die Ergebnisse der jüngsten Vorwahlen haben jedoch gezeigt, dass beide Kandidaten quer über das ganze Spektrum der Rassen, Nationalitäten, Geschlechter und Klassen beträchtliche Unterstützung erhalten. Obamas Anhängerschaft gestaltet sich zu einer starken „Regenbogenkoalition“ der Vertreter verschiedener Ethnien, darunter auch beträchtlicher Teile der Latino-Bevölkerung.

Sowohl im symbolischen als auch im realen Sinne wird Obama für mehr und mehr Wähler zum Symbol für Veränderung. Er fordert eine tiefgreifende Umgestaltung der politischen Kultur, wobei an die Stelle des „business as usual“ die progressive Kultur einer Massenbewegung treten soll. Das kommt bei wachsenden Wählerschichten gut an. Ganz nach seinem Vorbild Martin Luther King sieht sich Obama als der Bote der wachsenden Massenbewegung. Er weist ständig darauf hin, dass es bei dieser Wahl nicht um ihn geht, sondern um den Traum und das Streben der Millionen nach einem Neustart in der Politik des Landes, um wirkliche Veränderung. Obamas beeindruckende Serie von Wahlsiegen in mehreren Staaten ist nicht nur auf seine persönliche Ausstrahlung zurückzuführen, sondern auf die Mobilisierung Tausender Organisatoren an der Basis, von denen viele über reiche Erfahrungen aus Arbeits- und Bürgerrechtskämpfen der Vergangenheit verfügen. Sie wissen nicht nur, wie man Wähler an die Urnen bringt, sondern auch, wie man in den Gemeinden und Gemeinschaften die verschiedensten Probleme – von baufälligen Schulen bis zu schlechter Müllabfuhr – einer Lösung zuführt. Die Hoffnung auf eine nachhaltige Massenbewegung, ohne die kein Präsidentschaftskandidat bedeutsame Veränderungen herbeizuführen vermag, ruht zum großen Teil auf diesen Organisatoren und der Aussicht, dass sie die progressive Organisation an der Basis verstetigen können.

Hoffnungsvolle Wähler wissen nie genau, was sie bekommen, wenn ihr Kandidat ins Weiße Haus einzieht. Die Macht der Konzerne, der Militärs und angestammte Interessen machen häufig die besten Absichten progressiver Politiker

zunichte. Das scheint Obama zumindest heute zu begreifen. Vor den Massen seiner Anhänger erklärt er immer wieder, dass sie, die Keime einer progressiven Mehrheit, auf ihn und auf alle, die nach Macht streben, weiterhin Druck ausüben müssen, damit die ihre Versprechen auch halten.

„Hoffnung“ ist ein weiteres Leitmotiv von Obamas Wahlkampf. Er besteht darauf, dass Hoffnung nicht nur ein Gefühl, sondern eine wesentliche Voraussetzung für jede Veränderung ist. Nach seiner Auffassung wird der Zusammenhang zwischen Hoffnung und Veränderung im Kampf geschmiedet. Er reißt seine Zuhörer zu Beifallsstürmen hin, wenn er die Kämpfe aufzählt, die aus Hoffnungen erwachsen. Als Beispiele in der Geschichte nennt er die Hoffnung der Kolonisten auf Veränderung in der amerikanischen Revolution und ihren siegreichen Kampf um die Unabhängigkeit, die Hoffnung auf ein Ende der Sklaverei und den Kampf der Sklaven und ihrer Unterstützer für dieses Ziel, die Hoffnung auf ein besseres Leben in der Weltwirtschaftskrise der dreißiger Jahre und den Kampf um die Gründung von Gewerkschaften und die progressiven Reformen des New Deal, die Hoffnung auf die Zerschlagung des Faschismus im Zweiten Weltkrieg und den Kampf einer ganzen Generation für dieses Ziel, die Hoffnung auf Freiheit und Gleichheit, wie sie die Bürgerrechts- und Frauenbewegung der sechziger Jahre verkörperte, die Hoffnung auf Frieden heute und die Kämpfe der Friedensbewegung gegen den Irak-Krieg sowie zur Verhinderung eines neuen Krieges gegen den Iran.

Bei all seinen Pannen, Zweideutigkeiten und Fragezeichen hat Obamas Wahlkampf zu einem mächtigen Anschwellen des Drangs nach grundlegenden Veränderungen vor allem unter der Jugend geführt. Selten waren in der amerikanischen Politik Reden von der Art zu hören, wie sie Obama hält.

China vor den Olympischen Spielen

Die Linke und China Zehn Thesen zu einem problematischen Verhältnis

Von Dr. Rolf Geffken, Fachanwalt für Arbeitsrecht und Mitglied am Runden Tisch des Deutsch-Chinesischen Rechtsstaatsdialogs. Er leitete 2004 die 1. Deutsch-Chinesische Konferenz zum Arbeitsrecht in Kanton; aus: „Neues Deutschland“, 7./8. Juni 2008

1. Die Linke hatte vor 40 Jahren ein Wahrnehmungsproblem in Bezug auf China. Auf dem Höhepunkt der „Kulturrevolution“ war nicht nur die west-deutsche politische Linke, sondern ein großer Teil der europäischen Intellektuellen und der Medien fasziniert vom angeblichen Aufbrechen autoritärer Strukturen im Reich der Mitte. Tatsächlich war die „Kulturrevolution“ ein humanitäres, kulturelles und politisches Desaster, an dessen Ende nicht nur Millionen Tote, sondern die vollständige Abschaffung des Rechts und schließlich das kollektive Trauma einer ganzen Nation stand.

2. Heute haben viele Linke wieder ein Wahrnehmungsproblem in Bezug auf China. Sie verfallen nicht in den Trancezustand der Euphorie. Sie sind entsetzt über die Verletzung der Menschenrechte in China und die Unterdrückung der tibetischen Kultur. Tatsächlich aber passen sie sich dabei nur dem Mainstream der veröffentlichten Meinung des Westens an. Menschenrechte und Sezessionismus, wirtschaftlicher Wandel und kulturelle Autonomie, soziale Gegensätze, ethnische Besonderheiten – alles wird miteinander vermengt, nichts analysiert. Die Tibet-Kampagne hat bewirkt, dass das Thema China sich schließlich auf Tibet reduzierte. Tibet aber reduzierte sich auf ein Bekenntnisritual, das Debatten ausschließt. „Bist Du für oder gegen Tibet?“, wurde der Verfasser unlängst von einem ihm politisch vertrauten Menschen gefragt.

3. Die Linke muss sich nicht mit China solidarisieren. Sie darf aber auch nicht in Euphorie verfallen. Sie sollte Fakten zur Kenntnis nehmen und nicht dem medialen Mainstream verfallen ohne eigene Positionen zu entwickeln.

Zu einer solchen Bereitschaft gehört die Anerkennung der Tatsache, dass auf einer internationalen Konferenz der deutschen Friedrich-Naumann-Stiftung im Beisein von offiziellen Vertretern der US-Administration ein „Aktionsplan“ zur Störung des Fackellaufes und der Olympischen Spiele in Peking ausgearbeitet wurde. Dazu gehört ferner die Anerkennung der Tatsache, dass die chinesische Bevölkerung, auch Menschenrechtsaktivisten, in der Tibetfrage die Haltung der chinesischen Regierung unterstützen. Die Demonstrationen chinesischer Studenten in Berlin, Hamburg und Tokyo sprechen eine ebenso deutliche Sprache wie die Internet-Debatten in China selbst. Zu dieser Bereitschaft gehört schließlich die Anerkennung der Tatsache, dass die in das Gewand der Men-

schenrechte gekleidete Forderung nach Sezession in Europa schon einmal einen Krieg – den letzten Balkankrieg – ausgelöst hat. Menschenrechte und Frieden stehen in einem Spannungsverhältnis. Dem Streben nach Frieden haben sich alle Menschenrechtsaktivitäten (sofern sie sich auf andere beziehen) unterzuordnen. Das ist auch deutscher Verfassungskonsens.

4. Die massive Einmischung in die innerchinesischen Verhältnisse, die zudem noch mit einer gezielten Instrumentalisierung der Olympischen Spiele von außen verbunden ist und sogar Sportler zur Einmischung während der Wettkämpfe auffordert, war kein Zufall. Sie ist nicht das Produkt spontaner Ideen, sondern Teil insbesondere der US-amerikanischen Strategie zur Eingrenzung bzw. Eindämmung des außenpolitischen Einflusses der Volksrepublik China. Daran ändern auch ungeschickte oder hölzerne Verlautbarungen aus Peking nichts. China verfolgt mit seiner Politik der militärischen Nichteinmischung und der Ablehnung militärischer Interventionen (Afghanistan, Prag, Iran, Balkan usw.) einen Kurs, der mit der Strategie der US-Administration unter Präsident Bush nicht vereinbar ist: Wiederholt hat die Bush-Administration versucht, China über das Thema „Terrorismusbekämpfung“ und das Interesse der chinesischen Regierung an der Bekämpfung von Terroraktionen der Uiguren zur Aufgabe seiner Politik der Nichteinmischung zu bewegen. Alle diese Versuche blieben erfolglos.

Zugleich wächst die ökonomische Abhängigkeit vieler westlicher Staaten von China und die Verflechtung der chinesischen Ökonomie mit jener der westlichen Länder. Die Geschichte zeigt, dass solche Prozesse, vor allem, wenn sie sich zuspitzen, die Politik nicht etwa konsequent zu rationalem Handeln veranlassen, sondern umgekehrt, die Karte der Demagogie ausspielen lassen. Angesichts der industriellen Arbeitsplatzvernichtung, vor allem im Bereich lohnintensiver Produktion, erscheint es deshalb immer mehr opportun, eine Art „gelbe Gefahr“ zu konstruieren. Die Situation in Tibet wird dabei bewusst ausgenutzt, um die vor allem in den USA auch unabhängig davon begonnene Kampagne gegen China zuzuspitzen. Dabei sind die in der US-amerikanischen Presse erhobenen Vorwürfe, die chinesischen Kommunisten seien die „gleichen Verbrecher“ wie zur Zeit der „Kulturrevolution“ ein Akt beispielloser journalistischer Entgleisung. Sie sind nichts anderes als Volksverhetzung.

5. In der Tibetkampagne wurde von den Initiatoren bewusst übersehen (und von anderen fahrlässig vergessen), dass der Dalai Lama sich zwar grundsätzlich zur Gewaltlosigkeit bekennt, andererseits aber gerade der tibetische Buddhismus in der Geschichte nicht gewaltfrei war und dass der Dalai Lama sich in seinen Forderungen nicht auf eine kulturelle Autonomie beschränkt, sondern auch politische Macht beansprucht. Dass die chinesische Regierung die Forderung nach Teilhabe an politischer Macht als Aufruf zur Gewalt interpretiert, ist zumindest nicht abwegig. Der tendenzielle Hang zur Gewaltanwendung hat sich bei den Demonstrationen in Lhasa deutlich offenbart. Gezielt wurden chinesische Geschäfte angezündet. Viele Chinesen wurden umgebracht. Der Slogan „Tibeter, kauft nicht bei Chinesen“ hat nicht zu einem Aufschrei in der deutschen Presse geführt, obwohl nur in Deutschland in der Geschichte einmal ein vergleichbarer Slogan verwendet wurde.



Es ist Unsinn, dass die chinesische Zentralregierung gezielt eine „Überfremdung“ der tibetischen Kultur bzw. der tibetischen „Nation“ betreibt. Richtig ist, dass in China seit nunmehr über 25 Jahren die Kraft der „Marktwirtschaft“ freigesetzt wird. Westliche Politiker haben das begrüßt. Das gigantische Wirtschaftswachstum hat aber zu erheblichen Disparitäten innerhalb des Landes geführt. Eine dieser Disparitäten war die ungleiche Entwicklung zwischen den östlichen Regionen an der Küste und den zentralen bzw. den westlichen Regionen. Es war deshalb eine politische Aufgabe der chinesischen Regierung, die zentralen und westlichen Regionen (zu denen auch Tibet gehört) gezielt wirtschaftlich zu fördern. Angesichts der Unterentwicklung in Tibet und der hohen Analphabetenrate war es nur natürlich, dass Han-Chinesen nach Tibet zogen, um dort zu investieren und wirtschaftlich aktiv zu werden. Diese „Rückwanderung“ von Ost nach West vollzog sich im ganzen Land. Es ist ein Prozess, der noch viel zu wenig entwickelt ist, weil die eigentliche Wanderungsbewegung nach wie vor von West nach Ost verläuft, und zwar in Gestalt von etwa 300 Millionen Wanderarbeitnehmern, die ihr Glück in den Küstenprovinzen suchen.

Dass aber die verhältnismäßig geringe Einwanderung nach Tibet bei nur 2 Millionen Einwohnern und einem Land von der Größe Europas den Anschein einer kulturellen Überfremdung erweckt, ändert nichts daran, dass es sich um eine schlichte innerchinesische Migration handelt, die zwar staatlich gefördert ist, aber im Hinblick auf die ökonomischen Disparitäten im Lande auch staatlich gefördert werden muss. Wenn die sich daraus ergebenden Spannungen als rein ethnische Spannungen interpretiert werden, obwohl sie einen deutlichen sozialen und ökonomischen Hintergrund haben, so ist dies eine böswillige Fehlinterpretation.

Es ist zugleich eine reaktionäre Interpretation. Wann jemals war es eine Forderung der Linken oder auch nur deutscher Verfassungspatrioten, gegenüber Zuwanderern eine „reine Kultur“ zu vertreten? Dass der Nationalsozialist Harrer später zur Verbreitung des Tibet-Mythos beigetragen hat, hängt nicht zuletzt mit der von ihm gepriesenen Isolation Tibets zusammen, deren reaktionärer Ursprung nicht geleugnet werden kann. Die Forderung nach Aufhebung, Beseitigung und Reduzierung sozialer Gegensätze ist richtig und notwendig. Sie muss verbunden sein mit einer Forderung nach Multikulturalität. Die Forderung nach „reiner Kultur“ ist reaktionär und gewaltfördernd. Vor diesem Hintergrund wird auch deutlich, weshalb reaktionäre Politiker, wie z. B. Roland Koch, zu den bekennenden Sympathisanten des Dalai Lama gehören.

6. Die Forderung eines religiösen Führers nach Teilhabe an der politischen Macht widerspricht den laizistischen Grundsätzen der Europäischen Union, der deutschen Verfassung und sogar der US-amerikanischen politischen Tradition. Sie ist schlicht reaktionär und mit dem Demokratieprinzip nicht vereinbar. Deshalb ist der Vergleich Khomeini – Dalai Lama keineswegs völlig abwegig.

Umso mehr müssen die Gespräche begrüßt werden, die die chinesische Regierung nunmehr führt. Allein die Tatsache dieser Gespräche ist ein großes Entgegenkommen der chinesischen Regierung gegenüber dem Dalai Lama. Sie wäre gemessen an europäischen und deutschen Maßstäben aber bereits verfassungswidrig. Es gibt auch in Deutschland kein „Menschenrecht“ auf Abschaffung einer politischen Demo-

kratie. Religion und Staat sind aus gutem Grund getrennt. Sie waren es nicht im Zeitalter des Feudalismus. Genau diese politischen und ökonomischen Strukturen fand die Volksarmee Maos vor, als sie 1950 in Tibet einmarschierte und als eine der ersten Maßnahmen eine Landreform durchführte.

7. Vor diesem Hintergrund ist die Forcierung der wirtschaftlichen Entwicklung Tibets alles andere als „Kulturimperialismus“. Wer eine solche These vertritt, weiß nicht, was er sagt. Die Konsequenz aus einer solchen Forderung wären ökonomischer Rückschritt, soziale Reaktion und Armut. Die Reichsten der Reichen predigen den Ärmsten der Armen kulturelle und wirtschaftliche „Reinheit“. Können Linke bei diesem absurden Spiel mitmachen? Nein! Die wirtschaftliche Entwicklung ist für China das Nonplusultra seiner Zukunft, ja seiner Existenz. Die chinesische Partei- und Staatsführung hat der absurden Idee eines „Armutskommunismus“ längst abgeschworen. Sie hat Marx jedenfalls insoweit richtig verstanden, als dass ein Sozialismus sich niemals auf Armut aufbauen kann, sondern die Entfesselung der Produktivkräfte voraussetzt.

Wirtschaftsexperten haben errechnet dass ein Rückgang des Wirtschaftswachstums Chinas um wenige Prozentpunkte zwei bis drei Millionen mehr Arbeitslose bedeuten würde. Dies gilt für Tibet wie für alle anderen Provinzen Chinas. Welch reaktionäre Absurdität in der Kritik an dem Bau der Eisenbahnlinie nach Tibet liegt, wird deutlich, wenn man eine solche Forderung auf europäische oder nordamerikanische Verhältnisse überträgt: Wann zuletzt haben sich Politiker und kulturelle Bedenkensträger gegen den Bau von Eisenbahnen ausgesprochen? Es ist lange her. Aber wenn es um China geht, können solche Forderungen vertreten werden, ohne dass die Urheber den reaktionären Unsinn ihrer Kritik bemerken.

8. Die Situation der Menschenrechte in China ist verbesserungswürdig. Allerdings gab es vor der Revolution von 1949 keine Achtung der Menschenrechte. Im alten China herrschte ein brutales Strafrecht. Das Zivilrecht war völlig unterentwickelt. Mit der Revolution von 1911 setzte nur in Teilbereichen des großen Landes eine Normalisierung ein. Für die meisten Menschen existierte das Kriegsrecht. Später kam der Bürgerkrieg, dann die Invasion der Japaner und schließlich der Terror Tschiang Kaischeks.

Mit Liu Shaoqi begann in der VR China eine Phase der Verrechtlichung der gesellschaftlichen Beziehungen, wie es sie zuvor noch nicht gegeben hatte. Allerdings kam es zu massiven Rückschlägen in der Zeit des „großen Sprungs“, für die Mao ebenso verantwortlich war, wie für die „Kulturrevolution“. Jegliche staatliche Autorität und damit jegliches Recht wurden abgeschafft. Nicht zuletzt wurde auch die Kommunistische Partei zerstört und an deren Stelle das Willkürregime Maos, seiner Roten Garden und des Militärs gesetzt. Gemessen an diesem „Punkte Null“, an dem China einen formalen Rechtsstaat wieder aufzubauen begann, sind die inzwischen erzielten Fortschritte gewaltig. Kaum ein gesellschaftlicher Bereich, der nicht zwischenzeitlich verrechtlicht wurde. Dadurch wird die Allmacht der KP Chinas erheblich zurückgedrängt. Ein eigenes Verwaltungsrecht ist im Aufbau. Erstmals in der Geschichte entscheiden Gerichte auch gegen die von einer kommunistischen Partei geführte Verwaltung.

Es entsteht ein neuer Richterstand mit einer qualifizierten juristischen Ausbildung. Es gibt eine rechtswissenschaftliche Debatte an den Universitäten, unter Rechtsanwälten und mit dem interessierten Ausland. Allein am Deutsch-Chinesischen Rechtsstaatsdialog sind eine Vielzahl von akademischen Institutionen, Verbänden, Instituten, Richtern, Staatsanwälten, Notaren und Anwälten beteiligt.

China fällt immer noch die höchste Zahl von Todesurteilen. Doch inzwischen muss jedes Todesurteil dem Obersten Gericht vorgelegt werden. Seit dieser gesetzlichen Neuregelung ist die Zahl der Todesurteile absolut zurückgegangen.

Bei der Bewertung Chinas darf nicht übersehen werden, dass das rigorose Strafrecht, das bisweilen an jenes im alten China erinnert, ein Produkt der Modernisierung bzw. der Politik der Öffnung ist. Mit der Einführung privaten Kapitals und massiven ausländischen Investitionen kam es zu einem ungeheuren Anstieg der Kriminalität. Es war die Auffassung von Deng Xiaoping, dass die Todesstrafe nicht nur für Kapitalverbrechen gelten sollte, sondern auch für Wirtschaftsdelikte (schwere Zollvergehen, Korruption, Bestechung, Veruntreuung). Wer die Politik der Öffnung Chinas preist, darf nicht vergessen, dass der Preis, den China dafür zahlt, eine Verschärfung des Strafrechts ist.

Es ist also nicht etwa „die kommunistische Partei“, wie vor allem US-amerikanische Medien glauben machen wollen, die ihre „alte Politik“ fortführt, sondern es ist der (verzweifelte) Versuch, den Tiger zu reiten, d.h. die Entfesselung der Produktivkräfte durch einen gefesselten Kapitalismus mit einem rigorosen Strafrecht einzugrenzen. Allerdings bleibt wahr, dass von diesem Strafrecht auch Dissidenten erfasst werden. Nur sind solche Fälle nicht der Alltag in China. Der Alltag ist die Todesstrafe für gewöhnliche Kriminelle.

Chinas Menschenrechtssituation kann nur im Dialog verbessert werden. Dabei darf nicht vergessen werden, dass China in einem Zeitraum von gerade 25 Jahren das vollzieht, wofür Westeuropa mindest 150 bis 180 Jahre gebraucht hat: die industrielle Revolution. Die war in den „Kulturstaaten“ Europas von einer massiven Verletzung jeglicher Menschenrechte begleitet. Erinnert sei nur an die Kinderarbeit in den englischen Bergwerken, an die Verelendung des Industrieproletariats in den europäischen Metropolen und an die Unterdrückung der Arbeiterbewegung.

China vollzieht zugleich den Prozess, welchen Marx im Kapital als „ursprüngliche Akkumulation“ bezeichnet hat: die Loslösung von Millionen Bauern von ihrem Landbesitz. Thomas Morus hat im Einzelnen beschrieben, auf welche Weise die europäischen Staaten der Entstehung solcher „Landlosen“ (Vagabunden) begegneten: mit einer der brutalsten Gesetzgebungen, die jemals in der Geschichte der Menschheit existierten, der sogenannten Blutgesetzgebung. Menschen wurden dafür bestraft, dass sie besitzlos waren.

China vollzieht die ursprüngliche Akkumulation, begleitet von einer Arbeitsmigration von etwa 300 Millionen Menschen, von der massenhaften Privatisierung unrentabler staatlicher Unternehmen (und der damit verbundenen Freisetzung von Arbeitskräften) und einer gigantischen Umwälzung der gesamten Infrastruktur des Landes. Dabei ist China entgegen westlichen Annahmen kein Zentralstaat, sondern die Provinzen besitzen erhebliche politische und wirtschaftliche Macht, so dass der Zentralstaat und auch die kommunistische Partei sich oft nur begrenzt durchsetzen können. Soweit es Opposition gibt, richtet sich diese fast immer ge-

gen Provinz- und Regionalregierungen, fast nie gegen die Zentralregierung. Die Zentralregierung selbst weiß, dass eines der größten Probleme des Landes der mangelhafte Vollzug des Rechts ist. Ihr entscheidendes Interesse geht dahin, die Einhaltung der Rechtsstandards nicht nur zu propagieren sondern zu garantieren.

9. Kritik an China hat die Tatsache einzubeziehen, dass es für die chinesische Regierung zur Entfesselung der Produktivkräfte keine Alternative gibt. Wer die Auswirkungen des chinesischen Kapitalismus kritisiert (oft zu Recht), muss zugleich anerkennen, dass die Entwicklung der Produktivkräfte Voraussetzung für eine wirtschaftlich und sozial tragfähige Entwicklung des Landes ist. Voraussetzung übrigens auch für einen Sozialismus.

Das betrifft auch die Ökologie. Wer die „Verschwendung“ von Ressourcen in China anprangert, muss Alternativen aufzeigen. Das jetzige Wirtschaftswachstum ist zugleich eine soziale Notwendigkeit. Nur durch dieses Wachstum können Armut und Arbeitslosigkeit eingegrenzt werden. Deshalb muss auch in Fragen der Ökologie ein Dialog mit China geführt werden. Er hat zur Kenntnis zu nehmen, dass ein Kollaps der chinesischen Wirtschaft massive und unkontrollierbare Folgen für die nationalen Wirtschaften des Westens hätte, die mit China mehr verbunden sind als mit jedem anderen außereuropäischen Land.

10. China verdient ernst genommen zu werden. Als Partner, als Konkurrent, als abschreckendes Beispiel aber auch als Modell. Die Tradition der chinesischen Medizin erlebt in China ein beispielloses Comeback. Die junge Generation Chinas stellt ein ungeheures Innovationspotenzial dar. Was heute noch „kopiert“ wird, ist morgen original „Made in China“. Die Internetgeneration Chinas hat politische Entwicklungen selbst in der Gesetzgebung (Arbeitsvertragsgesetz, Eigentumsgesetz usw.) mehrfach beeinflusst.

China ist – entgegen anders lautenden Gerüchten – das streikfreudigste Land der Erde. Und dies, obwohl Streik weder erlaubt noch verboten ist. Die offizielle Statistik zählt für das Jahr 2007 etwa 100.000 Konflikte (gerechnet ab 300 Beteiligten).

China ist und bleibt voller Widersprüche. Es ist ungeeignet für jede Art von Bekenntnissen. Aber die Linke sollte daran denken, was Napoleon einst sagte: „Wenn China sich erhebt, erzittert die Erde!“ Es hat sich erhoben. Napoleon lebt nicht mehr. Napoleon konnte nur in militärischen Kategorien denken. In Kategorien des Krieges. China hat sich erhoben, und die Erde erzittert. Aber nicht vor Angst, nicht vor der kriegerischen Gefahr Chinas. Sie zittert, weil sie die Möglichkeiten dieses Landes für die Welt noch nicht ganz begriffen hat.



China ist kein Reich des Bösen

Georg Blume: „China ist kein Reich des Bösen. Trotz Tibet muss Berlin auf Peking setzen“, Edition Körber-Stiftung 2008, 105 SEITEN, 10 Euro

Rezensiert von Helmut Ettinger

Ich gestehe, dieser Autor hat mir aus dem Herzen gesprochen. In einem Essay der Reihe „Standpunkte“, die der Herausgeber Roger de Weck als „meinungsfreudig, unbequem, provokant“ bezeichnet, setzt sich Georg Blume mit der teils arroganten, teils ignoranten China-Berichterstattung des Mainstreams der deutschen Medien sowie dem von Selbstgerechtigkeit und eng verstandenem Eigeninteresse getrübbten Blick der deutschen Großkoalitionäre, besonders ihres CDU/CSU-Flügels, auf China auseinander. Der Korrespondent von „Zeit“ und „taz“ ist dafür höchst kompetent. Seit über zehn Jahren lebt er mit seiner Familie in Peking, hat die Hand am Puls des Tagesgeschehens, kann aber auch die Größe der Veränderungen in dieser Zeit aus eigenem Erleben ermessen. Der Vorwurf des weltentrückten China-Schwärmers greift bei ihm nicht. Für seine kritischen Reportagen über Menschenrechtsverletzungen und Umweltskandale wurde er mehrfach ausgezeichnet.

In diesem Text aber ist es Georg Blumes Anliegen, gegen die in der deutschen Berichterstattung vorherrschende Tendenz anzuschreiben, die nur die zweifellos vorhandenen kritischen Punkte in der Entwicklung Chinas herauspicks, die Leistungen bei der Modernisierung des Landes aber weitgehend ignoriert und damit Furcht vor China als kommender Weltmacht verbreitet. Er selbst hält dem entgegen: „Peking lenkt seit 30 Jahren das größte Modernisierungsprojekt der Menschheitsgeschichte, mit enormen Rückschlägen, ... aber auch mit fantastischen Erfolgen.“ (S. 9) Nach seiner Beobachtung seien „die Chinesen heute das optimistischste Volk der Welt. 76 Prozent der Menschen glauben, die Welt sei in fünf Jahren eine bessere.“ (S. 17)

Die atemberaubenden Fortschritte der letzten Jahrzehnte, für die Europa Jahrhunderte brauchte, belegt der Autor mit einem wahren Feuerwerk von Fakten, die er kenntnisreich darbietet und historisch einordnet. Hier einige Beispiele:

Lebensniveau: „Das Pro-Kopf-Einkommen der Chinesen hat sich in den vergangenen zehn Jahren verdreifacht. Aus einem Entwicklungsland ist ein Schwellenland geworden.“ (S. 28) „Das bedeutet das Ende der Massenarmut und das Entstehen einer breiten Mittelschicht.“ (S. 31) „1,3 Millionen Chinesen werden nie wieder Habenichtse sein wie im letzten Jahrhundert.“ (S. 81)

Arbeitswelt: Mit dem seit dem 1. Januar 2008 geltenden neuen Arbeitsvertragsrecht werden den Arbeitern der Marktwirtschaft verbrieft Rechte auf festgelegten Lohn, geregelte Arbeitszeiten, Kranken- und Rentenversicherung zugesprochen. „Von 2005 bis 2007 stiegen die Niedriglöhne um jeweils 30 Prozent. Warum freut sich kein westlicher Gewerkschafter darüber?“ (S. 68)

Justiz: Die Festlegung, dass das Oberste Gericht jedes Todesurteil zu prüfen habe, ist für den Autor „ein noch vor Jahren unvorstellbarer Sieg der Richter über die willkürliche Macht der Parteibonzen“, ein „wesentlicher Schritt zu mehr Rechtsstaatlichkeit im Strafrecht“. Die Zahl der Todesurteile sei immer noch viel zu hoch, aber bereits im ersten Jahr, 2007, um die Hälfte zurückgegangen. (S. 90f.)

Menschenrechte: Verletzungen der Menschenrechte einzelner seien weiterhin scharf zu kritisieren. Aber: „Die Kommunisten haben in den letzten 30 Jahren weit über 400 Millionen ihrer Bürger von Hunger und täglichen Überlebensängsten befreit. Die KP hat damit mehr als jede andere politische Kraft der Weltgeschichte für die Verwirklichung des Artikels 3 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 getan ..., des Rechtes auf Leben.“ (S. 32) „Aufgeklärtheit, Bürgerlichkeit und Zivilität der chinesischen Bevölkerung haben sich in einem Maße entwickelt, wie es vor zehn Jahren noch nicht vorstellbar war.“ (S. 33)

Demokratie: Georg Blume hält es für unsinnig, den Chinesen generell ein Interesse an Demokratie abzusprechen. „Richtig ist, dass noch nie massive Rufe nach Wahlen laut wurden, nicht einmal in der Studentenrevolte von 1989.“ (S. 84) „Natürlich verstehen die KP-Führer nicht das Gleiche unter Demokratie wie wir im Westen... Aber man muss ihnen zugestehen, dass sie die Diskussion um politische Reformen in keine andere Richtung als die der Demokratie lenken.“ (S. 87) Die KP sei heute damit beschäftigt, „den ersten modernen, wirtschaftlich entwickelten Rechtsstaat der chinesischen Geschichte aufzubauen.“ (S. 89) Als Belege nennt der Autor die neu geschaffenen staatlichen Institutionen – neue Gerichte, die unabhängiger agierten, neue Schulen und Universitäten, wo freier und universeller gelehrt werde, die mit neuen Kompetenzen ausgestattete Zentralbank, die selbstständig arbeite. (S. 90) Vor allem darauf beruhe die neue Glaubwürdigkeit und Legitimation der KP Chinas, nicht allein auf dem andauernden Wirtschaftswachstum, wie man im Westen allgemein behaupte.

Partei: Auch bei deren genereller Bewertung rudert der Autor gegen den medialen Strom: „China hat seit Dengs Tod den historischen Schritt von der willkürlichen Alleinherrschaft einer Person zu einer zunehmend verfassungsgemäß funktionierenden Einparteienherrschaft vollzogen. Das ist alles andere als ein kleiner Unterschied, nur ist er für Politik und Medien in Deutschland leider irrelevant. Sie unterscheiden nur zwischen Diktatur und Demokratie. Für sie bleiben in China die Bösewichte an der Macht.“ (S. 34) In der KP Chinas habe man das Mit- und Gegeneinander mehrerer Strömungen vor sich, das immer mehr an die Konflikte in einem repräsentativen politischen System erinnere. Georg Blume erkennt Fraktionen der „Neuen Linken“, die die sozialen Folgen der Liberalisierungspolitik kritisieren, der „Neoliberalen“, die den vollständigen Rückzug des Staates aus der Wirtschaft fordern, und der „Demokratischen Liberalen“, die weitere politische Reformen anmahnen. (S. 86)

Hart geht der Autor mit der China-Politik der heutigen Bundesregierung ins Gericht: „Über 30 Jahre ... haben es Helmut Schmidt, Helmut Kohl und Gerhard Schröder vermocht, das Verhältnis zu Peking positiv zu gestalten. Doch in etwas mehr als nur zwei Jahren hat Angela Merkel die deutsch-chinesischen Beziehungen auf einen Konfrontationskurs gebracht... Erst sie hat den politischen Nährboden für die kollektive Projektion von China als neuem Reich des Bösen geschaffen.“ (S. 16) Diese Kanzlerin habe den politischen Kredit der BRD, die durch Rechtsberatung, enge wirtschaftliche Zusammenarbeit und Wissenschaftskooperation beträchtlich zu den heutigen Entwicklungen in China beitrug, erst einmal verspielt.

Höhepunkt der China-Strategie der Kanzlerin sei der Empfang des Dalai Lama in Berlin gewesen: „Der Dalai Lama wird



von seinen tibetischen Anhängern als Gott verehrt, wir Deutschen aber betreiben um ihn den Kult eines Popstars. Wir sehen in ihm nicht den politischen Führer der tibetischen Exilbewegung mit eigenen Machtansprüchen gegenüber China. Was er macht, ist gut. Was die Kommunisten in Peking machen, ist böse ... Merkels Geste fehlte jedes Sinnes nach denkbaren Lösungen im Tibet-Konflikt. Sie stellte ... ihre Forderungen nur an Peking und verlangte keinerlei Kompromisse von ihrem Gesprächspartner ..." (S. 19)

Eine Chance zum Umsteuern sieht der Autor im Umgang mit dem Klimawandel, in dem er eine ebenso große Gefahr erkennt, wie sie der Atomkrieg darstellte. Ihm sei nur mit und nicht gegen China beizukommen: „Der Westen muss binnen zehn Jahren den größten Teil der chinesischen Kohleindustrie ... modernisieren helfen, die für bis zu 80 Prozent der CO₂-Emissionen verantwortlich“ sei. Nur so werde das Land die Klimawende hinbekommen. „Was könnten deutsche und chinesische Ingenieure bei ihrer Bewältigung glänzen!“ (S. 102f.)

Georg Blumes Darstellung ist insgesamt wesentlich differenzierter und vielfältiger, als hier wiedergegeben werden kann. Leider ist auch nicht genügend Raum, auf alle Themen einzugehen, zu denen der Autor hochinteressante Fakten und Überlegungen liefert – so zum neuen Nationalismus in China, zu den Wanderarbeitern, zur chinesischen Rüstung oder zur Rolle des Landes in der Weltwirtschaft. Kritisch sei angemerkt, dass ich Georg Blumes so uneingeschränkt geäußerte Hoffnung auf den Kapitalismus als Ausweg für China nicht teile. Für mich bleibt gültig: Er ist nicht das letzte Wort der Geschichte. Wohin die chinesische Gesellschaft geht, ist nach wie vor offen. Auch die zuweilen bei Chinesen anzutreffende Euphorie über den deutschen Rechtsstaat oder das Sozialsystem sollte man aus meiner Sicht angesichts der deutschen Realitäten eher dämpfen als bestärken, wie es der Autor tut.

Selten habe ich zur Thematik einen so überzeugenden, klar formulierten, dicht geschriebenen Text gelesen wie diese bei der privaten Körper-Stiftung erschienene Streitschrift. Sie sei vor allem Linken zur Lektüre wärmstens empfohlen.

Das wahre China

Die allermeisten Chinesen leben heute besser und würdevoller als vor ein paar Jahren

Aus Georg Blume: „China ist kein Reich des Bösen“, Nachdruck in: „Die Zeit“, Hamburg aus: DIE ZEIT, Hamburg, Nr. 23/2008

Es ist paradox: Je mehr sich China öffnet und der Weltwirtschaft anpasst, desto schrecklicher erscheint vielen im Westen sein wirtschaftliches System. Statt genau hinzuschauen und des schwer erarbeiteten Fortschritts gerade auch der unterprivilegierten Gesellschaftsschichten gewahr zu werden, stellt man sich China mit postindustrieller Arroganz als eine frühkapitalistische Hölle vor.

Die Klage wird gegen einen asiatischen Manchesterkapitalismus geführt, in dem die Menschen rücksichtslos ausgebeutet werden, Kinderarbeit zum Alltag gehört, Kranke nicht versorgt und Löhne verweigert werden, wo die Sicherheit am

Arbeitsplatz bewusst aufs Spiel gesetzt wird. Man spricht von einem unerschöpflichen Heer chinesischer Arbeitskräfte, das sich dem Kapital andient, keine eigenen Forderungen stellt oder gar Rechte verlangt. Dieses Gemisch aus brutaler Gewalt des Kapitals und proletarischer Duckmäuserei halten manche in den Zeiten der Globalisierung für so explosiv, dass es eines Tages auch unsere soziale Marktwirtschaft sprengen könnte.

Doch Chinas Wirtschaftsentwicklung ist menschlicher, als es sich die meisten vorstellen. Zwar hat die Modernisierung, die das Land gerade durchläuft, viele grausame Seiten, die es ohne Rücksicht anzuprangern gilt. Ein Beispiel dafür sind Zigtausende Opfer in den maroden Bergbauminen, allein 3786 wurden im Jahr 2007 offiziell bekannt. Aber das kann nicht über die vielen Fortschritte hinwegtäuschen. China erlebt eine Explosion unternehmerischer Kreativität. In einem Jahrzehnt ist der von Privatunternehmen erwirtschaftete Anteil am chinesischen Bruttosozialprodukt von nur 7,37 Prozent auf stolze 65 Prozent gestiegen. Es sind 4,9 Millionen Privatunternehmen, die dem Land heute die Hoffnung auf einen schichtübergreifenden gesellschaftlichen Wohlstand geben.

Ich habe in den vergangenen Jahren immer wieder über Wanderarbeiter berichtet, ich bin mit ihnen in Bummelzügen von Peking in ihre ländliche Heimat gefahren, habe sie in den Spielzeugfabriken von Shenzhen besucht, habe ihre schwierige Rechtslage in Arbeitsprozessen studiert und ihre Familien besucht. Fast immer waren die Arbeiter Opfer von Rechtsverletzungen. Meistens ging es nur um unbezahlte Löhne und Überstunden. Als aber in einem Fall ein Arbeitgeber seinem illegal Angestellten aus der Provinz das Krankengeld nicht zahlen wollte und die Ärzte deshalb eine wichtige Operation verweigerten, da ging es auch schon einmal um Leben und Tod. Und dennoch: Ich habe in China ganz selten unglückliche Wanderarbeiter getroffen. Die allermeisten von ihnen stammten aus quasifeudalen Dorfverhältnissen und waren froh, ihnen entkommen zu sein. Sie waren stolz auf ihr wenig selbst verdientes Geld, weil ihre Eltern als Bauern noch viel weniger verdienten. Sie erzählten von den vielen kleinen Verbesserungen in ihrem Leben – etwa der Möglichkeit, den Ehepartner frei zu wählen, statt ihn wie früher auf dem Land von der Familie diktiert zu bekommen.

Hier liegt das große Problem vieler westlicher Moralisten mit China: Sie wollen einfach nicht anerkennen, dass die allermeisten Chinesen – allen voran die unterprivilegierten Wanderarbeiter – heute freier und würdevoller als noch vor ein paar Jahren leben. Allein in den Jahren von 2005 bis 2007 stiegen die Niedriglöhne in China um jeweils 30 Prozent. Warum freut sich kein westlicher Gewerkschafter darüber und sieht darin ein frühes Versprechen für eine wirklich internationale Arbeiterbewegung?

Der Trend zu höheren Löhnen und mehr Rechten für die Beschäftigten ist unumkehrbar. Bestes Indiz dafür ist das neue Arbeitsvertragsrecht. Seine historische Bedeutung: Erstmals können 800 Millionen Menschen – Chinas arbeitende Bevölkerung – ein eigenes Rechtsbewusstsein am Arbeitsplatz entwickeln. Und Ansätze für einen Sozialstaat gibt es in China heute überall. So unkommunistisch sind die Kommunisten noch nicht, als dass sie die Sprengkraft der Klassengegensätze im Kapitalismus komplett unterschätzen würden. Die neuen sozialen Trends in China widersprechen den vorschnellen Thesen westlicher Globalisierungskritiker,



nach denen in der Volksrepublik eine unbegrenzte Zahl zahlreicher Arbeitskräfte zur Verfügung stehe, die sich von den globalen Konzernen beliebig auspressen ließen, um ihren Kollegen in den Industrieländern die Arbeit wegzunehmen.

Diese Angst ist bislang unbegründet. Zwischen 2001 und 2006 wurden laut Statistischem Bundesamt nur 188 000 Stellen aus Deutschland ins Ausland verlagert, davon der größte Teil innerhalb der EU. Zwar erwirtschaftete China zuletzt einen bilateralen Handelsüberschuss von 21 Milliarden Euro – doch führt das Land hauptsächlich Produkte wie Textilien nach Deutschland aus, die hier ohnehin nicht mehr hergestellt werden. Hingegen stammen die deutschen Exporte nach China im Wert von zuletzt 27,5 Milliarden Euro zumeist aus arbeitsintensiven Branchen wie dem Maschinen- und Automobilbau. Mit anderen Worten: China ist kein Jobkiller, sondern das Gegenteil – ein Arbeitsbeschaffer.

Das wird auch so bleiben. Nicht von ungefähr schreibt der frühere Chef der amerikanischen Zentralbank, Alan Greenspan, China die entscheidende Rolle bei der Schaffung von globalem Wohlstand zu. „Wie die Welt 2030 aussieht“, hängt für Greenspan von China ab. „Wenn China weiter den freien Marktkapitalismus fördert, wird es die Welt zu einem neuen Wohlstandsniveau bringen“, schreibt er in seinen Memoiren.

Doch kein deutscher Regierungspolitiker würde heute öffentlich Ähnliches sagen. Stattdessen macht Berlin Peking zum ökonomischen Sündenbock. Man wirft den Chinesen „Technologieklaue“ vor und hat den Schutz geistigen Eigentums zum wichtigsten bilateralen Thema erklärt.

Der Verdacht des Populismus liegt hier nahe. China hat das höchste Wirtschaftswachstum und die größte Bevölkerung der Welt. Deutschland ist Exportweltmeister und war im Jahr 2007 immer noch drittgrößte Volkswirtschaft knapp vor China. Nur zu leicht lässt sich in dieser weltwirtschaftlichen Konstellation der Aufstieg Chinas als Abstieg Deutschlands deuten. Viele lassen sich deshalb umso leichter einreden, die Chinesen würden den Deutschen ihren Reichtum wegnehmen. Da muss die Politik nur die entsprechenden Signale senden – zum Beispiel die Wörter Transrapid und Technologieklaue in einem Satz verwenden. Jeder Deutsche weiß dann, wer der böse Gewinner und wer der gute Verlierer ist – auch wenn die Deutschen gerade beim Transrapid froh sein können, dass sich China für diese anderswo unverkäufliche Technik entschieden hat.

Ich habe Bundeskanzlerin Angela Merkel auf ihren beiden Chinabesuchen begleitet und musste in ihrem Delegationskreis wiederholt solch unausgeglichener Chinakritik zuhören, von Vertrauen in die bisherige deutsch-chinesische Zusammenarbeit keine Spur. Selbstbewusst wirkte das nicht. Leitet die Verantwortlichen der Wunsch, sich für die Wirtschafts- und Reformprobleme in Deutschland einen Verantwortlichen in weiter Ferne zu suchen, der sich gegen diesen Schuldanspruch nicht wehren kann?

Kleinkariert und kurzsichtig ist das deutsche Denken über die chinesische Wirtschaft, zumal zum Jammern gar kein Grund besteht. Auch nicht auf Ebene der EU: Immerhin haben sich die europäischen Exporte nach China seit 2000 verdoppelt. Europäische Firmen haben 2006 in China 134 Milliarden Dollar umgesetzt. Dort winken ihnen 400 Millionen neue Mittelschichtskunden. Unvermeidlich ist der Trend sowieso. Die 1,3 Milliarden Chinesen werden nie wieder Habenichtse wie im vergangenen Jahrhundert sein.

Nur wenn sie noch viel reicher als heute werden, können sie auch effektiv zur Lösung globaler Probleme wie des Klimawandels beitragen. Nur darauf können die Deutschen sinnvoll hoffen und hinwirken.

Zu den jüngsten Vorgängen in und um Tibet

Von Helmut Ettinger,
BAG Friedens- und Internationale Politik

Die Tibetfrage, wie sie gegenwärtig vom Mainstream der Medien wahrgenommen und debattiert wird, beruht auf einer Fiktion: Danach sei Tibet, ein bis dahin unabhängiger Staat, 1950/51 von der VR China gewaltsam annektiert und okkupiert worden. Das tibetische Volk kämpfte um die Wiederherstellung seiner nationalen Unabhängigkeit.

Realität ist, dass Tibet im 13. Jahrhundert von den Nachfahren Dschingis Khans dem chinesisch-mongolischen Großreich einverleibt wurde und seitdem ein Vasallenstaat Chinas, bzw. chinesisches Protektorat war, wo von des chinesischen Kaisers Gnaden seit dem 17. Jahrhundert tibetische Lamas als Gottkönige über ein theokratisches Regime herrschten. Als die Qing-Dynastie schließlich in der Xinhai-Revolution 1911 gestürzt wurde, rief der 13. Dalai Lama, die innenpolitischen Wirren in China nutzend, 1913 die Unabhängigkeit Tibets aus. Diese wurde jedoch von keiner chinesischen Regierung, weder der Sun Yatsens nach der Revolution, noch der Tschiang Kaischeks auf dem Festland oder Taiwan, noch der der VR China, aber auch von keiner Regierung eines anderen Staates oder einer internationalen Organisation je anerkannt. Daher stellte die Volksbefreiungsarmee, als sie in der Schlussetappe der chinesischen Revolution und des Bürgerkrieges nach den zentralchinesischen Gebieten auch in Tibet einrückte, die territoriale Integrität Chinas in seinen international anerkannten Grenzen her. Sie annektierte kein fremdes Staatsgebiet.

Tibet erhielt regionale Autonomie, verpflichtete sich jedoch, Reformen im Sinne der progressiven Umwälzungen der chinesischen Revolution durchzuführen. Die theokratische Oberschicht Tibets dachte aber gar nicht daran, ihr Feudalsystem aufzugeben, unter dem über 90 Prozent der Bevölkerung in tiefer Leibeigenschaft mit sklavenähnlichen Zuständen in Armut und Analphabetentum gehalten wurden. Von 1954 bis 1959 war der Dalai Lama als stellvertretender Vorsitzender der nationalen Volkskongresse der VR China tätig und begrüßte den Einmarsch der Volksbefreiungsbewegung als Chance für die Entwicklung Tibets.

1959 versuchte die theokratische Oberschicht in einem von der CIA unterstützten Aufstand ihre Herrschaft zu sichern. Als dieser misslang, floh sie mit ihren Anhängern ins Ausland. Seitdem genießt eine sogenannte tibetische Exilregierung, der der 14. Dalai Lama, zugleich das geistliche Oberhaupt der Tibeter, vorsteht, im indischen Dharamsala Asyl. Sie ist von keiner Regierung der Welt anerkannt.

In dem territorialen Bestand von 1951 wurde die VR China 1971 in die UNO aufgenommen. Wenn China heute Forderungen nach einer Unabhängigkeit Tibets entgegentritt, dann verteidigt es seine territoriale Integrität, was das Recht jedes Staates ist.



Anfang März 2008 kam es in Tibet zu Unruhen. Mönche des Drepang-Klosters attackierten eine Polizeistation; in Lhasa verwüsteten mehrere hundert Tibeter Läden, Banken und Hotels von Chinesen und Angehörigen anderer Nationalitäten, eine Moschee ging in Flammen auf. Dabei gab es Tote, meist chinesischer Nationalität oder Hui-Moslems. In mehreren Nachbarprovinzen kam es zu Solidaritätsaktionen dort lebender Tibeter. Die Sicherheitskräfte reagierten nach Augenzeugenberichten hart, aber insgesamt zurückhaltender als erwartet. In chinesischen Medien wurde ihnen sogar vorgeworfen, das Leben von Landsleuten nicht genügend geschützt zu haben.

Betrachtet man die Berichterstattung der Medien hier genauer, stößt man auf ein Phänomen: Aussagen der Exiltibeter und ihrer Organisationen, so wenig belegt sie auch seien, werden à priori für bare Münze genommen, offizielle Erklärungen der chinesischen Seite dagegen grundsätzlich in Zweifel gezogen oder ironisiert. Die von ersteren behauptete Zahl von 140 Toten hat sich nicht bestätigt. Das angekündigte „Massaker“ an Tibetern ist ausgeblieben.

Zeitpunkt, Art und Weise der Aktionen sowie das gewaltige Medienecho lassen nur den Schluss zu, dass es sich hier bei weitem nicht um spontane Unmutsäußerungen, sondern um die absichtsvolle Nutzung der Aufmerksamkeit der internationalen Öffentlichkeit für die Olympischen Spiele handelte. Dies ordnet sich ein in eine seit längerem zu beobachtende Tendenz: Solange China vor allem lukrativer Markt und Anlagensphäre für das internationale Kapital war, überwogen die positiven Nachrichten aus diesem Land – die enormen Zuwachsraten, der blühende Markt, das Wachsen des Lebensniveaus, die zunehmende Buntheit des Lebens ... Dabei war das Land damals beileibe nicht ohne Probleme. Sie unterschieden sich nicht grundsätzlich von denen der heutigen Zeit. Seitdem China sich aber anschickt, die drittgrößte Volkswirtschaft der Welt zu werden, international als Konkurrent um Märkte und Rohstoffe auftritt und gar beginnt, in westliche Wirtschaften investieren zu wollen, seit es im Verein mit anderen Ländern der Dritten Welt dem Kartell der entwickelten Länder im Welthandel Paroli bietet, ist das Klima umgeschlagen. Jetzt überwiegt die negative Berichterstattung: das Land ist nur noch ein Bündel von Problemen bei Umwelt, Menschenrechten, Arbeitsbedingungen, Nationalitätenpolitik, Rohstoffhunger.

Positive Entwicklungen, die sich gegenüber früher sogar noch verstärkt haben, werden geflissentlich übersehen. Chinesen beklagen, dass diese Politik die größeren Freiräume z. B. für Meinungs- und Medienfreiheit im Lande eher in Gefahr bringt.

In China reagiert die Öffentlichkeit mit Unverständnis darüber, weshalb seriöse westliche Medien die gegen Schutzlose Zivilisten ausgeübte Gewalt nicht eindeutig verurteilen, weshalb an Gewalt zweierlei Maß angelegt wird, je nachdem, ob sie von Tibetern oder Chinesen ausgeht.

Die Tibetfrage als Höhepunkt einer Kampagne ist psychologisch geschickt gewählt. Handelt es sich bei der territorialen Einheit des Landes doch um das sensibelste Problem des heutigen Chinas. Groß-Tibet im Verständnis der „Exilregierung“ umfasst 2,6 Mio. km², also ein gutes Viertel des Staatsgebietes ganz Chinas von insgesamt 9,6 Mio. km².

China ist seit jeher ein Vielvölkerstaat. Von den 1,3 Milliarden Menschen gehören über 120 Millionen den 56 größten nationalen Minderheiten an. Sie stellen ca. 9,3 Prozent

der Bevölkerung. Die Tibeter sind die fünftgrößte Minderheit mit 5 Prozent von diesen 120 Mio., d. h., 0,5 Prozent der Gesamtbevölkerung. Über 90 Prozent sind Han-Chinesen. Ihr Verhältnis zu den verschiedenen Nationalitäten war über die Jahrtausende stets kompliziert, von wechselseitigen Kämpfen, Eroberung und Beherrschung, aber auch Perioden friedlichen Zusammenlebens gekennzeichnet. Fakt ist, dass vor allem die chinesischen Kaiser die kleineren Nationalitäten beherrschten und brutal unterdrückten. Hier hat es seit der Gründung der Volksrepublik einen Umschwung gegeben. Die Politik der Regionalautonomie hat den kleineren Völkern Fortschritte in der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklung der Menschen und ihrer Siedlungsgebiete gebracht. Ihre Lebensweise ist mit der Zeit vor 1949 nicht mehr zu vergleichen. Die Lebenserwartung z. B. der Tibeter ist seitdem von durchschnittlich 35 Jahren auf 67 Jahre gestiegen. Das ist u. a. das Ergebnis der politischen und sozialen Umwälzung der Verhältnisse in ganz China seit 1949. Für die Masse der Tibeter hat sich in den letzten 50 Jahren eine wahre Befreiung vollzogen, die keiner, außer wenigen Klerikalen, wieder rückgängig machen möchte.

Scharf verurteilen wir die Ausschreitungen und gewaltsamen Übergriffe gegen Religion und Kultur und deren Vertreter in China der „Kulturrevolution“ der 60er und 70er Jahre, die wiederum das ganze Land betrafen, aber in den autonomen Regionen der nationalen Minderheiten besonders großen Schaden anrichteten und zahlreiche Opfer forderten. Sie sind der Ursprung vieler noch heute anhaltender Probleme in diesen Regionen. Sie werden heute auch von der KP Chinas offiziell verurteilt. Zahlreiche Klöster und Tempel in Tibet sind wieder errichtet worden. Tibet zählt heute 46 000 praktizierende Mönche.

DIE LINKE anerkennt den Kurs der chinesischen Regierung, die Probleme im Verhältnis zu den Minderheiten durch eine rasche Entwicklung ihrer Siedlungsgebiete, durch die Annäherung der Lebensverhältnisse an die der fortgeschrittenen Regionen Chinas zu lösen. Es existiert ein strategischer Plan der Zentralregierung zur Entwicklung der Westgebiete Chinas. Ihre Infrastruktur wird mit zentralen staatlichen Mitteln vorrangig entwickelt. Die Zuwachsraten des BIP Tibets liegen in den letzten Jahren weit über 10 Prozent.

Die Leistungen Chinas bei der Entwicklung der autonomen Regionen und der Veränderung der Lebensbedingungen der Menschen werden in den Medien des Westens weitgehend ignoriert. Die Tibetbahn ist dafür ein typisches Beispiel. Nach der fiktiven Optik „China – Besatzer, Tibet – ausgebeutete Kolonie“ wird ausschließlich vom Raub von Bodenschätzen und der Militarisierung des Landes geredet. Keine Rede davon, dass die Bahn zur Integration Tibets in das ganze Land beiträgt, dass sie dem Tourismus (eine der Haupteinnahmequelle tibetischer Handwerker und Dienstleister) dient, dass sie Tibet aus einer weltabgeschiedenen Region zu einer wirtschaftlichen Drehscheibe zwischen Zentral- und Südasien machen kann.

Tibet ist auf dem Weg in die moderne Zeit. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass mit dem „kulturellen Genozid“, der in exiltibetischen Kreisen immer wieder beschworen wird, der Entwicklungsschub gemeint ist, den das Land in den letzten Jahren erlebt. Entwicklung aber ist das Recht eines jeden Menschen. Sie verändert natürlich die Lebensweise der Bewohner, möglicherweise auch ihren Blick auf die Religion.



Religionsfreiheit ist durch die chinesische Verfassung garantiert. Die Religionsausübung durch die einfachen tibetischen Buddhisten wird nicht behindert. Der Staat lässt aber nicht mehr zu, dass bereits 5- bis 6-jährige Jungen Mönche werden sollen. Das ist jetzt erst ab 16 Jahre möglich, wenn der Betroffene eine bewusste individuelle Entscheidung treffen kann. Durchkreuzt werden auch Bestrebungen des tibetischen Klerus, politischen Einfluss ausüben zu wollen. Ein Problem ist das Bestreben des Staates, die Hierarchien der Glaubensgemeinschaften zu kontrollieren. Das wird aber erst überwunden werden, wenn die VR China nicht länger befürchten muss, dass, wie im Falle Tibet praktiziert, unter der Losung von Religionsfreiheit Sezessionsbestrebungen verfolgt werden.

Hauptsächlich negativ ist im Mainstream der westlichen Medien die Beurteilung der chinesischen Nationalitätenpolitik als Ganzes. Dabei werden ansonsten propagierte Werte des Westens gnadenlos geopfert. Fordert man für China insgesamt mehr Freizügigkeit, findet man es gar nicht gut, dass diese mehr Chinesen nach Tibet bringt, die nach den Regeln der Marktwirtschaft dorthin gehen, wo sie etwas verdienen können, mit der Eröffnung von Restaurants und Geschäften etwa, die Küchen und Waren anderer Provinzen nach Tibet bringen, was von Touristen, Tibetern und Chinesen durchaus geschätzt wird.

Gilt Multikulti – die gegenseitige Bereicherung der Kulturen, allgemein als etwas Positives, werden gemischte Ehen von Tibetern mit Chinesen als „Assimilierung“ verunglimpft. Lernen junge Tibeter auch Chinesisch, um die Entwicklungschancen des riesigen Landes über die Region hinaus zu nutzen, wird das ebenfalls als Assimilierungstendenz angeprangert. Lernen sie Englisch, um ihr Glück in der Welt zu suchen, ist das natürlich etwas Anderes.

Der chinesische Wirtschaftsboom der letzten Jahrzehnte, der jetzt Tibet zu erfassen beginnt, ist auch hier mit all den Problemen behaftet, die in ganz China auftreten:

- Arbeitsplätze entstehen, aber wegen ihrer besseren Ausbildung erhalten oft Chinesen die qualifizierteren Jobs.
- Die Einkommen wachsen, aber die Unterschiede auch; chinesische Händler machen wegen besserer Großhandelsbeziehungen oft bessere Geschäfte als tibetische.
- Industrie bringt Umweltprobleme, deren Beseitigung oder Vermeidung häufig nicht ohne Auseinandersetzungen abgeht.
- Eine wohlhabendere tibetische Mittelschicht entsteht (Händler, Verwaltungsangestellte, Lehrer, Ärzte), aber der Wohlstand erreicht – wie in China insgesamt – das flache Land bisher wenig.
- In der jüngsten Zeit steigen in China wegen Knappheit auf dem Weltmarkt die Getreide- und damit die Lebensmittelpreise generell, auch in Tibet.

Durch die nationale Brille gesehen, wird aus solchen Alltagsproblemen sehr rasch Unmut über „die Chinesen“, die an allem schuld seien und wohlfeile Sündenböcke abgeben. Sicher nicht zufällig waren an den Auseinandersetzungen in Lhasa viele arbeitslose junge Männer beteiligt. Im Medien-echo in China zu den Unruhen mahnten führende Tibetologen tibetischer und chinesischer Nationalität, zum wirtschaftlichen Fortschritt gäbe es keine Alternative. Es komme darauf an, dass alle Tibeter von der wirtschaftlichen Entwicklung profitieren. Für mehr Chancengleichheit ist Bildung eine unabdingbare Voraussetzung. Sie ist Bestandteil der Strategie

zur Entwicklung der Westgebiete Chinas. Umwelt- und andere Probleme der Industrialisierung müssen in Tibet wie in ganz China dringend gelöst werden.

Ein Zurück zur ethnisch reinen Theokratie indessen ist im Tibet von heute undenkbar. Es hat nur eine friedliche und demokratische Zukunft als multikulturelle Gesellschaft, in der die Nationalitäten kooperativ zusammenleben. Die Forderungen von Exiltibetern, keine Angehörigen chinesischer oder anderer nationaler Herkunft mehr ins Land zu lassen, bzw. die schon Anwesenden auszusiedeln, wäre nur mit Hilfe ethnischer Säuberungen durchzusetzen, die anderswo in der Welt schlimme Folgen gezeitigt haben. Auch künstlich aufrecht erhaltene riesige leere Räume sind in einem Land wie China mit enormer Übervölkerung der entwickelten Gebiete nicht realistisch. Dabei hält sich der Drang nach Tibet wegen des unwirtlichen Klimas in durchschnittlich 3000 bis 4000 m Höhe, dem noch niedrigen Entwicklungsstand und den schwierigen Lebensbedingungen ohnehin in Grenzen. Gegenwärtig beträgt der Anteil Han mit ständigem Wohnsitz in Tibet ca. 7 Prozent.

Eine Schlüsselrolle in der internationalen Kampagne um Tibet kommt dem Dalai Lama und der von ihm geführten Exilregierung zu. Er ist über die Jahre im Westen zu einem Idol geworden, dem niemand mehr zu widersprechen, dessen Thesen niemand zu hinterfragen wagt. Beim Dalai Lama sind es u. a. die Kontakte zu Nationalisten zweifelhaftester Couleur in aller Welt wie der japanischen AUM-Terrorsekte, dem Vorsitzenden der Nationalsozialistischen Partei Chiles, Miguel Serranos, oder der Südtiroler Autonomiebewegung, die das so humane Bild dieses Gottesmannes arg ankratzen.

Angesichts der Unruhen in Tibet hat der Dalai Lama seine Landsleute zum Verzicht auf Gewalt aufgerufen. Er hat versichert, er wolle keine Lostrennung Tibets von China, sondern das Überleben der Kultur, Sprache und Identität des tibetischen Volkes sichern. Er unterstütze die Politik des jetzigen Präsidenten Hu Jintao zur Errichtung einer harmonischen Gesellschaft. Er bot der chinesischen Führung Gespräche an. Die erste Runde hat stattgefunden und wird von beiden Seiten positiv beurteilt. Weitere sind vereinbart.

Trotz dieser Erklärungen ist das gegenseitige Verhältnis nach wie vor von tiefem Misstrauen geprägt. Der Dalai Lama gibt wohlklingende Statements in dem Wissen ab, dass wesentliche Teile seiner Umgebung sie nicht teilen und, bestärkt durch die allgemeine Sympathie des Westens, nur noch hartnäckiger nach der Lostrennung Tibets streben. Die Unruhen im Lande, der bewusst auf maximale Diskreditierung Chinas angelegte Stil der Aktionen im Vorfeld von Olympia – all das wertet die konstruktive Absicht in den Augen Pekings ab. Der Dalai Lama und die Anliegen der Tibeter sind in der chinesischen Bevölkerung seit den jüngsten Ereignissen in Tibet nicht populärer geworden. Die Regierung bekommt für ihre Haltung breite Zustimmung.

Die LINKE hält es für richtig, dass alle bisherigen Regierungen der Bundesrepublik Deutschland Tibet als Bestandteil der VR China anerkennen. China hat eine Geschichte von mehreren tausend Jahren hinter sich, die zahlreiche komplizierte Grenz- und Territorialfragen hinterlassen hat. Es ist das Verdienst der Regierungen der VR China der letzten zwanzig Jahre, dass die meisten dieser Probleme in Verträgen mit den Nachbarstaaten, z. B. mit Vietnam, Russland, Kirgisien, Kasachstan oder der Mongolei, zur beiderseitigen Zufriedenheit gelöst wurden. Mit Indien ist gegenwärtig nach



Jahrzehnten gegenseitiger Territorialforderungen – im Hochland von Tibet – ein ähnlich aussichtsreicher Prozess im Gange. An die Stelle von permanenten Spannungen, die zuweilen bis zu kriegerischen Auseinandersetzungen führten (UdSSR, Indien, Vietnam) sind Frieden und Zusammenarbeit getreten. China hat mit dieser Politik viel zur Stabilität in diesem krisengeschüttelten Raum beigetragen. Das erkennen wir an.

Zur Lösung der gegenwärtigen Probleme sagte Außenminister Steinmeier: „Die Tibeter wollen ihre Kultur bewahren, China will politische Stabilität. Dafür müssen beide Seiten aufeinander zugehen.“ Lösungen sind nur gemeinsam möglich. Die chinesische Führung steht vor dem Problem, die Ausgestaltung der Regionalautonomie weiterzuentwickeln, sie den heutigen, gegenüber den 50er Jahren stark veränderten politischen und wirtschaftlichen Gegebenheiten anzupassen. Voraussetzung ist allerdings, dass die territoriale Integrität des Landes gewahrt bleibt.

Die Lobby des Dalai Lama

Von Andreas Gruschke; aus: *Eurasisches Magazin* Nr. 5/2008

Andreas Gruschke hat auf 50 Reisen und bei Forschungsaufenthalten fast alle Kreise Chinas mit tibetischer Bevölkerung besucht und mit vielen Tausenden Tibetern aus allen Schichten gesprochen. Als im März die Unruhen im Schneeland Tibet ausbrachen, hat er diese vom benachbarten Indien aus verfolgt. Gruschke ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in einem Sonderforschungsbereich der Universitäten Leipzig und Halle-Wittenberg. In seiner Analyse der Ereignisse versucht er zu trennen zwischen wirklichen Ursachen und vordergründiger Propaganda.

Im Freiburger Kailash-Haus hing während der Unruhen in Tibet ein Transparent mit der Aufschrift: „Tibet den Tibetern!“ In Deutschland gibt es einen vergleichbaren Slogan: „Deutschland den Deutschen“. Er wird von radikalen, rassistisch orientierten Gruppen in der Gesellschaft benutzt. Die vielleicht gut gemeinte Unterstützungsparole für Tibet erscheint unter diesem Gesichtspunkt äußerst fragwürdig. Aber fragwürdig ist ohnehin vieles, was sich im Zusammenhang mit den Demonstrationen in Tibet hierzulande und weltweit abgespielt hat. Tibet genießt im Westen dank einer beispiellosen Lobbyarbeit vieler Tibet-Initiativen und Tibet Support Groups weltweit den Status einer Art „Heiligen Landes“. Nicht nur, weil das Oberhaupt der tibetischen Exilregierung und bekannteste buddhistische Lehrer der Tibeter seit Jahrhunderten als ein „Religionskönig“ angesehen wird. Auch vieles an den „Riten“ der Tibeter wird im Westen verklärt. Das Mönchswesen, das in den eigenen Ländern als weitgehend überholt gilt, erfährt in Tibet höchste Bewunderung. Tibetische Klöster sind Ziele von Millionen von Touristen, die zwar von Tibet meist keine Ahnung haben, aber überzeugt sind von der Einzigartigkeit dieses Landes, seiner Bewohner und seiner Religion.

Und nun ist Tibet wieder einmal in den Schlagzeilen. Bilder von gewaltsamen Demonstrationen gingen um die Welt. Fast in jedem Land, durch das die olympische Fackel auf dem Weg zu den Sommerspielen in China getragen wurde, gab es Übergriffe von Exiltibetern. Freiheit, Autonomie, Los-

lösung von China lauteten die Parolen. Der Dalai Lama wird herumgereicht, lächelt und mahnt: „Keine Gewalt“. Worum es geht, haben die wenigsten Berichte enthüllt. Die meisten begnügten sich mit der Verbreitung von Bildern demonstrierender Mönche, gegen die von Seiten der chinesischen Polizei hart durchgegriffen wurde. Es wurde der Eindruck erweckt, als ginge es ausschließlich um die Verwirklichung von Menschenrechten.

Der Beginn der Unruhen

Es begann alles am 10. März. An diesem Tag fand im Jahr 1959 ein Aufstand in Tibet statt, in dessen Folge der Dalai Lama nach Indien geflohen war. Dieser Jahrestag ist regelmäßig Anlass für politische Demonstrationen von Tibetern in der Hauptstadt Lhasa und von Exiltibetern weltweit.

Diesjähriger „Aufhänger“ des Ganzen waren die in Beijing im Sommer stattfindenden Olympischen Spiele. Die Exiltibeter wollten sie gezielt nutzen, um vermehrt Aufmerksamkeit für ihr Anliegen zu erregen. Der Tenor ihrer Forderungen ist: Unabhängigkeit, Autonomie oder „Freiheit“ für Tibet, was immer diese Forderungen auch zu bedeuten haben. Man könnte vermuten, dass sie China wenigstens die Spiele verderben wollen, wenn ihr hochgestecktes Freiheitsziel schon nicht erreicht werden kann.

Der Dalai Lama hat erklärt, die Tibeter wollten bei China bleiben. Nicht zuletzt, weil das Land einen derartigen wirtschaftlichen Aufschwung verzeichnet. Aber das hat man auch schon anders vernommen. Die Forderung nach Autonomie aller tibetischen Gebiete, die allenfalls bis vor 1200 oder 1300 Jahren unter tibetischen, souveränen Herrschern gestanden hatten, scheint zum Beispiel in der Dalai-Lama-Autobiographie von 1990 auf. In diesem „Buch der Freiheit“ ist eine Karte enthalten, die das heutige China um mehr als zwei Drittel seiner Staatsfläche reduziert.

Die Ziele der Mönche

Niemand im Westen macht sich jedoch die Mühe, sich mit solchen geschichtlichen Details auseinanderzusetzen. Ebenso wenig wie mit dem Umstand, dass es auf dem Boden dieses vom Dalai Lama und der Tibet-Lobby eingeforderten „tibetischen“ Gebietes auf einen Schlag ein Dutzend ethnischer Minderheiten gäbe, die einer Bevormundung durch konservative tibetische Kleriker wohl noch weniger abgewinnen könnten als der Regierung durch die augenblickliche chinesische Führung.

Aus diesem Blickwinkel betrachtet erscheint die Autonomie-Forderung der Exiltibeter in den Augen Beijings keineswegs als harmlos, sondern vielmehr als Vorspiel zu einer am Ende doch beabsichtigten Gebietsabtrennung. In der VR China verstoßen solche separatistische Bestrebungen sowie deren Propagierung – dazu gehört beispielsweise das Ausrollen der erst 1947 unter britischem Einfluss geschaffenen Tibetflagge – gegen die Verfassung und sind daher gesetzlich unter Strafe gestellt. Dies mag nach dem Empfinden des Volks auf der Straße ein Verstoß gegen politische Rechte erscheinen, entspricht jedoch dem gültigen menschenrechtsbezogenen Völkerrecht.

Dies aber bedeutet, dass jede Demonstration mit der Forderung nach Unabhängigkeit oder dem Aufzeigen der exiltibetischen Fahne in China einen Straftatbestand darstellt. Wenn Mönche auf dieser Grundlage verhaftet werden, bedeutet dies juristisch in der Tat, dass sie kriminell gehandelt



haben – in Deutschland vergleichbar etwa den Folgen für ein Zuwiderhandeln gegen das gesetzliche Verbot der Anwendung von Hitlergruß oder anderer Nazisymbole sowie der Leugnung des Holocaust.

Regelmäßig wiederkehrende politische Schulungen

Anlass für die Unzufriedenheit der Mönche sind mit Sicherheit die regelmäßig wiederkehrenden politischen Schulungen, in denen von ihnen verlangt wird „dem Dalai Lama abzuschwören“. Leider ist von den Behörden in China nie verstanden worden, dass sie damit von den Mönchen die Quadratur des Kreises verlangen. Während der Dalai Lama von chinesischer Regierungsseite her vor allem politisch interpretiert wird, zählt für die Tibeter im Kern der religiöse Aspekt. Der Dalai Lama gilt ihnen als Manifestation einer göttlichen Wesenheit, und für die Mönche, speziell die des Gelugpa-Ordens, ist er einer ihrer höchsten geistlichen Lehrer. Da diese Vorstellung ein zentraler Teil ihres Glaubens ist, können sie das Geforderte kaum erfüllen, ohne ihren Glauben preiszugeben. Als Ausdruck ihrer politischen Haltung darf dies allerdings nicht automatisch gewertet werden. Die KP mag von ihren politischen Kadern eine atheistische Einstellung einfordern – im Falle der Mönche bedeutete die erzwungene Abkehr vom Dalai Lama in der Tat eine Einschränkung ihrer religiösen Freiheit.

Dass die chinesischen Parteikader dies nicht begreifen, erscheint im Westen als ein Rätsel. Aber dies ist es nur, wenn der kulturelle Kontext Chinas außer Acht gelassen wird. Mögen die politischen Führer Chinas auch nicht religiös sein, so ist ihr Denken doch von einer Jahrtausende alten Vorstellung mitgeprägt, in der auch religiöse Momente mit-schwingen. Etwa so wie selbst bei einem deutschen Atheisten noch immer bestimmte christliche Werte im Hintergrund stehen, die er ganz einfach unbewusst verinnerlicht hat.

In der alten chinesischen Volksreligion spielt der Kaiser als politische Zentralgewalt auch in transzendenter Hinsicht eine herausragende Rolle, die ihn mit Macht und Befugnissen selbst über das Jenseits ausstattete. Aus diesem Kontext heraus lässt sich besser nachvollziehen, dass die heutigen Herrscher, die die Kaiser ja zumindest in historischer Perspektive beerbten, sich selbst ähnliche Machtbefugnisse zuschreiben. Diese Erklärung wird gleichwohl nicht dazu angetan sein, die Frustration der tibetischen Mönche und Gläubigen zu zerstreuen. Die Art wie die Regierung versucht, gegen die Opposition anzukämpfen, schafft diese Opposition damit erst recht.

Parolen der Tibet-Lobby schüren chinesische Zweifel

Der immer wiederkehrende Versuch der ideologischen Indoktrination ist gewiss einer der Hauptgründe, der die Mönche im März auf die Straße trieb. Bei ihren Demonstrationen griffen sie zuweilen auch das auf, was im Exil und im Westen vor allem von der Tibet-Lobby gefordert wird: Unabhängigkeit. Und dies obschon der Dalai Lama von dieser Forderung eigentlich schon länger abgerückt ist. Damit schüren sie indes die chinesischen Zweifel auch an der Aufrichtigkeit des Dalai Lama, zumal dieser in seinen Äußerungen im Westen die Unabhängigkeit zwar nicht mehr fordert, sich jedoch immerfort mit Leuten umgibt, die diese vehement anmahnen: wichtige religiöse Vertreter der Exiltibeter, politische Persönlichkeiten und berühmte Leute wie der Schauspieler Richard Gere.

Da der Dalai Lama sich um der Publicity der „Sache Tibets“ willen mit diesen Leuten trifft, wird – und kann – er sich natürlich nicht gleichzeitig von deren offenbaren politischen Forderungen für Tibet distanzieren. Genau dies aber lässt ihn bei der chinesischen Regierung unglaublich erscheinen, da er nur scheinbar einen diplomatischen Weg beschreibt, seine „harten“ Forderungen jedoch weiter stellvertretend durch seine „Unterstützer“ kundtun lässt.

Es waren nicht genehmigte Demonstrationen

Bei den Demonstrationen der Mönche in Tibet handelte es sich zwar um friedlich begonnene, jedoch um nicht genehmigte Demonstrationen. Einmal davon abgesehen, dass eine Genehmigung wohl kaum erteilt worden wäre: ungenehmigte Demonstrationen würden auch in Deutschland, und nicht nur hier, von der Polizei alsbald aufgelöst.

Dennoch: Die friedlichen Demonstrationen von Mönchen und Einwohnern Lhasas am 10. März konnten, obwohl auch die hoch problematische Forderung nach Unabhängigkeit zur Schau getragen wurde, ohne größere Behinderung vier Tage lang andauern. Der gleichfalls geäußerte Wunsch nach Rückkehr des Dalai Lama drückte die Unzufriedenheit mit der seit Jahren andauernden behördlichen Gängelung aus. Von den Behörden und der zurückhaltend auftretenden Polizei wurden die Proteste zunächst hingenommen, zähneknirschend womöglich, doch immerhin geduldet.

Vor diesem Hintergrund zeigte die chinesisch-tibetische Polizei in Lhasa zu Beginn unerwartete Zurückhaltung – gewiss mit Blick auf die bevorstehenden Olympischen Spiele, da unangenehme Publicity vermieden werden sollte. Exiltibetische Kreise und ihre Lobby haben dann allerdings das Gerücht verbreitet, die Polizei habe nur abgewartet, bis die Gewalt eskaliere, um dann umso härter zuschlagen zu können. Diese Behauptungen gehören zu den absurdesten, die nach Ende der Unruhen auftauchten. Hier zeigt sich überdeutlich, dass sich China in den Augen der Exiltibeter und des Westens gar nicht richtig verhalten kann: Schreiten die Behörden sofort ein, ist es ein Unrechtsstaat, tun sie es nicht, offensichtlich erst recht.

Wie es zur Eskalation kam

Am 14. März begannen Ausschreitungen in der mehrheitlich von Tibetern bewohnten Altstadt Lhasas, die sich vor allem gegen Han-Chinesen und Hui-Muslime richteten. Geschäfte und Fahrzeuge wurden geplündert und in Brand gesetzt. Anscheinend ging auch eine Moschee in Flammen auf. Ausländische Augenzeugen konnten keinen unmittelbaren Anlass erkennen, vielmehr schienen wie auf Absprache überwiegend gewaltbereite jugendliche Tibeter in Hooligan-Manier mit dem Randalieren begonnen zu haben. Manche glauben, dass Gerüchte von Verhaftungen das Ganze ausgelöst hätten. Die sehr widersprüchlichen Informationen machen es schwer, sich ein Bild von den exakten Vorgängen zu machen, doch zahlreiche, auch im Internetportal youtube eingestellte Videos erwecken den Eindruck von Pogromen gegen Angehörige der Han und Hui. Bei den gewalttätigen Zusammenstößen wurden zahlreiche Menschen schwer verletzt und getötet, zumeist chinesische Zivilisten, die teilweise in ihren von der Meute in Brand gesetzten verschlossenen Ladengeschäften im Feuer umkamen. Sogar drei Japanerinnen sind von Tibetern verprügelt worden, weil sie für Han-Chinesinnen gehalten wurden.

Im Verlauf des Tages breiteten sich die gewalttätigen Unruhen auf weite Teile der Stadt aus, schon bald auch auf andere tibetisch besiedelte Regionen. Ausländische Augenzeugen berichteten von Angriffen auf Polizei, Feuerwehr und Rettungssanitäter. Keine Staatsmacht der Welt würde hier tatenlos zusehen, was sogar Amnesty International einräumte. Wie jedes andere Land der Welt in einer solchen Situation auch, schritten chinesische Sicherheitskräfte nun massiv ein. Ein großes Aufgebot bewaffneter Polizei wurde in Lhasa gegen die Randalierer eingesetzt. Tränengas und Schüsse in die Luft sind wahrscheinlich nicht die einzigen Kampfmittel gewesen, doch lassen sich auch hier die Ereignisse nur schwer rekonstruieren, da die Behörden inzwischen Journalisten, Touristen und Mitarbeiter von Hilfsorganisationen anwiesen, Tibet zu verlassen. Der Aufruhr wurde niedergeschlagen, Gewalttäter verhaftet, dabei sicher teilweise auch verletzt, und etliche Todesfälle sind dabei nicht auszuschließen.

Fotos aus Nepal und Indien statt aus Lhasa

Vereinzelte, weiterhin in Lhasa lebende ausländische Augenzeugen (Studenten, Lehrer) stützen jedoch eher die chinesischen Darstellungen, nicht solche der westlichen Medien. Letztere illustrierten ihre Berichte von den Unruhen in Lhasa nämlich häufig mit Fotos und Filmen, die in Wirklichkeit zeigten, wie die Polizei in Nepal und Indien mit Schlagstöcken gegen exiltibetische Demonstranten vorgingen. Merkwürdigerweise wurde dieses Fehlverhalten unserer Medien, fingiertes Fotomaterial zu veröffentlichen damit gerechtfertigt, dass man durch die Ausweisung der Journalisten leider über keine entsprechenden Aufnahmen aus Lhasa verfügt hätte. Auf die Verwendung von Material der chinesischen Nachrichtenagentur Xinhua „verzichtete“ man, weil dieses propagandistisch sei. Dann lieber gleich Bilder aus anderen Gegenden und von anderen Vorgängen, wenn diese doch so herrlich zum Thema passten. – Pressefreiheit der anderen Art.

Die teilweise gewalttätigen Auseinandersetzungen von Exiltibetern mit nepalesischer und indischer Polizei dagegen wurden kaum kommentiert: Offensichtlich scheint dort Folklore zu sein, was die Tibet-Lobby in China als Menschenrechtsverletzung betrachtet. Immerhin entschuldigten sich inzwischen etliche deutsche und schweizerische Medien für ihre unlauteren Darstellungen. Die Bilder aber haben sich bereits in den Köpfen der Leser festgesetzt.

Die Unruhen waren von langer Hand vorbereitet

Größere Unruhen und Demonstrationen fanden fast zeitgleich in rund zwei Dutzend Orten mit tibetischer Bevölkerung statt. Zum Beispiel in Xiahe (Kloster Labrang), Tongren (Bezirk Rebkong), Aba (Bezirk Ngawa). Eine auffällige Gemeinsamkeit dieser Orte ist, dass hier vorwiegend der Gelugpa-Orden präsent ist, der dem Dalai Lama am nächsten steht. So lag zumindest für die chinesischen Behörden nahe, dass das Ganze aus dem Exil organisiert wurde. Als Orte der Gelugpa-Dominanz lenkten diese Unruhezentren die Aufmerksamkeit der Behörden natürlich auf den Dalai Lama und die Exilregierung.

Zur Erinnerung: Im Juni 2007 fand eine Konferenz der „Friends of Tibet“ in Delhi statt, auf der davon die Rede war, dass die Olympischen Spiele in Beijing den Tibetern die einzigartige Chance böten, im Exil wie in Tibet selbst gegen China zu protestieren. Im Januar 2008 schließlich, also nur zwei

Monate vor den Unruhen, verkündeten Organisationen mit Sitz in Indien die Errichtung eines „Tibetan People's Uprising Movement“ und verkündeten, dass der Aufstand am 10. März beginnen würde – was sich dann ja tatsächlich bewahrheitete.

Inzwischen herrscht Enttäuschung und Frustration bei allen Beteiligten: Die Exiltibeter und die westlichen Tibetunterstützer sind frustriert, weil sie trotz aller Bemühungen den Olympia-Boycott nicht erreichen konnten. Bei tibetischen Demonstranten macht sich Frust breit, weil sie keine positiven Veränderungen ihrer teilweise durchaus schwierigen Lage erzwingen können. Beim Dalai Lama macht sich Enttäuschung breit, weil unter den Tibetern die Gewaltbereitschaft immer größer wird. Er ist zwar in aller Munde, seine Popularität wird gerne genutzt, aber seine Worte verhallen oft ungehört. Die chinesischen Behörden verweisen auf den stufenweisen Fortschritt im Land und kreiden den Tibetern an, dass der Widerstand dennoch zunimmt. Viele Chinesen zeigen sich empört darüber, dass sie in der westlichen Öffentlichkeit pauschal als „gehirngewaschen“ eingestuft werden, sobald sie verfälschten Pressedarstellungen in westlichen Medien widersprechen.

Die Folgen für die Tibeter in Tibet werden im Westen am wenigsten hinterfragt. Sie haben sich inzwischen an gewisse Freiheiten im alltäglichen Leben und an ökonomische Verbesserungen gewöhnt. Jetzt herrscht eine angespannte Situation wie lange nicht. Sie wurde zwar durch „einheimische“ Tibeter erzeugt, aber ganz offensichtlich koordiniert und gesteuert aus dem Exil. Die Aktivisten weltweit können sich die Hände reiben: Im ganzen Land herrschen Misstrauen und es sind ethnische Spannungen geschaffen worden, die bislang fast ausschließlich in Städten Zentraltibets offen zu Tage traten und in anderen Teilen höchstens punktuell aufschienen.

Geht es gar nicht um das Wohl der Tibeter?

War das der Sinn der Unruhen? War es das wert? Was soll eigentlich erreicht werden? Und erträumt sich das wirklich jeder Tibeter? Diesen Fragen muss man nachgehen, wenn man die Ereignisse der vergangenen Wochen seit dem März und deren Folgen beurteilen möchte. Welchen Kurs wird China einschlagen?

Eine differenzierte Beurteilung der Ereignisse ist nahezu unmöglich, weil jede Seite sowieso schon vorher weiß, wie sie von den Ereignissen berichten, und wie sie diese bewerten wird. Es kommt es zu einem „Wettkampf der Deutungen“, einem Wettkampf, der als West-Ost-Auseinandersetzung wichtiger zu werden scheint als die Ereignisse selbst. Das wirft neue Fragen auf, die nicht allein auf die Unruhen in Tibet zielen dürfen, sondern auch danach trachten müssen zu überprüfen, inwiefern die Anliegen der Exiltibeter, ihrer Lobby und jene der Tibeter in Tibet selbst tatsächlich deckungsgleich sind oder nicht.

Worauf wollten die friedfertigen tibetischen Demonstranten aufmerksam machen? Warum waren friedliche Proteste und Demonstrationen in den meisten Orten Chinas bislang kein Problem, meist nicht einmal für Tibeter in den Provinzen Qinghai, Gansu, Sichuan und Yunnan, und weshalb waren sie insbesondere in Lhasa und Zentraltibet undenkbar? Liegt dies allein an Beijing, oder nicht vielleicht auch an der ultraorthodoxen Lhasa-Regierung, deren tibetische Kader die am längsten in Amt und Würden befindlichen Kader der gesam-



ten Volksrepublik sind? Muss Beijing nicht endlich sein übergroßes, von diesen Kadern zweifellos geschürtes Misstrauen überwinden und vermehrt selbst mit der Bevölkerung dort ins Gespräch kommen, um Frieden zu finden?

Wer muss die Folgen ausbaden?

Es wäre interessant zu wissen, wie die große Masse der tibetischen Bauern und Nomaden zu den Demonstrationen und zu den hässlichen Ausschreitungen steht. Und vor allen Dingen zu den nun daraus resultierenden Konsequenzen. Denn diese sind bereits zu spüren. Es gibt wieder mehr Überwachung und Indoktrinierungsversuche. Das Misstrauen der Partei und die Ängste der Han und Hui sind neu aufgelebt. Vielerorts im Hochland scheinen die chinesischen Behörden nun fast alle Tibeter unter einem Generalverdacht zu stellen.

Welche Meinungen haben die Tibeter tatsächlich von der chinesischen Politik, und vor allem was würden sie über eine Regierung denken, die aus Mitgliedern einer (durchaus auch nach Meinung vieler Exiltibeter) großteils eher reaktionär eingestuftem exiltibetischen Elite bestünde? Beileibe nicht für alles, was die Tibeter drückt, ist die Regierung im fernen Beijing verantwortlich, auch wenn dieser Eindruck erweckt werden sollte. Die Verflechtungen sind im globalen Zeitalter so eng geworden, dass die Schafzucht in Australien sich auf das Einkommen tibetischer Nomaden ebenso auswirkt wie die Milchpreispolitik der EU auf die Butterpreise in Lhasa.

Der Tourismus leidet ganz sicher. Er war und ist in vielen tibetischen Gebieten zu einer der bedeutendsten Einkommensquellen geworden. Viele Tibeter betreiben Reiseagenturen, Hotels, Restaurants und viele andere damit verbundene Geschäfte. Der Schaden, der durch vorerst wieder gesperrte ausländische Touristen entsteht, ist – wenige werden das glauben – noch zu verkraften. Viel schlimmer ist für viele Tibeter, dass die eigentlich ungeliebten Han-Chinesen nun ausbleiben, weil sie aufgrund der Ereignisse Angst haben. Schon seit Jahren haben tibetische Fahrer lieber chinesische als ausländische Gruppen übernommen, weil sie an diesen sehr viel mehr verdienen konnten als mit den Ausländern, die sich auf ihre vermeintlich üppigen Trinkgelder viel einbildeten. Im letzten Jahr war es erstmals einer tibetischen Agentur gelungen, einen der bedeutendsten europäischen Studienveranstalter zum Wechsel weg von einer innerchinesischen Agentur zu bewegen. Und auf einmal werden solche Erfolg versprechenden tibetischen Existenzen wieder gefährdet!

Der tibetische Einfluss ist in Gefahr

Selbst wenn sie es gewiss nicht einfach haben, gewinnen Tibeter in den letzten Jahren doch endlich mehr Einfluss und Chancen im Land. Auf einen Schlag wird durch die aus dem Exil gesteuerten Unruhen alles zunichte gemacht – durch Unruhestifter, die im Exil oder ihrer westlichen Heimat laut schreien und trommeln und sich dann im Bewusstsein der vermeintlich guten Sache zurücklehnen und ihren persönlichen Dingen zuwenden, während die von den Menschen in Tibet mühsam errungenen Fortschritte wieder um Jahre zurück geworfen werden.

Ist dies ein „Kollateralschaden“ oder gar beabsichtigt? Es gibt durchaus Stimmen im Exil, die meinen, die Tibeter in Tibet selbst könnten durch die Verschlimmerung ihrer politischen Situation unter Druck gesetzt werden, damit sie sich gegen China erheben. Dies entspricht einer terroristischen

Ideologie, wie wir sie im Deutschland der 1960er und 1970er Jahre kennen gelernt haben. Bereits vor über einem Jahrzehnt hat der US-amerikanische Anthropologe und Tibetwissenschaftler Melvyn Goldstein vor einer solchen Möglichkeit gewarnt. Können wirklich friedliebende Tibet-Unterstützer so etwas unterstützen wollen? Wohl kaum, doch durch die Leugnung dieser Möglichkeit – weil sie nicht zum Image der Tibeter passt – schaffen wir sie auch nicht aus der Welt.

Ein Komplex vielfältiger Ursachen

Dass die Unruhen ein derartiges Ausmaß angenommen haben, liegt auch daran, dass es nicht nur einen einzigen Grund für die Unzufriedenheit der Tibeter gibt. Tatsächlich existiert eine Fülle sozialpolitischer und sozioökonomischer Probleme, die sich, insbesondere unter städtischen tibetischen Jugendlichen, mit Gewalt entladen können. Vergleichbar den von muslimischen Einwandererkindern ausgehenden gewalttätigen Unruhen in Frankreich im Oktober und November 2005.

Mangelnde Chancengleichheit, schlechte Berufschancen, bevorzugte Einstellung von Han-Chinesen in besser bezahlten Berufen zum Nachteil von Tibetern, fehlende gesellschaftliche Integrationsmöglichkeiten in der Stadt, schlechtere Bezahlung, Korruption, Perspektiv- und Arbeitslosigkeit und damit verbunden Resignation, Überdruß, Frustration und selbst Bandenkriminalität sind bekannte Phänomene. Dazu kommt die Unzufriedenheit aufgrund mangelnder Mitsprachemöglichkeiten. Mit wohlmeinenden Ratschlägen, propagandistischen Mitteln oder ideologischen Schulungen ist solchen Problemen natürlich ebenso wenig beizukommen wie mit dem Aufruf, die Menschenrechtslage zu verbessern, Nomaden im Weideland unbehelligt zu lassen oder die Olympische Fackel nicht durch Tibet zu schicken. Die vordergründigen Rezepte der westlichen Öffentlichkeit sind da ähnlich schwammig wie jene der chinesischen „großen Politik“.

Spannungen zwischen Tibetern und Muslimen

Es gibt ohne Frage auch einen ethnisch-religiösen Hintergrund für die Unruhen im Land. Das macht die Lage nicht weniger kompliziert. Zwar waren Han-Chinesen von den Gewaltausbrüchen offensichtlich am stärksten betroffen, doch der unter Tibetern kursierende veritable Hass auf Hui, also Muslime, wird im Westen auf bedenkliche Weise übersehen. Es muss hier nicht spekuliert werden, ob dem die im Shambhala-Mythos des Kalacakra-Tantras heraufbeschworene Endzeitvision zugrunde liegt. Aber sie spricht von einem erbarmungslosen Kampf, in welchem der buddhistische König von Shambhala die angreifenden „Mekka“ ultimativ vernichten soll.

Gewiss ist leider, dass die Abneigung vieler Tibeter gegenüber Muslimen auf Gegenseitigkeit beruht. In Lhasa hat sie in jüngster Zeit bizarre, rassistische Blüten getrieben. Im nordosttibetischen Amdo wurden schon seit einiger Zeit Gerüchte kolportiert, dass muslimische Köche Tibetern Spülwasser ins Essen mischen oder Asche von Verstorbenen hinein streuen würden, um Muslime aus ihnen zu machen. Eine erfahrene deutsche Studienreiseleiterin berichtete, was ihr tibetischer Local Guide an Ungeheuerlichkeiten verbreitete. Dieser aus dem indischen Exil zurückgekehrte Tibeter behauptete allen Ernstes, Muslime würden schwangere Frauen aufschlitzen, um anschließend deren Babys zu verspeisen. Er versicherte, dass er sich in einem Film davon habe überzeu-



gen können. In Lhasa kursiere ein Streifen, welcher genau solche Vorgänge zum Inhalt habe.

Die erfolgreichste Propaganda der Welt

So unglaublich dies alles klingt, steht es doch am Ende einer langen Kette von aggressiven Verhaltensänderungen vieler Tibeter den Muslimen gegenüber – wie beispielsweise dem Boykottaufwurf: „Esst nicht bei Muslimen!“ Sollte, wie teilweise berichtet, während der vergangenen Unruhen tatsächlich eine Moschee in Brand gesetzt worden sein, steht zu befürchten, dass bei anhaltenden Spannungen Pogrome nur vermieden werden können, wenn sowohl die Regierung Chinas wie westliche Beobachter auch diesen unschönen Teil der tibetischen Alltagsrealität wahrzunehmen und anzuerkennen bereit sind. Den einen fällt dies schwer, weil sie keine Kratzer an der von ihrer Propaganda beschworenen Völkersolidarität und harmonischen Gesellschaft brauchen können, den anderen, weil das seit einem Jahrhundert geschaffene Tibet-Image solche Teilwirklichkeiten nicht vorsieht.

In der scheinbaren Unerschütterlichkeit des oft geradezu irrwitzigen Tibetbildes, das durchaus Züge eines „positiven Rassismus“ aufweist, zeigt sich das Resultat der seit Jahrzehnten erfolgreichsten Propaganda der Welt. Denn um nichts anderes handelt es sich bei der weltweiten Zementierung des mehr von der Tibetlobby als den Exiltibetern selbst kreierten Tibet-Images im klassischen Sinne.

Die Unterstützer-Propaganda der Exiltibeter wurde inzwischen bis in den letzten Winkel der Welt verbreitet, millionenfach wiederholt und abgeschrieben. Im Westen fühlte sich in den letzten Wochen und Monaten jeder kleine Lokalredakteur, mag er auch noch so wenig Begegnungen mit Tibetern und Chinesen gehabt haben, bemüßigt, Kommentare zu schreiben über ein Land, von dem er nicht das Geringste weiß außer den Vorurteilen, die er angesammelt hat.

Das „Tauwetter“ in den chinesisch-deutschen Beziehungen muss nachdenklich stimmen

Von Liu Liqun, Europa-Institut der Chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften

Außenpolitischer Kommentar der Zeitschrift Huanqiu (Globus), Nr. 4/2008, Beijing, 11. Februar 2008 (Huanqiu – Globus ist eine Zweiwochenschrift, die die chinesische Nachrichtenagentur Xinhua herausgibt. Der Autor gilt als Deutschland-Experte der Akademie für Sozialwissenschaften.)

Seit der Empfang des Dalai Lama durch Bundeskanzlerin Angela Merkel am 23. September 2007 eine Frostperiode in den chinesisch-deutschen Beziehungen auslöste, geben diese in Medien und Öffentlichkeit beider Länder zur Sorge Anlass. Die Menschen fragen sich, wie es dazu kommen konnte und wie es mit dem Verhältnis zwischen China und Deutschland weitergeht. In China fühlte man sich unwillkürlich an die Beziehungen zu Japan erinnert, wo der frühere Premierminister Koizumi mit seinen Besuchen beim Yasukuni-Schrein er-

reichte, dass zwischen beiden Ländern fünf Jahre lang „politisch Kälte und nur wirtschaftlich Wärme“ herrschte. Man befürchtete, dass es auch zwischen China und Deutschland dazu kommen könnte. Diese politische Frostperiode hat aber nur vier Monate angehalten. Am 22. Januar 2008 haben sich die Außenminister beider Seiten am Rande des Treffens der Iran-Sechsergruppe in Berlin grundsätzlich geeinigt, wieder Normalität einziehen zu lassen. Kanzlerin Merkel hat angekündigt, dass sie im Oktober 2008 zum nächsten ASEM-Gipfel nach Beijing reisen wird. Auch sie möchte zur Verbesserung der chinesisch-deutschen Beziehungen beitragen und wünscht, dass die Olympischen Spiele in China ein Erfolg werden. Zu der Schneekatastrophe Anfang Februar 2008 hat sie der Führung Chinas ihr Mitgefühl ausgesprochen. Der deutsche Umweltminister ist im Januar nach China gereist, mehrere weitere gegenseitige Ministerbesuche sind vereinbart. Über die Ursachen und Lehren dieser unvermittelten Wendung muss jedoch weiter nachgedacht werden.

China und Deutschland liegen auf verschiedenen Teilen des Erdballs und haben keine historisch überkommenen Probleme oder Grenzkonflikte miteinander. Ihr Verhältnis war bisher recht gut, was der Besuch von Kanzlerin Merkel im August vergangenen Jahres in China noch einmal bestätigte. Es ist schon merkwürdig, wie es zwischen ihnen plötzlich zu einer solchen Abkühlung kommen konnte. Das ist ganz gewiss nicht über Nacht geschehen. Seit die Regierung der großen Koalition von CDU/CSU und SPD im November 2005 ins Amt gelangt ist, hat Bundeskanzlerin Merkel einige „neue Ideen“ in die Innen- und Außenpolitik eingebracht. Eine ihrer wichtigen Positionen lautet, dass Außen- und Innenpolitik (in der globalisierten Welt – d. Ü.) nicht mehr voneinander zu trennen seien.

Das ist nicht von der Hand zu weisen. Aber es kommt darauf an, was man unter dieser These konkret versteht und wie man sie anwendet. Sonst sind Fehler in der Außenpolitik nicht zu vermeiden. Auf diesem Gebiet hat man es nun einmal mit anderen Staaten zu tun, deren Lage sich von der eigenen ein wenig oder ganz beträchtlich unterscheidet. Zudem kennen sich Spitzenpolitiker vor allem im eigenen Lande aus, in anderen Ländern schon weniger. Wenn man versucht, Politik und Positionen, die für das eigene Land geeignet sein mögen, anderen Ländern aufzuzwingen, dann muss man Schiffbruch erleiden. Wenn z. B. einige Vertreter der Unionsparteien betonen, dass die Menschenrechte universellen Charakter haben, dann ist das nicht falsch. Das Problem besteht darin, dass sich aus der unterschiedlichen Situation in den einzelnen Ländern auch bestimmte Unterschiede bei der Realisierung der Menschenrechte ergeben. Sie können nun mal nicht zwangsweise durchgesetzt werden wie weltweit gültige technische Normen. Wenn es stimmt, dass sich in Frau Merkels engstem Beraterkreis niemand mit Asien oder gar China auskennt und dort nach ziemlich subjektiven Vorstellungen Politik konzipiert wird, dann braucht man sich über derartige Fehler nicht zu wundern.

Zwar hat die Bundeskanzlerin erklärt, dass sie die chinesisch-deutschen Beziehungen verbessern will, aber sie hat bisher nicht eingeräumt, dass der Empfang des Dalai Lama ein Fehler war. Im Gegenteil, sie bleibt dabei, dass „sie entscheidet, wen sie empfängt und wo“, dass die chinesisch-deutschen Beziehungen den Empfang des Dalai Lama „aushalten“ müssten, dass diese dadurch nicht beschädigt würden und man die Sache nicht übertreiben sollte. Natürlich



kann sie nicht offen sagen, dass sie den Dalai Lama empfangen hat, weil es ihr um Umfragewerte und Wählerstimmen ging, dass sie sich bei diesem Schritt also vor allem von innenpolitischen Erfordernissen, ihren persönlichen Vorlieben und Auffassungen hat leiten lassen, zugleich aber auch die Möglichkeit sah, China bei den „Menschenrechten“ unter Druck zu setzen, also mehrere Fliegen mit einer Klappe zu schlagen. Die Außenpolitik als Hebel in der Innenpolitik einzusetzen und umgekehrt – das scheint der eigentliche Sinn der Worte zu sein, dass man beides nicht voneinander trennen könne. Ob die chinesisch-deutschen Beziehungen dabei Schaden nehmen, hat sie wohl weniger interessiert. Daher bleiben trotz der jetzt beginnenden Normalisierung viele Unklarheiten. Bis zur völligen Aussöhnung ist es wohl noch ein ziemlich weiter Weg.

Gegenwärtig bleiben die Beziehungen Chinas zu Deutschland hinter denen zu Europa zurück, ja, wirken sich sogar hemmend aus. Wenn man aufrichtig bestrebt ist, sie zu verbessern, dann muss man vor allem von politischen Tricks lassen und darf das Verhältnis zum Ausland nicht der Jagd nach politischem Kapital im Inland opfern. Zwar gilt die demokratische Regierungsform allgemein als sehr transparent, aber auch hier gibt es einiges, das man gern für sich behält. Die chinesisch-deutschen Beziehungen haben ein solides Fundament und halten eine Menge aus, aber deshalb darf man sie noch lange nicht willkürlich beschädigen.

Dass die Parteien der großen Koalition und das Kabinett, dass insbesondere Kanzlerin und Vizekanzler sich in außenpolitischen Fragen nicht einig sind, beeinträchtigt das Image Deutschlands im Ausland. Dieses Problem sollte durch gegenseitige Annäherung und Zugeständnisse schnellstens gelöst werden. Diejenigen von Frau Merkel und der Unionsparteien scheinen jedoch eher der eigenen Ausweglosigkeit geschuldet und nicht aus freiem Willen erfolgt zu sein. Deshalb tut sie sich auch so schwer, einen Fehler zuzugeben. Dass es in der deutschen Regierung, was die Haltung zu China betrifft, heiß und kalt zugeht, wobei die SPD für heiß und die CDU für kalt plädiert, ist eine Peinlichkeit für die deutsche Politik. Die chinesische Seite hat an diesem Zustand kein Interesse. Er erklärt aber, weshalb die chinesisch-deutsche Aussöhnung auf so schwachen Füßen steht.

Die Lösung kann nur sein, dass beide Staaten das gegenseitige Verständnis und Vertrauen vertiefen, vor allem, dass sie sich klarmachen, was die entscheidenden Interessen und Anliegen des jeweils anderen sind. Zwar erklärt die deutsche Seite immer wieder, sie betreibe eine Ein-China-Politik, aber offenbar hat sie nicht verstanden, weshalb mit dem Empfang des Dalai Lama durch die Bundeskanzlerin entscheidende Interessen und Anliegen Chinas verletzt wurden. Der deutschen Seite scheint auch nicht bewusst zu sein, dass sie damit das positive Bild Deutschlands in der chinesischen Bevölkerung beschädigt hat und dass es einige Zeit brauchen wird, um es wiederherzustellen. Sollte die Kanzlerin den Dalai Lama wieder empfangen, dann wird dieses Bild noch mehr Schaden nehmen.

Worte sind das eine; aber geurteilt wird nach Taten. Zu erklären, dass Tibet zu China gehört, ist natürlich wichtig. Wenn man aber einen politischen Vagabunden empfängt, sich über den Menschenrechtsdialog hinwegsetzt, Dinge tut, die bisherige Zusicherungen verletzen, wenn Wort und Tat auseinandergehen, dann kann man keine Akzeptanz und kein Vertrauen erwarten. Zwar hält die deutsche Regierung an

der Ein-China-Politik fest, da aber in der deutschen Öffentlichkeit ständig unkorrekt davon die Rede ist, dass China in Tibet eingedrungen sei und dieses annektiert habe, entsteht ein Nährboden für Fehler in der Politik. Solche Auffassungen kommen von Vorurteilen und mangelndem Wissen darüber, wie kompliziert die Geschichte des Vielvölkerstaates China, zu dem auch die Tibeter gehören, verlaufen ist und seine Gegenwart sich noch immer gestaltet. Wer die Dinge nur oberflächlich kennt, sich aber lauthals darüber verbreitet, kann sich unter wirklichen Kennern nur lächerlich machen. Gründliches Studium wäre da angebracht. Die Überwindung dieser Krise wird hoffentlich dazu führen, dass das Interesse an China und das Wissen über das Land wachsen, dass sich Schlechtes schließlich doch zum Guten wendet. Aber so weit ist es noch lange nicht.

Positiv am chinesisch-deutschen Verhältnis sind die engen Wirtschafts- und Handelsbeziehungen, die Anerkennung der Verbrechen Deutschlands im Zweiten Weltkrieg, die wechselseitige Unterstützung der staatlichen Einheit des jeweils Anderen. Aber auch die Schwächen sind nicht zu übersehen. Im Vergleich zu Großbritannien, Frankreich und anderen Staaten lässt das Wissen über China in der breiten Öffentlichkeit Deutschlands zu wünschen übrig. Aufgrund der Erfahrungen mit der faschistischen Diktatur und der Zeit der DDR haben Fragen von Demokratie und Menschenrechten für die deutsche Bevölkerung einen besonders hohen Stellenwert. Die deutsche Sinologie forscht relativ viel über chinesische Geschichte und Kultur, aber recht wenig über die politische und wirtschaftliche Entwicklung des heutigen Chinas und die aktuellen Veränderungen. Die deutschen Medien verbreiten nicht wenig Tendenziöses, ja sogar Falsches über China.

China strebt eine harmonische Welt an. Es hat überhaupt kein Interesse daran, sich mit anderen Staaten anzulegen. Und in diesem olympischen Jahr wollen wir besonders, dass es überall freundlich zugeht. Aber aus verschiedenen Gründen ist das offenbar nicht leicht zu erreichen. Nur wenn China und Deutschland als Staaten von beträchtlichem Einfluss ihr gegenseitiges Verständnis und Vertrauen vertiefen, ihre Widersprüche lösen und freundschaftliche Beziehungen herstellen, dann können sie auch bei der Regelung globaler Fragen umfassend zusammenarbeiten. Wir erwarten, dass die deutsche Seite durch eine wesentliche Verstärkung des Wissens über und des Verständnisses für China, durch den Abbau von Missverständnissen und Reibungen dafür die notwendigen Voraussetzungen schafft.

Analyse

Der Prager Frühling – die letzte Chance für den Sozialismus im Mitteleuropa?

Vortrag von Jiří Hudeček, Stellvertretender Vorsitzender der Partei des Demokratischen Sozialismus (SDS – Tschechien), im „Helle Panke e. V.“, 10. Juni 2008

Zunächst möchte ich Sie um Entschuldigung und Nachsicht für mein Deutsch bitten. Auch bin ich kein Historiker, sondern von Beruf Naturwissenschaftler. Den Prager Frühling habe ich aber persönlich sehr intensiv erlebt und bin heute als Mitglied der tschechischen Partei des Demokratischen Sozialismus an dieser Zeit und ihren Zusammenhängen sehr interessiert.

Herzlichen Dank an die Organisatoren dieser Veranstaltung für die Einladung. Es ist für mich sehr interessant, mit Ihnen über diese Zeit diskutieren zu können, die eine ganze Generation der tschechischen Linken so tief beeinflusst hat. Merkwürdig ist, dass der Prager Frühling in Berlin und allgemein im Ausland mehr Interesse findet als in der heutigen Tschechischen Republik. Bei uns gibt es auffallend wenig Diskussionen zu diesem Thema. Der Jahrestag wird zwar häufig in den Medien erwähnt, aber dabei zeigt man fast ausschließlich Bilder vom 21. August, dem Einmarsch der Truppen des Warscheuer Vertrages. Natürlich sind Bilder von Panzern und Feuer in den Straßen von Prag für die jetzigen Machtstrukturen viel besser nutzbar als Debatten über einen Sozialismus mit menschlichem Antlitz. Leider zeigen sich aber auch die Führungskräfte der Linken bisher wenig geneigt, diese Fragen öffentlich zu diskutieren. Die geistige Atmosphäre jener Zeit, die Bemühungen um eine Verbesserung und Demokratisierung des Sozialismus werden kaum erwähnt. Die Linken unseres Landes haben sich 1968 sozusagen stehlen lassen. Dabei möchte ich hervorheben, dass ich den Prager Frühling keineswegs isoliert betrachte – weder geographisch noch zeitlich. Die Voraussetzungen für die Entwicklung in Prag im Jahre 1968 haben sich lange Zeit vorher angesammelt, und die Prager Bewegung siehe ich als einen Teil der emazipatorischen Bewegungen dieses Jahres in ganz Europa.

Ich denke, dass Ihnen der Ablauf der Ereignisse in der ehemaligen ČSR im wesentlichen bekannt ist; daher will ich ihn nur kurz resümieren:

In der Tschechoslowakei hat das Jahr 1956 im Vergleich zu den meisten anderen Ländern des Sowjetblocks politisch relativ wenig gebracht. Das zeigte sich vor allem darin, dass Antonín Novotný an der Spitze der kommunistischen Machtpyramide verblieb. Dabei trug er für so manchen verbrecherischen Machtmissbrauch zwischen 1950 und 1955 persönliche Verantwortung. Da er sich an der Macht halten konnte, war er auch in der Lage, die Rehabilitierung der Opfer zu bremsen. Das hatte negative Folgen für das politische Klima: Über die Zeit von 1948 bis 1953 wurde keine gründliche Diskussion zugelassen. Das änderte sich erst nach 1960 allmählich. Und auch dann waren es eher die „Kulturfront“,

Literatur und Film, die diese Zeit reflektierten, als die Politik und die KP. Immer wieder kam es deswegen zu Konflikten zwischen der Parteiführung und den kommunistischen Intellektuellen. Das bekannteste Beispiel ist die Auseinandersetzung mit den Schriftstellern auf dem IV. Kongress des Schriftstellerverbandes im Juni 1967, die bis ins Jahr 1968 hinein andauerte.

Dazu kamen große wirtschaftliche Probleme. Seit 1960 wurden die Jahrespläne nicht mehr erfüllt. Am schwierigsten war die Lage 1963, als die Wirtschaft um etwa 2,5 Prozent schrumpfte. Beide Faktoren brachten nicht nur die Gesellschaft, sondern auch Teile der KP gegen Novotný auf. Seine Situation verschlechterte sich weiter, als er auf einer Festveranstaltung die Nationalgefühle der Slowaken undiplomatisch verletzte. Vor allem aber war sein Verhältnis zu Breshnew problematisch, seit er und mit ihm die ganze tschechoslowakische Parteiführung 1964 in Moskau gegen die Behandlung Chruschtschows protestiert hatten. Als Breshnew 1967 Prag besuchte, soll er auf die Frage nach einer möglichen Ablösung Novotnýs den berühmten Satz gesagt haben: „Eto wasche delo“ – „Das ist eure Sache.“

Alle diese Faktoren haben dazu beigetragen, dass Novotný auf dem Januarplenum 1968 als Erster Sekretär des ZK der KPTsch abgelöst und Alexander Dubček in diese Funktion gewählt wurde. Manche behaupten sogar, Moskau habe dabei mitgeholfen. Nicht nur die „slowakische Karte“ spielte in dieser Sache eine Rolle, sondern auch die Protestdemonstration von Prager Studenten im Herbst 1967. Als in dem größten Studentenheim mehrfach der Strom ausgefallen war, gingen die Studenten mit der Losung auf die Straße: „Wir brauchen Licht! Mehr Licht!“

In diesem Plenum sehen viele den Anfang des Prager Frühlings. In der Tschechoslowakei wird der Reformprozess daher oft „Leden“ (Januar) genannt. Die eigentliche Reformbewegung hat sogar viel früher begonnen. Deshalb ist die Bezeichnung „Prager Frühling“ nicht ganz korrekt. Denn selbst das Januarplenum wurde bereits im Dezember 1967 eröffnet. Nach einer heftigen Debatte unterbrach man es dann, offiziell, „um den Genossinnen die Vorbereitung auf das Weihnachtsfest zu ermöglichen“. Das sagt nebenbei viel über die wahre Lage der Frauen in der damaligen tschechoslowakischen Gesellschaft aus.

Die Zeit von 1962 bis 1967 hatte viele interessante und relativ offene Kunstwerke gebracht. Besonders tschechische Literatur und Film, aber auch das Theater, erlebten einen Aufschwung. Wie gesagt, gerieten die Schöpfer dabei häufig in Konflikt mit der Parteiführung. Man spürte unterschwellig eine Unruhe im Land. Die Staatsmacht und Novotný persönlich reagierten von Zeit zu Zeit nervös, mit Verboten auf diese Situation. Bekannt ist das Beispiel der Literarzeitung „Literární noviny“. Das hat die Lage nicht gerade verbessert.

Man sollte jedoch nicht vergessen, dass die Notwendigkeit von Reformen auch in der Partei stark zu spüren war. Eine Meinungsumfrage, die 1967 in den Grundorganisationen der Partei durchgeführt wurde, ergab den allgemeinen Wunsch, einen außerordentlichen Parteitag einzuberufen. Seitens der Parteiführung wurden seit 1963 Reformen vorbereitet. Praktisch muss man sich das so vorstellen: Das Sekretariat des ZK setzte eine Kommission aus Politikern ein. Da diese meist nicht in der Lage waren, diese Arbeit zu leisten (häufig auch aus Zeitgründen), bildeten sie mehrere Arbeitsgruppen. Dort waren Akademiker und Forscher tätig;



der Einfluss der Parteiführung im engeren Sinne war gering und auf eine gewisse Oberaufsicht beschränkt. Auf diese Weise wurden Reformen sozusagen von oben vorbereitet.

Der Wechsel von Novotný zu Dubček erregte anfangs wenig Erwarten wenig Aufsehen. Das gilt zumindest für den tschechischen Teil der Republik; in der Slowakei wurde der Landsmann an der Spitze der Partei begeistert begrüßt. Novotný war immer noch Präsident der Republik und arbeitete an seinem Comeback.

Vielleicht war das der Grund dafür, dass die neue Parteiführung nun begann, die so notwendigen politischen Reformen öffentlich zu diskutieren. Den Auftakt gab Josef Smrkovský, damals Minister für Forstwirtschaft, mit einem Zeitungartikel. Die Reformen – zunächst in der Wirtschaft, später auch im politischen System – wurden, wie gesagt, etwa seit 1965 offiziell im Rahmen der Partei vorbereitet. Ihre Einführung sollte ausschließlich von oben erfolgen. Die öffentliche Diskussion darüber, die natürlich jede Menge Probleme und Mängel zutage fördern musste, war u. a. auch als Waffe gegen Novotný und seine Gruppe gedacht.

Das schuf jedoch eine für die Staaten des Sowjetblocks zuvor und wahrscheinlich auch danach nie dagewesene Situation: Ab Ende Februar sollten die Reformen nun sowohl von oben kommen, als auch Ergebnis gesellschaftlicher Aktivität von unten sein. Die Kräfte, die die Reformkommunisten freisetzen, machten sich bald selbstständig, und die Gesellschaft begann sich frei zu entwickeln. Dabei tauchten natürlich auch Ansichten auf, die viel weiter zielten als das Aktionsprogramm der KP. Dieses war bereits 1967 ausgearbeitet worden, wurde aber erst im April 1968 veröffentlicht. Eine grosse Rolle spielte der Artikel „2000 Wörter“, der Ende Juni erschien. Er ist oft als „antikomunistisches Manifest“ bezeichnet worden, weil er das Machtmonopol der Partei in Frage gestellt hat.

Alle diese Auseinandersetzungen waren Teil des Kampfes um den außerordentlichen Parteitag, in dem viele innerhalb und außerhalb der Partei das wirksamste Instrument der Reformen sahen. Leider sahen die tschechoslowakischen Reformgegner (damals die „Konservativen“ genannt) und die sowjetische Führung das genauso. Sie übten zunächst diplomatischen Druck aus (die Briefe aus Dresden und Warschau, die Treffen in Čierná und Bratislava). Dann kam der Einmarsch.

Es folgte eine Zeit der Unsicherheit. Selbst manche Reformen, besonders in Wirtschaftskreisen, empfanden sie als Chaos. Das hat später dazu beigetragen, die sogenannte Normalisierung durchzusetzen, die in Wirklichkeit bedeutete, zu den früheren Zuständen zurückzukehren. Wenn wir diese Aspekte als das „Zuckerbrot“ ansehen, dann kam bald darauf die „Peitsche“ der Parteisäuberungen hinzu. Im Jahre 1969 wurden etwa 500 000 Mitglieder aus der kommunistischen Partei ausgeschlossen. Ab 1970 setzte eine gewisse Stabilisierung der Wirtschaft ein, die mehrere Sozialreformen ermöglichte, besonders für junge Leute und Ehepaare. Die Zeit relativer Stabilität wurde wirtschaftlich von der Erdölkrise beendet und politisch von der Charta 77. Sie brachte die Parteiführung auf den Konfrontationskurs zurück. Dieser war im Grunde bis zum bitteren Ende im Jahre 1989 in Kraft. Die Schwierigkeiten für jegliche linksorientierte Politik in der Tschechischen Republik dauern bis heute an.

Nun zurück zum Titel meines Beitrages: War der Prager Frühling eine letzte Chance für den Sozialismus? Das Frage-

zeichen am Ende ist mir wichtig. Es ist eine sehr umstrittene Frage – zumindest bei uns in der Tschechischen Republik.

Sie zerfällt in drei Hauptfragen:

Erstens: War der Prager Frühling wirklich ein Versuch, den Sozialismus zu verbessern, ihn zu reformieren? Oder war es ein Angriff auf alle Kernwerte des Sozialismus, wie schon damals behauptet wurde und wie viele Mitglieder der Kommunistischen Partei Böhmens und Mährens (KPBM) bis heute behaupten? Ist also das Wort Sozialismus im Titel angebracht?

Zweitens: Hat die Bewegung eine Chance gehabt, den Sozialismus zu verbessern? Oder war das von Anfang an ein hoffnungsloses Unterfangen? Oder ist es ganz und gar unmöglich?

Drittens: Das ist für mich die wichtigste Frage: War es wirklich die letzte Chance? Zumindest in absehbarer Zukunft und für die Tschechische Republik? Oder anders gefragt: Warum haben wir 1989 keine ähnlichen Versuche erlebt, und warum besteht heute in unserem Lande so wenig Interesse am demokratischen Sozialismus?

Diese Fragen sind nicht einfach, und ich behaupte nicht, dass ich die Antworten darauf weiß. Trotzdem möchte ich sie etwas mehr im Detail betrachten.

Zur ersten Frage: Von den verschiedensten späteren Aussagen, Erinnerungen und Memoiren der Protagonisten einmal abgesehen, bin ich bis heute überzeugt, dass die damaligen führenden Persönlichkeiten der kommunistischen Partei keine Kontrarevolutionäre waren, dass sie sich wirklich bemühten, den Sozialismus zu verbessern, zu humanisieren, und nicht abzuschaffen. Zumindest behaupte ich, dass sie nicht die kapitalistische Gesellschaft mit ihren Produktionsverhältnissen und ihrer Vermögensaufteilung einführen wollten.

Warum hat sich in der heutigen tschechischen Gesellschaft eine andere Meinung durchgesetzt? Eine, die im Grunde genommen das Verhalten Breshnews zum Teil rechtfertigt? Erstens haben zahlreiche Protagonisten im Exil oder nach 1989 geschrieben, dass sie sich um etwas Ähnliches bemüht hätten, wie es damals in Westeuropa existierte. Zweitens ist die Entwicklung nach 1989 daran schuld: Die humanistischen Phrasen stellten sich sehr rasch als das Streben nach rücksichtsloser Umverteilung des Eigentums heraus.

Trotzdem bin ich überzeugt, dass die Haupttendenz 1968 anders war. Die Gesellschaft wollte nicht mehrheitlich den Kapitalismus. Selbst nach dem November 1989 hat es mehrere Monate gedauert, bevor man das Wort „Kapitalismus“ freimütig verwendete. So viel Angst hatten die Machthaber, so unsicher waren sie, dass sie immer nur von „Marktwirtschaft“ und „Pluralität“ gesprochen haben. 1968 aber wurde der Sozialismus überwiegend bejaht. Niemand hätte damals die Privatisierung der Industrie oder die Wiedereinsetzung des Adels in seine Rechte anstreben können. Ich mache mir natürlich keine Illusionen: Viele Kräfte haben auch damals daran gedacht und davon geträumt, aber die Gesellschaft war anders eingestellt.

Hier sei daran erinnert, dass die tschechische Gesellschaft immer ein starkes soziales Bewusstsein auszeichnete und dass sich in der Zeit 1945 bis 1948 alle Parteien – zumindest offiziell – zum Aufbau des Sozialismus bekannten. Bei den letzten wirklich freien Wahlen auf dem Gebiet der jetzigen CR im Jahre 1946 erhielt die KP ca. 40 Prozent der Stim-

men und war auch historisch immer sehr stark. Selbst Leute, die im Exil anders geschrieben haben, wie Sviták oder Mlynář, haben sich nach 1989 für die Politik der radikalen Linken persönlich engagiert. Zdenek Mlynář war 1968 Sekretär des ZK der KP und einer der Verfasser des Aktionsprogramms gewesen. Er schied im Herbst 1968 zum Zeichen des Protests gegen der „Normalisierung“ freiwillig aus der Parteiführung aus. Er gehörte auch zu den Autoren des Manifests „Charta 77“. Nach 1989 in Prag zurück, war er seit 1994 Ehrevorsitzender der Partei „Linksblock“. Ivan Sviták war 1968 einer der Gründer des „Clubs der engagierten Parteilosen“ gewesen, der von manchen als eines der antikomunistischen Zentren betrachtet wurde. Ende 1968 ging auch er ins Exil und kam erst nach 1989 nach Prag zurück. Seit 1991 setzte er sich als Mitarbeiter des damaligen Vorsitzenden der KP Jiří Svoboda für die Wiedereinbeziehung der KP in die Politik ein. Er gründete den Linksblock als eine Dachorganisation für die radikale Linke.

Die zweite Frage ist sehr schwer zu beantworten. Wir können heute nur spekulieren, wie sich die ČSR damals politisch und wirtschaftlich weiterentwickelt hätte. Die meisten wirtschaftlichen Erfolge in der Anfangszeit der Normalisierung waren Ergebnisse der von den Reformern 1968 eingeleiteten Wirtschaftsreform. Selbstverständlich wäre er sehr schwierig geworden, die tschechoslowakische Wirtschaft ohne die Zusammenarbeit mit den anderen Ländern des Sowjetblocks oder sogar gegen sie sozialistisch zu entwickeln. Das war die Hauptschwäche des Prager Frühlings. In der „aufgeteilten Welt“ wollte keiner der großen Akteure einen Erfolg des Prager Frühlings, eines „dritten Weges“ oder eines demokratischen Sozialismus. Das kann auch erklären, warum so viele Leute in Prag und in der ČR heute nicht mehr an die Ideen des Jahres 1968 denken. Sie glauben nicht, dass sie damals durchsetzbar waren oder heute durchsetzbar sind. Darin treffen sich beide Tendenzen: Die stalinistische, die meint, dass der auf die Staatsmacht orientierte Sozialismus mit seiner Untedrückung der Gesellschaft die einzige reale Existenzform, der einzig mögliche „reale Sozialismus“ sei, und die antisozialistische, für die Sozialismus mit Demokratie und Freiheit unvereinbar ist.

Für mich persönlich ist eine solche Resignation oder Kapitulation die schlimmste Konsequenz des Jahres 1968. Das bringt mich zu meiner dritten Frage, der nach der Zukunft. Ich bin kein Prophet, aber als demokratischer Sozialist bin ich selbstverständlich überzeugt, dass wir eine neue Chance für den demokratischen Sozialismus finden können und suchen sollten. Dabei denke ich nicht nur an eine Chance für uns, sondern für die weitere Entwicklung der Menschheit, für das Fortbestehen unserer Zivilisation. In diesem Sinne ist es wichtig, über unsere Geschichte nachzudenken und zu reden. Es sollte uns Ideen für die Zukunft und für unsere Arbeit bringen. Das Jahr 1968, nicht nur in Prag, ist für uns als Linke dabei sehr wichtig.

Mai 1968: Utopie und politische Gestaltung

Von Roger Martelli, Historiker, Mitglied des Nationalkomitees der Französischen KP, Vortrag in der Veranstaltungsreihe der Rosa-Luxemburg-Stiftung: „Paris – Mai 1968. Von der Brüchigkeit der Ordnungen“ am 16. Mai 2008

Es hat nicht einen französischen Mai, sondern mehrere gegeben.

Von Anfang an griff eine Studentenbewegung geradezu spektakulär um sich, die augenscheinlich radikal und kreativ auftrat und äußerst empfänglich für Träume und Utopien war. Von ihr kamen dann auch die berühmten Losungen, die den so genannten 68er Zeitgeist speisten. Dieser Hauch von Freiheit – wenn auch rasch verfliegen – hat dennoch nachhaltig die Meinungsbildung geprägt. Überall wurde das freie Wort und direkte Demokratie eingefordert, die von der Macht der „Generalversammlung“ ausgehen sollte. Das Verlangen danach war so stark, dass es schon ans Utopische grenzte. „Verbieten wird verboten!“, „Lasst uns leben ohne Langeweile und es frei genießen!“, „Geht nicht arbeiten!“ „Wissen zerbröckelt – lasst uns schöpferisch sein!“, kurzum: „Nieder mit der alten Welt!“

So hat die Mai-Rebellion auch für die Jahre danach Freiräume für Spontaneität und Dialogbereitschaft geschaffen. Frohsinn, neu entdeckter Gemeinschaftsgeist und Offenheit waren von nun an in den zwischenmenschlichen Beziehungen angesagt.

Andererseits blieb ein weiteres Ereignis, das zum Dreh- und Angelpunkt der sozialen Auseinandersetzungen wurde, fast unbeachtet: der Streik. Im Mai 68 kam es zur größten sozialen Erhebung in der neueren Geschichte Frankreichs. Wochenlang befanden sich von den etwa 22 Millionen Erwerbstätigen sechs bis acht Millionen im Ausstand. Leere Bahnhöfe, verlassene Werkhallen und Benzinknappheit legten Frankreich lahm. Mit den – wie bereits im Jahre 1936 – an die Streiks gekoppelten Fabrikbesetzungen gewann die ganze Bewegung eine ausgeprägt symbolische Dimension: Die Fabrik, in der es keinen „Arbeitszwang“ mehr gab, wurde zum Treffpunkt der Bevölkerung, zu einem Ort frei gewählter gesellschaftlicher Kontakte, wo ununterbrochen politisch diskutiert wurde und kultureller Austausch stattfand.

Der Studentenmai und der Arbeitermai ... Zwischen beiden wird zuweilen unterschieden, zum Teil sogar zu Recht, da die durchlässigen Beziehungen ihre Grenzen hatten und der Traum von einem Zusammengehen von Studenten und Arbeitern – ursprünglich eine Forderung radikaler Gruppierungen – im Wesentlichen eine Losung geblieben ist. Nun glaube ich aber, dass diese beiden Facetten der Mairevolte grundsätzlich doch etwas Gemeinsames hatten. Ja, ich behaupte sogar, dass die heterogen zusammengesetzten einzelnen Bewegungen, insgesamt gesehen, der 68er Bewegung eine Grenze gesetzt haben. Aufgrund der Diskrepanz zwischen der enormen Mobilisierungswelle und der Schwäche der politischen Formationen kam es zu einem politischen Vakuum und zu Widersprüchen. Diese wirkten bis in die nachfolgenden Jahrzehnte hinein und sind gewiss bis heute nicht vollständig überwunden.

Kommen wir nun zu den Maierereignissen von 1968. Wie soll man sie einordnen? Das ist angesichts der paradoxen Situation nicht leicht. Vergewärtigen wir uns, dass die



Französische Revolution gegen Ende des prosperierenden 18. Jahrhunderts ausbrach. Auch das außergewöhnliche Aufbegehren der 68er Bewegung fiel in eine Phase der Prosperität, des Nachkriegs-Wirtschaftswachstums. Wie lässt sich das erklären?

Gewiss hatte sich die französische Gesellschaft seit dem Kriegsende so grundlegend wie noch nie in ihrer ganzen Geschichte verändert. Dort dürften sich in den dreißig Jahren von 1945 bis 1975 mehr Entwicklungen vollzogen haben, als in den anderthalb Jahrhunderten zwischen der Französischen Revolution und dem Zweiten Weltkrieg. Es kam zu einer massiven Verstärkung, die einher ging mit einem hohen Anteil an Lohnarbeit, Frauenbeschäftigung und einer Verjüngung der Gesellschaft insgesamt. Vor dem Hintergrund der Umwälzungen im technologischen und informationstechnischen Bereich fand eine anthropologische Revolution statt. Mit der Auflösung ehemals agrarischer und durch die Kleinindustrie strukturierter Gemeinschaften wurde der Weg für eine größere individuelle Selbstbehauptung frei.

Generell lässt sich sagen, dass in Zeiten beschleunigter Entwicklungen – ob nun positiver oder negativer Art – unausweichlich Sinnfragen gestellt werden. Die Gesellschaft scheint Erfahrungen zu haben, wenn es um außergewöhnliche Entwicklungsmöglichkeiten geht. Technologisch konnte der Mensch in die angeblich unveränderbare natürliche Ordnung eingreifen, um sie zu verändern. Doch wozu?

Für die Herrschenden waren die 60-er Jahre nicht die Zeit, etwas in Frage zu stellen. Das Wachstum war Mittel und Zweck zugleich; Modernität betraf ausschließlich die Technologie, nicht die Werte. Hier blieb es im wesentlichen beim Alten: Ordnung und Hierarchie. Die Kriegsgeneration der Gaullisten hatte die Prominenz der vorangegangenen Republiken von den Kommandohöhen vertrieben, regierte in aller Seelenruhe weiter und verband dabei die Faszination vor den Neureichen mit dem Staatskult.

Ganz offensichtlich genügte den nachfolgenden Generationen des Babybooms diese unsichere Gemengelage von Modernität und Konformismus nicht mehr. Aus dieser Unzufriedenheit resultierten die sozialen Forderungen des Mai 68. Seit 1946 hatte sich die Schuljugend verdreifacht und die studentische Jugend verfünffacht. Man hinterfragte die Sinnstiftung, bestand auf dem freien Willen in punkto politischer Zugehörigkeit und forderte selbstbestimmtes Leben ein. Nun wird den 68ern vorgeworfen, dem Individualismus unter dem Mäntelchen der Utopie zum Durchbruch verholfen zu haben. Das ist ein Irrtum, denn die 68er haben das Dilemma der modernen Zeit sichtbar gemacht: Modern ist die Selbstbehauptung des freien Individuums, aber was für ein Individuum sollte gefördert werden? Das vereinzelt „atomisierte“ Wesen, das durch die „freie und unverfälschte Konkurrenz“ gegen alle anderen ausgespielt wird? Oder doch mehr das selbstbestimmte solidarische Individuum, dessen – um mit Marx zu sprechen – freie Entwicklung die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist?

Für die Welt der Arbeit, die damals noch mehrheitlich die der Arbeiter war, ergab sich aus dem enormen Wirtschaftswachstum zweierlei: der Kampf um eine bessere Verteilung der Früchte des Wachstums und eine Rückbesinnung auf sich selbst. Im ersteren Fall wird zwar das System nicht zwangsläufig in Frage gestellt, aber im zweiten wird die der Kapitalverwertung innewohnende Entfremdung schon hinterfragt. Beides liegt im Spannungsfeld zwischen der Forderung

nach Reformen und der nach einem Bruch mit dem Alten. Beides beherrschte auch die Vorstellungswelten und Forderungen der Arbeiter. Die Jugendlichen haben mit Ihresgleichen auf Bruch und Radikalität gesetzt.

Gewiss sollten wir keine Vereinfachungen zulassen und uns vor Legenden hüten. Verbarg sich in dem Wunsch nach etwas Neuem etwa die ausdrückliche Hoffnung auf eine Revolution?

Auch das ist nicht so einfach. Denn in der kurzen Zeitspanne des Jahres 1968 kristallisierte sich etwas Unerwartetes heraus, ein so genannter Bruch mit der Legitimität. Nach dem Ausbruch der Jugend wird auf dem Höhepunkt der Massenstreiks für eine Zeitlang die Grenze zwischen dem Möglichen und dem Unmöglichen verschoben. Bevor das Gleichgewicht so abrupt aus der Bahn geriet, gab es eine lange evolutionäre Entwicklung. Die Jahre des Wirtschaftswachstums haben tatsächlich wie bereits im 18. Jahrhundert eine heftige Überproduktionskrise ausgelöst. Das machte sich überall bemerkbar: in der Familie, in der Schule, im Beruf, im Religiösen, im Moralischen wie im Kulturellen.

1968 lässt die Studentenrevolte innerhalb von Tagen diese Wirtschaftskrise in eine Konsenskrise umschlagen: Was bisher als sicher und unumstößlich galt wie etwa die Normen der herrschenden Ideologie, wurde schonungslos für nicht hinnehmbar und unreal erklärt. Wie stets, wenn die untergeordneten Klassen nicht mehr gehorchen, wird das Legitime gewaltsam verdrängt. Berechtigte Worte „von unten“ kontra gesetzlich anerkannte Diktion der „Meinungsmacher“. Als die Streiks alles lahmgelegt hatten, fanden die Menschen die ihnen gemäßen Worte, um zu sagen, wer sie sind und was sie wollen, was die Gesellschaft ist und wie sie sein sollte.

In diesem Sinne setzte sich in der Mai-Bewegung 1968 fort, was für die 60-er Jahre prägend war, nämlich das Verlangen nach etwas Neuem. Diese Forderung wurde so laut und massiv erhoben, dass die umfassende Modernisierung der Gesellschaft in den 70er Jahren unumgänglich wurde. Allerdings kam es neben dem mentalen und moralischen Schub im Alltag nicht wie im Jahre 1936 zu einem neuen Kräfteverhältnis in der Gesellschaft.

Das ist meiner Meinung nach darauf zurückzuführen, dass die Hoffnung auf einen Bruch mit der alten Gesellschaft nach wie vor eine Ungewissheit bleibt, solange es keinen politischen Prozess mit einer solchen Zielsetzung gibt. Frankreich ist im wahrsten Sinne des Wortes eine politische Nation, was nicht auf einen Sonderfall hinweist, der ein besonderes Markenzeichen für den französischen Raum wäre. Dass in Frankreich ein mächtiger Zentralstaat regiert und der Übergang des Landes in die neue Zeit der Bourgeoisie durch eine plebejisch-demokratische Revolution vermittelt worden ist, prägt nach wie vor die soziale Dynamik im Lande.

Die Politik wird hier bis in ihre institutionellen Formen als bevorzugter Raum für gesellschaftliche Herausforderungen, mögliche Optionen, ja für Entscheidungsfindungen wie für große gesellschaftliche Kompromisse wahrgenommen. Immer dann, wenn infolge von Veränderungen in der Gesellschaft Widersprüche auftreten und die Suche nach etwas Neuem stimuliert wird, ist die Politik gefragt, Lösungen zu finden. An der Schwelle des 20. Jahrhunderts war es vor dem Hintergrund der zweiten industriellen Revolution der politische Sieg des Radikalismus, der den „Jakobinischen Kompromiss“ zwischen Kleinbourgeoisie, einer zurückhaltenden Bauernschaft und expandierenden Arbeiterklasse begleitete.

1936, in einer krisenhaften Zeit der sich entwickelnden Großindustrie mündete die enorme soziale Mobilisierung in einen fordistischen Kompromiss à la française, wodurch auch die Linke zugunsten der am meisten links stehenden FKP reorganisiert worden ist.

Die Besonderheit im Mai 1968 – und gewiss stieß die Bewegung damit auch an ihre Grenzen – liegt darin, dass die Linke der Linken nach dieser gewaltigen sozialen Protestbewegung zum ersten Mal nicht von der politischen Lösung profitierte. Hervorstechendes Merkmal der 68er Bewegung ist die Diskrepanz, dass es kein entsprechendes politisches „Angebot“ in Hinblick auf die massive Kritik und die sozialen Forderungen gegeben hat.

Der damalige SFIO-Sozialismus von Guy Mollet war von den bitteren Erfahrungen der Vierten Republik gezeichnet und ging 1965 ein Bündnis mit Mitterrand ein, der frühere zentristische Tendenzen zwar zurückwies, aber nicht bereit war, entsprechende kulturelle bzw. parteipolitische Konsequenzen zu ziehen. Die FKP mit ihrem Generalsekretär Waldock Rochet war in ihrer Weiterentwicklung zögerlich: Gegenüber der UdSSR ging sie nur vorsichtig auf Distanz und in ihrer Sicht auf die französische Gesellschaft – auch diese veränderte sich nur langsam – überwog das Misstrauen gegenüber einem Zuviel an Bewegung.

Die großen Gesten der Linksradikalen trafen auf einen seit 1934/36 vorhandenen „Jakobinischen“ Realismus. Im Grunde genommen ging die FKP davon aus, dass wesentliche Veränderungen in den Regulierungsmechanismen der Nachkriegszeit hinreichend Möglichkeiten für eine Umverteilung der Früchte des Wirtschaftswachstums bieten und dass damit der Übergang zu revolutionären Umbrüchen in der Gesellschaft bewerkstelligt werden kann. Die Kommunisten sagten damals, dass es verfrüht sei, von einer Revolution zu sprechen. Letztere würde mit der Umsetzung des „Gemeinsamen Regierungsprogramms“ einer siegreichen Linksunion wieder auf die Tagesordnung gesetzt werden. So könnte man außerdem nachweisen, dass der Bruch mit dem Alten kein Abenteuer sei ...

Dieser Ansatz der FKP ist zwar realistisch, verkennt aber die Forderungen nach neuer Sinnfindung. Als Fragen und Zweifel an den Zielen des Wirtschaftswachstums aufkamen, verwiesen die Kommunisten auf eine größere Verteilungsgerechtigkeit. Als mit dem Verlangen nach Selbstbestimmung die Machtstrukturen in Frage gestellt wurden, lautete die Antwort im „Gemeinsamen Regierungsprogramm“: Verbesserung der repräsentativen Demokratie und partielle Demokratisierung bei Entscheidungen in der Wirtschaft.

So entstand links von der FKP ein Freiraum für eine zahlenmäßig extrem kleine Gruppe, die aber erstaunlicherweise eine ganz bestimmte Kultur vertrat. Sie hinter der Revolutionsrhetorik des 19./20. Jahrhunderts verschanzend, werden die politischen Linksradikalen wahrscheinlich nicht in der Lage sein, den politischen Stellenwert der FKP zu erreichen. Dank ihrer zumeist symbolischen Kraft treten sie aber als Hüter der Revolution auf. Mit dem Mai 68 setzt die allmähliche Entmündigung und Schwächung der Kommunisten ein: Rechts von ihnen wirkt ihre Trumpfkarte des Realismus nur so lange, wie die Sozialisten ein programmatisches Bündnis mit allen Linkskräften scheuen; links haben sie nicht mehr das Monopol auf eine gesellschaftsverändernde Radikalität. Diese wird in den kommenden Jahren allerdings nicht auf die Linksradikalen, sondern auf die „neuen sozialen

Bewegungen“ übergehen.

Der Mai 68 ist Ausgangs- und Zielpunkt zugleich. Diese Bewegung reiht sich logisch in die lange Geschichte der Kämpfe der Arbeiterbewegung ein. Lohnabhängige, die sich nicht mehr mit einer marginalisierten Umverteilung zufrieden geben wollten, rebellierten und forderten Eigenaktivität der Arbeiter im Bereich der Wirtschaft und des Sozialen.

Zugleich war es die erste grundsätzliche Kritik an der kapitalistischen Ordnung, die weit über reine Lohnforderungen hinausging. Diese wurde nicht mehr auf die Ausbeutung der Lohnabhängigen reduziert, sondern als eine „globale Gesellschaft“ begriffen, die via universeller Warenexpansion sowohl eine Form der Produktion von Reichtümern als auch Träger einer Gesellschaftsordnung ist, d. h. Wirtschaftsprinzip wie dichtes Netz von Herrschaftsverhältnissen, Verteilungsmodus wie Konsensfindung. Dieser Dualismus erforderte eine grundlegend neue, eigenständige Politik.

Die große Welle unter der Volksfrontregierung hatte das Entstehen von ersten Strukturen des Sozialstaates bewirkt und auch die politische Landschaft wesentlich verändert. In den Jahren von 1936 bis 1945 gruppierte sich die Linke um einen eigenständigen Doppel-Pol: Den Raum der kritischen Linken besetzt die FKP, die bis Ende der 70er Jahre links eine führende Position einnimmt; die SP steht für eine verwalter Linke, die den veralteten Radikalismus ablöst, ihren Rückstand gegenüber der FKP jedoch nicht aufzuholen vermag.

Nach 1968 waren es die Sozialisten, die es am besten verstanden haben, die Forderung der Mai-Bewegung nach einem Bruch mit den alten Strukturen aufzugreifen. Mit nur 5 Prozent der Stimmen erleidet 1969 Gaston Defferre (SFIO) bei den Präsidentschaftswahlen eine herbe Niederlage. Und im selben Jahr macht diese alte Partei, die 1920 überlebte, der „neuen Sozialistischen Partei“ Platz, die sich wiederum zwei Jahre später für die Linie Mitterrands entscheidet. Mit den erneuerten Parteistrukturen setzen die Sozialisten alles daran, um den Einfluss der „neuen sozialen Bewegungen“ besser zu „verdauen.“ So ziehen sie die Aktivisten unter den Feministinnen, Umweltschützern und Verfechtern der Selbstverwaltung an sich heran.

Der Mai 81 ist in gewisser Weise die politische Fortsetzung von 1968, aber das erste Mal seit der Pariser Kommune verläuft die Reorganisation nicht zugunsten der Kraft, die am meisten links steht. Am 10. Mai 1981, dem Abend von Mitterrands Wahlsieg, herrschte auf der Place de la Bastille revolutionäre Stimmung. 1982/1983 kam dann die scharfe Wende. Der große Traum vom Bruch mit den alten Strukturen weicht einem „Realismus“, der bald darauf in eine Ideologie der Sieger übergeht. Der Geist von 68 ist nicht tot, spielt aber eine untergeordnete Rolle. Diese Rückwende haben wir bis heute nicht hinter uns gelassen.

Was die Nachkriegszeit an Wirtschaftswachstum hervor gebracht hat, ist in den dreißig letzten Jahren des 20. Jahrhunderts zu Ende geführt worden. Der Kapitalismus ist nicht mehr nur eine „Produktionsweise“, sondern durchdringt mit seiner Logik die gesamte Gesellschaftsstruktur, die auf der Ware und beschleunigter Privatisierung von Reichtums- und Machtquellen basiert. Ausgehend davon ist die Forderung nach einem radikalen Bruch mit der kapitalistischen Warenwirtschaft aktueller denn je und moderner als zu Zeiten des Kommunistischen Manifestes. Aber in der Theorie und Praxis des radikalen Bruchs können wir nicht so tun, als hätte es kein Scheitern der historischen Versuche eines gesellschaft-



lichen Umsturzes gegeben, der auf die Eroberung der Staatsmacht ausgerichtet war. Bei der praktischen Kritik des globalisierten Kapitalismus dürfen die historischen Grenzen des ersten Aufbruchs der Arbeiterbewegung nicht ausgeblendet werden.

1968 war die gesellschaftsverändernde Linke in den Denkmustern des 20. Jahrhunderts befangen. Damals ging man davon aus, dass die Arbeiterkritik an der Ausbeutung und die demokratische Kritik am Republikanismus hinreichend seien, um den Bruch mit den Gesellschaften des „fortgeschrittenen“ Kapitalismus zu denken.

Was die Bewegung von 1968 vorschlug, war Kontinuität und Erneuerung in Zusammenhang mit neuen Formen der Kritik an der herrschenden Ordnung. Dass die Organisationen der Arbeiterbewegung und die „radikale“ politische Linke es nicht vermochten, eine befriedigende Antwort zu geben, hat den weiteren Gang der Geschichte verändert. Eine globale überzeugende Alternative blieb aus, und die politischen Linksradiكالen verfielen in eine kontraproduktive Verweigerungshaltung. Das Streben nach Individualität wurde vereinnahmt durch den neoliberal geprägten Individualismus. Der Wunsch nach Selbstverwaltung landete in den Nischen der „Gegenmächte“ bzw. in der Übernahme von Theorien zur „guten Regierungsführung“. Der Kommunismus geriet immer mehr in die Krise und die Sozialdemokratie verdämmert im Sozialliberalismus.

Die von den 68ern aufgeworfenen grundsätzlichen Fragen bleiben auch die unsrigen. Darauf eine politische Antwort zu finden ist hochaktuell. Ihr versucht in Deutschland einen eigenständigen Weg zu gehen. Ich hoffe, dass wir französischen Linken die gleiche kreative Politikfähigkeit beweisen werden.

Die Wahlen vom 18. Februar 2008 in Pakistan: Ausgangssituation, Einordnung, Trends

*Von Diethelm Weidemann und Michael Schied,
AK Asien bei der BAG Friedens- und Internationale Politik*

I. Zur Grundsituation in Pakistan

Pakistan befindet sich seit Jahrzehnten in einer chronischen Staatskrise. War diese zwischen der Ermordung des Premierministers Liaqat Ali Khan (1951) und 1971 im wesentlichen eine traditionelle Regimekrise, so wurde nach der Konstituierung Ostpakistans als selbständiger Staat Bangladesh deutlich, dass die Staatsidee als solche (Pakistan als die Heimat aller südasiatischen Muslime) fraglich geworden war und der pakistanische Staat, seine Strukturen und Institutionen sich in einer tiefgreifenden Autoritäts- und Legitimationskrise befanden, was unvermeidlich für die auf dem Territorium Pakistans lebenden Ethnien erneut die Identitätsfrage stellte. Damit wurde offensichtlich, dass die pakistanische Staatskrise das Stadium einer systemischen Krise erreicht hatte – eine Krise des Staates als Institution und des ihn tragenden politischen Systems, die auch noch heute andauert.

Es hat nach der Gründung Pakistans (1947) nur eine wirkliche Volks- und Massenbewegung gegeben, und zwar die Demokratiebewegung, die 1970/71 zum Sturz des Militärre-

gimes Yahya Khan und allgemeinen Wahlen führte. Die Nichtanerkennung der Ergebnisse dieser Wahl (Sieg der Awami-Liga in Ost- und Westpakistan) durch die westpakistanischen Oberklassen und das Militär führte zur Reduzierung Pakistans auf die westliche Landeshälfte und zur verheerenden militärischen Niederlage gegen Indien im Krieg von 1971. Diese Entwicklung hinterließ bei den staatstragenden Kräften Pakistans ein tiefes politisches und mentales Trauma, ein ausgeprägtes Misstrauen gegen jegliche echte und damit nicht von ihnen steuerbare Volksbewegung, die unter dem Generalverdacht steht, die endgültige Zerstörung Pakistans zu betreiben. Das erwies sich in den letzten drei Jahrzehnten als eine der Hauptbarrieren gegen eine demokratische politische Entwicklung.

Die Spezifik der pakistanischen Krisensituation besteht darin, dass sich in den letzten drei Jahrzehnten eine akut gefährliche Interaktion einer Krise des politischen Systems (Ineffizienz, Korruption, Nepotismus und drastischer Verlust an Glaubwürdigkeit) und der Staatskrise (Autorität, Loyalität, Legitimation) mit unübersehbaren Merkmalen einer tiefgehenden allgemeinen Krise der Gesellschaft (Identitätsfrage, Reethnisierung der Politik und Ethnonationalismus, militante religiös-politische Strömungen und bewaffneter Islamismus mit dem Ziel, den postkolonialen Staat zu beseitigen) herausgebildet hat. In Pakistan besteht somit unabhängig von der jeweils konkret im Amt befindlichen Regierung eine akute Spannungs- und Krisensituation, die ohne grundsätzliche politische Veränderungen nicht aufgehoben werden kann.¹

Das pakistanische Militär hat mehrfach versucht, durch die Übernahme der Macht (1958, 1977, 1999) die Lage zu konsolidieren und das Land auf den Weg zu einer stabilen Entwicklung zu bringen. Es zeigte sich jedoch, dass selbst unstrittige wirtschaftliche Erfolge, wie z. B. unter Feldmarschall Ayub Khan oder General Pervez Musharraf, bestenfalls ausreichten, um explosive Entladungen der gesellschaftlichen und politischen Widersprüche zu verhindern.² Infolge der weiter bestehenden eklatanten Demokratiedefizite, der Ignoranz der Militärs gegenüber der sozialen Problematik und nicht zuletzt wegen ihrer Indifferenz angesichts des Aufstiegs militant islamistischer Kräfte und deren bewaffneter Formationen (Jihadis) blieben die Wirkungsfaktoren der Staatskrise in der Zeit der Militärregimes ungebrochen. Das gilt auch für das Regime General Musharraf und zeigte sich am deutlichsten darin, dass mit Duldung oder sogar Förderung seiner eigenen Geheimdienste der organisierte politische Islamismus die Staatsmacht 2001/02 und 2007 ungestraft herausfordern konnte.

Solange das zwischen 1947 und 1951 geschaffene politische System mit seinen Strukturen in seiner gegenwärtigen Form existiert und die bisher staatstragenden Kräfte (Großgrundbesitzer, Handels- und Industriebourgeoisie, höheres Offizierskorps) weiterhin den uneingeschränkten Zugriff auf die nationalen Institutionen und Ressourcen haben, wird es in Pakistan keine Demokratie geben. Dabei ist völlig unerheblich, ob es sich um ein Militärregime oder eine Zivilregierung handelt. Alle haben bis heute den Staat und die Wirtschaft als einen Selbstbedienungsladen für die Erlangung von persönlicher Macht und Reichtum betrachtet. Dabei waren sachliche Inkompetenz, ungenierte persönliche Bereicherung, extreme Korruption und ausufernde Vetternwirtschaft in den Phasen der zivilen Kabinette stärker ausgeprägt als in Zeiten der Militärherrschaft.



II. Der Stellenwert der Wahlen vom 18. Februar 2008 – Erwartungen und Realitäten

Ein markantes Beispiel für eine negative Gesamtschätzung vor den Wahlen ist die einflussreichen Brüsseler International Crisis Group (ICG). Sie hat in mehreren, in der EU meinungsbildenden Berichten das politische System Pakistans in der Ära der Militärregimes von General Pervez Musharraf und die Tätigkeit der politischen Parteien nachdrücklich kritisiert. Der grundlegende Tenor dieser Berichte war das Urteil, dass General Musharraf ein auf religiöse Kräfte gestütztes autoritäres System installiert habe, mittels dessen er die Demokratie in Pakistan und wichtige ihrer Mechanismen in gravierender Weise unterminiert hätte. Der Vizepräsident der ICG, Nick Grono, kritisierte folgerichtig die „Missverständnisse und Fehlperzeptionen des Westens“ hinsichtlich der Entwicklungen in Pakistan und benannte den Autoritarismus Musharrafs als das zentrale Problem. Nach Grono könnten die Wahlen daher nur eine Farce und in keiner Weise frei und fair sein: „Die kommenden Februarwahlen werden, wenn sie nicht erneut verschoben werden, eine Farce sein, so lange sie unter der Leitung von Musharrafs handverlesenem Caretaker-Kabinet, der Wahlkommission und der von ihm ernannten Richter stehen. Freie und faire Wahlen können nur dann abgehalten werden, wenn Musharraf zurücktritt, ein neues Übergangskabinet ernannt und in Übereinstimmung mit allen wichtigen politischen Parteien eine neue Wahlkommission berufen wird.“³

Vor einem Ausschuss des US-Repräsentantenhauses unterstrich Mark L. Schneider, Senior Vice President der ICG, den grundsätzlich kritischen Ansatz: „Pakistans Parlamentswahlen werden fatale Mängel aufweisen, sofern die politischen, Wahl- und juristischen Bedingungen nicht schnellstens verbessert werden. Gegenwärtig existieren keine Voraussetzungen, die faire und freie Wahlen gestatten.“⁴ Auf Fragen, ob eine Aufhebung des Ausnahmezustands und Musharrafs Aufgabe des Postens als Armeechef eine positive Wirkung haben werde, antwortete Schneider verneinend: „Musharraf erzwang eine Reihe von Einsprüchen, Restriktionen und Beschränkungen, die fundamentale Freiheiten verletzen und auf diese Weise freie und faire Wahlen in hohem Maße zweifelhaft machen, wenn diese Hindernisse nicht beseitigt werden.“⁵ Er begründete die Haltung der ICG mit strukturellen Überlegungen. Musharraf habe vor der Aufhebung des Ausnahmezustandes die Verfassung geändert, so dass nur noch das von ihm direkt eingesetzte Oberste Gericht die Verfassung interpretieren dürfe. „Der Schaden für die Unabhängigkeit der Justiz und für die Freiheit der Presse wirkt sich in direkter Weise auf die Wahlkampagne aus, ... und den Gerichten ist jede Möglichkeit entzogen worden, irgend eine Aktion des Regimes auf der Basis der Verfassung in Frage zu stellen.“⁶

Schon in ihrem 2005 veröffentlichten Bericht hatte die ICG eine grundlegende Reform der politischen Parteien zur Bedingung für eine demokratische Entwicklung gemacht und sowohl die PPP als auch die PML für das Scheitern der Demokratie in Pakistan verantwortlich erklärt. „Unfähige Regierungen, politische Vendetta und die Bereitschaft, sich mit dem Militär zu verbünden, blockierten demokratische Reformen und ermöglichten dem Armee-Oberkommando, die gewählte Regierung im Jahre 1999 aus dem Amt zu jagen.“⁷ Der Bericht geißelte die fehlerhaften und überzentralisierten

inneren Strukturen, die nicht ausreichende Kommunikation zwischen Führung und Kadern in den Parteien, eine schwach ausgeprägte innere Disziplin und Verantwortlichkeit, Übertritte in andere Parteien und die Abhängigkeit der Funktionäre von bestimmten Führern. Die Parteien könnten nur dann Pakistan auf den Weg zur Demokratie geleiten, wenn sie imstande seien, ihre Basis in einem demokratiefeindlichen Umfeld zu organisieren.⁸ Das Militärregime habe den militanten religiösen Kräften eine wachsende Rolle im politischen System Pakistans ermöglicht, weil die politische Marginalisierung der moderaten Stimmen durch das Militär den religiösen Parteien erlaubt habe, ein politisches Vakuum auszufüllen.⁹ Es ist nicht uninteressant, dass das vor Ort tätige Islamabad-Büro der ICG sich deutlich von diesen Einschätzungen abhob und beschwichtigend erklärte: „Pakistan hat eine lebendige Zivilgesellschaft, mutige und respektierte Justiz- und Medien-Institutionen und darüber hinaus eine lange demokratische Tradition und politische Parteien mit großer Popularität und Regierungserfahrung.“¹⁰ Und in unübersehbarem Gegensatz zur Brüsseler Zentrale bezeichnete es die Wahlkommission als eine autonome, verfassungsmäßige Institution.¹¹

Ähnliche Meinungsunterschiede gab es auch in der offiziellen Stiftung Wissenschaft und Politik. Noch im Januar 2008 sah ihr Südasien-Referent Christian Wagner schwierige Bedingungen für eine Demokratie in Pakistan. Das Land sei während der Amtszeit Musharrafs zu einer Kasernenhof-Demokratie geworden, da das Militär seine Macht im Staate stetig ausgebaut hätte.¹²

Aus den im Abschnitt I genannten Faktoren resultiert, dass alle Wahlen nach 1971 im wesentlichen nur ein formal-demokratisches Dekor für die Umverteilung von Macht, Einfluss und Bereicherungschancen für jeweils andere, begrenzte Fraktionen der pakistanischen Oberschichten waren. Wenn man die Wahlen vom 18. Februar 2008 objektiv beurteilen will, dürfen folgende Aspekte nicht übersehen werden:

Den konkreten politischen und administrativen Verhältnissen in Pakistan geschuldet, hat es noch niemals allgemeine Wahlen im Sinne des Wortes gegeben, da noch niemals alle Wahlberechtigten auch tatsächlich die Möglichkeit hatten, ihre Stimme abzugeben. Die Zahl der de facto von den Wahlen Ausgeschlossenen lag immer im Millionenbereich.

Außerhalb der größeren Städte hat es noch niemals wirklich gleiche Wahlen gegeben, das heißt die Möglichkeit, unabhängig von politischer Überzeugung, religiösem Bekenntnis, ethnischer Bindung oder Geschlecht in allen Wahlkreisen des Landes zu kandidieren. Daher spiegelten und spiegeln auch heute die Kandidatenlisten nur sehr begrenzte Sektoren des gesellschaftlichen Spektrums wider. Es gibt große Gebiete Pakistans, so im südlichen Punjab, in Balochistan und in der Nordwest-Grenzprovinz, wo ethnisch „Fremde“ oder gar Frauen nicht die Spur einer Chance haben, überhaupt zu kandidieren, oder sie riskieren ihr Leben.

Alle bisherigen pakistanischen Wahlen sind nur in sehr eingeschränktem Maße als geheim zu bezeichnen. Damit ist nicht einmal die offenkundige und immer wieder praktizierte direkte Wahlfälschung gemeint, sondern die seit langer Zeit systemimmanenten Erscheinungen. In den ländlichen Gebieten ist es eine Frage der schieren Existenz, wenn nicht sogar der persönlichen Sicherheit, seine Stimme für den Kandidaten des Grundherrn abzugeben. Im südlichen Punjab und in der North West Frontier Province (NWFP) an der Grenze zu



Afghanistan spielt darüber hinaus die lokale islamische Hierarchie eine zentrale Rolle bei der Stimmenscheidung, während in den Großstädten, wie selbst beobachtet, offen und ungeniert in großem Umfang Stimmenkauf gegen Handgeld betrieben wird. Es bedarf daher eigentlich keiner Fälschung der Auszählungslisten oder der Beseitigung von Wahlurnen, um Wahlergebnisse zu erreichen, die keinen Bezug zur tatsächlichen politischen Lage im Lande haben. Dennoch wurden die Wahlen immer wieder manipuliert und dreist gefälscht, zuletzt 2002. So räumte am 24. Februar 2008 der ehemalige Vizechef des Militärgeheimdienstes ISI, Generalmajor Ehtesham Zamir ein, die letzten Parlamentswahlen auf direkte Weisung General Musharrafs gefälscht zu haben, obwohl sogar die Mehrheit der Korpskommandeure dagegen gewesen sei.¹³

Wenn wir diesen Hintergrund in Rechnung stellen, ergibt sich unabhängig von der Grundeinschätzung des Regimes von General Musharraf, dass die Wahlen vom 18. Februar für pakistanische Verhältnisse weitgehend geordnet und friedlich, vergleichsweise korrekt und keineswegs unfairer als die Wahlen seit 1977 verlaufen sind – nicht zuletzt deshalb, weil wegen des Spannungszustandes im Lande nach der Ermordung Benazir Bhuttos den Geheimdiensten eine gewisse Zurückhaltung auferlegt wurde.

III. Die Ergebnisse der Wahlen zur Nationalversammlung und zu den Provinzparlamenten

● Sitzverteilung in der Nationalversammlung

Pakistan Peoples Party (Bhutto)	87
Pakistan Muslim League (N) (Sharif)	66
Pakistan Muslim League (Q) (Musharraf)	38
Muttahida Quami Movement	19
Awami National Party	10
Muttahida Majlis-e-Amal	3
BNP (A)	1
PML (F) Pir Pagaro	4
NPP	2
PPP (S) Ghinwar Bhutto	1
Unabhängige	27

Quelle: Pakistan Elections 2008 Summary.
<http://www.elections.com.pk/summary.php>

● Sitzverteilung in den Provinzparlamenten

	Punjab	Sindh	NWFP	Balochistan
PPP	78	65	17	7
PML (N)	101	0	5	0
PML (Q)	66	9	6	17
MQM	0	38	0	0
ANP	0	2	31	1
MMA	2	0	9	6
BNP (A)	0	0	0	5
PML (F)	3	7	0	0
PPP (S)	0	0	5	0
NPP	0	3	0	0
Unabhängige	35	1	18	10

Quelle: Pakistan Elections 2008 Summary, a. a. O.

IV. Reaktionen auf den Ausgang der Wahlen

Sowohl die pakistanischen als auch die internationalen Einschätzungen zu den Wahlen vom 18. Februar sind außerordentlich widersprüchlich. Die tatsächliche Durchführung der Wahlen zum angekündigten Termin und ihr Ausgang scheinen eine Reihe von Beobachtern sichtlich überrascht zu haben. Anfänglich überwiegend skeptische, kritische wie auch prononciert negative Grundeinschätzungen der innenpolitischen Verhältnisse in Pakistan sind einer weitgehend positiven Wertung gewichen. Diese Tendenzwende lässt sich nicht nur in den allgemeinen Kommentaren verfolgen, sondern auch innerhalb solcher Gremien und Institutionen wie der ICG, der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Deutschland oder selbst der Europäischen Union.

Die pakistanische Presse zeigte sich vom Wahlerfolg der Oppositionsparteien deutlich beeindruckt und reagierte nahezu enthusiastisch. Charakteristische Schlagzeilen waren: „Eine Volksabstimmung gegen Musharraf“,¹⁴ „Ein Sieg für die Nation“¹⁵, „Gratulation Pakistan ... und nun zur Sache“,¹⁶ „Ein Votum für den Wechsel“,¹⁷ „Das Urteil: Am Tag danach“.¹⁸ Die Wahlen wurden allgemein als ein Sieg der Demokratie gewertet. Rahimullah Yussufzai, ein bekannter paschtunischer Journalist in Diensten der Jang-Gruppe, schrieb: „Die Wählerschaft stimmte überwältigend für demokratische Kräfte, die in Opposition zu autoritärer Herrschaft stehen.“ Er meinte, das Abstimmungsergebnis sei eine eindeutige Botschaft an General Musharraf und seine politischen Verbündeten, aber auch eine deutliche Ablehnung der zerstrittenen islamischen Allianz Muttahida Majlis-e-Amal (MMA).¹⁹ Dem kann man zustimmen, wenngleich man die Führer der beiden großen Oppositionsparteien Pakistan Muslim League (N) und Pakistan Peoples Party (PPP), Nawaz Sharif und Asif Ali Zardari, beim besten Willen nicht als Demokraten bezeichnen kann. Kamila Hyat ging so weit, dass die Ergebnisse eine Reihe von Mythen über Pakistan eliminiert hätten und dass die vielfach geäußerten Zweifel über die Existenz eines demokratischen Systems im Lande einer Grundlage entbehrten,²⁰ während Nasim Zehra vorsichtiger formulierte, dass das Wahlergebnis den Beginn des notwendigen demokratischen Prozesses eingeleitet habe.²¹ Es gab zugleich aber auch eine absolut überzogene Euphorie, wie die Behauptung, das Wahlergebnis repräsentiere nichts weniger als eine revolutionäre Welle.²² Aber auch Shahad Raza formulierte im Überschwang: „Die Pakistanis haben dunkle Tage der Diktatur gesehen. Aber immer wenn sie die Chance dazu erhielten, brachten sie ihre Haltung gegen die Einmann-Herrschaft zum Ausdruck. Die Ergebnisse der Wahlen vom 18. Februar sind ein Indikator dafür, dass die Massen nicht betrogen werden können.“²³ Nun bietet die Geschichte Pakistans erstens hinreichend Beispiele dafür, in welchem Ausmaß die Massen manipuliert und betrogen werden konnten, und zweitens sollten wir uns daran erinnern, dass die zweite Amtszeit Nawaz Sharifs (1997–1999) kaum weniger autoritär war als das ihr nachfolgende Musharraf-Regime. Die wahrhaft nicht glorreiche Geschichte der erfolgreichen Parteien und ihre Mitverantwortung für den Zustand Pakistans wurde in der Presse völlig ausgeblendet, und auch die aktenkundigen Fälle von Wahlbetrug und Gewaltausbrüchen schienen angesichts des Wahlergebnisses keine Rolle mehr zu spielen.

Nachdenkliche oder die bevorstehenden politischen Probleme berücksichtigende Positionen waren eher selten. S. Akbar Zaidi wandte sich gegen die spontane Überschätzung der Wahlen und schrieb: „Wahlen sind nicht notwendigerweise identisch mit dem Prozess der Demokratie und können, wie wir erlebt haben, im Gegenteil, autoritäre politische und institutionelle Kräfte stärken und legitimieren ... Bevor nicht eine demokratische Politik die Wahlen dominiert, werden die gestrigen Wahlen wieder nur eine neue Planke zur Legitimierung nichtdemokratischer Institutionen und Regierungsformen mittels verschiedener politischer Arrangements sein.“²⁴ Nur wenige Kommentatoren formulierten die nicht nur in der Politik, sondern auch im Massenbewusstsein offenen bzw. kontroversen Fragen, denen sich die Wahlsieger sehr bald stellen müssen, wie die massive Unterstützung der USA für das bisherige System,²⁵ die hochgradig gespannten ethnischen Verhältnisse im Großraum Karachi sowie in der Nordwest-Grenzprovinz, der Krieg in Afghanistan, der Grundsatzzstreit um die Gültigkeit der Verfassung, die Wiederherstellung einer zumindest annähernden Unabhängigkeit der Justiz und die Freilassung politischer Gefangener. I. A. Rahman macht warnend darauf aufmerksam, dass das Präsidialsystem ebenso noch in Kraft sei wie der berüchtigte Artikel 58 (2) (b) und dass die beiden Hauptgewinner der Wahlen nicht gerade Sympathie füreinander empfinden. Dann unterstreicht er nachdrücklich: „Die Parteien, die am Montag gewonnen haben, können sich letztlich nicht als stark genug erweisen, die Jahrzehnte vergessen zu machen, die Pakistan dank der Autoritären verloren hat.“²⁶

Auch in der deutschsprachigen Presse war im Vergleich zu den Vorwahl-Einschätzungen ein bemerkenswerter Stimmungswandel zu beobachten. Von November 2007 bis Januar 2008 ging der Tenor in den Kommentaren der überregionalen Blätter von „Wahlfarce“ meist bis auf eine deutliche Skepsis zurück.

Nur einen Monat später waren nun die Wahlen fair und frei. Es sei mit stabileren Verhältnissen zu rechnen, und der demokratische Prozess funktioniere.²⁷ Man sprach nun vom „Tag des Triumphes“,²⁸ war vom „erstaunlichen Frieden“ überrascht²⁹ und sprach von einem demokratischen Augenblick.³⁰

Präsident Musharraf, der sein erstes Interview nach den Wahlen bezeichnenderweise dem „Wall Street Journal“ gab, machte denn auch umgehend klar, dass er sich noch als an der Macht befindlich betrachtet. Er sei nicht bereit zurückzutreten, da er rechtmäßig gewählt sei und hoffe, Konflikte mit der neuen Regierung vermeiden zu können. Eine Wiedereinsetzung der von ihm entlassenen Richter komme für ihn nicht in Frage.³¹ In einer Erklärung vom 2. März machte er seine Position noch einmal deutlich: „Präsident Musharraf sagte, er sei vom Parlament auf der Grundlage der Verfassung für fünf Jahre gewählt worden, und er werde niemandem erlauben, Anarchie zu schaffen. Musharraf sagte, er habe dem Land acht Jahre lang gedient, die Wirtschaft gestärkt und Maßnahmen gegen den Terrorismus ergriffen. Er sagte, er habe sein Versprechen fairer Wahlen gehalten und sei bereit, mit der Regierung jeder Partei im Zentrum zusammenzuarbeiten. Er unterstrich die Notwendigkeit eines nationalen Konsenses, um den Herausforderungen, denen sich das Land ausgesetzt sieht, entgegentreten zu können.“³²

V. Die Einordnung der Wahlen, Aspekte der Regierungsbildung und Ausblick

Bei der Einordnung der Wahlen vom 18. Februar 2008 und ihrer Ergebnisse in den politischen Gesamtprozess sind mehrere, zum Teil gegenläufige Aspekte zu berücksichtigen, denen besonders hinsichtlich der weiteren Entwicklung eine zentrale Bedeutung zukommt.

Erstens muss mit aller Deutlichkeit festgestellt werden, dass die Tatsache der Wahldurchführung und ihr Ausgang angesichts der neuen akuten Phase der pakistanischen Staatskrise seit 2007 einen hohen Stellenwert besitzt. Die düsteren Prognosen der ICG und die kaum weniger ausgeprägte Skepsis der deutschen Medien bestätigten sich nicht. Die Wahlen waren keine Farce, sie verliefen weitgehend korrekt und geordnet, politische und sonstige Einflussnahme sowie lokale Gewaltakte waren sichtbar schwächer ausgeprägt als bei früheren Wahlen und hoben sich nicht gravierend von den Wahlbegleitumständen in vielen anderen Staaten (und nicht nur in Asien) ab.

Die Wahlen zeigten die schmale politische und soziale Basis des Regimes Musharraf, obwohl dieses Pakistan eine Periode kräftigen wirtschaftlichen Wachstums und finanzieller Stärkung gebracht hatte, die keine der bisherigen Zivilregierungen vorweisen konnte. Das ist ein überregional bedeutsamer Hinweis darauf, dass wirtschaftliche Prosperität politische Demokratie und staatsbürgerliche Freiheiten nicht ersetzen kann. Es war daher folgerichtig, dass die sogenannte Königspartei, die Pakistan Muslim League (Quaid-i-Azam) bei den Wahlen eine verheerende Niederlage erlitt.

Das Wahlergebnis reflektiert zugleich eine Massenstimmung in Pakistan, die offenkundig nicht nur einen politischen Wechsel, sondern auch einen wirklichen politischen Wandel anstrebt. Wie weit dieser mit westlichen Modellen von Demokratie kompatibel ist, bleibt abzuwarten. Tatsache ist, dass das massive Votum für die Oppositionsparteien ein untrüglicher Indikator für den gravierenden Vertrauensverlust des Herrschaftssystems Musharraf und für das Ausmaß der aktuellen Phase der pakistanischen Staatskrise ist.

Von hoher politischer Relevanz ist das Versinken der islamistischen Parteien in der parlamentarischen Bedeutungslosigkeit. Dennoch bleibt ihr Potential zu berücksichtigen und auch das Faktum, dass dies nicht für Balochistan und die Nordwest-Grenzprovinz gilt (siehe Tabelle). Überdies ist nicht klar, ob die als religiöse Parteien bezeichnete nichtdemokratische und antimoderne Strömung des politischen Islam in Pakistan auf das Verdikt der Wähler politisch oder militant reagieren wird.

Bei der Einschätzung der pakistanischen Wahlen dürfen nicht nur die Ergebnisse auf der Ebene der Nationalversammlung beachtet werden, denn die zum Teil dramatischen Verschiebungen in den Provinzen haben durchaus auch überregionale Bedeutung. So hat die Pakistan Muslim League (Nawaz) erwartungsgemäß die Wahl in der bevölkerungsreichsten Provinz Punjab gewonnen, aber in den anderen Provinzen verheerende Niederlagen erlitten und bleibt dort weit hinter der PML (Q) zurück. Andererseits hat die PPP nicht nur die Wahl in Sindh überzeugend gewonnen, sondern auch ein fulminantes Resultat in Nawaz Sharifs Hochburg Punjab erreicht sowie in Balochistan und der Nordwest-Grenzprovinz gut abgeschnitten. Von großer politischer Bedeutung ist schließlich die Tatsache, dass sich in



der Nordwest-Grenzprovinz, die allgemein als Bollwerk des islamischen Fundamentalismus und Kernzelle der gegen den gegenwärtigen pakistanischen Staat gerichteten bewaffneten islamistischen Attacken gilt, die Awami National Party, eine moderate paschtunisch-nationalistische Partei, durchgesetzt hat. Überschauend kann zu den Provinzwahlen gesagt werden, dass sie die nationale Position der PPP gestärkt haben, zumal die Partei möglicherweise erneut auf die ANP als Koalitionspartner zurückgreifen kann.

Es ist somit unübersehbar, dass die Wahl vom 18. Februar sehr bedeutsame politische Tatsachen geschaffen hat, die unter keinen Umständen gering geschätzt werden sollten.

Zweitens ist jedoch mit gleicher Deutlichkeit zu unterstreichen, dass die Wahlen weder die zentralen Koordinaten der pakistanischen Politik noch das politische System Pakistans geändert haben. Es wird schnell offensichtlich werden, dass Wahlen die Staatskrise nicht beenden oder lösen, sondern nur in ein weniger akutes Stadium überführen können. Die pakistanische Krise ist keine traditionelle Politik- oder Regimekrise, sondern wie eingangs betont, eine komplexe und systemische Staatskrise mit Tendenzen des Hinüberwachsens in eine allgemeine Gesellschaftskrise. Die notwendigen grundlegenden Reformen können weder von einer Partei allein noch von einer ausschließlich für die Machtausübung gebildeten Koalition konzipiert und durchgesetzt werden. Das bedarf einer von breiten politischen Kräften akzeptierten und mitgetragenen Strategie sowie einer konsequenten, nicht wie in der bisherigen Geschichte Pakistans vordergründig auf die Befriedigung von Gruppeninteressen beschränkten Politik. Regierungswechsel sollten dennoch nicht unterschätzt werden, denn sie können die Voraussetzungen für einen wirklichen politischen Kurswechsel schaffen – allerdings unter der Bedingung, dass die politischen Akteure dies auch wirklich wollen.

Das von Musharraf geschaffene Präsidialsystem mit seinen weitreichenden exekutiven Vollmachten existiert weiter und kann faktisch nicht ohne eine gegen ihn erzwungene grundlegende politische Reform beseitigt werden. Dem stehen die konkreten Machtverhältnisse und die überragende Stellung des Militärs jedoch entgegen, so lange die Generalität Musharraf weiter stützt.

Die zentrale Position der Streitkräfte, einschließlich ihrer strategischen politischen und wirtschaftlichen Stützpunkte, ist durch die Wahlen in keiner Weise berührt worden. Das heißt im Klartext: Wenn sich die Staatskrise weiter zuspitzen, eventuell sogar in eine Massen-Unrast übergehen sollte und das bisherige Präsidialsystem nicht mehr zu halten wäre, sind eine erneute Ausrufung des Ausnahmezustandes und darüber hinaus auch eine direkte Machtübernahme des Militärs nicht auszuschließen.

Ungeachtet der Wahlergebnisse ist das politische System Pakistans und insbesondere das Parteiensystem hochgradig fragil und instabil. Im politischen Spektrum Pakistans gibt es keinen Konsens in den nationalen Grundfragen – weder im Bereich der Wirtschafts-, Sozial- und Innenpolitik noch in der Außenpolitik oder auf den Gebieten Bildung, Wissenschaft und Kultur. Nur ein ganz geringer Teil der Herrschaftseliten besitzt überhaupt eine realistische Perzeption der Lage, in der Pakistan sich befindet. Die Fundamentalkritik der ICG ist daher durchaus berechtigt. Die politischen Parteien sind in ihren Strukturen, ihren Führungsgrundsätzen und ihrer Tätigkeit unleugbar niemals wirklich demokratisch gewesen, sie

waren und sind im wesentlichen autoritäre Führerparteien. Die von ihnen geführten Zivilregierungen haben kläglich versagt. Sie zeichneten sich durch markante Inkompetenz, eine hohe Korruptionsbereitschaft und ausgeprägten Nepotismus aus, womit sie in mehreren Fällen direkt den Boden für eine Machtübernahme durch das Militär bereiteten. Das bedeutet, dass die politischen Parteien und das Niveau ihrer Führungen und ihres Funktionärskaders weit hinter dem gegenwärtig Notwendigen zurückbleiben. Es ist daher in hohem Maße fraglich, ob diese Parteien mit ihren traditionellen politischen Instrumenten und weitgehend den gleichen Führern wie in den neunziger Jahren in der Lage sind, die Chance des historischen Augenblicks zu nutzen, um eine tatsächliche demokratische Entwicklung in Pakistan einzuleiten. Damit sind die Ausgangsbedingungen für einen qualitativen Wandel der Politik in Pakistan außerordentlich ungünstig und die Möglichkeiten für ein tatsächliches Umsteuern recht begrenzt.

Die Grundsituation im politischen System wird zusätzlich dadurch belastet, dass in Pakistan ein wirklicher politischer Wettbewerb, einschließlich der Chance des Aufstiegs neuer politischer Kräfte, nicht stattfindet. Das demokratische Spiel der Kräfte ist dreifach eingeschränkt durch die Stellung und Vollmachten des Präsidenten, durch die faktische Macht des Militärs und durch die Medienmacht der im unmittelbaren Herrschaftsbereich etablierten Kräfte. Alle Fraktionen der Herrschaftseliten und damit auch die Führungen der Parteien, das höhere Offizierskorps und die Spitzen der zivilen Bürokratie entstammen weitestgehend dem gleichen sozialen Milieu. Es gibt daher auch keine wirklich alternativen Politikkonzepte und keine qualitativ unterschiedliche Politik. Die vorhandenen Unterschiede sind überwiegend populistischer Natur und differierenden Klientelinteressen oder der persönlichen Feindschaft von Führungskräften geschuldet.

Zusammensetzung, politische Abkunft, regionale ethnische oder religiöse Bindungen der Führungskräfte und ihre ungenierte Befriedigung eigener Interessen bei der Wahrnehmung staatlicher, parlamentarischer oder parteipolitischer Ämter haben die Entstehung und Eskalation einer Reihe akuter innerer Konflikte in Pakistan nicht nur begünstigt, sondern in nicht wenigen Fällen direkt hervorgerufen. Das sind auch Primärfaktoren für das Versagen der politischen Klasse bei der Regulierung dieser Konflikte.

Schließlich müssen als objektive und nicht einfach durch Wahlen aufhebbare Hemmungsfaktoren für eine grundlegende Trendwende im Bereich der Wirtschafts- und Sozialpolitik neben solchen inneren Defiziten wie Strukturschwäche und geringe Diversifizierung der pakistanischen Wirtschaft, unzureichende Infrastruktur und eklatante Kapitalschwäche die gleichzeitige Verschwendung riesiger Mittel für eine im Grunde sinnlose Aufrüstung sowie die ungünstigen weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen, vor allem die Konsequenzen der Globalisierung, genannt werden.

Es bleibt leider eine Tatsache, dass auch 2008 nur ein reichliches Drittel der Wahlberechtigten von ihrem Wahlrecht Gebrauch machten bzw. Gebrauch machen konnten. Solange aber die Massen dem politischen Prozess fernbleiben, fehlt einer nachhaltigen demokratischen Entwicklung in Pakistan die Basis. Bereits Ende 1996 klagte Kalem Omar: „Wie viele solcher ‚freier und fairer‘ Wahlen wird dieses Land noch erleben müssen?“³³

Drittens wurde schnell deutlich, dass ungeachtet des deutlichen Wahlausgangs der Prozess der Regierungsbildung

und vor allem die Formulierung des Regierungsprogramms ein sehr schwieriges Unternehmen würde. Es war allgemein erwartet worden, dass die PPP und die PML (N) eine Koalition auf der Grundlage der am 14. Mai 2006 von Benazir Bhutto und Nawaz Sharif in London unterzeichneten „Charter of Democracy“ bilden könnten. Die Zielstellungen dieser Charta umfassen das ganze Spektrum der anstehenden politischen und konstitutionellen Probleme. Ihre wichtigsten Forderungen sind (in der Reihenfolge des Dokuments):

- Wiederinkraftsetzung der Verfassung von 1973 in ihrer Fassung vom 12. Oktober 1999 und Außerkraftsetzung aller Provisional Constitutional Orders (PCO) General Musharraf
- Schaffung eines Federal Constitutional Court (Verfassungsgericht)
- Eingliederung der Federally Administered Tribal Areas (FATA, Gebiet der paschtunischen Grenzstäme) in die Nordwest-Grenzprovinz
- Gewährung eines speziellen Status für die Northern Areas (1947/48 vom damaligen Fürstentum Jammu und Kaschmir abgetrennte Gebiete wie Skardu, Gilgit Agency und Kafiristan)
- Wahlen zu lokalen Körperschaften in den Provinzen unter Aufsicht der Provinz- Wahlkommissionen
- Ersetzung des National Accountability Bureau durch eine unabhängige Accountability Commission
- Freiheit und Unabhängigkeit der Medien
- Schaffung eines effektiven nuklearen Kommando- und Kontrollsystems
- Friedliche Beziehungen zu Indien und Afghanistan unbeschadet bestehender Konflikte
- Regelung des Kaschmir-Problems auf der Grundlage der UN-Resolutionen und in Übereinstimmung mit den Wünschen der Bevölkerung Kaschmirs
- Keine Beteiligung an einem Militärregime oder an einer von den Militärs gestützten Regierung
- Terrorismus und Militanz sind Nebenprodukte der Militärdiktatur und werden entschieden verurteilt
- Durchführung freier und fairer Wahlen, Einsetzung einer neutralen Übergangsregierung zur Vorbereitung der Wahlen.³⁴

Das ist in der Tat ein überwältigender Forderungskatalog, der angesichts der realen Verhältnisse in Pakistan, aber auch des Zustandes und der Politik der Parteien bestenfalls partiell von einer neuen Regierung realisiert werden kann, zumal abzuwarten bleibt, was davon über Absichtserklärungen im Programm des Kabinetts Gilani hinaus überhaupt umgesetzt wird. Die großen Parteien PPP und PML (N) sind sich einerseits sehr ähnlich, haben dennoch wenig echte Gemeinsamkeiten. Sie waren immer und sind auch heute die zentralen Machtrivalen. Ihr Zusammengehen kann daher nur eine Koalition auf Zeit gegen Musharraf sein. Bekannt gewordene Bestrebungen, eine der konservativsten Parteien des islamischen Spektrums mit ins Boot einer „nationalen Koalition“ zu holen, geben zu der berechtigten Befürchtung Anlass, dass die neue Regierung in den ausgefahrenen Gleisen des politischen Kuhhandels bleiben wird, für den Nawaz Sharif und Asif Ali Zardari geradezu notorische Beispiele sind. Das wäre umso bedauerlicher, als es in Pakistan ohnehin darum geht, nationale Politik und politische Demokratie endlich über ethnisches und religiöses Hintersassentum und die

Herrschaft von macht- und profitorientierten Gruppeninteressen zu stellen. Ein demokratisches Regierungssystem in Pakistan erfordert zwingend die Schaffung einer entsprechenden breiten politischen Basis im Lande. Das wird aus unserer Sicht jedoch noch ein langer und komplizierter Weg sein.

Auf dem Wege zur Regierungsbildung zeichnete sich sehr frühzeitig eine erste grundsätzliche Machtprobe der neu gewählten Abgeordneten mit dem Präsidenten ab, da die Mandatsträger der PML(N) und der PPP erklärten, dass sie ihren Eid ausschließlich auf die Verfassung von 1973 leisten würden und alle seit 1999 von General Musharraf durchgesetzten Verfassungsänderungen (Provisional Constitutional Orders, PCO) nicht anerkennen.³⁵

Die PPP benannte Syed Yusuf Raza Gilani als ihren Kandidaten für die Position des Premierministers, pikanterweise auf Anregung des PML-Chefs Nawaz Sharif. Gilani stammt aus einer reichen und einflussreichen Grundherren-Familie in Multan (Punjab), wechselte 1988 von der PML zur PPP, bekleidete mehrfach Ministerämter und war 1993 bis 1997 Präsident der Nationalversammlung. Unter Musharraf saß er fünf Jahre wegen Amtsmissbrauch und Korruption im Adiala-Gefängnis.³⁶ Er gilt als Politiker mit Fähigkeit zum Vermitteln.

Am 24. März gewann Gilani mit 264 zu 42 Stimmen die Wahl zum Ministerpräsidenten und kündigte bei seiner Vereidigung am 25. März ein Hundert-Tage-Programm an, um das Land aus der Krise zu führen.³⁷ Am 29. März erhielt der neue Premier ein einstimmiges Vertrauensvotum des Parlaments und nannte als erste dringende Schritte seiner Regierung unter anderem:

- die Aufhebung der noch aus der Kolonialzeit stammenden Frontier Crimes Regulations (FCR) sowie der Industrial Relations Order (IRO), gleichbedeutend mit der Aufhebung des Verbots von Gewerkschaften und Studentenorganisationen;
- die Verabschiedung eines Gesetzes über Informationsfreiheit;
- die Unterstellung des National Accountability Bureaus unter die verfassungsmäßige Gerichtsbarkeit;
- die Erhöhung des Mindestlohnes auf 6000 pakistanische Rupien;
- die Erhöhung des Erzeugerpreises für Weizen;
- eine Außenpolitik des Friedens und der friedlichen Koexistenz.

Neben der krisenhaften Situation in den Stammesgebieten bezeichnete Gilani Arbeitslosigkeit, Inflation und Armut als die Hauptprobleme seiner Regierung.³⁸ Am 29. März stellte Gilani sein Kabinett vor, das personell keine Überraschung bringt und dessen tatsächliche Kapazität derzeit nicht wirklich einzuschätzen ist.³⁹

Die neue Regierung hat auf Grund ihrer parlamentarischen Stärke (zusammen über 60 Prozent der Sitze) die Chance, in vielen Bereichen eine bessere Politik als ihre Vorgängerinnen zu betreiben, wie ihre Ansätze auf verfassungsrechtlichem und sicherheitspolitischem Gebiet demonstrieren. Aber sie besitzt kein alternatives Konzept zu Strategie, Praxis und Kultur der bisherigen Politik. Es steht daher zu befürchten, dass der proklamierte Aufbruch in die Demokratie nach relativ kurzer Zeit wieder versandet, dass das pakistanische Establishment wieder ins „business as usual“ zurückfällt und dass es möglicherweise bei populistischen Korrekturen und



der Kurierung von Symptomen der Krise bleibt, ernsthafte Bemühungen zu ihrer Bewältigung aber nicht unternommen werden.

Dabei ist die zentrale Aufgabe und Herausforderung eigentlich für alle, die sehen wollen, sichtbar: Pakistans gesamte gesellschaftliche Struktur, sein politisches System und nicht zuletzt der Staat müssen so reformiert werden, dass das Land für die wirtschaftlichen, sozialen, politischen und kulturellen Herausforderungen der Gegenwart gerüstet ist.

Nachbemerkung (Mai 2008)

Die von den Autoren vorgenommene kritische Bewertung der Aussichten der Koalitionsregierung Gilani hat sich unerwartet früh bestätigt. Am 12. Mai wies Nawaz die PML(N)-Minister in der Koalition an, ihren Rücktritt einzureichen. Die Tatsache, dass der Koalitionsbruch wegen einer Verfahrensfrage (nicht dass die entlassenen Minister wieder eingesetzt werden sollten, sondern wie das juristisch einwandfrei geschehen sollte) erfolgte, macht deutlich, dass der traditionelle Machtpoker in Pakistan bereits kurze Zeit nach der Wahl wieder begonnen hat.

Anmerkungen

- 1 Eine grundsätzliche Analyse der pakistanischen Staatskrise siehe bei Weidemann, Diethelm, „Crisis of the State in Pakistan: Roots and Evolution“, in: Neelsen, John P./Malik, Dipak, (eds.), *Crisis of State and Nation. South Asia Between Nation-Building and Fragmentation*, New Delhi Manohar 2007, pp. 83 – 117.
- 2 Zur Vorgeschichte des Musharraf-Regimes siehe Weidemann, Diethelm, „Der Weg Pakistans in den Militärputsch: Hintergründe und Perspektiven“, in: *asien.afrika.lateinamerika*, Berlin, 28(2000)5, S. 505 – 532 (im folg. aal).
- 3 International Crisis Group, *A Failed Charm Offensive*. Nick Grono on EU Observer, Brussels, 6 February 2008.
- 4 Testimony by Mark L. Schneider, Senior Vice-president, International Crisis Group, to the House Committee on Oversight and Government Reform on Pakistani elections: Will they be fair and free or fundamentally flawed?, 20 December 2007.
- 5 Ebenda.
- 6 Ebenda.
- 7 ICG, *Authoritarianism and Political Party Reform in Pakistan*. Asia Report No. 102, 28 September 2005, p. i.
- 8 Ebenda.
- 9 Ebenda, p. ii.
- 10 ICG, *Winding Back Martial Law in Pakistan*. Briefing No. 70, 12 November 2007, p. 1.
- 11 Ebenda, p. 4.
- 12 Wagner, Christian, „Die Perspektiven für eine Demokratie in Pakistan“, in: *SWP-Aktuell*, Berlin Januar 2008, S. 1, 4.
- 13 <http://www.thenews.com.pk/print3.asp?id=13159> Er musste diese Aussage kurz darauf wieder dementieren, aber der Wahrheitsgehalt der Erstaussage liegt mit Sicherheit höher als der des Dementis.
- 14 „A Referendum Against Musharraf“, in: *The News International*, Karachi, 19 (19.2.2008, im folg. News).
- 15 Zehra, Nasim, „A Victory for the Nation“, ebenda.
- 16 Mazari, Shireen M., „Congratulations Pakistan ... and now the issues“, ebenda. Es ist nicht ohne Pikanterie, dass Shireen Mazari ein Protegé der Militärs war und den Positionen des abenteuerlichen Flügels in der pakistanischen Generalität in der Kaschmirfrage und der Nuklearrüstung sehr nahe stand.
- 17 Yussufzai, Rahimullah, „A Vote for Change“, ebenda.
- 18 Raza, Shazad, „Verdict: the day after“, in: *Dawn*, Karachi, LIX (20.2.2008), Magazine.
- 19 Yussufzai, a.a.O.
- 20 Hyat, Kamila, „With One Voice“, in: *News*, 19 (21.2.2008).
- 21 Zehra, „A Victory for the Nation“, a. a. O.
- 22 Hyat, Kamila, „Crashing Down to Earth“, in: *News*, 19 (20.2.2008).
- 23 Raza, a. a. O.
- 24 Zaidi, S. Akbar, „Elections and Democracy“, in: *Dawn*, LIX (19.2.2008).
- 25 Die USA haben von 2001 bis 2007 unter der Flagge des Antiterrorkrieges Milliarden Dollar zur Stabilisierung des Musharraf-Systems nach

- Pakistan hineingepumpt, davon allein über 10 Mrd. \$ für die Armee. Siehe Möllhoff, Christine / Leber, Fabian, „Unter Generalverdacht“, in: *Potsdamer Neueste Nachrichten*, 57 (5.11.2007) 257, S. 2 (im folg. PNN, der politische Teil der PNN ist eine Übernahme vom Tagesspiegel, Berlin). Es gibt in allen gesellschaftlichen Bereichen heute Institutionen (einschließlich bestimmter Universitäten), die am Tropf der US-Gelder hängen, womit sich offen die Frage einer politischen Korrumpierung stellt.
- 26 Rahman, I. A., „Post-poll“, in: *The News on Sunday*, Karachi, 19 (24.2.2008, im folg. NoS).
 - 27 Wagner, Christian, „Nach der Wahl in Pakistan. Große Koalition für stabilere Verhältnisse“ (Interview), in: *Süddeutsche Zeitung*, 19.2.2008; ders., „Ein großer Fortschritt für die Demokratie“ (Interview), in: *PNN*, 58 (20.2.2008), 43, S. 2 (im folg. SZ).
 - 28 Germund, Willi, „Tag des Triumphes für Pakistans Opposition“, in: *Berliner Zeitung*, 64 (19.2.2008) 42 (im folg. BLZ).
 - 29 Meiler, Oliver, „Erstaunlicher Frieden“, in: *SZ*, (19.2.2008) 42, S. 8.
 - 30 Münch, Peter, „Ein demokratischer Augenblick“, in: *SZ* (20.2.2008) 43, S. 8.
 - 31 „Reinstatement of judges impossible, says Musharraf“, in: *News*, 19 (21.2.2008).
 - 32 „President sticks to his guns“, in: *NoS* 19 (2.3.2008) http://thenews.com.pk/top_story_detail.asp?id=13302.
 - 33 Omar, Kalem, „The intriguing arithmetic of elections under caretaker governments“, in: *News*, 7 (4.11.1996), p. 18.
 - 34 <http://www.pmln.org.pk/charter-demo.php>.
 - 35 PPP, „PML-N agree to form coalition government“, in: *News*, 22.2.2008.
 - 36 Syed Yousaf Raza Gillani (Profile). <http://www.infopak.gov.pk/primeminister.aspx>.
 - 37 Asghar, Raja, „A Momentous Day“, in: *Dawn*, LIX (25.3.2008). <http://www.dawn.com/2008/03/25/top1.htm>; Ihtasham-ul-Haque, „Institutions must adhere to Constitution: Gilani“, in: *Dawn*, LIX (26.3.2008) <http://www.dawn.com/2008/03/26/top2.htm>.
 - 38 Asghar, Raja, „Gilani wins unanimous trust vote“, in: *Dawn*, LIX (30.3.2008) <http://www.dawn.com/2008/03/30/top1.htm>.
 - 39 Die Regierungsliste siehe unter Portraits of Federal Cabinet. <http://www.infopak.gov.pk/ministers.aspx>.

Entwicklungen in Südafrika nach dem Führungswechsel im ANC

Vortrag von Hans-Georg Schleicher beim Verband für Internationale Politik und Völkerrecht am 11. Juni 2008

Brennende Townships, Gewalt gegen Frauen und Kinder, der Einsatz von Polizei und Armee – das sind jüngste schreckliche Fernsehbilder aus Südafrika, die an die Zeit der Apartheid vor mehr als anderthalb Jahrzehnten erinnern. Was ist los in dem Land Nelson Mandelas, wo wir doch zuletzt von Stabilität, Aussöhnung, Fortschritten auch im sozialen Bereich hörten, einem Land, das eine aktive und positive internationale Rolle spielt?

Ja – Südafrika ist das Land Mandelas. Es ist aber auch ein Land, das über Jahrzehnte und Jahrhunderte von Rassismus und Apartheid geprägt war. Es ist eine komplexe Gesellschaft voller Probleme und Widersprüche – auch medial nicht mit einer einfachen Schwarz-Weiß-Malerei zu erfassen – selbst wenn diese sich schreiend farbiger Bilder bedient.

Ich möchte zunächst eine kurze Bestandsaufnahme der Entwicklung in Südafrika 14 Jahre nach der formellen Überwindung der Apartheid vornehmen. Der Blick auf die politische Lage im Lande wird sich dann auf die jüngsten Veränderungen in der Führung des ANC konzentrieren und deren Auswirkungen auf die weitere Entwicklung in Südafrika vor allem im Hinblick auf die Wahlen im nächsten Jahr beleuchten. Kann man, muss man von einem politischen Umbruch sprechen? Wohin geht der ANC, welches ist das Schicksal



der Regierungsallianz mit Kommunistischer Partei und dem Gewerkschaftsdachverband COSATU, was ist mit der Opposition in Südafrika? Untrennbar damit verbunden sind die jüngsten Ereignisse, so dass ich in einem weiteren Schwerpunkt versuchen will, auf diese xenophoben Exzesse und ihre Hintergründe einzugehen.

Die Signale aus Südafrika waren immer widersprüchlich, nicht erst in den jüngsten Wochen:

- Dem Land wird politische Stabilität bescheinigt, es befindet sich in der längsten wirtschaftlichen Expansionsphase seit 50 Jahren.
- Repräsentative Umfragen sprechen von Vertrauen in die Zukunft vor allem auch unter schwarzen Jugendlichen.
- Das Land hat ein hohes internationales Ansehen wie seit Jahrzehnten nicht.
- Der ANC gewinnt bei jeder Wahl immer noch dazu.

Gleichzeitig mehren sich Stimmen der Enttäuschung:

- Es bestehen anhaltend gewaltige soziale Probleme und Verwerfungen, man spricht von einer unbefriedigenden Effizienz der neuen Strukturen.
- Der Lebensstandard für die Masse der Bevölkerung ist unzureichend; Forderungen nach sozialen Veränderungen mündeten bereits vor einiger Zeit in lokale Unruhen.
- Die jüngsten fremdenfeindlichen Ausschreitungen unterstreichen den latenten sozialen Zündstoff, den es im Lande gibt.
- Das innenpolitische Klima verschärft sich – innerhalb der regierenden Dreier-Allianz, insbesondere aber auch im ANC selbst.

Überall wird die Frage gestellt – wie geht es weiter? Quo vadis, Südafrika?

Zunächst der Versuch einer Bestandsaufnahme: Südafrika hat sich nach einem harten Befreiungskampf in einem mehrjährigen Verhandlungsprozess von der Apartheid verabschiedet, der 1994 mit den ersten allgemeinen, freien Wahlen seinen Höhepunkt fand und zu einer demokratischen Verfassung sowie zur Mehrheitsherrschaft führte. Das war ein verhandelter gesellschaftlicher Wandel, keine Revolution.

Manche sprechen sogar von einem Elitenkompromiss zwischen der alten Führung und der neuen schwarzen Elite: Der ANC garantiert Eigentumsrechte und praktiziert eine liberale Steuer- und Finanzpolitik – die Wirtschaftselite verhält sich neutral und kooperativ. Ein begrenzter Wandel veränderte (zunächst) lediglich die politischen Machtverhältnisse, nicht die sozioökonomischen Strukturen und die Besitzverhältnisse.

Inzwischen ist die Transition, der Übergang von der alten zur neuen politischen Ordnung, abgeschlossen. Jetzt geht es um die Transformation, den Umbau der Gesellschaft von der Apartheid zu einer demokratischen Entwicklung. Schwerpunkt dieses langwierigen Transformationsprozesses, der Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse, war zunächst die Demokratisierung. Sozioökonomische Strukturen, Besitzverhältnisse in der Wirtschaft und gravierende soziale Unterschiede werden nur schrittweise umgestaltet. Auch die Beseitigung der Auswirkungen der Apartheid insgesamt ist nur in einem langwierigen Prozess möglich.

Die derzeitige gesellschaftliche Transformation schließt komplizierte langfristige sozioökonomische, gesellschaftliche und politische Prozesse ein. Dazu gehört die Notwendigkeit der Restrukturierung und Modernisierung der Volkswirt-

schaft. Der Transformationsprozess ist auch in sich sehr widersprüchlich und wird einerseits bestimmt durch Stabilisierung, andererseits durch einen Elitenwechsel. Dabei geht es mit dem Programm der Affirmative Action um die gezielte Förderung in der Vergangenheit nicht privilegierter Bevölkerungsgruppen (Nichtweiße, Frauen, Behinderte). Wichtiger Bestandteil dieses Prozesses ist im Rahmen der angestrebten sozioökonomischen Veränderungen die schwarze Wirtschaftsförderung Black Economic Empowerment. In der Praxis gestaltet sich diese Entwicklung widersprüchlich, so dass manche Kritiker von einem „Black Economic Enrichment“, der Bereicherung einer relativ kleinen Gruppe der schwarzen Bevölkerung, sprechen. Weitere wichtige Bereiche im Transformationsprozess sind eine Landreform und Privatisierungen der unter dem Apartheid-Regime stark zentralisierten staatlichen Wirtschaftsstrukturen.

Ein solcher tief greifender Strukturwandel, dessen erklärtes Ziel aus Sicht des ANC Chancengleichheit ist,

- zerstört kurzfristig Arbeitsplätze
- verbessert nur langsam die Lebensbedingungen
- schließt einen Kompromiss zwischen ökonomischer Stabilitätspolitik und Armutsbekämpfung ein
- orientiert auf die Stärkung des Selbsthilfewillens.

Die eigentlichen Probleme Südafrikas sind die sozialen Probleme. Das Land ist faktisch gespalten, soziale Unterschiede verlaufen nach wie vor weitgehend entlang der von der Apartheid diesem Land so eingehämmerten rassistischen Grenzen, schwarz und weiß, arm und reich – es gibt eine umgekehrte Zwei-Drittel-Gesellschaft. Die Hälfte der Bevölkerung ist immer noch arm. Das Pro-Kopf-Einkommen eines Schwarzen liegt im Durchschnitt bei 13 Prozent von dem eines Weißen. Die Arbeitslosenrate liegt real über 40 Prozent, es gibt eine anhaltend hohe Kriminalität. 5,5 Millionen Menschen sind HIV-positiv. Dabei sind durchaus Veränderungen in den sozialen Strukturen erkennbar. So nahm die schwarze Mittelschicht von zwei auf zehn Prozent zu, ca. 500 000 Schwarze sind inzwischen wohlhabend. Andererseits ist das Einkommen der ärmsten 40 Prozent der Bevölkerung weiter gesunken. 23 Prozent, das sind 2,4 Millionen Familien, leben noch in Slums. Die Schere zwischen arm und reich öffnet sich auch in Südafrika weiter.

Gleichzeitig gibt es durchaus beeindruckende Entwicklungen seit dem Ende der Apartheid. Es wurden fast 2 Millionen einfacher Häuser gebaut, 7,4 Millionen Haushalte elektrifiziert, 10 Millionen Menschen erhielten Zugang zu Trinkwasser. Eine gewisse Basisversorgung mit Strom und Wasser ist kostenfrei. Es gibt freie Schulspeisung für 4,5 Millionen Kinder, oftmals deren einzige richtige Mahlzeit. In Südafrika als einem der wenigen Länder Afrikas gibt es nicht nur Kindergeld, Rente und eine Art Sozialhilfe, sie werden auch regelmäßig erhöht. 11 Millionen Menschen sind in das soziale System integriert. Das Rentenalter wird 2010 von 65 auf 60 Jahre reduziert. Diese sozialen Leistungen sind enorm wichtig für die Armutsminderung, sie erbringen in den ländlichen Gebieten oft 75 Prozent des Einkommens.

Neben objektiven Problemen der Überwindung des Erbes der Apartheid, neben den auch mittelfristig kaum zu lösenden sozialen Problemen und den Verwerfungen bei den gesellschaftlichen Veränderungen gibt es subjektive Schwierigkeiten bei der Implementierung der Transformationsprogramme. Gezielte Förderung bisher nicht Privilegierter erzeugt oftmals Unzufriedenheit bei allen Betroffenen, den ei-



nen, die zurückstehen müssen und bei den anderen, denen es nicht schnell und radikal genug geht. Hinzu kommt Kritik am umstrittenen Führungsstil von Präsident Thabo Mbeki wegen autokratischer Tendenzen, mangelnder Offenheit, wegen der neoliberalen Wirtschaftspolitik, gravierenden Fehlern im Umgang mit HIV/Aids und wegen seiner Medienpolitik. Typisch postkoloniale Erscheinungen wie Korruption und Machtmissbrauch, wie wir sie aus anderen Ländern kennen, gibt es auch in Südafrika. Sie werden allerdings nicht widerspruchslos hingenommen, sondern stehen im Zentrum gesellschaftlicher Aufmerksamkeit und massiver Auseinandersetzungen.

Die politische Landschaft Südafrikas hat inzwischen relativ klare Konturen angenommen. Im Parlament – und nicht nur dort – dominiert der Afrikanische Nationalkongress ANC in seiner Allianz mit der Südafrikanischen Kommunistischen Partei (SACP) und dem größten Gewerkschaftsdachverband COSATU. Der ANC verfügt im Parlament über eine klare Zwei-Drittel-Mehrheit, er ist auch stärkste Partei in allen Provinzen. Die beiden erwähnenswerten Oppositionsparteien Demokratische Allianz (DA) und Inkatha Freiheitspartei (IFP) haben absehbar keine Chance, die Macht zu übernehmen. Die Opposition überzeugt bisher weder programmatisch, noch politisch-taktisch; ihr Stimmenanteil fiel seit 1994 zusammen auf unter 30 Prozent. Die DA gilt als „weiße“ Partei, sie hat mit gut 12 Prozent ihr Wählerpotential im Wesentlichen ausgereizt. Die IFP ist mit über 90 Prozent ihrer Wähler unter den Zulus nur eine Regionalpartei, hat aber auch dort keine Mehrheit. Mittelfristig sind in der Parteienlandschaft keine signifikanten Veränderungen zu erwarten.

In der regierenden Dreier-Allianz unterstützen die beiden Partner Kommunistische Partei und COSATU bei Wahlen die Liste des ANC, auf der auch ihre Vertreter kandidieren. Seit Jahren gibt es jedoch auch heftige Auseinandersetzungen innerhalb der Dreier-Allianz, bei denen vor allem die COSATU, aber auch die SACP, die neoliberale Wirtschaftspolitik der Regierung kritisieren. Ein Auseinanderbrechen der Allianz, das mehrfach wahrscheinlich schien, wurde aber bisher vermieden.

Die Stärke des ANC liegt darin, dass sich eine Mehrheit der Bevölkerung und hier vor allem in der schwarzen Bevölkerungsgruppe (das sind 80 Prozent der Südafrikaner), mit dem ANC als der Befreiungsbewegung identifiziert, die die Apartheid überwunden hat und zu der es für viele keine erkennbare politische Alternative gibt. Diese Stärke des ANC liegt auch in den tatsächlichen Erfolgen, die es auf sozialem Gebiet bisher gegeben hat und die sich vor allem in steten, wenn auch oft bescheidenen sozialen Verbesserungen ausdrücken. Sicherlich liegt sie auch in der innerparteilichen Demokratie, wie selbst Staatspräsident Mbeki beim letzten Parteitag erfahren musste.

Der ANC ist mit 400 000 Mitgliedern nach wie vor weniger eine Partei als eine breite Bewegung, ein Sammelbecken, frei von einer ideologischen oder dezidiert gesellschaftlichen Festlegung, wenn man von der konsequenten Ablehnung des Rassismus absieht. Traditionelle Werte des ANC wie Gleichberechtigung und Streben nach sozialer Gerechtigkeit spielen eine wichtige Rolle ebenso wie die Überwindung der ehemaligen Diskriminierung durch die bewusste Förderung davon betroffener Gruppen. Bei der Gestaltung einer konkreten Regierungspolitik unter Führung des ANC hat es in letzter Zeit Machtkämpfe gegeben, die ihren Höhepunkt auf dem

ANC-Parteitag in Polokwane im Dezember vergangenen Jahres fanden.

Die ANC-Basis erteilte mit der Wahl Jacob Zumas zum ANC-Präsidenten dem bisherigen Parteichef, Staatspräsident Thabo Mbeki, eine empfindliche Lektion. Trotz mancher Erfolge wurde Mbeki vor allem für seine neoliberale Wirtschaftspolitik und seine Entfremdung vom Volk abgestraft. Zuma hatte insbesondere Unterstützung in den Gewerkschaften, der ANC-Jugendbewegung und bei Teilen der Kommunistischen Partei. Vom Führungswechsel im ANC ist aber kein grundsätzlicher Politikwandel zu erwarten, auch für Spekulationen über einen Linksruck unter Zuma sehe ich keine Basis. Möglich ist eine punktuell stärkere Betonung sozialer Maßnahmen. Zunächst einmal haben wir eine Situation, bei der Mbeki und viele seiner Regierungsmitglieder nicht mehr in der ANC-Führung vertreten sind. Der ANC bestimmt jedoch die Grundlinien der Regierungspolitik. In Diskussionen taucht die Frage nach zwei Machtzentren in Südafrika auf, ebenso wie die Möglichkeit eines vorzeitigen Rücktritt Mbekis vom Amt des Staatspräsidenten. Bisher haben das aber beide Seiten dementiert. Der Machtkampf im ANC war und ist eng verknüpft mit konkreten, teils auch juristischen Auseinandersetzungen zu Korruption, Vetternwirtschaft und Machtmissbrauch. Dazu wird in Südafrika eine öffentliche Debatte geführt.

Damit verbunden ist auch die Frage: Wo ist eine Alternative zur Dominanz des ANC zu erkennen? Ganz offensichtlich nicht bei den bereits erwähnten schwachen Oppositionsparteien. Eine solche demokratische Alternative ist wohl eher aus dem Differenzierungsprozess innerhalb des ANC bzw. der Dreier-Allianz zu erwarten. Nun hat der ANC auf dem Parteitag in Polokwane eine Polarisierung in ein Zuma- und ein Mbeki-Lager erkennen lassen. Aber ob das auf eine Spaltung der Partei hindeutet, ist zweifelhaft. Das ist mehr ein Machtkampf als ein ideologischer oder Richtungsstreit. So sind wohl auch Spekulationen der Oppositionsparteien auf potentielle Koalitionspartner, die aus dem Differenzierungsprozess im ANC hervorgehen könnten, derzeit verfrüht.

Eines scheint deutlich: Die breite Unzufriedenheit an der Basis mit Mbekis bisheriger Politik nutzend und gestützt auf Gewerkschaften, Jugendliga und Kommunistische Partei, hat das Lager um Jacob Zuma gegenwärtig im ANC deutlich die Oberhand. Allerdings – über Zuma schwebt das Damoklesschwert eines anhängigen Gerichtsverfahrens mit insgesamt 18 Anklagepunkten. Vor allem geht es um Korruption, Begünstigung und Steuervergehen. Zunächst sieht Zuma seine Aufgaben als Parteichef dadurch nicht beeinträchtigt. Er will seine Unschuld notfalls bis in die höchste Instanz verteidigen, jedoch bei einer Verurteilung zurücktreten. Ein solches Gerichtsverfahren, wenn es denn noch in diesem Jahr beginnt, kann lange dauern. Unzweifelhaft ist Jacob Zuma, der sich einst in enger Zusammenarbeit mit Mbeki politisch profiliert hat, eine kontroverse und schillernde Persönlichkeit. Einfache Schlagworte wie links oder radikal werden ihm kaum gerecht. Wegen seiner Offenheit für die Nöte und Sorgen der einfachen Menschen wird er oft als „Linker“ angesehen. Er hat sich programmatisch jedoch bisher wenig geäußert, lediglich immer wieder gegenüber der Wirtschaft betont, an der bisherigen Wirtschaftspolitik werde sich grundlegend nichts ändern. Auf jeden Fall ist er ein Vollblutpolitiker, populistisch und pragmatisch, er spielt geschickt auf der Klaviatur von Tradition und Volksnähe. Viele seiner



Anhänger sehen die Anklage gegen ihn als Teil einer Verschwörung. Aber der ANC ist auch darauf vorbereitet, dass Zuma an der unabhängigen Justiz Südafrikas scheitern könnte. Für diesen Fall steht ANC-Vizepräsident Kgalema Motlanthe als Alternative bereit.

Es wird also im Moment viel über eine „Krise“ im ANC gesprochen. Ich rate zu Vorsicht hinsichtlich Ausmaß und Implikationen einer solchen Krise. Die lange Geschichte des ANC hat ganz andere Herausforderungen gesehen. Hinzu kommen Faktoren wie Erfahrungen innerparteilichen Konfliktmanagements, ein tradiertes afrikanisches Konsensstreben, die Breite des Führungspotentials und die relativ entwickelte kritische Atmosphäre im ANC. Zwar sehe auch ich ausgeprägte politische und soziale Differenzierungsprozesse innerhalb der Allianz und im ANC, dennoch scheint die Fortsetzung der bisherigen Balance zwischen Konfrontation und Kooperation in der Allianz zunächst wahrscheinlicher als ein abrupter Bruch im Vorfeld der Wahlen von 2009. Die Führungsrolle des ANC scheint 2009 und darüber hinaus zunächst nicht gefährdet. Dennoch – die jüngsten Ausschreitungen in Südafrika und vor allem ihr Ausmaß haben gezeigt, wie vorsichtig man mit Prognosen sein sollte.

Damit wären wir bei diesen aktuellen Entwicklungen.

Explosionsartig haben sich Anfang Mai fremdenfeindliche Ausschreitungen in Südafrikas Ballungsgebiet Gauteng ereignet, die sich dann auf andere Provinzen, insbesondere in den Raum Kapstadt, ausdehnten. Die Aktionen richteten sich vor allem gegen Ausländer aus anderen afrikanischen Staaten, aber auch Südafrikaner ethnischer Minderheiten aus dem Norden des Landes waren davon betroffen. Es gab nach unterschiedlichen Angaben über 60 Tote, 80 000 Personen sind von ihren Aufenthaltsorten vertrieben oder geflüchtet, wurden zunächst in Polizeistationen und dann in provisorischen Lagern untergebracht. Inzwischen sind einige Tausend Simbabweer und Mosambikaner in ihre Heimatländer zurückgekehrt. Die Regierung wurde – obwohl das Problem lange bekannt ist – offenkundig vom Ausmaß der fremdenfeindlichen Eruption überrascht und hat zunächst zögerlich reagiert. Es dauerte eine ganze Weile, bis sich Politiker vor Ort sehen ließen. Der Einsatz der Armee, in Krisensituation größeren Ausmaßes in Südafrika durchaus üblich, erfolgte verhältnismäßig spät.

Mit den schätzungsweise 5 Millionen illegaler Ausländer in Südafrika gibt es seit langem ein latentes Konfliktpotential, das offensichtlich auch von der Regierung unterschätzt wurde. Es fehlt an Konzepten für den Umgang mit dieser gewaltigen Zahl von Ausländern und deren Integration. Für den Großteil der afrikanischen Ausländer ist deren legaler und sozialer Status in Südafrika ungeklärt. Der Ausbruch fremdenfeindlicher Ausschreitungen war eigentlich nicht überraschend, wohl aber deren Ausmaß und die Eigendynamik, die dieser Prozess sehr rasch erlangte, verbunden mit der regionalen Ausweitung. Diese Entwicklung zeigt aber auch, welches Gewaltpotential immer noch in Südafrika vorhanden ist.

Andererseits gab und gibt es eine Welle der Solidarität mit den betroffenen Menschen. Nicht nur staatliche Behörden, politische Parteien, wichtige gesellschaftliche Kräfte und zahlreiche Nichtregierungsorganisationen haben sich zu Wort gemeldet, spenden, kümmern sich, helfen – auch viele Nachbarn zeigen spontane Solidarität. In südafrikanischen Medien wurde von einer überwältigenden Solidarität vergleichbar mit der beim Tsunami gesprochen. Es hat inzwi-

schen eine Reihe von Kundgebungen gegen die Xenophobie gegeben. Dennoch, das Land ist auch in dieser Frage gespalten.

Wo liegen die Ursachen für eine solche Entwicklung? Diese Frage beschäftigt derzeit viele Analysten in Südafrika und Beobachter darüber hinaus. Es gibt keine einfachen Antworten. Da ist das Erbe der Apartheid, einer Denkweise, die bewusst auf den Kontrast (und damit auch Konflikt) zwischen rassistischen und ethnischen Gruppen orientierte, einer daraus entwickelten rassistischen Politik und einer dem Land über Jahrzehnte aufgezwungenen entsprechenden politischen (Un)Kultur. Das „Divide et impera“ war strategischer und taktischer Imperativ. Apartheid produzierte im Land eine Kultur der Gewalt – auf beiden Seiten.

Diese Hypothek der Apartheid-Vergangenheit allein reicht jedoch zur Erklärung des Phänomens Fremdenfeindlichkeit nicht aus. Auch die Verschwörungstheorie einer insgeheim wirkenden Geheimorganisation, einer „Dritten Kraft“, wie sie in der Endphase der Apartheid die Gewalt Schwarzer gegen Schwarze organisierte und schürte, klingt heute wenig überzeugend und ist bisher nicht bewiesen worden. Allerdings ist die Instrumentalisierung der Fremdenfeindlichkeit vor allem durch kriminelle Elemente nicht von der Hand zu weisen.

Eine wesentliche Ursache – oder wohl besser – ein fruchtbarer Nährboden für die Ausschreitungen sind die in Südafrika trotz aller Veränderungen und durchaus auch Fortschritte auf diesem Gebiet fortbestehenden gewaltigen sozialen Probleme, auf die bereits hingewiesen wurde und die kurz- und mittelfristig auch nicht lösbar sind. Hohe Arbeitslosigkeit und anhaltende Armut machen Südafrika zu einem der Länder in der Welt mit den größten sozialen Differenzen.

Vor diesem Hintergrund wiegt ein Erbe der Vergangenheit von ganz anderer Art schwer – das sind die zahlreichen Wanderarbeiter, insbesondere im Bergbau, die früher zu zwei Dritteln, heute noch immer zur Hälfte aus Nachbarländern kommen. Ohne sie war der Bergbau – und damit ein wesentlicher Wirtschaftsfaktor Südafrikas – nicht denkbar. Man schätzt, dass es hier immer noch um 200 000 Arbeitsplätze geht, die von ausländischen Wanderarbeitern besetzt sind.

Umfragen deuten auf eine weit verbreitete Fremdenfeindlichkeit unter der Bevölkerung hin, und es sind nicht nur die Armen, die die Ausländer als soziale Konkurrenten betrachten, diese Haltung sei auch in der Mittelschicht – schwarz und weiß – weit verbreitet. Analysten sprechen zudem von einer historisch tradierten Überheblichkeit der Südafrikaner, gekoppelt mit einer verblüffenden Unkenntnis über den Kontinent Afrika insgesamt. Da sind andererseits die ehemaligen südafrikanischen Exilanten, die während des Befreiungskampfes Solidarität in den Nachbarstaaten empfangen haben, das auch immer wieder unterstreichen und ihre Dankbarkeit betonen. Sie sind einflussreich, aber ihre Zahl ist begrenzt.

Tatsächlich befinden sich unter den Immigranten aus anderen afrikanischen Staaten gebildete und qualifizierte Kräfte, die von der Sogwirkung der südafrikanischen Wirtschaft und ihrer Entwicklung angezogen werden und teilweise durchaus erfolgreich sind. Manche haben es zu bescheidenem Wohlstand gebracht, manche haben – in einer von Korruption und Bürokratie durchdrungenen Gesellschaft – Häuser aus dem sozialen Wohnungsbau erworben und sich erfolgreich am Verteilungskampf beteiligt. Auch im Bereich der Kriminalität, einschließlich der organisierten Kriminalität,



sind Ausländer aktiv. Wie wir aus eigener Erfahrung wissen, sind Feindbilder dann sehr schnell festgemacht. Auch Unzufriedenheit mit manchen derzeitigen Missständen in Südafrika kanalisiert sich leicht in Fremdenfeindlichkeit.

Selbst Politiker haben Vorbehalte gegen illegale Immigranten durchblicken lassen. Auf regionaler und lokaler Ebene gibt es vereinzelt Tendenzen der politischen Instrumentalisierung dieser Frage. Die Regierung hat lange versucht, der wachsenden Zahl illegaler Einwanderer durch repressive Maßnahmen zu begegnen, hat aber bisher kein wirksames Konzept vorgelegt. Die Verweigerung von Aufenthaltspapieren und bürokratische Hürden bei der Einbürgerung sind keine Antwort auf das Problem. Ständige Razzien und die Ausweisung illegaler Immigranten in großem Stil durch ihre Rückführung in Sonderzügen nach Simbabwe und Mosambik hat die fremdenfeindliche Stimmung nur befördert.

Und das alles angesichts der insbesondere von Präsident Mbeki postulierten Politik einer Afrikanischen Renaissance mit einer angestrebten verstärkten regionalen und kontinentalen Zusammenarbeit und der Betonung einer afrikanischen Identität. Diese Außenpolitik hat ihr Pendant nicht in der Haltung zu den hunderttausenden afrikanischen Immigranten im eigenen Land gefunden. Kritisiert wird der Mangel an Solidarität mit den Nachbarländern, eine Solidarität, die viele Südafrikaner während des Befreiungskampfes im Exil in eben diesen Ländern erfahren haben.

Die Regierung hat nach dem ersten Schock eine Untersuchung zu den Ausschreitungen eingeleitet und eine Sonderkommission eingesetzt. Die Maßnahmen zur Eindämmung der Ausschreitungen haben Wirkung gezeigt, hunderte Beteiligten wurden verhaftet. Die Flüchtlinge sind versorgt, Zwangsrückführungen in ihre Heimatländer zunächst eingestellt worden. Andererseits haben inzwischen viele aus eigenem Willen Südafrika verlassen. Nun macht sich die bisherige Konzeptionslosigkeit bemerkbar. Die Regierung hat eine Ghettoisierung der illegalen Ausländer in speziellen Lagern immer abgelehnt, muss aber zumindest zeitweise zum Schutz und zur Versorgung der aus den Townships vertriebenen Ausländer gegenwärtig darauf zurückgreifen. Die Flüchtlinge sollen jedoch im Zeitraum von acht Wochen wieder in den Townships, wo sie lebten, reintegriert werden. Noch ist nicht abzusehen, ob das realistisch ist. Es gibt auch Diskussionen mit dem UN-Flüchtlingskommissariat über eine Aufnahme von Flüchtlingen in Drittländern, was von vielen gefordert wird. Die Flüchtlinge haben sich in den provisorischen Lagern teilweise organisiert und fordern Mitbestimmung über ihr weiteres Schicksal.

Es ist nicht so, dass Südafrika Ausländer nicht brauchen würde. Dem Land fehlen mindestens eine halbe Million Fachkräfte. Ausländer sind auch objektiv eine Bereicherung des Landes. Doch offensichtlich ist Südafrika nicht das einzige Land, das Schwierigkeiten mit ausgewogenen und sinnvollen Konzepten des Umgangs mit Einwanderern und Flüchtlingen, mit einer sinnvollen Integration hat. Wir sollten also vorsichtig sein mit vorschnellen Urteilen und klugen Ratschlägen an die südafrikanische Adresse. Wichtig ist eine Fortsetzung der konstruktiven Zusammenarbeit mit Südafrika und dabei Unterstützung für die Lösung der umfangreichen Entwicklungsprobleme des Landes. Etwas Gutes haben die jüngsten Entwicklungen in Südafrika auch gezeigt – die bereits erwähnte breite Solidarität in der südafrikanischen Bevölkerung mit den Opfern der Ausschreitungen, also nicht nur Hass oder

Gleichgültigkeit, sondern auch Zeichen für Fortschritte bei der Integration.

Südafrika befindet sich gegenwärtig in einer kritischen Phase seines Transformationsprozesses. Es ist eine Illusion zu glauben, dass angesichts der Vergangenheit und der überaus komplizierten Gemengelage nach einer so langen Geschichte von Rassismus, Unterdrückung und Gewalt alle Probleme in wenigen Jahren überwunden werden könnten. Vielleicht haben wir angesichts des Wunders eines relativ friedlichen Übergangs von der Apartheid zur Demokratie und der Lichtgestalt Mandela die Erwartungen an Südafrika sehr hoch gelegt und werden nunmehr durch die Ereignisse der letzten Wochen auf den Boden der Tatsachen zurückgeholt. Gesellschaftliche Veränderungen, wie sie in Südafrika anstehen, erfordern Zeit und vor allem ein hohes Maß an politischem Geschick. Die neue Führung des ANC ist hier gefordert.

Dokumente

Südosteuropa und Balkan: Vorschläge der Europäischen Linken

Abschlussklärung der Konferenz der Partei der Europäischen Linken, Thessaloniki, 8. Juni 2008

Am 7. und 8. Juni 2008 hielt die Partei der Europäischen Linken eine Konferenz zum Thema „Der Balkan und Südosteuropa“ ab, die SYNASPISMOS als Gastgeber ausrichtete. Teilnehmer aus 14 Parteien diskutierten die Lage im südosteuropäischen Raum in drei Schwerpunkten:

- Die Lage auf dem Balkan: Frieden und europäische Sicherheit
- Möglichkeiten und Initiativen für die Entwicklung der Zusammenarbeit in Südosteuropa
- Umwelt geht alle an: Vorschlag einer Umwelt-Charta für den Balkan

Die Beratungsteilnehmer wiesen darauf hin, dass das Motto des 2. EL-Kongresses „Alternativen entwickeln“ auch auf dem Balkan angewandt werden kann und muss. Die EL ist entschlossen, Beziehungen und Zusammenarbeit mit den linken, progressiven Kräften in der Region zu entwickeln.

Höchste Priorität in der Region hat die Herstellung und Verteidigung eines dauerhaften Friedens. Dies gilt besonders für den Westbalkan, da viele Wunden der Kriege bei der Auflösung Jugoslawiens, die in den Bombenangriffen der NATO im Jahre 1999 gipfelten, noch nicht verheilt sind. Das Völkerrecht muss in der Region durchgesetzt werden. Das gilt besonders für den Fall Kosovo.

Die Kräfte der Linken, der Umwelt- und Friedensbewegung auf dem Balkan und in Europa setzen sich für ein umfassendes Sicherheitskonzept ein, das den politischen, wirtschaftlichen, sozialen, ökologischen und humanitären Bereich einschließt. Sie weisen Optionen zurück, die zu Krieg

und gewaltsamen Grenzverschiebungen, zur Untergrabung des Völkerrechts, zur Verletzung von Menschen- und Minderheitenrechten führen. Sie wollen den feministischen und den ökologischen Blick auf Sicherheit in die politischen Debatten und Aktionen tragen. Sie unterstützen wechselseitig annehmbare Lösungen der Probleme, um die Spannungen zwischen den Staaten der Region zu überwinden, die Logik des „Teile und herrsche“ sowie nationalistischen Hass zu überwinden. Sie ergreifen Initiativen, die auf Entmilitarisierung statt weiterer Militarisierung der Region zielen, wie zum Beispiel die gemeinsame Kampagne von SYN und ÖDP für die gleichzeitige Reduzierung der Rüstungen und Militärausgaben in Griechenland und der Türkei, für einen von Massenvernichtungswaffen und ausländischen Militärbasen freien Balkan als Beitrag zu einem atomwaffenfreien Europa.

Die Partei der Europäischen Linken wird keine Mühe scheuen, um zum Aufbau breitest möglicher Bündnisse der Friedenskräfte beizutragen, selbst wenn in Einzelfragen Differenzen bestehen bleiben. Bei unseren gemeinsamen Aktionen haben wir den Kampf für Frieden in Südosteuropa mit der Sache der europäischen Sicherheit zu verbinden. Dies erfordert ein gesamteuropäisches Sicherheitssystem, das Russland einschließt und auf den Prinzipien der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) beruht. Wir wenden uns entschieden gegen Schritte wie den „Raketenabwehrschild“, die ein neues Wettrüsten und neue Spaltungen in Europa auslösen können.

Die Europäische Linke und die Linke des Balkans wollen Initiativen zur Entwicklung und Förderung der Zusammenarbeit in Südosteuropa ergreifen, aus denen Zusammenarbeit über die Region hinaus erwachsen kann, so zum Beispiel im Raum des Schwarzen Meeres. Das erfordert die aktive Teilnahme von Zivilgesellschaften, sozialen Bewegungen, Gewerkschaften, feministischen, Friedens- und Umweltinitiativen. Wir müssen die Logik der blinden Jagd nach Profit als Basis für das Zusammenleben der Staaten und Völker überwinden. An ihre Stelle muss eine Politik der Solidarität und der gemeinsamen Entwicklung treten. Regionale Zusammenarbeit muss auch dazu beitragen, die notwendigen Voraussetzungen für den Schutz der sozialen Rechte, für die Gleichheit der Menschen in den Staaten der Region, darunter die Migranten, für die Bekämpfung von organisierter Kriminalität und Menschenhandel zu schaffen. Die Konferenz hob hervor, dass die Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen und der Schutz der Rechte der Kinder ständige Aufgaben darstellen. Als besonders günstig wird grenzüberschreitende Zusammenarbeit angesehen, wie sie Lokalbehörden verschiedener Länder bereits aufgenommen haben. Unterstützt werden auch Initiativen und gemeinsame Aktionen auf kulturellem Gebiet, wo die Völker des Balkans reiche gemeinsame Traditionen haben.

Unser Eintreten für nachhaltige Entwicklung und die wachsende Interdependenz im Umweltbereich erfordern es, dass die Zusammenarbeit beim Umweltschutz, bei Energiepolitik und Biodiversität verstärkt wird. Die EL setzt sich für neue Strategien bei der Energieeinsparung, beim Umstieg auf erneuerbare Energien statt neuer Atomkraftwerke ein. Wir wollen mit Organisationen zusammenarbeiten, die im Umweltbereich aktiv sind. Zu diesem Zweck schlagen wir vor, gemeinsam eine Umwelt-Charta für den Balkan auszuarbeiten. Dafür wollen wir ein weites Spektrum von Kräften in der Region mobilisieren und zusammenführen, aber auch Unter-

stützung in ganz Europa mobilisieren. Denkbar wäre eine gemeinsame Aktion für einen von genmanipulierten Organismen freien Balkan. Schließlich fordern wir alle Balkanstaaten auf, sich in der UNO für ein neues Kyoto-Protokoll einzusetzen.

Die EL unterstützt eine europäische Perspektive für die Balkanländer. Dabei kämpft sie für eine radikale Absage an den neoliberalen Kurs, der gegenwärtig von der EU und ihren Mitgliedsländern gesteuert wird. Um dies zu erreichen, müssen wir uns gemeinsam mit den linken Kräften des Balkans dafür einsetzen, Beziehungen der Gleichheit und Solidarität zwischen der EU und den Völkern der Region zu schaffen, die zu wirklicher Konvergenz und sozialer Kohäsion führen. Das muss auch für die Neue Nachbarschaftspolitik der EU gelten.

Beschlossener Antrag

Die auf der Konferenz anwesenden Frauen diskutierten und beschlossen, ein Balkan-Netzwerk zu gründen, dem Parteien, Frauenorganisationen und Einzelpersonen beitreten können. Dieses Netzwerk soll sich mit den besonderen Länderproblemen des Balkans befassen und Projekte zu Themen entwickeln wie Diskriminierung am Arbeitsplatz, Sexismus in der Gesellschaft, Frauenhandel, prekäre Arbeitsverhältnisse, Krieg, Nationalismus, Immigrantinnen als Hausangestellte, familiäre Gewalt und das Fehlen von Sozialsystemen. Das neu zu gründende Netzwerk sollte von der Partei der Europäischen Linken, deren Frauennetzwerk el-fem und Frauenorganisationen in ganz Europa unterstützt werden.

Abschlussklärung der Ersten Gesamtgriechischen Beratung des Bündnisses der Radikalen Linken (SYRIZA)

Athen, 16. März 2008

SYRIZA und die politischen Umstände:
Die moderne Welt braucht eine starke Linke

Die erste Gesamtgriechische Beratung von SYRIZA tritt zu einer Zeit zusammen, da das politische System unseres Landes von einer heftigen Krise erschüttert wird, da die Arbeiterklasse und andere Gesellschaftsschichten zugleich einen entschlossenen Kampf führen, um das Rentensystem, die Sozialversicherung und das Arbeitsrecht zu verteidigen.

Die Arbeitnehmer in Griechenland, in Europa und überall auf der Welt sehen sich heute mit dem globalisierten Kapital und einem starken Block politischer und gesellschaftlicher Kräfte konfrontiert, welche die wirtschaftlichen, politischen, ideologischen und kulturellen Verhältnisse, die den Neoliberalismus als moderne Form des Kapitalismus prägen, ins Extrem zu treiben versuchen.

Die Verteidigung der sozialen Errungenschaften, die gegenwärtig in den Vordergrund tritt, ist untrennbar mit dem Kampf der Arbeitnehmer gegen den politischen Entwurf des Neoliberalismus verbunden, dessen Ziele sind:

→ die Beseitigung des Sozialstaates, die direkte Unterordnung der öffentlichen Güter und Dienstleistungen (Bil-



dung, Gesundheit, Daseinsvorsorge, kommunale Einrichtungen u. a.) unter das Kapital und die Logik des Marktes, → die Deregulierung und Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse, Lohnstopp und Rentenkürzung, die Zügellosigkeit des Marktes, die unter anderem zur totalen Überschuldung der Haushalte bei den Banken, zum Schrumpfen der Einkommen aufgrund der unkontrollierten Preissteigerungen führt.

Die Situation, die wir erleben, birgt riesige Gefahr, aber auch ein großes Potential in sich. Gefahr geht mit Potential, Enttäuschung mit Hoffnung einher. Dieser Widerspruch sucht nach einer Lösung, einer Kraft, die dafür den Weg weist – im Interesse der Menschheit, ihrer gesellschaftlichen Klassen und Schichten.

Diese Dynamik können nur die Beschäftigten, die Arbeitslosen, die an den Rand gedrängten Gesellschaftsschichten, die jungen Männer und Frauen zum Ausdruck bringen, die Kräfte also, welche die gesellschaftliche und politische Linke bilden, nicht die Kräfte des Konservativismus, die das Zweiparteiensystem¹ unterstützen, die Kräfte von ND und PASOK, die sich mit den Zielen und der Politik des Neoliberalismus identifizieren.

Von dieser Ersten Gesamtgriechischen Beratung der SYRIZA geht der Versuch aus, mit allen Kräften der politischen und gesellschaftlichen Linken in einen offenen, demokratischen, freien Dialog zu treten, um im Geiste von Kameradschaftlichkeit, Ehrlichkeit und Entschlossenheit über die Zukunft der Linken zu diskutieren, um den Zusammenschluss der Kräfte der radikalen Linken und der linken radikalen Umweltbewegung voranzubringen.

In diesem Sinne ist die Erste Gesamtgriechische Beratung eine wichtige Gelegenheit, um SYRIZA zum Kern für die Sammlung der Kräfte der radikalen Linken im ganzen Land zu entwickeln, ein hoffnungsvoller Schritt im Prozess der Stärkung von Bewegungen und Widerstand, der die Linke zu einer führenden politischen Kraft aufsteigen lässt, die die Verhältnisse im Lande zugunsten der Arbeiterklasse und der Volksschichten zu ändern vermag.

Zur aktuellen Lage erklärt die Erste Gesamtgriechische Beratung von SYRIZA:

1. Seit den Wahlen vom 16. September 2007 ist nur wenig Zeit vergangen. Aber das Zweiparteiensystem lässt bereits deutliche Zeichen von Destabilisierung und Niedergang erkennen. Alles deutet darauf hin, dass wir in eine Phase der Ungewissheit, der großen politischen Neuordnung eintreten, die zu einer grundlegenden Veränderung der seit dem Ende der Diktatur von 1974 bestehenden politischen Landschaft führen wird.

Das Zweiparteiensystem in unserem Land ist von Intransparenz, Skandalen und starken Verfallserscheinungen geprägt, die zu einer Krise von Werten, Institutionen, Lebensqualität, gesellschaftlichem Zusammenhalt und zu einem katastrophalen Zustand der Umwelt geführt haben.

Das ist nicht allein ein griechisches Phänomen, im Gegenteil, es ist Ausdruck der Krise des Neoliberalismus in der Welt und besonders in Europa. Die kapitalistische Globalisierung stößt an ihre Grenzen, sie bietet für die Entwicklung unseres Planeten und seiner Gesellschaften keine Perspektive mehr.

2. Die Suche nach einem Ausweg aus der Krise zugunsten der Beschäftigten und der breiten Volksschichten ist zu einem Anliegen von höchster Dringlichkeit geworden. Er erforder

tert täglich unser Handeln als Opposition, unsere alternativen Vorschläge, die Kämpfe der Jugend, der Beschäftigten und des Volkes gegen die negativen Auswirkungen der Politik der kapitalistischen „Umstrukturierungen“, unseren Kampf für soziale Gerechtigkeit.

Der Ausweg aus der Krise wird nur möglich durch:

- die Schaffung neuer gesellschaftlicher und politischer Verhältnisse
- die Bildung eines neuen Blocks gesellschaftlicher und politischer Kräfte
- die Entwicklung einer starken, verlässlichen und glaubwürdigen Linken, die aktiv in das politische und gesellschaftliche Leben eingreift.

Einen Beitrag zu diesem Versuch können und müssen die Kräfte der vereinigten Radikalen Linken leisten, die heute in SYRIZA zusammenarbeiten, dazu weitere Kräfte (radikale Umweltbewegungen, soziale Bewegungen und solche, die sich von der Politik der PASOK-Führung lösen), welche die Strategie und die Grundsätze dieses Bündnisses anerkennen.

3. SYRIZA hat sich vor und nach der Wahl unablässig weiter gefestigt. Sie ist die grundlegende Kraft der anti-neoliberalen Opposition, die eine führende Rolle auf der politischen Bühne des Landes übernimmt und zugleich wichtige Beziehungen zu den sich entwickelnden sozialen Bewegungen und dem Widerstand des Volkes herstellt.

Die Zuversicht von SYRIZA, dass es aufwärts geht und sie zunehmend das Vertrauen des Volkes gewinnt, beruht in erster Linie darauf, dass sie einen großen Teil der Jugend, der Befürworter eines Regierungswechsels und der Studenten, d.h., den linken, radikalen und anti-neoliberalen Teil der Gesellschaft, durch ihr beharrliches, beständiges und konsequentes Handeln von sich überzeugen konnte.

Großen Anteil daran hatten die politischen Positionen und ideenpolitischen Entscheidungen, die in den Politischen Erklärungen vom Dezember 2003 und Juni 2007 niedergelegt sind, ebenso die Methoden und der politische Inhalt der Wahlkämpfe von SYRIZA, insbesondere:

Die politische und theoretische Auseinandersetzung mit der neoliberalen, imperialistischen Globalisierung, der neuen Weltordnung, der politisch-militärischen Hegemonie der USA, dem Krieg und den Katastrophen im Namen des „Kampfes gegen den Terrorismus“ sowie der totalitären Offensive des Neoliberalismus an allen Fronten. Die Konfrontation mit der Politik des Neoliberalismus als zentrales Ziel der Linken von heute, die eine Perspektive für die Überwindung des kapitalistischen Systems hin zu einer grundlegend anderen Gesellschaft eröffnet, wo „der Mensch vor dem Profit kommt“, der Gesellschaft des Sozialismus, in deren Mittelpunkt der Mensch und seine Bedürfnisse stehen.

Die deutliche Abgrenzung von Charakter und Politik der Europäischen Union. Wie in der Politischen Erklärung von SYRIZA betont wird, gestaltet der Neoliberalismus das Europa der Deregulierung und der Privatisierungen, in dem die Interessen der Gemeinschaft denen des Kapitals untergeordnet werden, das Europa der auferlegten Bedingungen und der gesellschaftlichen Ausgrenzung, des Abbaus sozialer Rechte, das Europa der Ausbeutung und Unterdrückung, das Europa des Rassismus und der Fremdenfeindlichkeit, die „Festung Europa“. Unser Widerstand gegen den neuen EU-Vertrag, der all die einzelnen Richtlinien und Vereinbarungen zusammenfasst (WWU, Stabilitätspakt, Lissabon, Bologna,

Bolkestein-Richtlinie), der die Politik des Neoliberalismus in Verfassungsrang erheben soll.

Die militärische und politische Beteiligung der EU an imperialistischen Interventionen im Irak, in Afghanistan, im benachbarten früheren Jugoslawien und im Kosovo, wo sie sogar Polizeiaufgaben übernimmt, formt ein aggressives, interventionistisches, kriegstreiberisches Europa. Dies ist nicht das Europa, das sich die Völker vorstellen. Wir sind gegen dieses Europa. Unsere Vision ist ein Europa der Demokratie, des Wohlstands, der Rechte und Freiheiten für alle. Ein Europa des Friedens, der Solidarität, der umweltverträglichen Entwicklung, des Feminismus, der Freiheit, des Fortschritts und des Sozialismus.

Die klare Abgrenzung vom Zweiparteiensystem, das große Verantwortung für die gegenwärtige ausweglose Lage der griechischen Gesellschaft trägt. Der Widerstand gegen eine Politik, die nur der Regierungsübernahme dient, gegen jegliche Regierungsszenarien von Mitte-Links, die, wie die europäische Erfahrung lehrt, keinen Schutz vor dem Neoliberalismus bieten, sondern häufig sogar seiner Festigung dienen. Wir leben in einer Zeit, da die Linke in klarer Abgrenzung zur Logik von Mitte-Links und der Mitverwaltung des Systems zu einer starken Kraft vielgestaltigen gesellschaftlichen und politischen Widerstandes werden muss, zum Pol der Erarbeitung und Präsentation überzeugender alternativer Vorschläge, die in einen langfristigen Plan gesellschaftlicher Umgestaltung eingebettet sind, welche die politischen wie sozialen Verhältnisse radikal verändern werden.

Die Schaffung des Bündnisses, das einem weiten Spektrum anti-neoliberaler, antikapitalistischer sozialer und politischer Kräfte offensteht. Seit ihrer Entstehung geht von SYRIZA eine einigende Wirkung aus. Sie wendet sich an alle Kräfte der Linken, der radikalen Umweltbewegung und der sozialen Bewegungen, um in den zentralen gesellschaftlichen und politischen Feldern die Probleme zu erfassen und gemeinsame Aktionen zu koordinieren. Diese Aufforderung richtet sich auch an Kräfte aus dem sozialistischen Raum, die sich von den Entscheidungen und der Politik der PASOK-Führung nach links abgrenzen.

Die programmatischen Ziele und Aktionsfelder, die SYRIZA vorantreibt und vorantreibt. Sie können neue Kämpfe unserer gesellschaftlichen Bewegung gegen die Dominanz des Neoliberalismus inspirieren und sind eine Politik der Alternative zum Zweiparteiensystem.

4. Die Zuspitzung der politischen Krise stellt SYRIZA vor neue Verpflichtungen und Aufgaben:

Eine noch stärkere Hinwendung von SYRIZA zur Gesellschaft, zu den zentralen, lokalen und sachbezogenen Problemen des Volkes.

Neue Initiativen zur Weiterentwicklung der Zusammenarbeit mit den Kräften der Radikalen Linken, der Umweltbewegung und des sozialistischen Spektrums, die sich von der neoliberalen Politik ihrer Führung lösen. Dauerhaftes Zusammenwirken mit denjenigen, die ihre Bereitschaft dazu erklärt haben. Nachdenken darüber, wie bisher politisch Ungebundene gewonnen werden können, wie kreative gemeinsame Aktionen und Gleichberechtigung zwischen allen Kräften, die SYRIZA beitreten, zu erreichen sind.

Die weitere Ausarbeitung einer fortschrittlichen, linken Lösung für die politischen Probleme des Landes, die Bildung einer gesellschaftlichen Mehrheit mit der Radikalen Linken als Kern, um den Neoliberalismus und das Zweiparteiensystem

tem zu Fall zu bringen. Mit der scharfen, prinzipiellen Opposition zur Nea Dimokratia, dem Aufzeigen der Verantwortung der PASOK zu Regierungszeiten und der Kritik an der versöhnlerischen Haltung ihrer Führung in der Opposition, mit unseren grundsätzlichen alternativen Vorschlägen, die wir in die gesellschaftlichen Kämpfe tragen, wollen wir erreichen, dass die Bürger sich selbst als führende Kraft einbringen. Die fortschrittlichen Bürger und unsere Bewegung müssen Verantwortung übernehmen. Von einer Zusammenarbeit mit den führenden Vertretern des Zweiparteiensystems kann keine Rede sein.

Die Vertiefung der programmatischen Debatte zur Erarbeitung eines umfassenden politischen Entwurfs, der das strategische Ziel von SYRIZA – die sozialistische Transformation der Gesellschaft – formuliert. Ein politischer Entwurf, der die programmatischen alternativen Vorschläge von SYRIZA mit der Perspektive einer sozialistischen Gesellschaft verbindet, wo Ausbeutung und Unterdrückung abgeschafft sind, wo Demokratie und Freiheit herrschen, wo die Menschen in Übereinstimmung mit Natur und Umwelt ihr Schicksal selbst gestalten.

5. Große Bedeutung erlangen die Art und Weise des Zustandekommens von Beschlüssen und die politische Praxis. Diese gelten besonders für linke Parteien als Test dafür, wie sie die Regierungsgewalt auszuüben gedenken, wenn sie einmal die Mehrheit erringen. Es müssen die notwendigen Maßnahmen ergriffen werden, um Klarheit und Zuversicht zu schaffen, dass wir in einer höheren Form politischer Einigkeit vorgehen wollen.

Dafür gilt es auch die tausenden Aktivisten außerhalb politischer Organisationen zu mobilisieren, die SYRIZA als ihre politische Vertretung ansehen und sich an ihren Aktionen beteiligen wollen.

Grundlegende Bedeutung für das Gelingen dieses Versuchs hat die Bildung und aktive Tätigkeit der lokalen, zentralen und einzelnen Sachbereichen gewidmeten (oder thematischen) Organe von SYRIZA.

Konkret heißt das:

In den Präfekturen und in jeder Gemeinde des Talkessels von Athen und in Thessaloniki sind Lokale Versammlungen zu bilden, die politische Arbeit leisten. Sie treten alle zwei Monate, wenn nötig, auch öfter, an den Verwaltungssitzen der Präfekturen zusammen und sichern eine größtmögliche Beteiligung der Bürger. Sie führen nicht nur Diskussionen zu allgemeinen politischen Themen, sondern befassen sich mit den aktuellen Fragen der jeweiligen Region.

Die Lokalen Versammlungen bilden breit zusammengesetzte Lokale Koordinierungsausschüsse auf der Ebene der Präfekturen, wo nötig, (z. B. auf den Inseln), auch der Eparchien,² wo alle wichtigen Städte der Präfektur oder Provinz vertreten sind. Sie kommen mindestens einmal monatlich zusammen. Sie sorgen für den Aufbau entsprechender Versammlungen und Ausschüsse in den Städten und Dörfern der Präfektur oder Provinz.

Die Lokalen Koordinierungsausschüsse bilden kleine lokale Sekretariate, die eine plurale Vertretung von Mitgliedern und Ungebundenen gewährleisten. Diese treten mindestens einmal wöchentlich zusammen, planen und organisieren die laufende Arbeit der Versammlungen. Sie stellen die Basis der gesamt-nationalen Struktur von SYRIZA dar. Sie bilden thematische Ausschüsse für die in der Region auftretenden konkreten Fragen (Umwelt, Gesundheit, Bildung, Sozialversi-



cherung, Arbeit u. a.). Auf zentraler Ebene beruft SYRIZA einmal im Jahr eine Gesamtgriechische Beratung ein, wo Rechenschaft gelegt und programmatische Fragen behandelt werden. Die nächste Gesamtgriechische Beratung wird bis Ende 2008 zusammentreten. Dort soll ein programmatischer Rahmen für die alternativen Vorschläge von SYRIZA ausgearbeitet und beschlossen werden.

Wenn nötig, kann das Sekretariat von SYRIZA Gesamtgriechische Thematische Körperschaften unter Beteiligung der Mitglieder der Sekretariate der Lokalen Koordinierungsausschüsse, der zentralen und thematischen Organe bilden, um Positionen und politische Vorschläge zu bestimmten Themen zu erarbeiten.

Das Zentralkomitee von SYRIZA ist ein wenige Mitglieder umfassendes flexibles Organ. Es wird aus Mitgliedern und Ungebundenen gebildet. Das Komitee tritt mindestens einmal wöchentlich zusammen, bei Bedarf auch öfter. Seine Beschlüsse werden auf der Website von SYRIZA veröffentlicht.³

Zur effektiven Gestaltung seiner Arbeit bildet das Zentralkomitee Ausschüsse für Organisation, Wirtschaft, Politik, soziale Bewegungen und andere Fragen.

Das Zentralkomitee richtet ein Pressebüro von SYRIZA mit einem Pressesprecher ein, der eine pluralistische Präsenz von SYRIZA in den Medien gewährleistet. (Die privaten und öffentlichen Kanäle können nicht nach ihrem Gutdünken auswählen, wer SYRIZA repräsentiert).

Das Zentralkomitee wird aufgefordert, einen Zentralen Koordinierungsausschuss zu bilden. Diesem sollen Mitglieder und Ungebundene aus ganz Griechenland angehören. Die lokalen und thematischen Organe von SYRIZA sollen darin vertreten sein.

Ebenso wird das Zentralkomitee aufgefordert, für die Bildung von Koordinierungsausschüssen für die Zusammenarbeit mit den sozialen Bewegungen (Gewerkschaften, Industrie- und Handelskammer, Bauern u. a.) sowie von thematischen Ausschüssen zu Fragen von Gesundheit, Bildung, Umwelt, Kultur, Sport, Frauen, Jugend, kommunaler Selbstverwaltung u. a. zu sorgen.

Die Parlamentsfraktion von SYRIZA, das wichtigste Instrument für das Eingreifen in die Politik, muss in ständigem Kontakt zum Zentralkomitee stehen. Dazu wurde beschlossen:

Zu Beginn jedes Monats findet eine gemeinsame Sitzung von Parlamentsfraktion und Zentralkomitee statt, wo die politische Taktik von SYRIZA zu den wichtigsten Fragen des politischen Lebens des Landes im laufenden Monat festgelegt wird.

Der Koordinator des Zentralkomitees nimmt an den wöchentlichen Sitzungen der Parlamentsfraktion teil, ebenso der Verantwortliche der Fraktion an den wöchentlichen Sitzungen des Zentralkomitees.

Die zuständigen Koordinatoren der Organe von SYRIZA auf allen Ebenen tauschen sich in regelmäßigen Abständen aus, die sie selbst festlegen.

Das Zentralkomitee sorgt dafür, dass monatlich eine Zeitschrift von SYRIZA mit Informationen zu politischen und theoretischen Fragen erscheint. Dafür ist die notwendige Redaktion zu bilden.

Genossinnen und Genossen, Freundinnen und Freunde, wir wenden uns an alle Männer und Frauen, an die Beschäftigten, die Armen, die Ausgegrenzten, die Jugend, die Immigranten, die Bauern, die Rentner und rufen sie auf, sich

um die Radikale Linke zu scharen, die Kraft, die das Volk zusammenführen kann, die jedem unterdrückten Menschen hilft, die die Welt verändern will, die nicht aufhört, das zu sagen, es zu demonstrieren und dafür zu kämpfen.

Wir wenden uns an alle, die uns bei den letzten Wahlen ihre Stimme gegeben und uns Kraft verliehen haben, an alle, die nach den Wahlen auf verschiedene Art Unterstützung für SYRIZA zum Ausdruck gebracht haben, an alle, die positiv über uns denken oder angefangen haben, unsere Aktionen positiv zu sehen, an alle, die noch Zweifel hegen, aber nicht übersehen können, daß sich in der griechischen Linken etwas ändert, an alle, die sich um ihre Gegenwart und Zukunft sorgen, an alle, die dem Zweiparteiensystem misstrauen, die an dem Alptraum ersticken, den ihnen die neoliberale Politik auferlegt – mit Teuerung, Armut, Ungewissheit, prekärer Arbeit und sozialer Ausgrenzung.

Wir wenden uns an alle Kräfte der Linken in Politik und Gesellschaft, an offizielle wie inoffizielle, parlamentarische wie außerparlamentarische. Wir rufen sie zu gemeinsamem Handeln und politischer Zusammenarbeit im Namen der Bedürfnisse und vitalen Probleme des Volkes und der Beschäftigten auf. Gemeinsames Handeln ist dringend erforderlich, es ist die Kraft, die unsere Kämpfe zum Sieg führen wird. Politische Zusammenarbeit ist der Schritt, der die politischen Kräfteverhältnisse verändern, neue Wege eröffnen und die Linke zu einer führenden Kraft im Lande machen kann.

Anmerkungen

- 1 Die politische Landschaft, in der entweder Nea Dimokratia (ND) oder PASOK allein die Regierung stellen
- 2 Griechenland ist in 54 Präfekturen unterteilt, die Eparchien sind traditionelle Gebiete innerhalb der Präfekturen
- 3 www.syriza.gr

Abschlussklärung des XIV. Treffens des Forums von São Paulo

Montevideo, Uruguay, 25. Mai 2008

Vom 14. Treffen des Forums von São Paulo (FSP), das vom 23. bis 25. Mai 2008 in Montevideo zusammentrat, erklären die 844 Teilnehmer aus 35 Ländern namens der teilnehmenden Parteien:

Das 14. Treffen fand zu einem Zeitpunkt statt, da die Menschheit den Bedrohungen einer Globalisierungspolitik ausgesetzt ist, die einseitig von den Interessen des Großkapitals bestimmt wird. Die Politik der Präventivkriege der USA und ihrer Verbündeten hat in vielen Regionen der Welt zu Blutvergießen und Tod geführt. Auf diese Weise versucht das Imperium seine hegemonialen Absichten zu realisieren, die autonome Entwicklung unserer Völker sowie die Prozesse der Einheit und Integration zum Stillstand zu bringen, die unserem Kontinent eine bessere Verteidigung seiner Naturreichtümer ermöglichen.

Unser Planet wird von schwerwiegender Umweltzerstörung und Klimawandel bedroht – beides Folgen der rücksichtslosen Ausbeutung der Naturressourcen. Die Industrienationen weigern sich in den internationalen Gremien jedoch weiterhin, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um das

Abgleiten in die Katastrophe aufzuhalten. Die Finanzkrise in den USA ist nicht nur für das ständige Steigen der Ölpreise verantwortlich, sie droht auch eine weltweite Rezession auszulösen.

Die von den großen transnationalen Konzernen ausgelöste Manipulation und Spekulation auf dem Lebensmittelmarkt unter Ausnutzung der weltweit gewachsenen Nachfrage an Nahrungsmitteln, die Konzentration des Landbesitzes, die irrationalen Monokulturen, die Verwendung von Mais in den USA zur Äthanolproduktion und die Kontrolle der Wasserressourcen haben die Preise für landwirtschaftliche Produkte in die Höhe getrieben, was große Teile der Weltbevölkerung mit Hungersnot von unvorstellbarem Ausmaß bedroht.

Die gegenwärtige Situation in Lateinamerika und der Karibik

„Wir erleben nicht eine Zeit des Wandels, sondern eine Zeitenwende.“

Die politische Lage in Lateinamerika und der Karibik ist vom unaufhaltsamen Vormarsch linker politischer und sozialer Kräfte geprägt, was sich darin zeigt, dass in 13 Ländern progressive Kräfte, die dem Forum von São Paulo angehören, die Regierungsgewalt errungen haben.

Auch soziale und zivilgesellschaftliche Bewegungen und Organisationen gewinnen durch ihren Kampf gegen die neoliberale Politik immer breiteren Raum, organisieren zahlreiche Aktionen und Foren, wo Alternativen zu jenen Modellen aufgezeigt werden, die auf unserem Kontinent in den zurückliegenden Jahrzehnten durchgesetzt wurden.

Wie im Motto für das 14. Treffen des FSP zum Ausdruck kommt, streben die progressiven Kräfte des Kontinents, die an der Regierung (beteiligt) sind, auf verschiedenen Wegen und entsprechend den Bedingungen des jeweiligen Landes nach der Umsetzung ihrer Pläne zur Überwindung der hauptsächlichen Probleme, die der Neoliberalismus verursacht hat. Ein schweres Erbe in allen unseren Ländern sind das hohe Maß an Marginalisierung, Armut, Analphabetentum, mangelnde Gesundheitsbetreuung, strukturelle Gewalt, äußere und innere Verschuldung, der mangelnde Zusammenhalt der Gesellschaften und die Privatisierung wichtiger Ressourcen, die der Souveränität unserer Länder entzogen werden. Unbestritten ist die Verschiedenartigkeit unserer Projekte für Entwicklung, für die Stärkung der Souveränität und des Fortschritts unserer Länder. Die dabei angewandte Sozialpolitik stellt einen ersten Schritt zur Überwindung der genannten Probleme dar.

Das Scheitern der Rezepte der multinationalen Finanzinstitutionen – des IWF, der BID und der Weltbank – ist wiederholt nachgewiesen worden. Alle progressiven Regierungen haben jenseits deren Diktate neue Wege eingeschlagen.

Der konservative Block widersetzt sich dem Wandel

Die genannten progressiven Projekte stoßen auf den Widerstand des US-Imperialismus und der nationalen Rechten, der transnationalen Unternehmen und, was besonders hervorzuheben ist, der großen Medienunternehmen, die systematisch Desinformationskampagnen betreiben.

Die Offensive der Rechten nimmt verschiedene Formen an:

- In Lateinamerika wird das Mittel des Präventivkrieges angewandt und die Militarisierung vorangetrieben. Das ist eine nie da gewesene, von den USA gesteuerte Kampagne, wobei

die Regierung Kolumbiens als Speerspitze dient. Das offensichtlichste Beispiel dafür war der militärische Angriff auf das Territorium des Brudervolkes von Ekuador. Die jüngste Entsendung der IV. US-Flotte zeigt die klare Absicht der USA, unsere Völker und Regierungen einzuschüchtern.

- In einigen Ländern wie Bolivien und Venezuela versucht die nationale Rechte separatistische Prozesse zu stimulieren, während die jüngste geschichtliche Entwicklung zugunsten der Integration unserer Völker verläuft.
- Mittels Wahlbetrug, wie beispielsweise in Mexiko, wird versucht zu verhindern, dass weitere progressive Kräfte an die Regierung gelangen. Sollten die Empfehlungen der OAS und weiterer internationaler Organisationen nicht umgesetzt werden, besteht die Gefahr, dass sich dies 2009 bei den Wahlen in El Salvador wiederholt.
- Die sozialen Proteste und der politische Kampf der Linken werden kriminalisiert.
- Noch heute wird die Privatisierung strategisch wichtiger Unternehmen betrieben, z. B. in Mexiko mit seinen enormen Erdölvorkommen.
- Auch im 21. Jahrhundert existieren, wie im Falle Puerto Ricos, weiterhin koloniale Verhältnisse.

Die am 14. Treffen des FSP teilnehmenden Parteien erklären:

Wir grüßen das Volk von Paraguay, alle Parteien und gesellschaftlichen Organisationen, die zum Sieg unseres Weggefährten Fernando Lugo beigetragen haben. Wir wünschen ihm Erfolg und bringen unsere Bereitschaft zum Ausdruck, ihn in seinem Wirken in jeglicher Hinsicht zu unterstützen.

Wir werden für die Sicherung von Frieden und demokratischer Stabilität in Lateinamerika und der Karibik kämpfen. Deshalb weisen wir unter anderen den Plan Colombia, die Mérida-Initiative und den Plan Balboa zurück. Sie sind die Speerspitze von militärischer Intervention und politischer Einmischung. Sie sind eine Bedrohung für die Transformationsprozesse in der Region.

Wir schließen unsere Reihen, um zu verhindern, dass das Konzept des Präventivkrieges, das Blutvergießen und Zerstörung über andere Völker und Regionen der Welt gebracht hat, auch auf unserem Kontinent Fuß fasst. Mit ihrer Antiterrorpolitik versuchen Bush und seine Verbündeten, soziale Proteste zu kriminalisieren sowie die sozialen und politischen Bewegungen zu verfolgen, die für die Entwicklung unserer Völker kämpfen. Wir lehnen jede Form des Terrors ab, aber wir widersetzen uns zugleich jedem Versuch, ihn als Vorwand zu benutzen, um sozialen Protest zu kriminalisieren und in der Gesellschaft Angst und Schrecken zu verbreiten. Die Lage in unserem Bruderland Kolumbien stellt den wichtigsten Risikofaktor für Stabilität und Frieden in der Region dar. Wir müssen deshalb weiterhin große Anstrengungen unternehmen, um eine Verhandlungslösung für den bewaffneten Konflikt zu erreichen, die dauerhaften Frieden sichert und ein Übergreifen auf die gesamte Region verhindert. Ein humanitäres Abkommen stellt einen wichtigen Schritt in diese Richtung dar und erlaubt die Freilassung der zivilen und militärischen Gefangenen.

Wir treten für die umfassende Verteidigung der Menschenrechte ein. Die Vertiefung der Demokratie ist ständiges Ziel unserer Parteien. Unser Kontinent hat für seinen Kampf um Freiheit, Demokratie, soziale Gerechtigkeit und Frieden Tausende an Ermordeten und Vermissten hingegeben.



Wir werden weiter gegen die Blockade kämpfen, die unser Bruderland Kuba seit Jahrzehnten erleiden muss. Am Vorabend des 50. Jahrestages ihrer Revolution entbietet das 14. Treffen den kubanischen Genossen einen besonderen Gruß. Einmal mehr fordern wir die Freilassung der fünf kubanischen Patrioten, die in den USA rechtswidrig verurteilt wurden, weil sie Terrorakte verhindern wollten.

Wir unterstützen die verschiedenen Integrationsprojekte und hoffen auf ein Zusammengehen von MERCOSUR, der Andengemeinschaft, CARICOM, ALBA-TCP und UNASUR¹, das es erlauben würde, dem langjährigen Zustand der „offenen Adern Amerikas“ ein Ende zu bereiten. Wir streben eine Integration an, die keine Kopie geozentrischer Modelle ist, sondern die Realitäten unserer Region widerspiegelt und sich zum Wohle unserer Völker als Alternative zur neoliberalen Globalisierung entwickelt.

Voneinander isoliert werden unsere Länder keine Zukunft haben. Lateinamerika und die Karibik sind der Kontinent der Hoffnung. Ihr Reichtum ist unermesslich, ihr Platz in der Welt hängt jedoch von der Kraft und der Legitimität ihrer Integrationsprozesse ab. Die imperialistischen Mächte versuchen uns zu spalten und Freihandelsabkommen zu ihrem Nutzen abzuschließen. Antworten wir darauf mit unserer Integration. Wir begrüßen und unterstützen die Gründung der UNASUR (Union südamerikanischer Nationen), welche Initiativen wie die Bank des Südens aufgreift und die Achse für eine zukünftige politische Einheit der südamerikanischen Völker darstellt. Ebenso begrüßen und unterstützen wir den Vorschlag zur Gründung eines Südamerikanischen Verteidigungsrates. Auf diesem Wege werden wir beim Aufbau einer dauerhaften Organisation vorankommen, die sich allein aus Ländern Lateinamerikas und der Karibik zusammensetzt und keines von ihnen ausschließt.

Wir erneuern unsere Solidarität mit den Prozessen, die die Bruderregierungen in Venezuela, Bolivien, Ecuador und Nicaragua vorantreiben. Wir verurteilen alle Destabilisierungsversuche der USA.

Wir schlagen vor, nachhaltige Entwicklungsprojekte in Angriff zu nehmen, die die Umwelt respektieren, die Biodiversität schützen, den Menschen in den Mittelpunkt stellen, die Nahrungsmittelsouveränität und die weitere kulturelle Entwicklung unserer Völker gewährleisten.

Wir, die wir unsere eigenen Naturreichtümer verteidigen, erklären unsere Solidarität mit dem Kampf Mexikos zur Bewahrung seiner Erdölvorkommen.

Wir unterstützen und verteidigen die Rechte und Forderungen der indigenen Völker und der afrikanischstämmigen Bevölkerung. Wir fordern die Respektierung ihrer Traditionen, ihres Wissens und ihrer Kultur sowie ihrer interkulturellen Territorien.

Wir kämpfen für die Demokratisierung der Massenmedien, die der gesamten Gesellschaft, vor allem jenen, die nicht gehört worden sind, zur Verfügung stehen müssen. Wir bekräftigen unsere Entschlossenheit, um gleichen Zugang für alle zur Informationstechnologie und zum Internet zu kämpfen, das seinen Charakter als globales öffentliches Gut bewahren muss.

Der Kampf gegen den Drogenhandel und seine Netzwerke erfordert ein neues, ganzheitliches Herangehen, das die Mitverantwortung der großen Konsumentenländer einschließt und von einem Gesundheitsproblem ausgeht, statt ausschließlich den Anbau zu kriminalisieren. Wir kämpfen gegen

den Handel mit Kindern und Frauen, gegen deren sexuellen Missbrauch.

Migration ist ein vielschichtiges Problem, eine wirtschaftliche, soziale und familiäre Tragödie für unsere Länder. Sie muss mit einer öffentlichen Sozial- und Beschäftigungspolitik bekämpft werden, die auf die Verbesserung der Lebensbedingungen gerichtet ist. Wir fordern die uneingeschränkte Respektierung der Menschenrechte der Migranten, die in den Zielländern, vor allem in den USA, der EU und Japan, verletzt werden. Wir sprechen uns gegen die Errichtung von Mauern, für die freie Bewegung der Menschen aus.

Wir werden weiterhin dafür kämpfen, den Kolonialismus endgültig zu überwinden. Der Kampf für Entkolonialisierung in der Karibik hat Priorität und stellt eine Voraussetzung für eine wahrhafte Demokratie in Lateinamerika und der Karibik dar. Wir wiederholen den Aufruf zur Unterstützung des Rechts von Puerto Rico auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit auf der Grundlage von Resolution 1514 (XV) der UN-Vollversammlung. Wir schließen uns der Solidarität mit Puerto Rico an und treten dafür ein, den Fall noch im laufenden Jahr vor die UNO-Vollversammlung zu bringen. In gleicher Weise unterstützen wir die Forderungen nach Entkolonialisierung und Unabhängigkeit von Bonaire, Curacao, Martinique, Guadeloupe und Französisch-Guayana.

Die Parteien des Forums von São Paulo danken der Frente Amplio, Uruguay, für die Organisation des 14. Treffens und für den warmen Empfang, der allen Delegierten zuteil wurde. Dies war eine weitere Gelegenheit, die Verbindungen zwischen unseren Parteien, die wir dem FSP angehören und unseren Willen zur Einheit in der Vielfalt, die Ausdruck unserer Identität ist, zu stärken.

In der Vielfalt des Forums von São Paulo liegt das Geheimnis seines langen und erfolgreichen Bestehens. In seiner Fähigkeit, „zu diskutieren, ohne sich gegenseitig zu verletzen, unterschiedlicher Meinung zu sein, ohne sich zu spalten, zu polemisieren und sich weiterhin als Kampfgenossen zu fühlen,“ besteht die Garantie dafür, dass es als authentischer Raum des Erfahrungsaustausches und der Verknüpfung solidarischer Aktionen erhalten bleibt.

Wir unterstützen weiterhin die Einheit der Linken und die Stärkung ihrer politischen Organisationen in allen Ländern als wichtiges Instrument für neue Impulse in den Prozessen des Wandels. In diesem Sinne empfehlen wir die Stärkung der Jugendorganisationen der Mitgliedsparteien und die Schaffung eines speziellen Rahmens für deren Vernetzung. Wir verpflichten uns, die Anstrengungen für eine wirkliche Gleichberechtigung der Geschlechter zu verstärken, und begrüßen die auf diesem Gebiet erreichten Erfolge, die unter anderen in zwei Präsidentinnen, einem hohen Frauenanteil an unseren Parlamentsfraktionen und einer großen Anzahl von Genossinnen an der Spitze sozialer Bewegungen zum Ausdruck kommen.

Am Schluss unserer Beratungen in Montevideo richten wir einen brüderlichen Gruß an das uruguayische Volk und rufen zugleich zur Teilnahme am 15. Treffen des Forums von Sao Paulo in Mexiko-Stadt auf. Dort werden wir unseren festen Willen zum Kampf für die endgültige Befreiung unserer Völker und für den Sozialismus erneut bekräftigen.

Anmerkung

¹ MERCOSUR – Mercado Común del Sur – Gemeinsamer Markt des Südens, CARICOM – Caribbean Community – Karibische Gemeinschaft, ALBA-TCP – Bolivarianische Alternative für die Völker



unseres Amerikas / TCP – Tratado Comercial de los Pueblos – Handelsabkommen der Völker, UNASUR – Unión de Naciones Suramericanas – Union südamerikanischer Nationen

Der Weg der Linken zu einer gerechten Welt

*Programm des Linksbundes (Finnland)
Beschlossen vom 5. Parteitag am 16.6.2007*

1. Die erneuerte Linke – eine weltweite Bewegung

Das Ziel der Linken besteht darin, die Menschheit von Krieg, Unterdrückung, Elend und Ungleichheit zu befreien.

Die Linke strebt eine Gesellschaft an, in der jeder Mensch frei leben und sich entwickeln kann, ohne die Freiheit anderer zu beeinträchtigen. Freiheit für alle kann nur in einer Gesellschaft verwirklicht werden, wo Demokratie und Gleichheit herrschen.

Die Notwendigkeit einer nachhaltigen Entwicklung fordert der Menschheit schwerwiegende Entscheidungen ab. Die Art und Weise, wie materielle Produktion und Verbrauch derzeit beschleunigt werden, ist nicht nachhaltig. Die Naturressourcen sind begrenzt. Klimawandel, hervorgerufen durch das Handeln der Menschen und die Zerstörung der Umwelt, bedroht unsere Lebensgrundlagen. Die Biodiversität schwebt in großer Gefahr.

Die Menschheit muss sich bewusst für nachhaltige Entwicklung entscheiden. Die Solidarität zwischen den Völkern und Staaten muss verstärkt werden. Das verlangt Zusammenarbeit für Frieden, Menschenrechte, Demokratie und Gerechtigkeit.

Der Linksbund engagiert sich dafür, die finnische Gesellschaft nach den Prinzipien von Gleichheit, Freiheit und nachhaltiger Entwicklung zu gestalten. Als Teil der weltweiten linken Bewegung setzen wir uns auch international für diese Werte ein.

2. Die Grundwerte des Linksbundes

Gleichheit, Freiheit und nachhaltige Entwicklung

Die Grundwerte des Linksbundes bilden eine Einheit gleich wichtiger Bestandteile, die nur in einer demokratischen Gesellschaft verwirklicht werden können.

Gleichheit ist der Ausgangspunkt für jegliches linkes Denken und Handeln. Jeder Mensch ist von gleichem Wert. Jeder Mensch muss das Recht auf ein gutes Leben und auf aktives staatsbürgerliches Handeln haben. Gleichheit ist das Maß unserer Sicht auf Bildung, das Arbeitsleben, das Verhältnis zwischen den Geschlechtern und Generationen sowie das Einkommen. Große Unterschiede bei Einkommen und Vermögen sowie die Macht, die Eigentum verleiht, sind das schwerwiegendste Hindernis für die Verwirklichung der Gleichheit der Menschen.

Freiheit ist das Recht und die reale Möglichkeit des Menschen, sich zu verwirklichen und kreativ zu sein. Freiheit bedeutet Achtung der Individualität und Würde jedes Menschen. Die Unterdrückten und Ausbeuteten haben immer von Freiheit geträumt. Dieser Traum hat sie zu gemeinsamem Handeln geführt, um die Gesellschaft zu verändern. Die

größten Hindernisse und Zwänge, denen der Mensch von heute unterliegt, werden von einer Wirtschaft geschaffen, die nach ihren eigenen Gesetzen funktioniert. Für die Linke heißt Freiheit stets auch gesellschaftliche Verantwortung und Solidarität. Eine Gesellschaft ist dann frei, wenn die Freiheit eines jeden die Bedingung für die Freiheit aller ist.

Nachhaltige Entwicklung ist das Lebenselixier künftiger Generationen. Der Linksbund setzt sich für das Prinzip der Angemessenheit ein, wonach jeder Mensch in ausreichendem Wohlstand leben kann, aber niemand das Recht auf Überfluss hat. Alles Handeln der Gesellschaft und der Wirtschaft muss von Nachhaltigkeit geprägt sein. Nachhaltige Entwicklung setzt voraus, dass auch in der Wirtschaft Demokratie herrscht. Die großen Unterschiede in Entwicklung und Einkommen, der Klimawandel, die beschränkten natürlichen Ressourcen und die schrumpfende Biodiversität – all das erfordert es, die Zusammenarbeit über Ländergrenzen hinweg zu verstärken und zu vertiefen.

Demokratie stärken

Die Grundwerte des Linksbundes können nur in einer Demokratie verwirklicht werden, wo jeder Mensch ein Bürger mit dem Recht auf politische Aktivität ist. Für den Linksbund ist Demokratie die Grundfunktion einer aufgeklärten Zivilgesellschaft. Demokratie muss alle Bereiche der Gesellschaft, auch die Wirtschaft, das Arbeitsleben und das internationale Handeln durchdringen.

Die Entscheidungsfindung muss auf gleicher Teilhabe und einem breiten Konsens beruhen, der in freier Diskussion erreicht wird. Der Linksbund setzt sich für eine demokratische Kultur ein, in der die Teilhabe aller Menschen und die freie Diskussion ohne Vorrangstellung für jedermann realisiert sind.

Demokratie macht die Staatsverwaltung zur Verbündeten des Volkes. Demokratie wandelt Untertanen zu Bürgern. Der Linksbund betrachtet den demokratischen Sozialstaat als ein Mittel, um die Würde des Menschen, die Gleichheit der Bürger und die gemeinsame Wohlfahrt zu befördern.

Repräsentative Demokratie bleibt eine Formsache, wenn sie nicht auf einer demokratischen Kultur beruht, die die ganze Gesellschaft durchdringt. Die Menschen müssen zu staatsbürgerlicher Aktivität mobilisiert werden. Aktivität ist zu unterstützen und zu ermutigen. In einer entwickelten demokratischen Kultur finden die Stimme und die Bedürfnisse von Minderheiten stets Berücksichtigung.

3. Der globale Kapitalismus und die Alternative der Linken

Demokratie muss stärker sein als die Macht des Kapitals

Der Linksbund unterscheidet zwischen Kapitalismus und Marktwirtschaft. Er wendet sich gegen den Kapitalismus als eine Politik, die die wirtschaftlichen Interessen und Privilegien der Kapitaleigner einseitig fördert. In einer kapitalistischen Gesellschaft ist das Kapital stärker als die Demokratie, und die von Kapitalbesitz ausgehende Macht beherrscht die wirtschaftspolitischen Entscheidungen. Eine Machtausübung im Sinne der Vorherrschaft des Kapitals wollen wir durch Zusammenarbeit aller Beteiligten und gerechte Verteilung der Arbeitsergebnisse ersetzen.



Demokratie und Wirtschaft dürfen nicht voneinander getrennt werden. Der Linksbund sieht demokratische Politik auch als eine Kraft, die die Wirtschaft belebt. Das Funktionieren der Wirtschaft erfordert Märkte, aber die Grenzen der Marktwirtschaft und gerechte Regeln dafür müssen national und international auf demokratische Weise festgelegt werden. Wir wollen die Marktwirtschaft so entwickeln, dass von ihr ökologische, soziale und nachhaltige Wirkungen im Sinne der Menschheit ausgehen.

Es ist an der Zeit, den globalen Kapitalismus herauszufordern

Die Welt hat in den 1990er Jahren ihre Entwicklungsrichtung radikal verändert, als der ganze Erdball für die kapitalistische Marktwirtschaft geöffnet wurde. Der internationale Handel und die Kapitalbewegungen sind enorm angewachsen. Der heute vorherrschende neoliberale Mainstream in der Wirtschaftspolitik setzt allein auf die Überlegenheit des Marktes und hält jegliche politische Regulierung für unvernünftig.

Aber der Markt kann nicht jedem Menschen eine Arbeit, ein Heim, ein Einkommen, Bildung, Pflege oder Trost geben. Der Markt reagiert auf kaufkräftige Nachfrage, nicht auf die Bedürfnisse der Menschen. Die Freiheit des Kapitals auf den Märkten führt zum Anwachsen der Macht der Starken, zu Zentralisierung und Unterdrückung des freien Wettbewerbs.

Marktwirtschaft, freier Handel und technologische Entwicklung haben Reichtum geschaffen. In den skandinavischen Ländern hat der demokratische Sozialstaat, ein Ergebnis des Kampfes der Arbeiterbewegung, gute Voraussetzungen für die Wirtschaft und ein solides gesellschaftliches Vertrauen geschaffen. Nur mit Hilfe des demokratischen Sozialstaates haben wir solche Fortschritte in Kultur, Bildung, Gesundheitswesen und Einkommen erreicht, ebenso die gesellschaftliche, regionale und geschlechtliche Gleichheit, wie sie heute besteht.

In der Zeit der Globalisierung hat sich die kapitalistische Marktwirtschaft zu einem globalen Kapitalismus gewandelt, der alle Grenzen überschreitet. Die Rechte behauptet, der globale Kapitalismus sei eine Naturgewalt, womit sie rechtfertigen will, dass Wettbewerb und Marktprinzipien auf alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens ausgedehnt werden. Damit fegt der globale Kapitalismus die Ziele einer Gesellschaft der Gleichheit und des sozialen Vertrauens hinweg, die der Entwicklung von Gesellschaft und Wirtschaft in Finnland seit dem Zweiten Weltkrieg zugrundeliegen.

Die Linke fordert den globalen Kapitalismus mit einer Alternative der Solidarität und der Nachhaltigkeit heraus. Wir wollen einen demokratischen Weg in die Zukunft bahnen, der auf den Prinzipien von Gleichheit, Freiheit und nachhaltiger Entwicklung beruht.

Eine neue Richtung für die Europäische Union

Der globale Kapitalismus bedroht jeden Sozialstaat. Die unkontrollierte supranationale Wirtschaft stellt sich als eine Naturgewalt dar, die Sozialstaaten zwingt, miteinander um Investitionen zu wetteifern und Steuern auf eine Weise zu senken, die nur den Reichen zugutekommt.

Unter Führung der Rechten hat sich die EU bisher darauf konzentriert, Märkte zu öffnen, Steuern zu senken, Regulierungen und staatliche Subventionen zu beseitigen sowie die Flexibilität der Arbeitsmärkte zu steigern. Eine EU mit dieser neoliberalen Politik verdient nicht das Vertrauen der europäi-

schen Völker. Der Linksbund will die Europäische Union so reformieren, dass sie die Entwicklung der Gesellschaft auf der Grundlage des skandinavischen solidarischen Modells unterstützt.

Die europäische Linke muss die Initiative zur Weiterentwicklung der EU ergreifen. Europa braucht funktionierende gemeinsame demokratische Regeln, die in der gesamten EU Bürgerrechte, die Stellung der Arbeiter und gerechte Regeln im Arbeitsleben, soziale Sicherheit, ausreichende Steuereinnahmen zur Unterstützung des Sozialstaates und einer nachhaltigen Entwicklung garantieren. Wenn die EU-Verträge erneuert werden, ist in Finnland ein Referendum mit beratender Wirkung abzuhalten.

Die Europäische Union muss sich in der ganzen Welt für diese Ziele einsetzen. Der Linksbund strebt danach, dass die EU zu einem starken Faktor für Frieden, Demokratie und eine gerechte Weltwirtschaft wird. Die Zeit eigensüchtiger Supermächte und verantwortungsloser Konzerne muss vorbei sein. Die EU muss sich für die Stärkung internationaler Gerechtigkeit und globaler Zusammenarbeit einsetzen.

Für weltweite Solidarität

Die Entwicklung einer weltweiten Solidarität beruht auf dem wachsenden Bewusstsein der Menschheit. Das Wissen um das gemeinsame Schicksal und den gleichen Wert aller Menschen sowie die Anerkennung der Menschenrechte sind Ausgangspunkte für linke Politik.

Frieden ist die erste Voraussetzung für jegliche Entwicklung und Menschlichkeit. Der Linksbund steht auf der Seite des Friedens gegen Krieg und Militarismus. Wir wollen Militärbündnisse auflösen, allgemeine Abrüstung, Weltfrieden und eine internationale Sicherheit fördern, die auf der Achtung der Grundsätze der UNO beruhen.

Der Linksbund strebt globale Demokratie an. Eine demokratische Welt setzt voraus, dass überall die Menschenrechte geachtet werden. Eine demokratische Welt erfordert eine gerechte Weltwirtschaft, die der Befriedigung der Grundbedürfnisse der Menschen überall, auch in den ärmsten Ländern, dient.

Die dringlichsten Aufgaben sind die Beseitigung von Hunger, Armut, schreiender Ungerechtigkeit und der Unterdrückung der Frauen. Der Linksbund unterstützt die Forderung, die Entwicklungshilfe Finnlands auf ein Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu steigern. Die finnische Flüchtlingspolitik muss human sein, Finnlands Flüchtlingsquote ist beträchtlich zu erhöhen. Die Europäische Union muss eine gemeinsame, solidarische Immigrations- und Flüchtlingspolitik haben, die die globale Verantwortung der EU anerkennt.

Der Linksbund betrachtet die Grundrechte im Arbeitsleben als wesentliche Menschenrechte. Das Recht der Arbeiter auf Organisation und Streik, auf Tarifautonomie, das Verbot von Zwangs- und Kinderarbeit sowie die Gleichstellung von Frauen und Männern im Arbeitsleben sind Prinzipien, die alle Menschen der Welt betreffen. Die Linke und die Gewerkschaftsbewegung müssen ihre internationale Zusammenarbeit verstärken, um diese Rechte überall durchzusetzen.

Für den Welthandel werden gerechte Regeln gebraucht. Arme Länder müssen das Recht haben, ihre Wirtschaften zu entwickeln und ihre Produkte zu verkaufen. Spekulative Kapitalbewegungen müssen global besteuert und die Steuerloasener der Reichen geschlossen werden.



In einer begrenzten Welt können wir die großen Probleme der Menschheit nicht lösen, wenn wir an ein endloses Wirtschaftswachstum glauben. Wir brauchen die Fähigkeit zu gerechter Verteilung. Wir brauchen mehr Bildung und Wohlergehen, nicht mehr materielle Güter.

Die UNO-Charta, die Allgemeine Deklaration der Menschenrechte und die internationalen Menschenrechtskonventionen sind Ausdruck des politischen Willens, die Weltgemeinschaft auf die Grundlage von Frieden, Gleichheit der Völker und Demokratie zu stellen. Finnland muss sich für das Erreichen der Millenniumsziele der UNO einsetzen und dazu beitragen, die UNO zu einem wirksamen Forum globaler Politik zu gestalten. Finnland muss sich auch dafür einsetzen, dass weitere transnationale Organisationen demokratisiert werden.

Für ein sozial gerechtes Finnland

● Für ein Ende der Polarisierung in Finnland

Im globalen Kapitalismus hat das Kapital kein Vaterland. Auch der finnische Kapitalismus verliert zunehmend seinen nationalen Charakter. Das betrifft das finnische Kapital, das im Ausland investiert wird und die Kapitalanlagen des Auslands in Finnland. Besonders staatliche Unternehmen, gleich welchen Hintergrunds, streben nur nach dem höchstmöglichen Ertrag ihrer Anlagen.

Die Zeit des globalen Kapitalismus hat Finnland ein Ansteigen der Unterschiede bei Einkommen und Vermögen, soziale Ausgrenzung und ein Auseinanderdriften der Regionen gebracht. Arbeiter erleben wachsende Unsicherheit. Das Vertrauen in die Demokratie schwindet. Sehr viele Bürger glauben nicht mehr, dass ihre Lebensverhältnisse durch politische Aktivität und Teilnahme an Wahlen verbessert werden können.

Diese Entwicklung ist jedoch nicht unausweichlich. Wachsende Ungleichheit ist keine Naturgewalt, wenn auch das neoliberale hegemoniale Denken uns glauben machen will, dass es zu einer Wirtschaft und Gesellschaft dieser Art keine Alternative gibt. Durch entschlossene Politik kann die Übermacht des Kapitals eingeschränkt werden. Der finnische Sozialstaat und die Konsensgesellschaft können eine Weiterentwicklung erfahren. Der Linksbund will den Glauben an die Zukunft und das Vertrauen in eine werteorientierte Politik stärken. Dies sind unabdingbare Voraussetzungen, um der kapitalistischen Entwicklung entgegenzuwirken, die die Ungleichheit in der Welt immer weiter verstärkt.

Der Sozialstaat muss reformiert werden

In einem Sozialstaat trägt die Regierung Verantwortung für das Wohlergehen aller. Der Linksbund und ihre Vorgängerin, die Demokratische Union des finnischen Volkes (SKDL) haben jahrzehntelang an der Errichtung des Sozialstaates mitgewirkt. Der Abbau von sozialer Sicherheit und öffentlichen Dienstleistungen bedroht diese Errungenschaften, verstärkt Ungleichheit, verletzt Menschenrechte und schränkt die Freiheiten des Volkes ein.

Der Linksbund setzt sich für die Reform des Sozialstaates ein, damit er gerechter wird und gut funktioniert. Das Handeln der Regierung muss auf die neuen Bedürfnisse des Volkes ausgerichtet werden. Der Einfluss derer, die die öffentlichen Dienstleistungen nutzen, muss erhöht und altes bürokratisches Denken überwunden werden.

Unser Ziel besteht darin, Ungleichheiten zu beseitigen, Arbeit, Einkommen, Wohnung, Bildung und medizinische Betreuung für alle zu garantieren. Wir wollen die Hindernisse für ein gutes Leben beseitigen, die Alter, Geschlecht, ethnische Herkunft, Sprache, Gesundheit oder Behinderung, sexuelle Orientierung, Überzeugung oder Wohnort aufrichten.

Wir wollen eine ausgeglichene Entwicklung und Wohlergehen in ganz Finnland voranbringen. Bei der Entwicklung des Wirtschaftslebens berücksichtigt der Linksbund die Erfordernisse der verschiedenen Regionen des Landes. Dafür sind ein starker öffentlicher Sektor, die Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen, die Weiterentwicklung des Staatseigentums, Investitionen und Subventionen erforderlich.

Chancengleichheit reicht dem Linksbund nicht aus. Wir streben Gleichheit als Realität im Alltag an. Die Grundrechte der Bürger müssen lebendige Wirklichkeit werden. Funktionierende Grundrechte sind von einer kompetenten, sich als Dienstleisterin verstehenden Regierung zu unterstützen, die auf die Bedürfnisse des Einzelnen eingeht, ebenso von einer aktiven Zivilgesellschaft.

Wenn Bedingungen für ein gutes Leben geschaffen werden sollen, kommt der Wirtschaft eine Schlüsselrolle zu. Ein gerechter, funktionierender Sozialstaat schafft die besten Voraussetzungen für eine erfolgreiche Wirtschaft, die allen Menschen gleichermaßen zugutekommt. Der Linksbund setzt sich dafür ein, die Mittel für Lebensunterhalt, Wissen und Kreativität zu schaffen. Die Bedingungen für das Geschäftsleben, insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen, für deren Fähigkeit, Arbeitsplätze zu schaffen, sind uns wichtig. Bei der Entwicklung der Wirtschaft berücksichtigt der Linksbund auch die Erfordernisse der verschiedenen Landesteile.

● Damit der Traum von Freiheit sich erfülle

Jeder Mensch muss Gelegenheit erhalten, sich selbst zu entwickeln und zu bilden. Jeder hat das Recht auf ein anregendes, geistig anspruchsvolles und gesellschaftlich erfülltes Leben. Menschen in ungünstiger Lage bedürfen besonderer Unterstützung.

Eine Gesellschaft, die alle Menschen gleich behandelt, braucht eine aktive Antidiskriminierungspolitik. Sie muss so aufgebaut sein, dass jedes Mitglied gleiche Chancen auf Teilhabe und Entwicklung erhält.

Trotz aller Errungenschaften des skandinavischen Sozialstaates sind wir von der Gleichstellung der Geschlechter noch weit entfernt. Die Arbeitsmärkte teilen sich immer noch in solche für Männer und Frauen. Frauen verdienen in der Regel beträchtlich weniger als Männer. Unbezahlte oder gering bezahlte pflegerische Tätigkeit, die für ein gutes Leben und Funktionieren der Gesellschaft so wesentlich ist, wird häufig als selbstverständlich vorausgesetzt. Das Großziehen der Kinder muss stärker betont und seine grundlegende Bedeutung für die Wirtschaft anerkannt werden.

Die traditionellen Geschlechterrollen sind ein Zwang für alle Menschen, gleich welchen Geschlechts. Dieser wirkt besonders stark auf solche, deren geschlechtliche Identität oder sexuelle Orientierung vom Gewohnten abweicht. Die ungleiche Stellung der Geschlechter muss offen diskutiert, an ihrer Überwindung muss aktiv gearbeitet werden.

Der Linksbund setzt sich für Gleichheit aller Menschen in Familie, Arbeitsleben und der Gesellschaft insgesamt ein. Der Linksbund strebt eine Gesellschaft an, in der alle Formen



menschlichen Zusammenlebens gleichgestellt sind. Alle Menschen haben gleiche Rechte, Chancen und Verantwortung. In einer Beziehung oder Familie können diese nicht vom Geschlecht oder der sexuellen Orientierung abhängig sein.

Der Linksbund tritt für die Entwicklung Finnlands als multikulturelles Land ein. Alle Menschen, die ständig in unserem Land leben, müssen gleiche Rechte und Pflichten als Bürger genießen. Wir heißen Immigranten in Finnland willkommen und fordern ihre Einbürgerung. Immigranten, Emigranten und Flüchtlinge tragen neues Leben und kulturellen Reichtum nach Finnland. Immigranten sind Menschen, die aus verschiedenen Gründen, wegen verschiedener Lebenssituationen ihre Heimat verlassen haben.

Jeder Mensch hat das Recht auf seine eigene Sprache und Kultur. Das betrifft auch solche neuen und alten Minderheiten wie die Roma, die Samen als die Ureinwohner Finnlands und die Schwedischsprechenden als unsere größte sprachliche Minderheit. Die Sonderstellung der schwedischen Sprache ist Teil der skandinavischen Grundlage der finnischen Gesellschaft. Es ist wichtig, dass sich keine Gruppe von der Gesellschaft isoliert oder von ihr isoliert wird.

Zivilisation bedeutet die Fähigkeit der Bürger, ihre Bereitschaft und ihren Willen, ständig Neues zu lernen. Die finnische Gesellschaft kommt am besten voran, wenn jeder die reale Chance hat, Bildung und Zivilisation auf hohem Niveau zu erwerben. Es sind die Voraussetzungen für kreative Arbeit zu schaffen. Allgemeinwissen, die Fähigkeit, die Güter der Kultur zu erleben und zu genießen ist ein wichtiger Bestandteil von Zivilisation. Das Prinzip der öffentlichen Dienstleistungen und der Bildungsauftrag des Finnischen Rundfunks müssen gestärkt werden.

Zu den Grundrechten der Bürger gehören auch die Nutzung digitaler Informationen und Dienste sowie des Internets. Informationen, die für das Funktionieren der Gesellschaft notwendig sind, können nicht Privateigentum von Großunternehmen sein. Es ist zu garantieren, dass die Informationsgesellschaft allen offen steht. Das kann dadurch gefördert werden, dass der öffentliche Sektor offene Standards und freie Software benutzt.

Für jedes Kind muss das Recht auf eine glückliche und erfüllte Kindheit gesichert werden. Das hat politische Konsequenzen für die Unterstützung von Familien und die Entwicklung der Bildungseinrichtungen. Jedem Menschen muss das Recht auf ein Alter in Würde zustehen. Das erfordert, dass ausreichend Dienstleistungen bei Gesundheit, Pflege und Kultur auf hohem Niveau vorhanden sind.

● **Das Recht auf Arbeit und Einkommen für alle**

Jeder Mensch hat das Recht auf Arbeit und Einkommen. Arbeit zum Nutzen der eigenen Person, der Familie, des engeren Umfeldes und der ganzen Gesellschaft bietet jedem Menschen den Zugang zu Selbstverwirklichung. Arbeit ist wichtig für das soziale Ansehen und die Selbstachtung des Menschen.

Der Linksbund setzt sich für das Recht aller auf eine aktive Rolle in der Gesellschaft ein. Wir müssen neue und neuartige Arbeitsplätze schaffen. Mit steigender Produktivität ist die Arbeitszeit zu reduzieren, müssen Freizeit und Flexibilität der Arbeitsbedingungen wachsen. Der Arbeitsbegriff muss so weiterentwickelt werden, dass alle Aktivitäten von Menschen, die der Gesellschaft nützen, sichtbar gemacht werden.

Die Entwicklung des globalen Kapitalismus hat die Krise der Lohnarbeitsgesellschaft vertieft und die Unsicherheit am Arbeitsplatz erhöht. Starke Gegengewichte in Form der Gewerkschaftsbewegung und der Konsensgesellschaft sind notwendig gegen den Betrug, den Kurzarbeit, Teilzeitarbeit und Leiharbeit darstellen.

Der Linksbund setzt sich für Bürgerrechte am Arbeitsplatz ein. Wir wollen die Sicherheit am Arbeitsplatz, gerechte Arbeitsbedingungen, Demokratie im Betrieb und eine demokratische Arbeitskultur schaffen sowie die Voraussetzungen für die Tätigkeit von Gewerkschaften verbessern. Immigranten müssen in der Arbeitswelt gleiche Rechte genießen.

Arbeit und Familie müssen so vereinbart werden können, dass Väter und Mütter gleiche Verantwortung als Eltern zu übernehmen vermögen. Öffentliche Dienstleistungen, die auf den Bedarf der Menschen ausgerichtet sind, dienen diesem Ziel. Frauen müssen gleichen Lohn erhalten und gleiche Entwicklungschancen haben.

Der Linksbund strebt eine soziale Grundsicherung an, die die Menschen achtet und alle Voraussetzungen für ein Leben in Würde bietet. Eine einkommensbasierte Sozialversicherung soll die Grundsicherung ergänzen und Einkommensverluste ausgleichen. Soziale Sicherheit muss den Bedürfnissen der Menschen flexibel angepasst sein, so dass Unsicherheiten in verschiedenen Lebenssituationen wie Studium, Arbeit und Unternehmertum beherrscht werden können. Geringe Einkommen müssen steuerfrei sein. Alle Arten von Einkommen sind nach dem gleichen progressiven System zu besteuern.

● **Für ein umweltbewusstes Finnland**

Wenn alle Menschen der Welt in gleicher Weise konsumieren wollten wie die Bewohner Finnlands, dann müsste die Erde vier Mal größer sein. International muss Finnland eine Entwicklung fördern, die gegenüber den künftigen Generationen und der Umwelt nachhaltig ist. Hier muss Finnland vorangehen.

Wenn der Klimawandel aufgehalten werden soll, ist eine beträchtliche Verringerung der Emission von Treibhausgasen erforderlich. Der gerechte und nachhaltige Einsatz von Naturressourcen stellt eine enorme Herausforderung an die Effizienz der Produktion dar. Die Energiewirtschaft ist umweltgerecht zu entwickeln und Energie einzusparen. Die Verwendung fossiler Brennstoffe muss nach und nach eingestellt, erneuerbare Energien müssen eingesetzt werden. Der Anteil der Bahn und anderer öffentlicher Transportmittel ist zu erhöhen. Die Entwicklung der Gemeinden und Wohngebiete muss nachhaltig gestaltet werden.

Die Biodiversität ist ein Wert an sich. Finnland muss sich dabei besonders um seine riesigen Wasserreservoirs kümmern und seinen Teil zum Schutz der Ostsee beitragen. Urwälder sind besonders wichtig, um die Biodiversität zu erhalten.

Als Verbraucher machen wir Politik im Alltag. Der Linksbund setzt sich für einen verantwortungsbewussten Konsum, für fairen Handel, für die Stärkung der Rechte der Verbraucher und der Verbraucherbewegung ein. Der Linksbund unterstützt das Prinzip der regionalen und ökologischen Lebensmittelproduktion. Der Tierschutz ist zu fördern. Besonders die Behandlung von Nutztieren muss verbessert werden.

5. Der Linksbund – eine offene und aufgeschlossene NGO

Die Wurzeln des Linksbundes liegen in der über einhundertjährigen Geschichte der Arbeiterbewegung und ihres Kampfes für Gleichberechtigung und die Freiheit der Unterdrückten. In unserer Partei treffen sich mehrere politische Generationen. Die Herausforderung besteht darin, Brücken der Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Arten von Erfahrungen zu schlagen.

Die industrielle Revolution des 19. Jahrhunderts hat zwei politische Philosophien hervorgebracht, den Liberalismus und den Sozialismus. Beiden war zu ihren besten Zeiten gemeinsam, dass sie an Demokratie glaubten und sich dafür einsetzten. Der Liberalismus hat jedoch stets die mit dem Eigentum verbundenen Rechte hervorgehoben und versucht, die Wirtschaft als einen Bereich zu isolieren, der nach seinen eigenen Gesetzen funktioniert. Die sozialistische Tradition berücksichtigt den Zusammenhang zwischen wahrer Freiheit der Menschen und ihrem demokratischen Einfluss sowie der Verteilung von Reichtum und Einkommen.

Ideologisch fußt das Programm des Linksbundes auf sozialistischem Denken. Wir distanzieren uns von dem Totalitarismus, der mit dem Sozialismus assoziiert wird. Ein künftiger Sozialismus kann nur mehr Demokratie und mehr wirkliche Freiheit für alle bedeuten. Sozialistisches Denken strebt eine Gesellschaft an, in der wirtschaftliche Tätigkeit, Kapitalbewegungen und Investitionen, die Stellung des Menschen in der Produktion und insbesondere die Verteilung von Einkommen und Reichtum so reguliert werden, dass das Ziel der Gleichheit aller Menschen in der Praxis erreicht wird. Die Wirtschaft darf nicht die Gesellschaft regieren, im Gegenteil, die Wirtschaft muss dazu dienen, auf nachhaltige Weise ein Leben in Wohlstand zu schaffen.

Der Linksbund will als ein offenes politisches Bündnis wachsen, um seine Grundprinzipien und die darauf beruhenden Ziele zu realisieren. Mitgliedschaft in der Partei erfordert ein Bekenntnis zu Demokratie und zur Durchsetzung unserer Grundprinzipien – Gleichheit, Freiheit und nachhaltige Entwicklung.

Der Linksbund ist eine aufgeschlossene Bewegung der Bürger. Wir bauen eine pluralistische, tolerante Gesellschaft auf. Wir billigen keine Auffassungen, die Gewalt, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus oder Chauvinismus predigen. Wir haben eine optimistische Sicht auf die Menschen. Ausgehend von humanistischen Idealen, glauben wir an ihren Sinn für Verantwortung und Ehrlichkeit, wenn die sozialen Voraussetzungen dafür vorhanden sind. Der Linksbund ist eine Gegenkraft gegen Werte, die auf Egoismus setzen. Gemeinsinn ist ein Grundbedürfnis aller Menschen.

Zu den Religionen verhält sich die Partei neutral. Eine Religion auszuüben oder nicht auszuüben ist Privatsache jedes Bürgers. Ungeachtet ihrer religiösen oder anderen Auffassungen müssen alle Bürger gleiche Rechte genießen. Der Staat darf kein Sonderverhältnis zu einer bestimmten Religion oder religiösen Gruppe haben.

Eine aktive Zivilgesellschaft ist notwendige Voraussetzung für eine funktionierende partizipatorische Demokratie. Der Linksbund muss eine lebendige Bürgerbewegung sein, die eine demokratische Kultur in der Zivilgesellschaft voranbringt. Leitlinien unseres Parteilebens sind Demokratie und Offenheit, die Fähigkeit, anderen zuzuhören, Neues zu lernen und

Gedanken auszutauschen, dazu Kameradschaft, gegenseitige Unterstützung und Ermutigung unter den Mitgliedern. Wir wollen die Zusammenarbeit mit der Gewerkschaftsbewegung und anderen NGO pflegen und entwickeln, um die gleiche Teilhabe aller und die Demokratie zu stärken.

6. Die Welt ist noch jung

Die Geschichte der Menschheit beginnt gerade erst. Wir stehen vor großen Herausforderungen, was Entwicklung und Umweltgefahren betrifft, aber auch vor enormen Chancen. Der grenzenlose globale Kapitalismus ist dabei, die Nachhaltigkeit der Erde aufs Spiel zu setzen. Der Kampf um Energie und Naturressourcen droht die Staaten in tiefe Konflikte zu stürzen. Der globale Kapitalismus hat die Welt in einen transnationalen Markt verwandelt. Eine Welt vereinigter Völker nimmt Gestalt an, allerdings in entfremdeter Form. Die Bewegung der Linken muss auf die Befreiung der Menschheit hinwirken: Eine andere Welt ist möglich.

Entscheidend im 21. Jahrhundert ist die politische Steuerung der globalen Entwicklung. Dabei gewinnen die Werte zentrale Bedeutung, nach denen diese Steuerung erfolgen soll. Als Linke sind wir Optimisten. Wir glauben daran, dass die Menschen als vernunftbegabte Wesen in der Lage sind, ihr Verhalten zu ändern.

Der Linksbund will sich an dem Prozess der Schaffung einer breiten Dritten Linken beteiligen. Die Erste Linke wurde von den großen Freiheitsideen der Französischen Revolution inspiriert. Die Zweite Linke kämpfte im Namen der Arbeiterklasse für soziale Gleichheit gegen die Vorherrschaft des Eigentums.

Die Dritte Linke ist die Vorstellung von der historischen Vereinigung der großen politischen Philosophien Europas für die Errichtung einer besseren Welt. Eine zentrale Stellung in der Ideologie dieser Dritten Linken nehmen feministisches Denken und Umweltbewusstsein ein. Die Dritte Linke ist eine neue rot-grüne Art des Denkens und Handelns, das Parteigrenzen überschreitet.

Die Dritte Linke lehnt den Neoliberalismus als eine kalte, menschenfeindliche Apologie des globalen Kapitalismus strikt ab. Die Dritte Linke will die Gesellschaft einer neuen Zeit entwickeln, deren Ausgangspunkt gleiche Freiheit für alle ist. Die Gesellschaft trägt die Verantwortung, die Voraussetzungen zu schaffen, die alle Menschen in die Lage versetzen, ihr Leben voll auszuleben, alle ihre Fähigkeiten einzubringen und aktive Bürger zu sein.

Die Dritte Linke zieht den Trennstrich zwischen links und rechts auf neue Weise. Sie nimmt eine Umgruppierung der Parteien der großen politischen Ideologien vor. Die Dritte Linke ist der realistische Traum von einer nachhaltigen und humanen Gesellschaft in Finnland und der Welt.



Impressum:

„DIE LINKE-international“ wird herausgegeben vom Bereich Internationale Politik beim Parteivorstand der Partei DIE LINKE und erscheint in unregelmäßigen Abständen.

Redaktion: Helmut Ettinger (V.i.S.d P. Helmut Scholz)

Telefon: (030) 24 009-352, Fax: 24 009-425

E-Mail: fip@die-linke.de, Web-Site: <http://die-linke.de>

Redaktionsschluss: 30. Juni 2008

Besonderer Dank für Unterstützung bei der Herstellung dieses Heftes gilt Julian Marioulas und Dietmar Schulz.

Gestaltung: Jörg Rückmann

Die abgedruckten Beiträge geben die Meinung des jeweiligen Autors, nicht der Redaktion, wieder. Ausdrücklich erbeten sind Meinungen, Wünsche und Vorschläge an die Redaktion.

